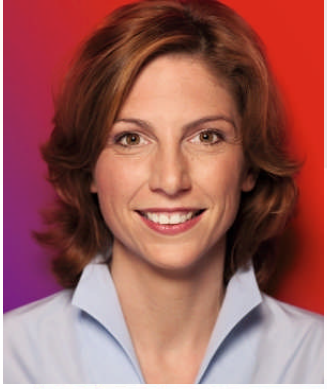


Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
nun hat uns der Herbst erwischt: Herbststürme, Regenschauer, Temperatursturz... Die kalte Jahreszeit beginnt! Heiße Themen gibt‘s dagegen zurzeit im politischen Alltag. So beschäftigen uns täglich die Krisenherde auf der Welt, im Wahlkreis brennen uns Themen wie die medizinische Versorgung im ländlichen Raum unter den Nägeln und unser Koalitionspartner versucht unsere Projekte aus dem Koalitionsvertrag auf Eis zu legen mit dem Verweis auf die Wirtschaftsdaten. An allen diesen und weiteren Baustellen müssen wir auf der Hut sein! Nun genießt aber erstmal ein kuscheliges Herbstwochenende und denkt dran in der Nacht zu Sonntag die Uhr um eine Stunde zurückzustellen. Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Mehr Geld für Lärmschutz an Bahnstrecken!

In seiner jüngsten Sitzung hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages wichtige Entscheidungen in Sachen Bahnlärm getroffen. Künftig wird mehr Geld für den Lärmschutz zur Verfügung gestellt – so lassen sich die Entscheidungen des Ausschusses zusammenfassen. Der Antrag der Regierungsfraktion beinhaltete, dass die Mittel im Bereich Schiene, unter anderem auch für bestehende Schienenstrecken, auf insgesamt 130 Millionen Euro erhöht werden. Damit wird das Verkehrsministerium gleichzeitig aufgefordert, höhere Betriebskosten der leiseren Bremssysteme bei Güterwagen zu subventionieren. Das muss jedoch so organisiert werden, dass es mit EU-Recht vereinbar ist.
Im Bereich „Straße“ steigen die Mittel auf eine Gesamtsumme von 210,5 Millionen Euro für den Lärmschutz. Die Berliner Koalition nimmt die Sorgen und Nöte der Bahnanlieger ernst. Das wird durch die erhöhten Mittel deutlich.
Aber nicht nur in Sachen Lärmschutz macht die Regierungskoalition mehr Geld frei. Für den Radwegebau sollen insgesamt 90 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Verkehrsausschuss muss noch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Maßnahmen zustimmen.

Gesundheit

Regionale Krankenhauslandschaft vor Umbruch

Die Krankenhauslandschaft im Kreis Altenkirchen steht vor einem Umbruch. Die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete hat in den vergangenen Tagen bereits einige Zuschriften zu diesem Thema erhalten, weil die Menschen in der Region zutiefst verunsichert sind. Klar ist, dass eine hochwertige medizinische Versorgung in der Region gewährleistet sein muss. Dabei stehen die jeweiligen Häuser in Altenkirchen und Hachenburg eher im Fokus als das Kirchener Krankenhaus. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger haben Sabine Bätzing-Lichtenthäler veranlasst, die DRK Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz anzuschreiben, um eindeutige Aussagen zu erhalten.
Die Abgeordnete sieht Vorteile am Standort Altenkirchen, vor allem durch das relativ junge Bettenhaus. Insgesamt habe sich die Szene in Altenkirchen vorbildlich entwickelt, auch was die niedergelassenen Ärzte betrifft. Wichtig sei, vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei dem bevorstehenden Veränderungsprozess mitzunehmen. Zwischenzeitlich liegt ein Strukturgutachten vor, welches sich mit den DRK-Häusern in Altenkirchen, Hachenburg sowie Kirchen beschäftigt. Die Öffentlichkeit kennt jedoch noch keine Details.

Internationales

Ebola-Virus eindämmen!

Erst kürzlich debattierte der Deutsche Bundestag einen Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU/CSU, in dem der bisherige Beitrag Deutschlands zur Ebola-Bekämpfung gelobt wurde, gleichzeitig aber ein stärkeres Engagement der Bundesregierung eingefordert wurde.
Im Dezember rechnet die Weltgesundheits-organisation (WHO) mit wöchentlich 10.000 neuen Infizierten. „Die Ebola-Epidemie ist die schwerste ihrer Art seit Entdeckung des Virus. Bislang starben nach Angaben der WHO fast 4500 Menschen, nahezu 9000 diagnostizierte Fälle liegen vor. Im Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung zu einem verstärkten Engagement in Westafrika aufgefordert.
Die internationale Gemeinschaft steht in der Pflicht, jetzt schnell humanitäre Hilfe zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung auf, den deutschen Beitrag an die WHO, Ärzte ohne Grenzen und andere beteiligte Organisationen nochmals zu erhöhen. Sollte die humanitäre Katastrophe abgewehrt sein, ist danach die Entwicklungspolitik gefragt, denn sie ist Strukturpolitik. Viele Betriebe und fast alle Schulen sind seit Monaten geschlossen. Das wirtschaftliche und soziale Leben liegt brach. Mittelfristig müssen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit die Gesellschaft und Wirtschaft in den betroffenen Ländern wieder stabilisieren.

Bildung und Forschung

Studiengebühren sind unsozial!

Die von der Hochschulrektorenkonferenz geforderte flächendeckende Einführung von Studiengebühren würde die soziale Spaltung im Bildungssystem verstärken.

Aus gutem Grund haben inzwischen alle Bundesländer diese unsoziale Belastung für Studierende wieder abgeschafft. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich stattdessen dafür ein, dass sich der Bund nach Abschaffung des Kooperationsverbots im Wissenschaftsbereich verstärkt um die Grundfinanzierung der Hochschulen bemüht.

In zahlreichen Bundesländern haben die Menschen entschieden und der Belastung des Hochschulstudiums über Studiengebühren eine eindeutige Absage erteilt. Es ist in höchstem Maße fragwürdig, dass die Hochschulrektoren trotzdem weiterhin in erster Linie die Studierenden in der Verantwortung sehen, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen vielmehr in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot für den Hochschulbereich abschaffen. Es braucht gemeinsame Kraftanstrengungen von Bund und Ländern, um dauerhaft die Grundfinanzierung der Hochschulen in der Breite zu verbessern. Die Grundgesetzänderung schafft einen neuen verfassungsrechtlichen Rahmen, damit der Bund zukünftig dauerhaft Hochschulen fördern kann.

Mit dem Hochschulpakt, mit der Fortführung der Programmpauschale oder auch mit dem Qualitätspakt Lehre leistet der Bund bereits heute wichtige Beiträge, um Lehre und Forschung an Hochschulen zu stärken. Erst vor wenigen Tagen hat das Wissenschaftszentrum Berlin in einer Studie erneut festgestellt, dass Studiengebühren vor allem Studienberechtigte aus Nicht-Akademiker-Familien von einem Studium abschrecken. Vielleicht sollte die Hochschulrektorenkonferenz die Ergebnisse der aktuellen Forschung reflektieren, bevor man vermeintlich einfache Antworten wie die Forderung nach Studiengebühren präsentiert.

Europa

Europäische Kommission kann Arbeit aufnehmen

Mit großer Mehrheit haben heute die Mitglieder des Europäischen Parlaments die Kommission von Präsident Jean-Claude Juncker bestätigt. Damit kann sie wie geplant ihre Arbeit zum 1. November aufnehmen. Das ist ein gutes Signal für Europa. Jetzt gilt es für das neue Kollegium direkt durchzustarten, schließlich dulden die anstehenden Fragen keinen Aufschub. Die Hearings der Kommissarinnen und Kommissare im Europäischen Parlament in den zurückliegenden Wochen haben eines gezeigt: Die Juncker-Kommission wird eine politische Kommission werden - weniger Behörde, mehr echte Regierung. Mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini und dem ersten Vize-Präsidenten Frans Timmermans sitzen zudem zwei Sozialdemokraten an wichtigen Schaltstellen. Eine lange Einarbeitungszeit werden Juncker und sein Team nicht bekommen. Die weiterhin schlechte Wirtschaftslage in der EU erfordert eine schnelle Reaktion. Das vom Kommissionspräsidenten angekündigte 300 Milliarden Euro Programm muss zügig mit Leben gefüllt, Investitionsanreize gestärkt und die Arbeitslosenquote insbesondere unter jungen Menschen entschlossen bekämpft werden.

Darüber hinaus muss die EU in den vielen internationalen Krisen außenpolitisch geschlossen und verlässlich auftreten.

Nach der Aufstellung gemeinsamer europäischer Spitzenkandidaten, über einen europäisch geführten Wahlkampf bis zur Ernennung des Mitglieds der siegreichen Parteifamilie zum Kommissionspräsidenten, bildet die heutige Abstimmung im Europäischen Parlament den Endpunkt eines historischen demokratischen Prozesses auf europäischer Ebene.

Damit wurde ein Standard gesetzt, hinter den es bei zukünftigen Europawahlen kein Zurück mehr geben wird.

Bankenabgabe

Ausnahmen für Sparkassen und Genossenschaften

Die EU-Kommission hat die Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe veröffentlicht. Bei ihrer Ausgestaltung hatte die Kommission zuletzt insbesondere zugunsten von Sparkassen und Genossenschaften nachgebessert. Nunmehr ist der Weg frei zur Verabschiedung des Gesetzespakets zur Umsetzung eines weiteren Meilensteins der Bankenunion im Bundestag.

Die von der Kommission am 21. Oktober 2014 veröffentlichte Beitragsberechnung für den Bankenabwicklungsfonds entlastet vor allem kleinere Banken.

Als „klein“ definiert die EU-Kommission Banken, deren Bilanzsumme unter einer Milliarde Euro liegt und deren Bemessungsgrundlage geringer als 300 Millionen Euro ist. Für solche kleinen Institute ist eine pauschale Bankenabgabe zwischen 1.000 Euro und 50.000 Euro im Jahr vorgesehen.

In Deutschland werden rund 1.000 Institute von dieser entlastenden Pauschalabgabe erfasst, darunter mehr als 800 Genossenschaftsbanken und 70 bis 80 Sparkassen. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten das Recht, für Banken bis zu einer Bilanzsumme von drei Milliarden Euro weitere Erleichterungen zu schaffen.

Als besonders positiv für Sparkassen und Genossenschaften sehen wir, dass die Verbindlichkeiten innerhalb ihrer Finanzverbünde von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. So dürfen Sparkassen zum Beispiel Verbindlichkeiten gegenüber Landesbanken oder anderen Sparkassen herausrechnen.

Aus sozialdemokratischer Sicht hätten wir sicherlich die Sparkassen und Genossenschaften gern noch weiter entlastet gesehen, da diese Institute mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell den Abwicklungsfonds wahrscheinlich niemals in Anspruch nehmen müssen. Dagegen wäre es aus unserer Sicht gerechtfertigt gewesen, systemisch relevante Großbanken mit einem hohen Derivateanteil noch stärker zu belasten.

Allerdings stellt die von der EU-Kommission verabschiedete Regelung einen guten Kompromiss dar. Auf dieser Grundlage können wir nunmehr dem Gesetzespaket zur Umsetzung der Bankenunion im Bundestag zustimmen.

Bonbon

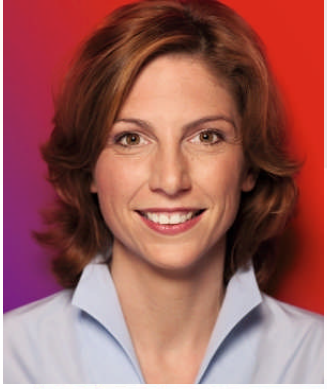
„Die Sonntagsfrage sagt nicht viel aus, weil alle Befragten, die da beim Kartoffelschälen angerufen werden, ganz genau wissen: Nächsten Sonntag ist gar keine Wahl.“

Frank-Walter Steinmeier
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Termine

29.10.14	*17.00 Uhr*	*IHK Altenkirchen*
	19.00 Uhr	*SPD-Ortsverein Altenkirchen Mitgliederversammlung*
30.10.14	*ganztägig*	*Tagespraktikum Remondis Altenkirchen*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**



Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
nun hat uns der Herbst erwischt: Herbststürme, Regenschauer, Temperatursturz... Die kalte Jahreszeit beginnt! Heiße Themen gibt‘s dagegen zurzeit im politischen Alltag. So beschäftigen uns täglich die Krisenherde auf der Welt, im Wahlkreis brennen uns Themen wie die medizinische Versorgung im ländlichen Raum unter den Nägeln und unser Koalitionspartner versucht unsere Projekte aus dem Koalitionsvertrag auf Eis zu legen mit dem Verweis auf die Wirtschaftsdaten. An allen diesen und weiteren Baustellen müssen wir auf der Hut sein! Nun genießt aber erstmal ein kuscheliges Herbstwochenende und denkt dran in der Nacht zu Sonntag die Uhr um eine Stunde zurückzustellen. Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Mehr Geld für Lärmschutz an Bahnstrecken!

In seiner jüngsten Sitzung hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages wichtige Entscheidungen in Sachen Bahnlärm getroffen. Künftig wird mehr Geld für den Lärmschutz zur Verfügung gestellt – so lassen sich die Entscheidungen des Ausschusses zusammenfassen. Der Antrag der Regierungsfraktion beinhaltete, dass die Mittel im Bereich Schiene, unter anderem auch für bestehende Schienenstrecken, auf insgesamt 130 Millionen Euro erhöht werden. Damit wird das Verkehrsministerium gleichzeitig aufgefordert, höhere Betriebskosten der leiseren Bremssysteme bei Güterwagen zu subventionieren. Das muss jedoch so organisiert werden, dass es mit EU-Recht vereinbar ist.
Im Bereich „Straße“ steigen die Mittel auf eine Gesamtsumme von 210,5 Millionen Euro für den Lärmschutz. Die Berliner Koalition nimmt die Sorgen und Nöte der Bahnanlieger ernst. Das wird durch die erhöhten Mittel deutlich.
Aber nicht nur in Sachen Lärmschutz macht die Regierungskoalition mehr Geld frei. Für den Radwegebau sollen insgesamt 90 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Verkehrsausschuss muss noch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Maßnahmen zustimmen.

Gesundheit

Regionale Krankenhauslandschaft vor Umbruch

Die Krankenhauslandschaft im Kreis Altenkirchen steht vor einem Umbruch. Die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete hat in den vergangenen Tagen bereits einige Zuschriften zu diesem Thema erhalten, weil die Menschen in der Region zutiefst verunsichert sind. Klar ist, dass eine hochwertige medizinische Versorgung in der Region gewährleistet sein muss. Dabei stehen die jeweiligen Häuser in Altenkirchen und Hachenburg eher im Fokus als das Kirchener Krankenhaus. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger haben Sabine Bätzing-Lichtenthäler veranlasst, die DRK Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz anzuschreiben, um eindeutige Aussagen zu erhalten.
Die Abgeordnete sieht Vorteile am Standort Altenkirchen, vor allem durch das relativ junge Bettenhaus. Insgesamt habe sich die Szene in Altenkirchen vorbildlich entwickelt, auch was die niedergelassenen Ärzte betrifft. Wichtig sei, vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei dem bevorstehenden Veränderungsprozess mitzunehmen. Zwischenzeitlich liegt ein Strukturgutachten vor, welches sich mit den DRK-Häusern in Altenkirchen, Hachenburg sowie Kirchen beschäftigt. Die Öffentlichkeit kennt jedoch noch keine Details.

Internationales

Ebola-Virus eindämmen!

Erst kürzlich debattierte der Deutsche Bundestag einen Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU/CSU, in dem der bisherige Beitrag Deutschlands zur Ebola-Bekämpfung gelobt wurde, gleichzeitig aber ein stärkeres Engagement der Bundesregierung eingefordert wurde.
Im Dezember rechnet die Weltgesundheits-organisation (WHO) mit wöchentlich 10.000 neuen Infizierten. „Die Ebola-Epidemie ist die schwerste ihrer Art seit Entdeckung des Virus. Bislang starben nach Angaben der WHO fast 4500 Menschen, nahezu 9000 diagnostizierte Fälle liegen vor. Im Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung zu einem verstärkten Engagement in Westafrika aufgefordert.
Die internationale Gemeinschaft steht in der Pflicht, jetzt schnell humanitäre Hilfe zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung auf, den deutschen Beitrag an die WHO, Ärzte ohne Grenzen und andere beteiligte Organisationen nochmals zu erhöhen. Sollte die humanitäre Katastrophe abgewehrt sein, ist danach die Entwicklungspolitik gefragt, denn sie ist Strukturpolitik. Viele Betriebe und fast alle Schulen sind seit Monaten geschlossen. Das wirtschaftliche und soziale Leben liegt brach. Mittelfristig müssen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit die Gesellschaft und Wirtschaft in den betroffenen Ländern wieder stabilisieren.

Bildung und Forschung

Studiengebühren sind unsozial!

Die von der Hochschulrektorenkonferenz geforderte flächendeckende Einführung von Studiengebühren würde die soziale Spaltung im Bildungssystem verstärken.

Aus gutem Grund haben inzwischen alle Bundesländer diese unsoziale Belastung für Studierende wieder abgeschafft. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich stattdessen dafür ein, dass sich der Bund nach Abschaffung des Kooperationsverbots im Wissenschaftsbereich verstärkt um die Grundfinanzierung der Hochschulen bemüht.

In zahlreichen Bundesländern haben die Menschen entschieden und der Belastung des Hochschulstudiums über Studiengebühren eine eindeutige Absage erteilt. Es ist in höchstem Maße fragwürdig, dass die Hochschulrektoren trotzdem weiterhin in erster Linie die Studierenden in der Verantwortung sehen, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen vielmehr in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot für den Hochschulbereich abschaffen. Es braucht gemeinsame Kraftanstrengungen von Bund und Ländern, um dauerhaft die Grundfinanzierung der Hochschulen in der Breite zu verbessern. Die Grundgesetzänderung schafft einen neuen verfassungsrechtlichen Rahmen, damit der Bund zukünftig dauerhaft Hochschulen fördern kann.

Mit dem Hochschulpakt, mit der Fortführung der Programmpauschale oder auch mit dem Qualitätspakt Lehre leistet der Bund bereits heute wichtige Beiträge, um Lehre und Forschung an Hochschulen zu stärken. Erst vor wenigen Tagen hat das Wissenschaftszentrum Berlin in einer Studie erneut festgestellt, dass Studiengebühren vor allem Studienberechtigte aus Nicht-Akademiker-Familien von einem Studium abschrecken. Vielleicht sollte die Hochschulrektorenkonferenz die Ergebnisse der aktuellen Forschung reflektieren, bevor man vermeintlich einfache Antworten wie die Forderung nach Studiengebühren präsentiert.

Europa

Europäische Kommission kann Arbeit aufnehmen

Mit großer Mehrheit haben heute die Mitglieder des Europäischen Parlaments die Kommission von Präsident Jean-Claude Juncker bestätigt. Damit kann sie wie geplant ihre Arbeit zum 1. November aufnehmen. Das ist ein gutes Signal für Europa. Jetzt gilt es für das neue Kollegium direkt durchzustarten, schließlich dulden die anstehenden Fragen keinen Aufschub. Die Hearings der Kommissarinnen und Kommissare im Europäischen Parlament in den zurückliegenden Wochen haben eines gezeigt: Die Juncker-Kommission wird eine politische Kommission werden - weniger Behörde, mehr echte Regierung. Mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini und dem ersten Vize-Präsidenten Frans Timmermans sitzen zudem zwei Sozialdemokraten an wichtigen Schaltstellen. Eine lange Einarbeitungszeit werden Juncker und sein Team nicht bekommen. Die weiterhin schlechte Wirtschaftslage in der EU erfordert eine schnelle Reaktion. Das vom Kommissionspräsidenten angekündigte 300 Milliarden Euro Programm muss zügig mit Leben gefüllt, Investitionsanreize gestärkt und die Arbeitslosenquote insbesondere unter jungen Menschen entschlossen bekämpft werden.

Darüber hinaus muss die EU in den vielen internationalen Krisen außenpolitisch geschlossen und verlässlich auftreten.

Nach der Aufstellung gemeinsamer europäischer Spitzenkandidaten, über einen europäisch geführten Wahlkampf bis zur Ernennung des Mitglieds der siegreichen Parteifamilie zum Kommissionspräsidenten, bildet die heutige Abstimmung im Europäischen Parlament den Endpunkt eines historischen demokratischen Prozesses auf europäischer Ebene.

Damit wurde ein Standard gesetzt, hinter den es bei zukünftigen Europawahlen kein Zurück mehr geben wird.

Bankenabgabe

Ausnahmen für Sparkassen und Genossenschaften

Die EU-Kommission hat die Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe veröffentlicht. Bei ihrer Ausgestaltung hatte die Kommission zuletzt insbesondere zugunsten von Sparkassen und Genossenschaften nachgebessert. Nunmehr ist der Weg frei zur Verabschiedung des Gesetzespakets zur Umsetzung eines weiteren Meilensteins der Bankenunion im Bundestag.

Die von der Kommission am 21. Oktober 2014 veröffentlichte Beitragsberechnung für den Bankenabwicklungsfonds entlastet vor allem kleinere Banken.

Als „klein“ definiert die EU-Kommission Banken, deren Bilanzsumme unter einer Milliarde Euro liegt und deren Bemessungsgrundlage geringer als 300 Millionen Euro ist. Für solche kleinen Institute ist eine pauschale Bankenabgabe zwischen 1.000 Euro und 50.000 Euro im Jahr vorgesehen.

In Deutschland werden rund 1.000 Institute von dieser entlastenden Pauschalabgabe erfasst, darunter mehr als 800 Genossenschaftsbanken und 70 bis 80 Sparkassen. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten das Recht, für Banken bis zu einer Bilanzsumme von drei Milliarden Euro weitere Erleichterungen zu schaffen.

Als besonders positiv für Sparkassen und Genossenschaften sehen wir, dass die Verbindlichkeiten innerhalb ihrer Finanzverbünde von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. So dürfen Sparkassen zum Beispiel Verbindlichkeiten gegenüber Landesbanken oder anderen Sparkassen herausrechnen.

Aus sozialdemokratischer Sicht hätten wir sicherlich die Sparkassen und Genossenschaften gern noch weiter entlastet gesehen, da diese Institute mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell den Abwicklungsfonds wahrscheinlich niemals in Anspruch nehmen müssen. Dagegen wäre es aus unserer Sicht gerechtfertigt gewesen, systemisch relevante Großbanken mit einem hohen Derivateanteil noch stärker zu belasten.

Allerdings stellt die von der EU-Kommission verabschiedete Regelung einen guten Kompromiss dar. Auf dieser Grundlage können wir nunmehr dem Gesetzespaket zur Umsetzung der Bankenunion im Bundestag zustimmen.

Bonbon

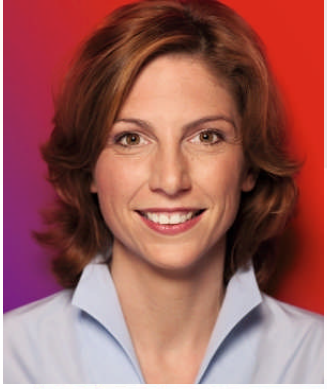
„Die Sonntagsfrage sagt nicht viel aus, weil alle Befragten, die da beim Kartoffelschälen angerufen werden, ganz genau wissen: Nächsten Sonntag ist gar keine Wahl.“

Frank-Walter Steinmeier
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Termine

29.10.14	*17.00 Uhr*	*IHK Altenkirchen*
	19.00 Uhr	*SPD-Ortsverein Altenkirchen Mitgliederversammlung*
30.10.14	*ganztägig*	*Tagespraktikum Remondis Altenkirchen*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**



Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
nun hat uns der Herbst erwischt: Herbststürme, Regenschauer, Temperatursturz... Die kalte Jahreszeit beginnt! Heiße Themen gibt‘s dagegen zurzeit im politischen Alltag. So beschäftigen uns täglich die Krisenherde auf der Welt, im Wahlkreis brennen uns Themen wie die medizinische Versorgung im ländlichen Raum unter den Nägeln und unser Koalitionspartner versucht unsere Projekte aus dem Koalitionsvertrag auf Eis zu legen mit dem Verweis auf die Wirtschaftsdaten. An allen diesen und weiteren Baustellen müssen wir auf der Hut sein! Nun genießt aber erstmal ein kuscheliges Herbstwochenende und denkt dran in der Nacht zu Sonntag die Uhr um eine Stunde zurückzustellen. Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Mehr Geld für Lärmschutz an Bahnstrecken!

In seiner jüngsten Sitzung hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages wichtige Entscheidungen in Sachen Bahnlärm getroffen. Künftig wird mehr Geld für den Lärmschutz zur Verfügung gestellt – so lassen sich die Entscheidungen des Ausschusses zusammenfassen. Der Antrag der Regierungsfraktion beinhaltete, dass die Mittel im Bereich Schiene, unter anderem auch für bestehende Schienenstrecken, auf insgesamt 130 Millionen Euro erhöht werden. Damit wird das Verkehrsministerium gleichzeitig aufgefordert, höhere Betriebskosten der leiseren Bremssysteme bei Güterwagen zu subventionieren. Das muss jedoch so organisiert werden, dass es mit EU-Recht vereinbar ist.
Im Bereich „Straße“ steigen die Mittel auf eine Gesamtsumme von 210,5 Millionen Euro für den Lärmschutz. Die Berliner Koalition nimmt die Sorgen und Nöte der Bahnanlieger ernst. Das wird durch die erhöhten Mittel deutlich.
Aber nicht nur in Sachen Lärmschutz macht die Regierungskoalition mehr Geld frei. Für den Radwegebau sollen insgesamt 90 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Verkehrsausschuss muss noch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Maßnahmen zustimmen.

Gesundheit

Regionale Krankenhauslandschaft vor Umbruch

Die Krankenhauslandschaft im Kreis Altenkirchen steht vor einem Umbruch. Die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete hat in den vergangenen Tagen bereits einige Zuschriften zu diesem Thema erhalten, weil die Menschen in der Region zutiefst verunsichert sind. Klar ist, dass eine hochwertige medizinische Versorgung in der Region gewährleistet sein muss. Dabei stehen die jeweiligen Häuser in Altenkirchen und Hachenburg eher im Fokus als das Kirchener Krankenhaus. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger haben Sabine Bätzing-Lichtenthäler veranlasst, die DRK Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz anzuschreiben, um eindeutige Aussagen zu erhalten.
Die Abgeordnete sieht Vorteile am Standort Altenkirchen, vor allem durch das relativ junge Bettenhaus. Insgesamt habe sich die Szene in Altenkirchen vorbildlich entwickelt, auch was die niedergelassenen Ärzte betrifft. Wichtig sei, vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei dem bevorstehenden Veränderungsprozess mitzunehmen. Zwischenzeitlich liegt ein Strukturgutachten vor, welches sich mit den DRK-Häusern in Altenkirchen, Hachenburg sowie Kirchen beschäftigt. Die Öffentlichkeit kennt jedoch noch keine Details.

Internationales

Ebola-Virus eindämmen!

Erst kürzlich debattierte der Deutsche Bundestag einen Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU/CSU, in dem der bisherige Beitrag Deutschlands zur Ebola-Bekämpfung gelobt wurde, gleichzeitig aber ein stärkeres Engagement der Bundesregierung eingefordert wurde.
Im Dezember rechnet die Weltgesundheits-organisation (WHO) mit wöchentlich 10.000 neuen Infizierten. „Die Ebola-Epidemie ist die schwerste ihrer Art seit Entdeckung des Virus. Bislang starben nach Angaben der WHO fast 4500 Menschen, nahezu 9000 diagnostizierte Fälle liegen vor. Im Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung zu einem verstärkten Engagement in Westafrika aufgefordert.
Die internationale Gemeinschaft steht in der Pflicht, jetzt schnell humanitäre Hilfe zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung auf, den deutschen Beitrag an die WHO, Ärzte ohne Grenzen und andere beteiligte Organisationen nochmals zu erhöhen. Sollte die humanitäre Katastrophe abgewehrt sein, ist danach die Entwicklungspolitik gefragt, denn sie ist Strukturpolitik. Viele Betriebe und fast alle Schulen sind seit Monaten geschlossen. Das wirtschaftliche und soziale Leben liegt brach. Mittelfristig müssen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit die Gesellschaft und Wirtschaft in den betroffenen Ländern wieder stabilisieren.

Bildung und Forschung

Studiengebühren sind unsozial!

Die von der Hochschulrektorenkonferenz geforderte flächendeckende Einführung von Studiengebühren würde die soziale Spaltung im Bildungssystem verstärken.

Aus gutem Grund haben inzwischen alle Bundesländer diese unsoziale Belastung für Studierende wieder abgeschafft. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich stattdessen dafür ein, dass sich der Bund nach Abschaffung des Kooperationsverbots im Wissenschaftsbereich verstärkt um die Grundfinanzierung der Hochschulen bemüht.

In zahlreichen Bundesländern haben die Menschen entschieden und der Belastung des Hochschulstudiums über Studiengebühren eine eindeutige Absage erteilt. Es ist in höchstem Maße fragwürdig, dass die Hochschulrektoren trotzdem weiterhin in erster Linie die Studierenden in der Verantwortung sehen, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen vielmehr in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot für den Hochschulbereich abschaffen. Es braucht gemeinsame Kraftanstrengungen von Bund und Ländern, um dauerhaft die Grundfinanzierung der Hochschulen in der Breite zu verbessern. Die Grundgesetzänderung schafft einen neuen verfassungsrechtlichen Rahmen, damit der Bund zukünftig dauerhaft Hochschulen fördern kann.

Mit dem Hochschulpakt, mit der Fortführung der Programmpauschale oder auch mit dem Qualitätspakt Lehre leistet der Bund bereits heute wichtige Beiträge, um Lehre und Forschung an Hochschulen zu stärken. Erst vor wenigen Tagen hat das Wissenschaftszentrum Berlin in einer Studie erneut festgestellt, dass Studiengebühren vor allem Studienberechtigte aus Nicht-Akademiker-Familien von einem Studium abschrecken. Vielleicht sollte die Hochschulrektorenkonferenz die Ergebnisse der aktuellen Forschung reflektieren, bevor man vermeintlich einfache Antworten wie die Forderung nach Studiengebühren präsentiert.

Europa

Europäische Kommission kann Arbeit aufnehmen

Mit großer Mehrheit haben heute die Mitglieder des Europäischen Parlaments die Kommission von Präsident Jean-Claude Juncker bestätigt. Damit kann sie wie geplant ihre Arbeit zum 1. November aufnehmen. Das ist ein gutes Signal für Europa. Jetzt gilt es für das neue Kollegium direkt durchzustarten, schließlich dulden die anstehenden Fragen keinen Aufschub. Die Hearings der Kommissarinnen und Kommissare im Europäischen Parlament in den zurückliegenden Wochen haben eines gezeigt: Die Juncker-Kommission wird eine politische Kommission werden - weniger Behörde, mehr echte Regierung. Mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini und dem ersten Vize-Präsidenten Frans Timmermans sitzen zudem zwei Sozialdemokraten an wichtigen Schaltstellen. Eine lange Einarbeitungszeit werden Juncker und sein Team nicht bekommen. Die weiterhin schlechte Wirtschaftslage in der EU erfordert eine schnelle Reaktion. Das vom Kommissionspräsidenten angekündigte 300 Milliarden Euro Programm muss zügig mit Leben gefüllt, Investitionsanreize gestärkt und die Arbeitslosenquote insbesondere unter jungen Menschen entschlossen bekämpft werden.

Darüber hinaus muss die EU in den vielen internationalen Krisen außenpolitisch geschlossen und verlässlich auftreten.

Nach der Aufstellung gemeinsamer europäischer Spitzenkandidaten, über einen europäisch geführten Wahlkampf bis zur Ernennung des Mitglieds der siegreichen Parteifamilie zum Kommissionspräsidenten, bildet die heutige Abstimmung im Europäischen Parlament den Endpunkt eines historischen demokratischen Prozesses auf europäischer Ebene.

Damit wurde ein Standard gesetzt, hinter den es bei zukünftigen Europawahlen kein Zurück mehr geben wird.

Bankenabgabe

Ausnahmen für Sparkassen und Genossenschaften

Die EU-Kommission hat die Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe veröffentlicht. Bei ihrer Ausgestaltung hatte die Kommission zuletzt insbesondere zugunsten von Sparkassen und Genossenschaften nachgebessert. Nunmehr ist der Weg frei zur Verabschiedung des Gesetzespakets zur Umsetzung eines weiteren Meilensteins der Bankenunion im Bundestag.

Die von der Kommission am 21. Oktober 2014 veröffentlichte Beitragsberechnung für den Bankenabwicklungsfonds entlastet vor allem kleinere Banken.

Als „klein“ definiert die EU-Kommission Banken, deren Bilanzsumme unter einer Milliarde Euro liegt und deren Bemessungsgrundlage geringer als 300 Millionen Euro ist. Für solche kleinen Institute ist eine pauschale Bankenabgabe zwischen 1.000 Euro und 50.000 Euro im Jahr vorgesehen.

In Deutschland werden rund 1.000 Institute von dieser entlastenden Pauschalabgabe erfasst, darunter mehr als 800 Genossenschaftsbanken und 70 bis 80 Sparkassen. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten das Recht, für Banken bis zu einer Bilanzsumme von drei Milliarden Euro weitere Erleichterungen zu schaffen.

Als besonders positiv für Sparkassen und Genossenschaften sehen wir, dass die Verbindlichkeiten innerhalb ihrer Finanzverbünde von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. So dürfen Sparkassen zum Beispiel Verbindlichkeiten gegenüber Landesbanken oder anderen Sparkassen herausrechnen.

Aus sozialdemokratischer Sicht hätten wir sicherlich die Sparkassen und Genossenschaften gern noch weiter entlastet gesehen, da diese Institute mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell den Abwicklungsfonds wahrscheinlich niemals in Anspruch nehmen müssen. Dagegen wäre es aus unserer Sicht gerechtfertigt gewesen, systemisch relevante Großbanken mit einem hohen Derivateanteil noch stärker zu belasten.

Allerdings stellt die von der EU-Kommission verabschiedete Regelung einen guten Kompromiss dar. Auf dieser Grundlage können wir nunmehr dem Gesetzespaket zur Umsetzung der Bankenunion im Bundestag zustimmen.

Bonbon

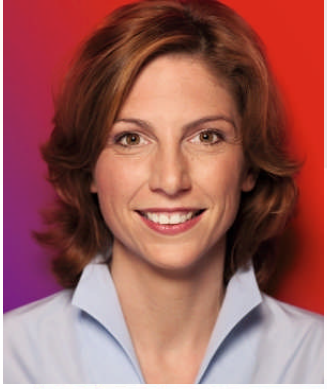
„Die Sonntagsfrage sagt nicht viel aus, weil alle Befragten, die da beim Kartoffelschälen angerufen werden, ganz genau wissen: Nächsten Sonntag ist gar keine Wahl.“

Frank-Walter Steinmeier
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Termine

29.10.14	*17.00 Uhr*	*IHK Altenkirchen*
	19.00 Uhr	*SPD-Ortsverein Altenkirchen Mitgliederversammlung*
30.10.14	*ganztägig*	*Tagespraktikum Remondis Altenkirchen*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**



Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
nun hat uns der Herbst erwischt: Herbststürme, Regenschauer, Temperatursturz... Die kalte Jahreszeit beginnt! Heiße Themen gibt‘s dagegen zurzeit im politischen Alltag. So beschäftigen uns täglich die Krisenherde auf der Welt, im Wahlkreis brennen uns Themen wie die medizinische Versorgung im ländlichen Raum unter den Nägeln und unser Koalitionspartner versucht unsere Projekte aus dem Koalitionsvertrag auf Eis zu legen mit dem Verweis auf die Wirtschaftsdaten. An allen diesen und weiteren Baustellen müssen wir auf der Hut sein! Nun genießt aber erstmal ein kuscheliges Herbstwochenende und denkt dran in der Nacht zu Sonntag die Uhr um eine Stunde zurückzustellen. Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Mehr Geld für Lärmschutz an Bahnstrecken!

In seiner jüngsten Sitzung hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages wichtige Entscheidungen in Sachen Bahnlärm getroffen. Künftig wird mehr Geld für den Lärmschutz zur Verfügung gestellt – so lassen sich die Entscheidungen des Ausschusses zusammenfassen. Der Antrag der Regierungsfraktion beinhaltete, dass die Mittel im Bereich Schiene, unter anderem auch für bestehende Schienenstrecken, auf insgesamt 130 Millionen Euro erhöht werden. Damit wird das Verkehrsministerium gleichzeitig aufgefordert, höhere Betriebskosten der leiseren Bremssysteme bei Güterwagen zu subventionieren. Das muss jedoch so organisiert werden, dass es mit EU-Recht vereinbar ist.
Im Bereich „Straße“ steigen die Mittel auf eine Gesamtsumme von 210,5 Millionen Euro für den Lärmschutz. Die Berliner Koalition nimmt die Sorgen und Nöte der Bahnanlieger ernst. Das wird durch die erhöhten Mittel deutlich.
Aber nicht nur in Sachen Lärmschutz macht die Regierungskoalition mehr Geld frei. Für den Radwegebau sollen insgesamt 90 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Verkehrsausschuss muss noch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Maßnahmen zustimmen.

Gesundheit

Regionale Krankenhauslandschaft vor Umbruch

Die Krankenhauslandschaft im Kreis Altenkirchen steht vor einem Umbruch. Die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete hat in den vergangenen Tagen bereits einige Zuschriften zu diesem Thema erhalten, weil die Menschen in der Region zutiefst verunsichert sind. Klar ist, dass eine hochwertige medizinische Versorgung in der Region gewährleistet sein muss. Dabei stehen die jeweiligen Häuser in Altenkirchen und Hachenburg eher im Fokus als das Kirchener Krankenhaus. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger haben Sabine Bätzing-Lichtenthäler veranlasst, die DRK Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz anzuschreiben, um eindeutige Aussagen zu erhalten.
Die Abgeordnete sieht Vorteile am Standort Altenkirchen, vor allem durch das relativ junge Bettenhaus. Insgesamt habe sich die Szene in Altenkirchen vorbildlich entwickelt, auch was die niedergelassenen Ärzte betrifft. Wichtig sei, vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei dem bevorstehenden Veränderungsprozess mitzunehmen. Zwischenzeitlich liegt ein Strukturgutachten vor, welches sich mit den DRK-Häusern in Altenkirchen, Hachenburg sowie Kirchen beschäftigt. Die Öffentlichkeit kennt jedoch noch keine Details.

Internationales

Ebola-Virus eindämmen!

Erst kürzlich debattierte der Deutsche Bundestag einen Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU/CSU, in dem der bisherige Beitrag Deutschlands zur Ebola-Bekämpfung gelobt wurde, gleichzeitig aber ein stärkeres Engagement der Bundesregierung eingefordert wurde.
Im Dezember rechnet die Weltgesundheits-organisation (WHO) mit wöchentlich 10.000 neuen Infizierten. „Die Ebola-Epidemie ist die schwerste ihrer Art seit Entdeckung des Virus. Bislang starben nach Angaben der WHO fast 4500 Menschen, nahezu 9000 diagnostizierte Fälle liegen vor. Im Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung zu einem verstärkten Engagement in Westafrika aufgefordert.
Die internationale Gemeinschaft steht in der Pflicht, jetzt schnell humanitäre Hilfe zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung auf, den deutschen Beitrag an die WHO, Ärzte ohne Grenzen und andere beteiligte Organisationen nochmals zu erhöhen. Sollte die humanitäre Katastrophe abgewehrt sein, ist danach die Entwicklungspolitik gefragt, denn sie ist Strukturpolitik. Viele Betriebe und fast alle Schulen sind seit Monaten geschlossen. Das wirtschaftliche und soziale Leben liegt brach. Mittelfristig müssen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit die Gesellschaft und Wirtschaft in den betroffenen Ländern wieder stabilisieren.

Bildung und Forschung

Studiengebühren sind unsozial!

Die von der Hochschulrektorenkonferenz geforderte flächendeckende Einführung von Studiengebühren würde die soziale Spaltung im Bildungssystem verstärken.

Aus gutem Grund haben inzwischen alle Bundesländer diese unsoziale Belastung für Studierende wieder abgeschafft. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich stattdessen dafür ein, dass sich der Bund nach Abschaffung des Kooperationsverbots im Wissenschaftsbereich verstärkt um die Grundfinanzierung der Hochschulen bemüht.

In zahlreichen Bundesländern haben die Menschen entschieden und der Belastung des Hochschulstudiums über Studiengebühren eine eindeutige Absage erteilt. Es ist in höchstem Maße fragwürdig, dass die Hochschulrektoren trotzdem weiterhin in erster Linie die Studierenden in der Verantwortung sehen, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen vielmehr in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot für den Hochschulbereich abschaffen. Es braucht gemeinsame Kraftanstrengungen von Bund und Ländern, um dauerhaft die Grundfinanzierung der Hochschulen in der Breite zu verbessern. Die Grundgesetzänderung schafft einen neuen verfassungsrechtlichen Rahmen, damit der Bund zukünftig dauerhaft Hochschulen fördern kann.

Mit dem Hochschulpakt, mit der Fortführung der Programmpauschale oder auch mit dem Qualitätspakt Lehre leistet der Bund bereits heute wichtige Beiträge, um Lehre und Forschung an Hochschulen zu stärken. Erst vor wenigen Tagen hat das Wissenschaftszentrum Berlin in einer Studie erneut festgestellt, dass Studiengebühren vor allem Studienberechtigte aus Nicht-Akademiker-Familien von einem Studium abschrecken. Vielleicht sollte die Hochschulrektorenkonferenz die Ergebnisse der aktuellen Forschung reflektieren, bevor man vermeintlich einfache Antworten wie die Forderung nach Studiengebühren präsentiert.

Europa

Europäische Kommission kann Arbeit aufnehmen

Mit großer Mehrheit haben heute die Mitglieder des Europäischen Parlaments die Kommission von Präsident Jean-Claude Juncker bestätigt. Damit kann sie wie geplant ihre Arbeit zum 1. November aufnehmen. Das ist ein gutes Signal für Europa. Jetzt gilt es für das neue Kollegium direkt durchzustarten, schließlich dulden die anstehenden Fragen keinen Aufschub. Die Hearings der Kommissarinnen und Kommissare im Europäischen Parlament in den zurückliegenden Wochen haben eines gezeigt: Die Juncker-Kommission wird eine politische Kommission werden - weniger Behörde, mehr echte Regierung. Mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini und dem ersten Vize-Präsidenten Frans Timmermans sitzen zudem zwei Sozialdemokraten an wichtigen Schaltstellen. Eine lange Einarbeitungszeit werden Juncker und sein Team nicht bekommen. Die weiterhin schlechte Wirtschaftslage in der EU erfordert eine schnelle Reaktion. Das vom Kommissionspräsidenten angekündigte 300 Milliarden Euro Programm muss zügig mit Leben gefüllt, Investitionsanreize gestärkt und die Arbeitslosenquote insbesondere unter jungen Menschen entschlossen bekämpft werden.

Darüber hinaus muss die EU in den vielen internationalen Krisen außenpolitisch geschlossen und verlässlich auftreten.

Nach der Aufstellung gemeinsamer europäischer Spitzenkandidaten, über einen europäisch geführten Wahlkampf bis zur Ernennung des Mitglieds der siegreichen Parteifamilie zum Kommissionspräsidenten, bildet die heutige Abstimmung im Europäischen Parlament den Endpunkt eines historischen demokratischen Prozesses auf europäischer Ebene.

Damit wurde ein Standard gesetzt, hinter den es bei zukünftigen Europawahlen kein Zurück mehr geben wird.

Bankenabgabe

Ausnahmen für Sparkassen und Genossenschaften

Die EU-Kommission hat die Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe veröffentlicht. Bei ihrer Ausgestaltung hatte die Kommission zuletzt insbesondere zugunsten von Sparkassen und Genossenschaften nachgebessert. Nunmehr ist der Weg frei zur Verabschiedung des Gesetzespakets zur Umsetzung eines weiteren Meilensteins der Bankenunion im Bundestag.

Die von der Kommission am 21. Oktober 2014 veröffentlichte Beitragsberechnung für den Bankenabwicklungsfonds entlastet vor allem kleinere Banken.

Als „klein“ definiert die EU-Kommission Banken, deren Bilanzsumme unter einer Milliarde Euro liegt und deren Bemessungsgrundlage geringer als 300 Millionen Euro ist. Für solche kleinen Institute ist eine pauschale Bankenabgabe zwischen 1.000 Euro und 50.000 Euro im Jahr vorgesehen.

In Deutschland werden rund 1.000 Institute von dieser entlastenden Pauschalabgabe erfasst, darunter mehr als 800 Genossenschaftsbanken und 70 bis 80 Sparkassen. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten das Recht, für Banken bis zu einer Bilanzsumme von drei Milliarden Euro weitere Erleichterungen zu schaffen.

Als besonders positiv für Sparkassen und Genossenschaften sehen wir, dass die Verbindlichkeiten innerhalb ihrer Finanzverbünde von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. So dürfen Sparkassen zum Beispiel Verbindlichkeiten gegenüber Landesbanken oder anderen Sparkassen herausrechnen.

Aus sozialdemokratischer Sicht hätten wir sicherlich die Sparkassen und Genossenschaften gern noch weiter entlastet gesehen, da diese Institute mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell den Abwicklungsfonds wahrscheinlich niemals in Anspruch nehmen müssen. Dagegen wäre es aus unserer Sicht gerechtfertigt gewesen, systemisch relevante Großbanken mit einem hohen Derivateanteil noch stärker zu belasten.

Allerdings stellt die von der EU-Kommission verabschiedete Regelung einen guten Kompromiss dar. Auf dieser Grundlage können wir nunmehr dem Gesetzespaket zur Umsetzung der Bankenunion im Bundestag zustimmen.

Bonbon

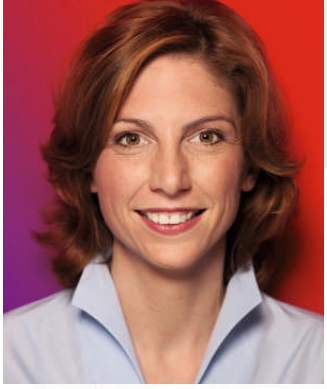
„Die Sonntagsfrage sagt nicht viel aus, weil alle Befragten, die da beim Kartoffelschälen angerufen werden, ganz genau wissen: Nächsten Sonntag ist gar keine Wahl.“

Frank-Walter Steinmeier
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Termine

29.10.14	*17.00 Uhr*	*IHK Altenkirchen*
	19.00 Uhr	*SPD-Ortsverein Altenkirchen Mitgliederversammlung*
30.10.14	*ganztägig*	*Tagespraktikum Remondis Altenkirchen*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**



Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
nun hat uns der Herbst erwischt: Herbststürme, Regenschauer, Temperatursturz... Die kalte Jahreszeit beginnt! Heiße Themen gibt‘s dagegen zurzeit im politischen Alltag. So beschäftigen uns täglich die Krisenherde auf der Welt, im Wahlkreis brennen uns Themen wie die medizinische Versorgung im ländlichen Raum unter den Nägeln und unser Koalitionspartner versucht unsere Projekte aus dem Koalitionsvertrag auf Eis zu legen mit dem Verweis auf die Wirtschaftsdaten. An allen diesen und weiteren Baustellen müssen wir auf der Hut sein! Nun genießt aber erstmal ein kuscheliges Herbstwochenende und denkt dran in der Nacht zu Sonntag die Uhr um eine Stunde zurückzustellen. Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Mehr Geld für Lärmschutz an Bahnstrecken!

In seiner jüngsten Sitzung hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages wichtige Entscheidungen in Sachen Bahnlärm getroffen. Künftig wird mehr Geld für den Lärmschutz zur Verfügung gestellt – so lassen sich die Entscheidungen des Ausschusses zusammenfassen. Der Antrag der Regierungsfraktion beinhaltete, dass die Mittel im Bereich Schiene, unter anderem auch für bestehende Schienenstrecken, auf insgesamt 130 Millionen Euro erhöht werden. Damit wird das Verkehrsministerium gleichzeitig aufgefordert, höhere Betriebskosten der leiseren Bremssysteme bei Güterwagen zu subventionieren. Das muss jedoch so organisiert werden, dass es mit EU-Recht vereinbar ist.
Im Bereich „Straße“ steigen die Mittel auf eine Gesamtsumme von 210,5 Millionen Euro für den Lärmschutz. Die Berliner Koalition nimmt die Sorgen und Nöte der Bahnanlieger ernst. Das wird durch die erhöhten Mittel deutlich.
Aber nicht nur in Sachen Lärmschutz macht die Regierungskoalition mehr Geld frei. Für den Radwegebau sollen insgesamt 90 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Verkehrsausschuss muss noch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Maßnahmen zustimmen.

Gesundheit

Regionale Krankenhauslandschaft vor Umbruch

Die Krankenhauslandschaft im Kreis Altenkirchen steht vor einem Umbruch. Die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete hat in den vergangenen Tagen bereits einige Zuschriften zu diesem Thema erhalten, weil die Menschen in der Region zutiefst verunsichert sind. Klar ist, dass eine hochwertige medizinische Versorgung in der Region gewährleistet sein muss. Dabei stehen die jeweiligen Häuser in Altenkirchen und Hachenburg eher im Fokus als das Kirchener Krankenhaus. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger haben Sabine Bätzing-Lichtenthäler veranlasst, die DRK Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz anzuschreiben, um eindeutige Aussagen zu erhalten.
Die Abgeordnete sieht Vorteile am Standort Altenkirchen, vor allem durch das relativ junge Bettenhaus. Insgesamt habe sich die Szene in Altenkirchen vorbildlich entwickelt, auch was die niedergelassenen Ärzte betrifft. Wichtig sei, vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei dem bevorstehenden Veränderungsprozess mitzunehmen. Zwischenzeitlich liegt ein Strukturgutachten vor, welches sich mit den DRK-Häusern in Altenkirchen, Hachenburg sowie Kirchen beschäftigt. Die Öffentlichkeit kennt jedoch noch keine Details.

Internationales

Ebola-Virus eindämmen!

Erst kürzlich debattierte der Deutsche Bundestag einen Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU/CSU, in dem der bisherige Beitrag Deutschlands zur Ebola-Bekämpfung gelobt wurde, gleichzeitig aber ein stärkeres Engagement der Bundesregierung eingefordert wurde.
Im Dezember rechnet die Weltgesundheits-organisation (WHO) mit wöchentlich 10.000 neuen Infizierten. „Die Ebola-Epidemie ist die schwerste ihrer Art seit Entdeckung des Virus. Bislang starben nach Angaben der WHO fast 4500 Menschen, nahezu 9000 diagnostizierte Fälle liegen vor. Im Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung zu einem verstärkten Engagement in Westafrika aufgefordert.
Die internationale Gemeinschaft steht in der Pflicht, jetzt schnell humanitäre Hilfe zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung auf, den deutschen Beitrag an die WHO, Ärzte ohne Grenzen und andere beteiligte Organisationen nochmals zu erhöhen. Sollte die humanitäre Katastrophe abgewehrt sein, ist danach die Entwicklungspolitik gefragt, denn sie ist Strukturpolitik. Viele Betriebe und fast alle Schulen sind seit Monaten geschlossen. Das wirtschaftliche und soziale Leben liegt brach. Mittelfristig müssen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit die Gesellschaft und Wirtschaft in den betroffenen Ländern wieder stabilisieren.

Bildung und Forschung

Studiengebühren sind unsozial!

Die von der Hochschulrektorenkonferenz geforderte flächendeckende Einführung von Studiengebühren würde die soziale Spaltung im Bildungssystem verstärken.

Aus gutem Grund haben inzwischen alle Bundesländer diese unsoziale Belastung für Studierende wieder abgeschafft. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich stattdessen dafür ein, dass sich der Bund nach Abschaffung des Kooperationsverbots im Wissenschaftsbereich verstärkt um die Grundfinanzierung der Hochschulen bemüht.

In zahlreichen Bundesländern haben die Menschen entschieden und der Belastung des Hochschulstudiums über Studiengebühren eine eindeutige Absage erteilt. Es ist in höchstem Maße fragwürdig, dass die Hochschulrektoren trotzdem weiterhin in erster Linie die Studierenden in der Verantwortung sehen, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen vielmehr in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot für den Hochschulbereich abschaffen. Es braucht gemeinsame Kraftanstrengungen von Bund und Ländern, um dauerhaft die Grundfinanzierung der Hochschulen in der Breite zu verbessern. Die Grundgesetzänderung schafft einen neuen verfassungsrechtlichen Rahmen, damit der Bund zukünftig dauerhaft Hochschulen fördern kann.

Mit dem Hochschulpakt, mit der Fortführung der Programmpauschale oder auch mit dem Qualitätspakt Lehre leistet der Bund bereits heute wichtige Beiträge, um Lehre und Forschung an Hochschulen zu stärken. Erst vor wenigen Tagen hat das Wissenschaftszentrum Berlin in einer Studie erneut festgestellt, dass Studiengebühren vor allem Studienberechtigte aus Nicht-Akademiker-Familien von einem Studium abschrecken. Vielleicht sollte die Hochschulrektorenkonferenz die Ergebnisse der aktuellen Forschung reflektieren, bevor man vermeintlich einfache Antworten wie die Forderung nach Studiengebühren präsentiert.

Europa

Europäische Kommission kann Arbeit aufnehmen

Mit großer Mehrheit haben heute die Mitglieder des Europäischen Parlaments die Kommission von Präsident Jean-Claude Juncker bestätigt. Damit kann sie wie geplant ihre Arbeit zum 1. November aufnehmen. Das ist ein gutes Signal für Europa. Jetzt gilt es für das neue Kollegium direkt durchzustarten, schließlich dulden die anstehenden Fragen keinen Aufschub. Die Hearings der Kommissarinnen und Kommissare im Europäischen Parlament in den zurückliegenden Wochen haben eines gezeigt: Die Juncker-Kommission wird eine politische Kommission werden - weniger Behörde, mehr echte Regierung. Mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini und dem ersten Vize-Präsidenten Frans Timmermans sitzen zudem zwei Sozialdemokraten an wichtigen Schaltstellen. Eine lange Einarbeitungszeit werden Juncker und sein Team nicht bekommen. Die weiterhin schlechte Wirtschaftslage in der EU erfordert eine schnelle Reaktion. Das vom Kommissionspräsidenten angekündigte 300 Milliarden Euro Programm muss zügig mit Leben gefüllt, Investitionsanreize gestärkt und die Arbeitslosenquote insbesondere unter jungen Menschen entschlossen bekämpft werden.

Darüber hinaus muss die EU in den vielen internationalen Krisen außenpolitisch geschlossen und verlässlich auftreten.

Nach der Aufstellung gemeinsamer europäischer Spitzenkandidaten, über einen europäisch geführten Wahlkampf bis zur Ernennung des Mitglieds der siegreichen Parteifamilie zum Kommissionspräsidenten, bildet die heutige Abstimmung im Europäischen Parlament den Endpunkt eines historischen demokratischen Prozesses auf europäischer Ebene.

Damit wurde ein Standard gesetzt, hinter den es bei zukünftigen Europawahlen kein Zurück mehr geben wird.

Bankenabgabe

Ausnahmen für Sparkassen und Genossenschaften

Die EU-Kommission hat die Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe veröffentlicht. Bei ihrer Ausgestaltung hatte die Kommission zuletzt insbesondere zugunsten von Sparkassen und Genossenschaften nachgebessert. Nunmehr ist der Weg frei zur Verabschiedung des Gesetzespakets zur Umsetzung eines weiteren Meilensteins der Bankenunion im Bundestag.

Die von der Kommission am 21. Oktober 2014 veröffentlichte Beitragsberechnung für den Bankenabwicklungsfonds entlastet vor allem kleinere Banken.

Als „klein“ definiert die EU-Kommission Banken, deren Bilanzsumme unter einer Milliarde Euro liegt und deren Bemessungsgrundlage geringer als 300 Millionen Euro ist. Für solche kleinen Institute ist eine pauschale Bankenabgabe zwischen 1.000 Euro und 50.000 Euro im Jahr vorgesehen.

In Deutschland werden rund 1.000 Institute von dieser entlastenden Pauschalabgabe erfasst, darunter mehr als 800 Genossenschaftsbanken und 70 bis 80 Sparkassen. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten das Recht, für Banken bis zu einer Bilanzsumme von drei Milliarden Euro weitere Erleichterungen zu schaffen.

Als besonders positiv für Sparkassen und Genossenschaften sehen wir, dass die Verbindlichkeiten innerhalb ihrer Finanzverbünde von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. So dürfen Sparkassen zum Beispiel Verbindlichkeiten gegenüber Landesbanken oder anderen Sparkassen herausrechnen.

Aus sozialdemokratischer Sicht hätten wir sicherlich die Sparkassen und Genossenschaften gern noch weiter entlastet gesehen, da diese Institute mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell den Abwicklungsfonds wahrscheinlich niemals in Anspruch nehmen müssen. Dagegen wäre es aus unserer Sicht gerechtfertigt gewesen, systemisch relevante Großbanken mit einem hohen Derivateanteil noch stärker zu belasten.

Allerdings stellt die von der EU-Kommission verabschiedete Regelung einen guten Kompromiss dar. Auf dieser Grundlage können wir nunmehr dem Gesetzespaket zur Umsetzung der Bankenunion im Bundestag zustimmen.

Bonbon

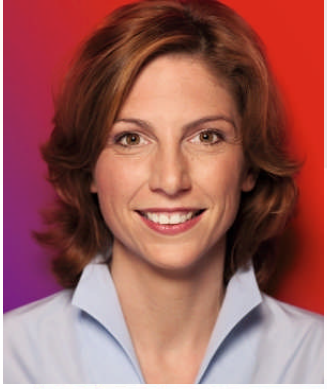
„Die Sonntagsfrage sagt nicht viel aus, weil alle Befragten, die da beim Kartoffelschälen angerufen werden, ganz genau wissen: Nächsten Sonntag ist gar keine Wahl.“

Frank-Walter Steinmeier
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Termine

29.10.14	*17.00 Uhr*	*IHK Altenkirchen*
	19.00 Uhr	*SPD-Ortsverein Altenkirchen Mitgliederversammlung*
30.10.14	*ganztägig*	*Tagespraktikum Remondis Altenkirchen*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**



Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
nun hat uns der Herbst erwischt: Herbststürme, Regenschauer, Temperatursturz... Die kalte Jahreszeit beginnt! Heiße Themen gibt‘s dagegen zurzeit im politischen Alltag. So beschäftigen uns täglich die Krisenherde auf der Welt, im Wahlkreis brennen uns Themen wie die medizinische Versorgung im ländlichen Raum unter den Nägeln und unser Koalitionspartner versucht unsere Projekte aus dem Koalitionsvertrag auf Eis zu legen mit dem Verweis auf die Wirtschaftsdaten. An allen diesen und weiteren Baustellen müssen wir auf der Hut sein! Nun genießt aber erstmal ein kuscheliges Herbstwochenende und denkt dran in der Nacht zu Sonntag die Uhr um eine Stunde zurückzustellen. Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Mehr Geld für Lärmschutz an Bahnstrecken!

In seiner jüngsten Sitzung hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages wichtige Entscheidungen in Sachen Bahnlärm getroffen. Künftig wird mehr Geld für den Lärmschutz zur Verfügung gestellt – so lassen sich die Entscheidungen des Ausschusses zusammenfassen. Der Antrag der Regierungsfraktion beinhaltete, dass die Mittel im Bereich Schiene, unter anderem auch für bestehende Schienenstrecken, auf insgesamt 130 Millionen Euro erhöht werden. Damit wird das Verkehrsministerium gleichzeitig aufgefordert, höhere Betriebskosten der leiseren Bremssysteme bei Güterwagen zu subventionieren. Das muss jedoch so organisiert werden, dass es mit EU-Recht vereinbar ist.
Im Bereich „Straße“ steigen die Mittel auf eine Gesamtsumme von 210,5 Millionen Euro für den Lärmschutz. Die Berliner Koalition nimmt die Sorgen und Nöte der Bahnanlieger ernst. Das wird durch die erhöhten Mittel deutlich.
Aber nicht nur in Sachen Lärmschutz macht die Regierungskoalition mehr Geld frei. Für den Radwegebau sollen insgesamt 90 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Verkehrsausschuss muss noch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Maßnahmen zustimmen.

Gesundheit

Regionale Krankenhauslandschaft vor Umbruch

Die Krankenhauslandschaft im Kreis Altenkirchen steht vor einem Umbruch. Die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete hat in den vergangenen Tagen bereits einige Zuschriften zu diesem Thema erhalten, weil die Menschen in der Region zutiefst verunsichert sind. Klar ist, dass eine hochwertige medizinische Versorgung in der Region gewährleistet sein muss. Dabei stehen die jeweiligen Häuser in Altenkirchen und Hachenburg eher im Fokus als das Kirchener Krankenhaus. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger haben Sabine Bätzing-Lichtenthäler veranlasst, die DRK Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz anzuschreiben, um eindeutige Aussagen zu erhalten.
Die Abgeordnete sieht Vorteile am Standort Altenkirchen, vor allem durch das relativ junge Bettenhaus. Insgesamt habe sich die Szene in Altenkirchen vorbildlich entwickelt, auch was die niedergelassenen Ärzte betrifft. Wichtig sei, vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei dem bevorstehenden Veränderungsprozess mitzunehmen. Zwischenzeitlich liegt ein Strukturgutachten vor, welches sich mit den DRK-Häusern in Altenkirchen, Hachenburg sowie Kirchen beschäftigt. Die Öffentlichkeit kennt jedoch noch keine Details.

Internationales

Ebola-Virus eindämmen!

Erst kürzlich debattierte der Deutsche Bundestag einen Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU/CSU, in dem der bisherige Beitrag Deutschlands zur Ebola-Bekämpfung gelobt wurde, gleichzeitig aber ein stärkeres Engagement der Bundesregierung eingefordert wurde.
Im Dezember rechnet die Weltgesundheits-organisation (WHO) mit wöchentlich 10.000 neuen Infizierten. „Die Ebola-Epidemie ist die schwerste ihrer Art seit Entdeckung des Virus. Bislang starben nach Angaben der WHO fast 4500 Menschen, nahezu 9000 diagnostizierte Fälle liegen vor. Im Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung zu einem verstärkten Engagement in Westafrika aufgefordert.
Die internationale Gemeinschaft steht in der Pflicht, jetzt schnell humanitäre Hilfe zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung auf, den deutschen Beitrag an die WHO, Ärzte ohne Grenzen und andere beteiligte Organisationen nochmals zu erhöhen. Sollte die humanitäre Katastrophe abgewehrt sein, ist danach die Entwicklungspolitik gefragt, denn sie ist Strukturpolitik. Viele Betriebe und fast alle Schulen sind seit Monaten geschlossen. Das wirtschaftliche und soziale Leben liegt brach. Mittelfristig müssen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit die Gesellschaft und Wirtschaft in den betroffenen Ländern wieder stabilisieren.

Bildung und Forschung

Studiengebühren sind unsozial!

Die von der Hochschulrektorenkonferenz geforderte flächendeckende Einführung von Studiengebühren würde die soziale Spaltung im Bildungssystem verstärken.

Aus gutem Grund haben inzwischen alle Bundesländer diese unsoziale Belastung für Studierende wieder abgeschafft. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich stattdessen dafür ein, dass sich der Bund nach Abschaffung des Kooperationsverbots im Wissenschaftsbereich verstärkt um die Grundfinanzierung der Hochschulen bemüht.

In zahlreichen Bundesländern haben die Menschen entschieden und der Belastung des Hochschulstudiums über Studiengebühren eine eindeutige Absage erteilt. Es ist in höchstem Maße fragwürdig, dass die Hochschulrektoren trotzdem weiterhin in erster Linie die Studierenden in der Verantwortung sehen, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen vielmehr in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot für den Hochschulbereich abschaffen. Es braucht gemeinsame Kraftanstrengungen von Bund und Ländern, um dauerhaft die Grundfinanzierung der Hochschulen in der Breite zu verbessern. Die Grundgesetzänderung schafft einen neuen verfassungsrechtlichen Rahmen, damit der Bund zukünftig dauerhaft Hochschulen fördern kann.

Mit dem Hochschulpakt, mit der Fortführung der Programmpauschale oder auch mit dem Qualitätspakt Lehre leistet der Bund bereits heute wichtige Beiträge, um Lehre und Forschung an Hochschulen zu stärken. Erst vor wenigen Tagen hat das Wissenschaftszentrum Berlin in einer Studie erneut festgestellt, dass Studiengebühren vor allem Studienberechtigte aus Nicht-Akademiker-Familien von einem Studium abschrecken. Vielleicht sollte die Hochschulrektorenkonferenz die Ergebnisse der aktuellen Forschung reflektieren, bevor man vermeintlich einfache Antworten wie die Forderung nach Studiengebühren präsentiert.

Europa

Europäische Kommission kann Arbeit aufnehmen

Mit großer Mehrheit haben heute die Mitglieder des Europäischen Parlaments die Kommission von Präsident Jean-Claude Juncker bestätigt. Damit kann sie wie geplant ihre Arbeit zum 1. November aufnehmen. Das ist ein gutes Signal für Europa. Jetzt gilt es für das neue Kollegium direkt durchzustarten, schließlich dulden die anstehenden Fragen keinen Aufschub. Die Hearings der Kommissarinnen und Kommissare im Europäischen Parlament in den zurückliegenden Wochen haben eines gezeigt: Die Juncker-Kommission wird eine politische Kommission werden - weniger Behörde, mehr echte Regierung. Mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini und dem ersten Vize-Präsidenten Frans Timmermans sitzen zudem zwei Sozialdemokraten an wichtigen Schaltstellen. Eine lange Einarbeitungszeit werden Juncker und sein Team nicht bekommen. Die weiterhin schlechte Wirtschaftslage in der EU erfordert eine schnelle Reaktion. Das vom Kommissionspräsidenten angekündigte 300 Milliarden Euro Programm muss zügig mit Leben gefüllt, Investitionsanreize gestärkt und die Arbeitslosenquote insbesondere unter jungen Menschen entschlossen bekämpft werden.

Darüber hinaus muss die EU in den vielen internationalen Krisen außenpolitisch geschlossen und verlässlich auftreten.

Nach der Aufstellung gemeinsamer europäischer Spitzenkandidaten, über einen europäisch geführten Wahlkampf bis zur Ernennung des Mitglieds der siegreichen Parteifamilie zum Kommissionspräsidenten, bildet die heutige Abstimmung im Europäischen Parlament den Endpunkt eines historischen demokratischen Prozesses auf europäischer Ebene.

Damit wurde ein Standard gesetzt, hinter den es bei zukünftigen Europawahlen kein Zurück mehr geben wird.

Bankenabgabe

Ausnahmen für Sparkassen und Genossenschaften

Die EU-Kommission hat die Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe veröffentlicht. Bei ihrer Ausgestaltung hatte die Kommission zuletzt insbesondere zugunsten von Sparkassen und Genossenschaften nachgebessert. Nunmehr ist der Weg frei zur Verabschiedung des Gesetzespakets zur Umsetzung eines weiteren Meilensteins der Bankenunion im Bundestag.

Die von der Kommission am 21. Oktober 2014 veröffentlichte Beitragsberechnung für den Bankenabwicklungsfonds entlastet vor allem kleinere Banken.

Als „klein“ definiert die EU-Kommission Banken, deren Bilanzsumme unter einer Milliarde Euro liegt und deren Bemessungsgrundlage geringer als 300 Millionen Euro ist. Für solche kleinen Institute ist eine pauschale Bankenabgabe zwischen 1.000 Euro und 50.000 Euro im Jahr vorgesehen.

In Deutschland werden rund 1.000 Institute von dieser entlastenden Pauschalabgabe erfasst, darunter mehr als 800 Genossenschaftsbanken und 70 bis 80 Sparkassen. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten das Recht, für Banken bis zu einer Bilanzsumme von drei Milliarden Euro weitere Erleichterungen zu schaffen.

Als besonders positiv für Sparkassen und Genossenschaften sehen wir, dass die Verbindlichkeiten innerhalb ihrer Finanzverbünde von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. So dürfen Sparkassen zum Beispiel Verbindlichkeiten gegenüber Landesbanken oder anderen Sparkassen herausrechnen.

Aus sozialdemokratischer Sicht hätten wir sicherlich die Sparkassen und Genossenschaften gern noch weiter entlastet gesehen, da diese Institute mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell den Abwicklungsfonds wahrscheinlich niemals in Anspruch nehmen müssen. Dagegen wäre es aus unserer Sicht gerechtfertigt gewesen, systemisch relevante Großbanken mit einem hohen Derivateanteil noch stärker zu belasten.

Allerdings stellt die von der EU-Kommission verabschiedete Regelung einen guten Kompromiss dar. Auf dieser Grundlage können wir nunmehr dem Gesetzespaket zur Umsetzung der Bankenunion im Bundestag zustimmen.

Bonbon

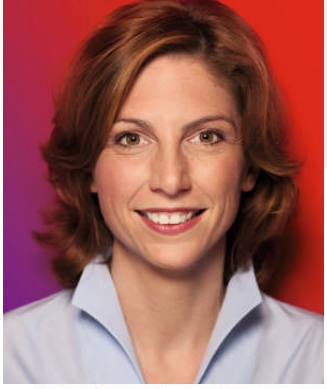
„Die Sonntagsfrage sagt nicht viel aus, weil alle Befragten, die da beim Kartoffelschälen angerufen werden, ganz genau wissen: Nächsten Sonntag ist gar keine Wahl.“

Frank-Walter Steinmeier
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Termine

29.10.14	*17.00 Uhr*	*IHK Altenkirchen*
	19.00 Uhr	*SPD-Ortsverein Altenkirchen Mitgliederversammlung*
30.10.14	*ganztägig*	*Tagespraktikum Remondis Altenkirchen*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**



Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
nun hat uns der Herbst erwischt: Herbststürme, Regenschauer, Temperatursturz... Die kalte Jahreszeit beginnt! Heiße Themen gibt‘s dagegen zurzeit im politischen Alltag. So beschäftigen uns täglich die Krisenherde auf der Welt, im Wahlkreis brennen uns Themen wie die medizinische Versorgung im ländlichen Raum unter den Nägeln und unser Koalitionspartner versucht unsere Projekte aus dem Koalitionsvertrag auf Eis zu legen mit dem Verweis auf die Wirtschaftsdaten. An allen diesen und weiteren Baustellen müssen wir auf der Hut sein! Nun genießt aber erstmal ein kuscheliges Herbstwochenende und denkt dran in der Nacht zu Sonntag die Uhr um eine Stunde zurückzustellen. Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Mehr Geld für Lärmschutz an Bahnstrecken!

In seiner jüngsten Sitzung hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages wichtige Entscheidungen in Sachen Bahnlärm getroffen. Künftig wird mehr Geld für den Lärmschutz zur Verfügung gestellt – so lassen sich die Entscheidungen des Ausschusses zusammenfassen. Der Antrag der Regierungsfraktion beinhaltete, dass die Mittel im Bereich Schiene, unter anderem auch für bestehende Schienenstrecken, auf insgesamt 130 Millionen Euro erhöht werden. Damit wird das Verkehrsministerium gleichzeitig aufgefordert, höhere Betriebskosten der leiseren Bremssysteme bei Güterwagen zu subventionieren. Das muss jedoch so organisiert werden, dass es mit EU-Recht vereinbar ist.
Im Bereich „Straße“ steigen die Mittel auf eine Gesamtsumme von 210,5 Millionen Euro für den Lärmschutz. Die Berliner Koalition nimmt die Sorgen und Nöte der Bahnanlieger ernst. Das wird durch die erhöhten Mittel deutlich.
Aber nicht nur in Sachen Lärmschutz macht die Regierungskoalition mehr Geld frei. Für den Radwegebau sollen insgesamt 90 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Verkehrsausschuss muss noch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Maßnahmen zustimmen.

Gesundheit

Regionale Krankenhauslandschaft vor Umbruch

Die Krankenhauslandschaft im Kreis Altenkirchen steht vor einem Umbruch. Die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete hat in den vergangenen Tagen bereits einige Zuschriften zu diesem Thema erhalten, weil die Menschen in der Region zutiefst verunsichert sind. Klar ist, dass eine hochwertige medizinische Versorgung in der Region gewährleistet sein muss. Dabei stehen die jeweiligen Häuser in Altenkirchen und Hachenburg eher im Fokus als das Kirchener Krankenhaus. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger haben Sabine Bätzing-Lichtenthäler veranlasst, die DRK Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz anzuschreiben, um eindeutige Aussagen zu erhalten.
Die Abgeordnete sieht Vorteile am Standort Altenkirchen, vor allem durch das relativ junge Bettenhaus. Insgesamt habe sich die Szene in Altenkirchen vorbildlich entwickelt, auch was die niedergelassenen Ärzte betrifft. Wichtig sei, vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei dem bevorstehenden Veränderungsprozess mitzunehmen. Zwischenzeitlich liegt ein Strukturgutachten vor, welches sich mit den DRK-Häusern in Altenkirchen, Hachenburg sowie Kirchen beschäftigt. Die Öffentlichkeit kennt jedoch noch keine Details.

Internationales

Ebola-Virus eindämmen!

Erst kürzlich debattierte der Deutsche Bundestag einen Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU/CSU, in dem der bisherige Beitrag Deutschlands zur Ebola-Bekämpfung gelobt wurde, gleichzeitig aber ein stärkeres Engagement der Bundesregierung eingefordert wurde.
Im Dezember rechnet die Weltgesundheits-organisation (WHO) mit wöchentlich 10.000 neuen Infizierten. „Die Ebola-Epidemie ist die schwerste ihrer Art seit Entdeckung des Virus. Bislang starben nach Angaben der WHO fast 4500 Menschen, nahezu 9000 diagnostizierte Fälle liegen vor. Im Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung zu einem verstärkten Engagement in Westafrika aufgefordert.
Die internationale Gemeinschaft steht in der Pflicht, jetzt schnell humanitäre Hilfe zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung auf, den deutschen Beitrag an die WHO, Ärzte ohne Grenzen und andere beteiligte Organisationen nochmals zu erhöhen. Sollte die humanitäre Katastrophe abgewehrt sein, ist danach die Entwicklungspolitik gefragt, denn sie ist Strukturpolitik. Viele Betriebe und fast alle Schulen sind seit Monaten geschlossen. Das wirtschaftliche und soziale Leben liegt brach. Mittelfristig müssen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit die Gesellschaft und Wirtschaft in den betroffenen Ländern wieder stabilisieren.

Bildung und Forschung

Studiengebühren sind unsozial!

Die von der Hochschulrektorenkonferenz geforderte flächendeckende Einführung von Studiengebühren würde die soziale Spaltung im Bildungssystem verstärken.

Aus gutem Grund haben inzwischen alle Bundesländer diese unsoziale Belastung für Studierende wieder abgeschafft. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich stattdessen dafür ein, dass sich der Bund nach Abschaffung des Kooperationsverbots im Wissenschaftsbereich verstärkt um die Grundfinanzierung der Hochschulen bemüht.

In zahlreichen Bundesländern haben die Menschen entschieden und der Belastung des Hochschulstudiums über Studiengebühren eine eindeutige Absage erteilt. Es ist in höchstem Maße fragwürdig, dass die Hochschulrektoren trotzdem weiterhin in erster Linie die Studierenden in der Verantwortung sehen, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen vielmehr in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot für den Hochschulbereich abschaffen. Es braucht gemeinsame Kraftanstrengungen von Bund und Ländern, um dauerhaft die Grundfinanzierung der Hochschulen in der Breite zu verbessern. Die Grundgesetzänderung schafft einen neuen verfassungsrechtlichen Rahmen, damit der Bund zukünftig dauerhaft Hochschulen fördern kann.

Mit dem Hochschulpakt, mit der Fortführung der Programmpauschale oder auch mit dem Qualitätspakt Lehre leistet der Bund bereits heute wichtige Beiträge, um Lehre und Forschung an Hochschulen zu stärken. Erst vor wenigen Tagen hat das Wissenschaftszentrum Berlin in einer Studie erneut festgestellt, dass Studiengebühren vor allem Studienberechtigte aus Nicht-Akademiker-Familien von einem Studium abschrecken. Vielleicht sollte die Hochschulrektorenkonferenz die Ergebnisse der aktuellen Forschung reflektieren, bevor man vermeintlich einfache Antworten wie die Forderung nach Studiengebühren präsentiert.

Europa

Europäische Kommission kann Arbeit aufnehmen

Mit großer Mehrheit haben heute die Mitglieder des Europäischen Parlaments die Kommission von Präsident Jean-Claude Juncker bestätigt. Damit kann sie wie geplant ihre Arbeit zum 1. November aufnehmen. Das ist ein gutes Signal für Europa. Jetzt gilt es für das neue Kollegium direkt durchzustarten, schließlich dulden die anstehenden Fragen keinen Aufschub. Die Hearings der Kommissarinnen und Kommissare im Europäischen Parlament in den zurückliegenden Wochen haben eines gezeigt: Die Juncker-Kommission wird eine politische Kommission werden - weniger Behörde, mehr echte Regierung. Mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini und dem ersten Vize-Präsidenten Frans Timmermans sitzen zudem zwei Sozialdemokraten an wichtigen Schaltstellen. Eine lange Einarbeitungszeit werden Juncker und sein Team nicht bekommen. Die weiterhin schlechte Wirtschaftslage in der EU erfordert eine schnelle Reaktion. Das vom Kommissionspräsidenten angekündigte 300 Milliarden Euro Programm muss zügig mit Leben gefüllt, Investitionsanreize gestärkt und die Arbeitslosenquote insbesondere unter jungen Menschen entschlossen bekämpft werden.

Darüber hinaus muss die EU in den vielen internationalen Krisen außenpolitisch geschlossen und verlässlich auftreten.

Nach der Aufstellung gemeinsamer europäischer Spitzenkandidaten, über einen europäisch geführten Wahlkampf bis zur Ernennung des Mitglieds der siegreichen Parteifamilie zum Kommissionspräsidenten, bildet die heutige Abstimmung im Europäischen Parlament den Endpunkt eines historischen demokratischen Prozesses auf europäischer Ebene.

Damit wurde ein Standard gesetzt, hinter den es bei zukünftigen Europawahlen kein Zurück mehr geben wird.

Bankenabgabe

Ausnahmen für Sparkassen und Genossenschaften

Die EU-Kommission hat die Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe veröffentlicht. Bei ihrer Ausgestaltung hatte die Kommission zuletzt insbesondere zugunsten von Sparkassen und Genossenschaften nachgebessert. Nunmehr ist der Weg frei zur Verabschiedung des Gesetzespakets zur Umsetzung eines weiteren Meilensteins der Bankenunion im Bundestag.

Die von der Kommission am 21. Oktober 2014 veröffentlichte Beitragsberechnung für den Bankenabwicklungsfonds entlastet vor allem kleinere Banken.

Als „klein“ definiert die EU-Kommission Banken, deren Bilanzsumme unter einer Milliarde Euro liegt und deren Bemessungsgrundlage geringer als 300 Millionen Euro ist. Für solche kleinen Institute ist eine pauschale Bankenabgabe zwischen 1.000 Euro und 50.000 Euro im Jahr vorgesehen.

In Deutschland werden rund 1.000 Institute von dieser entlastenden Pauschalabgabe erfasst, darunter mehr als 800 Genossenschaftsbanken und 70 bis 80 Sparkassen. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten das Recht, für Banken bis zu einer Bilanzsumme von drei Milliarden Euro weitere Erleichterungen zu schaffen.

Als besonders positiv für Sparkassen und Genossenschaften sehen wir, dass die Verbindlichkeiten innerhalb ihrer Finanzverbünde von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. So dürfen Sparkassen zum Beispiel Verbindlichkeiten gegenüber Landesbanken oder anderen Sparkassen herausrechnen.

Aus sozialdemokratischer Sicht hätten wir sicherlich die Sparkassen und Genossenschaften gern noch weiter entlastet gesehen, da diese Institute mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell den Abwicklungsfonds wahrscheinlich niemals in Anspruch nehmen müssen. Dagegen wäre es aus unserer Sicht gerechtfertigt gewesen, systemisch relevante Großbanken mit einem hohen Derivateanteil noch stärker zu belasten.

Allerdings stellt die von der EU-Kommission verabschiedete Regelung einen guten Kompromiss dar. Auf dieser Grundlage können wir nunmehr dem Gesetzespaket zur Umsetzung der Bankenunion im Bundestag zustimmen.

Bonbon

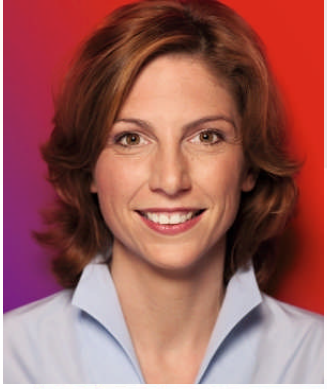
„Die Sonntagsfrage sagt nicht viel aus, weil alle Befragten, die da beim Kartoffelschälen angerufen werden, ganz genau wissen: Nächsten Sonntag ist gar keine Wahl.“

Frank-Walter Steinmeier
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Termine

29.10.14	*17.00 Uhr*	*IHK Altenkirchen*
	19.00 Uhr	*SPD-Ortsverein Altenkirchen Mitgliederversammlung*
30.10.14	*ganztägig*	*Tagespraktikum Remondis Altenkirchen*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**



Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
nun hat uns der Herbst erwischt: Herbststürme, Regenschauer, Temperatursturz... Die kalte Jahreszeit beginnt! Heiße Themen gibt‘s dagegen zurzeit im politischen Alltag. So beschäftigen uns täglich die Krisenherde auf der Welt, im Wahlkreis brennen uns Themen wie die medizinische Versorgung im ländlichen Raum unter den Nägeln und unser Koalitionspartner versucht unsere Projekte aus dem Koalitionsvertrag auf Eis zu legen mit dem Verweis auf die Wirtschaftsdaten. An allen diesen und weiteren Baustellen müssen wir auf der Hut sein! Nun genießt aber erstmal ein kuscheliges Herbstwochenende und denkt dran in der Nacht zu Sonntag die Uhr um eine Stunde zurückzustellen. Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Mehr Geld für Lärmschutz an Bahnstrecken!

In seiner jüngsten Sitzung hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages wichtige Entscheidungen in Sachen Bahnlärm getroffen. Künftig wird mehr Geld für den Lärmschutz zur Verfügung gestellt – so lassen sich die Entscheidungen des Ausschusses zusammenfassen. Der Antrag der Regierungsfraktion beinhaltete, dass die Mittel im Bereich Schiene, unter anderem auch für bestehende Schienenstrecken, auf insgesamt 130 Millionen Euro erhöht werden. Damit wird das Verkehrsministerium gleichzeitig aufgefordert, höhere Betriebskosten der leiseren Bremssysteme bei Güterwagen zu subventionieren. Das muss jedoch so organisiert werden, dass es mit EU-Recht vereinbar ist.
Im Bereich „Straße“ steigen die Mittel auf eine Gesamtsumme von 210,5 Millionen Euro für den Lärmschutz. Die Berliner Koalition nimmt die Sorgen und Nöte der Bahnanlieger ernst. Das wird durch die erhöhten Mittel deutlich.
Aber nicht nur in Sachen Lärmschutz macht die Regierungskoalition mehr Geld frei. Für den Radwegebau sollen insgesamt 90 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Verkehrsausschuss muss noch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Maßnahmen zustimmen.

Gesundheit

Regionale Krankenhauslandschaft vor Umbruch

Die Krankenhauslandschaft im Kreis Altenkirchen steht vor einem Umbruch. Die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete hat in den vergangenen Tagen bereits einige Zuschriften zu diesem Thema erhalten, weil die Menschen in der Region zutiefst verunsichert sind. Klar ist, dass eine hochwertige medizinische Versorgung in der Region gewährleistet sein muss. Dabei stehen die jeweiligen Häuser in Altenkirchen und Hachenburg eher im Fokus als das Kirchener Krankenhaus. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger haben Sabine Bätzing-Lichtenthäler veranlasst, die DRK Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz anzuschreiben, um eindeutige Aussagen zu erhalten.
Die Abgeordnete sieht Vorteile am Standort Altenkirchen, vor allem durch das relativ junge Bettenhaus. Insgesamt habe sich die Szene in Altenkirchen vorbildlich entwickelt, auch was die niedergelassenen Ärzte betrifft. Wichtig sei, vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei dem bevorstehenden Veränderungsprozess mitzunehmen. Zwischenzeitlich liegt ein Strukturgutachten vor, welches sich mit den DRK-Häusern in Altenkirchen, Hachenburg sowie Kirchen beschäftigt. Die Öffentlichkeit kennt jedoch noch keine Details.

Internationales

Ebola-Virus eindämmen!

Erst kürzlich debattierte der Deutsche Bundestag einen Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU/CSU, in dem der bisherige Beitrag Deutschlands zur Ebola-Bekämpfung gelobt wurde, gleichzeitig aber ein stärkeres Engagement der Bundesregierung eingefordert wurde.
Im Dezember rechnet die Weltgesundheits-organisation (WHO) mit wöchentlich 10.000 neuen Infizierten. „Die Ebola-Epidemie ist die schwerste ihrer Art seit Entdeckung des Virus. Bislang starben nach Angaben der WHO fast 4500 Menschen, nahezu 9000 diagnostizierte Fälle liegen vor. Im Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung zu einem verstärkten Engagement in Westafrika aufgefordert.
Die internationale Gemeinschaft steht in der Pflicht, jetzt schnell humanitäre Hilfe zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung auf, den deutschen Beitrag an die WHO, Ärzte ohne Grenzen und andere beteiligte Organisationen nochmals zu erhöhen. Sollte die humanitäre Katastrophe abgewehrt sein, ist danach die Entwicklungspolitik gefragt, denn sie ist Strukturpolitik. Viele Betriebe und fast alle Schulen sind seit Monaten geschlossen. Das wirtschaftliche und soziale Leben liegt brach. Mittelfristig müssen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit die Gesellschaft und Wirtschaft in den betroffenen Ländern wieder stabilisieren.

Bildung und Forschung

Studiengebühren sind unsozial!

Die von der Hochschulrektorenkonferenz geforderte flächendeckende Einführung von Studiengebühren würde die soziale Spaltung im Bildungssystem verstärken.

Aus gutem Grund haben inzwischen alle Bundesländer diese unsoziale Belastung für Studierende wieder abgeschafft. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich stattdessen dafür ein, dass sich der Bund nach Abschaffung des Kooperationsverbots im Wissenschaftsbereich verstärkt um die Grundfinanzierung der Hochschulen bemüht.

In zahlreichen Bundesländern haben die Menschen entschieden und der Belastung des Hochschulstudiums über Studiengebühren eine eindeutige Absage erteilt. Es ist in höchstem Maße fragwürdig, dass die Hochschulrektoren trotzdem weiterhin in erster Linie die Studierenden in der Verantwortung sehen, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen vielmehr in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot für den Hochschulbereich abschaffen. Es braucht gemeinsame Kraftanstrengungen von Bund und Ländern, um dauerhaft die Grundfinanzierung der Hochschulen in der Breite zu verbessern. Die Grundgesetzänderung schafft einen neuen verfassungsrechtlichen Rahmen, damit der Bund zukünftig dauerhaft Hochschulen fördern kann.

Mit dem Hochschulpakt, mit der Fortführung der Programmpauschale oder auch mit dem Qualitätspakt Lehre leistet der Bund bereits heute wichtige Beiträge, um Lehre und Forschung an Hochschulen zu stärken. Erst vor wenigen Tagen hat das Wissenschaftszentrum Berlin in einer Studie erneut festgestellt, dass Studiengebühren vor allem Studienberechtigte aus Nicht-Akademiker-Familien von einem Studium abschrecken. Vielleicht sollte die Hochschulrektorenkonferenz die Ergebnisse der aktuellen Forschung reflektieren, bevor man vermeintlich einfache Antworten wie die Forderung nach Studiengebühren präsentiert.

Europa

Europäische Kommission kann Arbeit aufnehmen

Mit großer Mehrheit haben heute die Mitglieder des Europäischen Parlaments die Kommission von Präsident Jean-Claude Juncker bestätigt. Damit kann sie wie geplant ihre Arbeit zum 1. November aufnehmen. Das ist ein gutes Signal für Europa. Jetzt gilt es für das neue Kollegium direkt durchzustarten, schließlich dulden die anstehenden Fragen keinen Aufschub. Die Hearings der Kommissarinnen und Kommissare im Europäischen Parlament in den zurückliegenden Wochen haben eines gezeigt: Die Juncker-Kommission wird eine politische Kommission werden - weniger Behörde, mehr echte Regierung. Mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini und dem ersten Vize-Präsidenten Frans Timmermans sitzen zudem zwei Sozialdemokraten an wichtigen Schaltstellen. Eine lange Einarbeitungszeit werden Juncker und sein Team nicht bekommen. Die weiterhin schlechte Wirtschaftslage in der EU erfordert eine schnelle Reaktion. Das vom Kommissionspräsidenten angekündigte 300 Milliarden Euro Programm muss zügig mit Leben gefüllt, Investitionsanreize gestärkt und die Arbeitslosenquote insbesondere unter jungen Menschen entschlossen bekämpft werden.

Darüber hinaus muss die EU in den vielen internationalen Krisen außenpolitisch geschlossen und verlässlich auftreten.

Nach der Aufstellung gemeinsamer europäischer Spitzenkandidaten, über einen europäisch geführten Wahlkampf bis zur Ernennung des Mitglieds der siegreichen Parteifamilie zum Kommissionspräsidenten, bildet die heutige Abstimmung im Europäischen Parlament den Endpunkt eines historischen demokratischen Prozesses auf europäischer Ebene.

Damit wurde ein Standard gesetzt, hinter den es bei zukünftigen Europawahlen kein Zurück mehr geben wird.

Bankenabgabe

Ausnahmen für Sparkassen und Genossenschaften

Die EU-Kommission hat die Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe veröffentlicht. Bei ihrer Ausgestaltung hatte die Kommission zuletzt insbesondere zugunsten von Sparkassen und Genossenschaften nachgebessert. Nunmehr ist der Weg frei zur Verabschiedung des Gesetzespakets zur Umsetzung eines weiteren Meilensteins der Bankenunion im Bundestag.

Die von der Kommission am 21. Oktober 2014 veröffentlichte Beitragsberechnung für den Bankenabwicklungsfonds entlastet vor allem kleinere Banken.

Als „klein“ definiert die EU-Kommission Banken, deren Bilanzsumme unter einer Milliarde Euro liegt und deren Bemessungsgrundlage geringer als 300 Millionen Euro ist. Für solche kleinen Institute ist eine pauschale Bankenabgabe zwischen 1.000 Euro und 50.000 Euro im Jahr vorgesehen.

In Deutschland werden rund 1.000 Institute von dieser entlastenden Pauschalabgabe erfasst, darunter mehr als 800 Genossenschaftsbanken und 70 bis 80 Sparkassen. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten das Recht, für Banken bis zu einer Bilanzsumme von drei Milliarden Euro weitere Erleichterungen zu schaffen.

Als besonders positiv für Sparkassen und Genossenschaften sehen wir, dass die Verbindlichkeiten innerhalb ihrer Finanzverbünde von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. So dürfen Sparkassen zum Beispiel Verbindlichkeiten gegenüber Landesbanken oder anderen Sparkassen herausrechnen.

Aus sozialdemokratischer Sicht hätten wir sicherlich die Sparkassen und Genossenschaften gern noch weiter entlastet gesehen, da diese Institute mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell den Abwicklungsfonds wahrscheinlich niemals in Anspruch nehmen müssen. Dagegen wäre es aus unserer Sicht gerechtfertigt gewesen, systemisch relevante Großbanken mit einem hohen Derivateanteil noch stärker zu belasten.

Allerdings stellt die von der EU-Kommission verabschiedete Regelung einen guten Kompromiss dar. Auf dieser Grundlage können wir nunmehr dem Gesetzespaket zur Umsetzung der Bankenunion im Bundestag zustimmen.

Bonbon

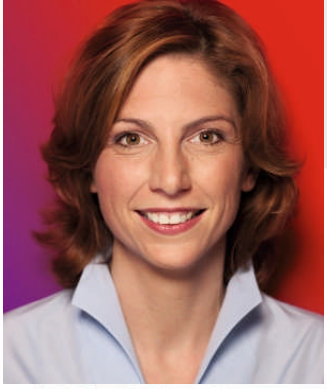
„Die Sonntagsfrage sagt nicht viel aus, weil alle Befragten, die da beim Kartoffelschälen angerufen werden, ganz genau wissen: Nächsten Sonntag ist gar keine Wahl.“

Frank-Walter Steinmeier
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Termine

29.10.14	*17.00 Uhr*	*IHK Altenkirchen*
	19.00 Uhr	*SPD-Ortsverein Altenkirchen Mitgliederversammlung*
30.10.14	*ganztägig*	*Tagespraktikum Remondis Altenkirchen*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**



Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
nun hat uns der Herbst erwischt: Herbststürme, Regenschauer, Temperatursturz... Die kalte Jahreszeit beginnt! Heiße Themen gibt‘s dagegen zurzeit im politischen Alltag. So beschäftigen uns täglich die Krisenherde auf der Welt, im Wahlkreis brennen uns Themen wie die medizinische Versorgung im ländlichen Raum unter den Nägeln und unser Koalitionspartner versucht unsere Projekte aus dem Koalitionsvertrag auf Eis zu legen mit dem Verweis auf die Wirtschaftsdaten. An allen diesen und weiteren Baustellen müssen wir auf der Hut sein! Nun genießt aber erstmal ein kuscheliges Herbstwochenende und denkt dran in der Nacht zu Sonntag die Uhr um eine Stunde zurückzustellen. Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Mehr Geld für Lärmschutz an Bahnstrecken!

In seiner jüngsten Sitzung hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages wichtige Entscheidungen in Sachen Bahnlärm getroffen. Künftig wird mehr Geld für den Lärmschutz zur Verfügung gestellt – so lassen sich die Entscheidungen des Ausschusses zusammenfassen. Der Antrag der Regierungsfraktion beinhaltete, dass die Mittel im Bereich Schiene, unter anderem auch für bestehende Schienenstrecken, auf insgesamt 130 Millionen Euro erhöht werden. Damit wird das Verkehrsministerium gleichzeitig aufgefordert, höhere Betriebskosten der leiseren Bremssysteme bei Güterwagen zu subventionieren. Das muss jedoch so organisiert werden, dass es mit EU-Recht vereinbar ist.
Im Bereich „Straße“ steigen die Mittel auf eine Gesamtsumme von 210,5 Millionen Euro für den Lärmschutz. Die Berliner Koalition nimmt die Sorgen und Nöte der Bahnanlieger ernst. Das wird durch die erhöhten Mittel deutlich.
Aber nicht nur in Sachen Lärmschutz macht die Regierungskoalition mehr Geld frei. Für den Radwegebau sollen insgesamt 90 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Verkehrsausschuss muss noch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Maßnahmen zustimmen.

Gesundheit

Regionale Krankenhauslandschaft vor Umbruch

Die Krankenhauslandschaft im Kreis Altenkirchen steht vor einem Umbruch. Die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete hat in den vergangenen Tagen bereits einige Zuschriften zu diesem Thema erhalten, weil die Menschen in der Region zutiefst verunsichert sind. Klar ist, dass eine hochwertige medizinische Versorgung in der Region gewährleistet sein muss. Dabei stehen die jeweiligen Häuser in Altenkirchen und Hachenburg eher im Fokus als das Kirchener Krankenhaus. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger haben Sabine Bätzing-Lichtenthäler veranlasst, die DRK Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz anzuschreiben, um eindeutige Aussagen zu erhalten.
Die Abgeordnete sieht Vorteile am Standort Altenkirchen, vor allem durch das relativ junge Bettenhaus. Insgesamt habe sich die Szene in Altenkirchen vorbildlich entwickelt, auch was die niedergelassenen Ärzte betrifft. Wichtig sei, vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei dem bevorstehenden Veränderungsprozess mitzunehmen. Zwischenzeitlich liegt ein Strukturgutachten vor, welches sich mit den DRK-Häusern in Altenkirchen, Hachenburg sowie Kirchen beschäftigt. Die Öffentlichkeit kennt jedoch noch keine Details.

Internationales

Ebola-Virus eindämmen!

Erst kürzlich debattierte der Deutsche Bundestag einen Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU/CSU, in dem der bisherige Beitrag Deutschlands zur Ebola-Bekämpfung gelobt wurde, gleichzeitig aber ein stärkeres Engagement der Bundesregierung eingefordert wurde.
Im Dezember rechnet die Weltgesundheits-organisation (WHO) mit wöchentlich 10.000 neuen Infizierten. „Die Ebola-Epidemie ist die schwerste ihrer Art seit Entdeckung des Virus. Bislang starben nach Angaben der WHO fast 4500 Menschen, nahezu 9000 diagnostizierte Fälle liegen vor. Im Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung zu einem verstärkten Engagement in Westafrika aufgefordert.
Die internationale Gemeinschaft steht in der Pflicht, jetzt schnell humanitäre Hilfe zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung auf, den deutschen Beitrag an die WHO, Ärzte ohne Grenzen und andere beteiligte Organisationen nochmals zu erhöhen. Sollte die humanitäre Katastrophe abgewehrt sein, ist danach die Entwicklungspolitik gefragt, denn sie ist Strukturpolitik. Viele Betriebe und fast alle Schulen sind seit Monaten geschlossen. Das wirtschaftliche und soziale Leben liegt brach. Mittelfristig müssen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit die Gesellschaft und Wirtschaft in den betroffenen Ländern wieder stabilisieren.

Bildung und Forschung

Studiengebühren sind unsozial!

Die von der Hochschulrektorenkonferenz geforderte flächendeckende Einführung von Studiengebühren würde die soziale Spaltung im Bildungssystem verstärken.

Aus gutem Grund haben inzwischen alle Bundesländer diese unsoziale Belastung für Studierende wieder abgeschafft. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich stattdessen dafür ein, dass sich der Bund nach Abschaffung des Kooperationsverbots im Wissenschaftsbereich verstärkt um die Grundfinanzierung der Hochschulen bemüht.

In zahlreichen Bundesländern haben die Menschen entschieden und der Belastung des Hochschulstudiums über Studiengebühren eine eindeutige Absage erteilt. Es ist in höchstem Maße fragwürdig, dass die Hochschulrektoren trotzdem weiterhin in erster Linie die Studierenden in der Verantwortung sehen, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen vielmehr in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot für den Hochschulbereich abschaffen. Es braucht gemeinsame Kraftanstrengungen von Bund und Ländern, um dauerhaft die Grundfinanzierung der Hochschulen in der Breite zu verbessern. Die Grundgesetzänderung schafft einen neuen verfassungsrechtlichen Rahmen, damit der Bund zukünftig dauerhaft Hochschulen fördern kann.

Mit dem Hochschulpakt, mit der Fortführung der Programmpauschale oder auch mit dem Qualitätspakt Lehre leistet der Bund bereits heute wichtige Beiträge, um Lehre und Forschung an Hochschulen zu stärken. Erst vor wenigen Tagen hat das Wissenschaftszentrum Berlin in einer Studie erneut festgestellt, dass Studiengebühren vor allem Studienberechtigte aus Nicht-Akademiker-Familien von einem Studium abschrecken. Vielleicht sollte die Hochschulrektorenkonferenz die Ergebnisse der aktuellen Forschung reflektieren, bevor man vermeintlich einfache Antworten wie die Forderung nach Studiengebühren präsentiert.

Europa

Europäische Kommission kann Arbeit aufnehmen

Mit großer Mehrheit haben heute die Mitglieder des Europäischen Parlaments die Kommission von Präsident Jean-Claude Juncker bestätigt. Damit kann sie wie geplant ihre Arbeit zum 1. November aufnehmen. Das ist ein gutes Signal für Europa. Jetzt gilt es für das neue Kollegium direkt durchzustarten, schließlich dulden die anstehenden Fragen keinen Aufschub. Die Hearings der Kommissarinnen und Kommissare im Europäischen Parlament in den zurückliegenden Wochen haben eines gezeigt: Die Juncker-Kommission wird eine politische Kommission werden - weniger Behörde, mehr echte Regierung. Mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini und dem ersten Vize-Präsidenten Frans Timmermans sitzen zudem zwei Sozialdemokraten an wichtigen Schaltstellen. Eine lange Einarbeitungszeit werden Juncker und sein Team nicht bekommen. Die weiterhin schlechte Wirtschaftslage in der EU erfordert eine schnelle Reaktion. Das vom Kommissionspräsidenten angekündigte 300 Milliarden Euro Programm muss zügig mit Leben gefüllt, Investitionsanreize gestärkt und die Arbeitslosenquote insbesondere unter jungen Menschen entschlossen bekämpft werden.

Darüber hinaus muss die EU in den vielen internationalen Krisen außenpolitisch geschlossen und verlässlich auftreten.

Nach der Aufstellung gemeinsamer europäischer Spitzenkandidaten, über einen europäisch geführten Wahlkampf bis zur Ernennung des Mitglieds der siegreichen Parteifamilie zum Kommissionspräsidenten, bildet die heutige Abstimmung im Europäischen Parlament den Endpunkt eines historischen demokratischen Prozesses auf europäischer Ebene.

Damit wurde ein Standard gesetzt, hinter den es bei zukünftigen Europawahlen kein Zurück mehr geben wird.

Bankenabgabe

Ausnahmen für Sparkassen und Genossenschaften

Die EU-Kommission hat die Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe veröffentlicht. Bei ihrer Ausgestaltung hatte die Kommission zuletzt insbesondere zugunsten von Sparkassen und Genossenschaften nachgebessert. Nunmehr ist der Weg frei zur Verabschiedung des Gesetzespakets zur Umsetzung eines weiteren Meilensteins der Bankenunion im Bundestag.

Die von der Kommission am 21. Oktober 2014 veröffentlichte Beitragsberechnung für den Bankenabwicklungsfonds entlastet vor allem kleinere Banken.

Als „klein“ definiert die EU-Kommission Banken, deren Bilanzsumme unter einer Milliarde Euro liegt und deren Bemessungsgrundlage geringer als 300 Millionen Euro ist. Für solche kleinen Institute ist eine pauschale Bankenabgabe zwischen 1.000 Euro und 50.000 Euro im Jahr vorgesehen.

In Deutschland werden rund 1.000 Institute von dieser entlastenden Pauschalabgabe erfasst, darunter mehr als 800 Genossenschaftsbanken und 70 bis 80 Sparkassen. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten das Recht, für Banken bis zu einer Bilanzsumme von drei Milliarden Euro weitere Erleichterungen zu schaffen.

Als besonders positiv für Sparkassen und Genossenschaften sehen wir, dass die Verbindlichkeiten innerhalb ihrer Finanzverbünde von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. So dürfen Sparkassen zum Beispiel Verbindlichkeiten gegenüber Landesbanken oder anderen Sparkassen herausrechnen.

Aus sozialdemokratischer Sicht hätten wir sicherlich die Sparkassen und Genossenschaften gern noch weiter entlastet gesehen, da diese Institute mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell den Abwicklungsfonds wahrscheinlich niemals in Anspruch nehmen müssen. Dagegen wäre es aus unserer Sicht gerechtfertigt gewesen, systemisch relevante Großbanken mit einem hohen Derivateanteil noch stärker zu belasten.

Allerdings stellt die von der EU-Kommission verabschiedete Regelung einen guten Kompromiss dar. Auf dieser Grundlage können wir nunmehr dem Gesetzespaket zur Umsetzung der Bankenunion im Bundestag zustimmen.

Bonbon

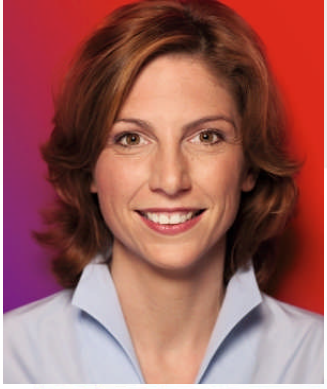
„Die Sonntagsfrage sagt nicht viel aus, weil alle Befragten, die da beim Kartoffelschälen angerufen werden, ganz genau wissen: Nächsten Sonntag ist gar keine Wahl.“

Frank-Walter Steinmeier
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Termine

29.10.14	*17.00 Uhr*	*IHK Altenkirchen*
	19.00 Uhr	*SPD-Ortsverein Altenkirchen Mitgliederversammlung*
30.10.14	*ganztägig*	*Tagespraktikum Remondis Altenkirchen*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**



Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
nun hat uns der Herbst erwischt: Herbststürme, Regenschauer, Temperatursturz... Die kalte Jahreszeit beginnt! Heiße Themen gibt‘s dagegen zurzeit im politischen Alltag. So beschäftigen uns täglich die Krisenherde auf der Welt, im Wahlkreis brennen uns Themen wie die medizinische Versorgung im ländlichen Raum unter den Nägeln und unser Koalitionspartner versucht unsere Projekte aus dem Koalitionsvertrag auf Eis zu legen mit dem Verweis auf die Wirtschaftsdaten. An allen diesen und weiteren Baustellen müssen wir auf der Hut sein! Nun genießt aber erstmal ein kuscheliges Herbstwochenende und denkt dran in der Nacht zu Sonntag die Uhr um eine Stunde zurückzustellen. Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Mehr Geld für Lärmschutz an Bahnstrecken!

In seiner jüngsten Sitzung hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages wichtige Entscheidungen in Sachen Bahnlärm getroffen. Künftig wird mehr Geld für den Lärmschutz zur Verfügung gestellt – so lassen sich die Entscheidungen des Ausschusses zusammenfassen. Der Antrag der Regierungsfraktion beinhaltete, dass die Mittel im Bereich Schiene, unter anderem auch für bestehende Schienenstrecken, auf insgesamt 130 Millionen Euro erhöht werden. Damit wird das Verkehrsministerium gleichzeitig aufgefordert, höhere Betriebskosten der leiseren Bremssysteme bei Güterwagen zu subventionieren. Das muss jedoch so organisiert werden, dass es mit EU-Recht vereinbar ist.
Im Bereich „Straße“ steigen die Mittel auf eine Gesamtsumme von 210,5 Millionen Euro für den Lärmschutz. Die Berliner Koalition nimmt die Sorgen und Nöte der Bahnanlieger ernst. Das wird durch die erhöhten Mittel deutlich.
Aber nicht nur in Sachen Lärmschutz macht die Regierungskoalition mehr Geld frei. Für den Radwegebau sollen insgesamt 90 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Verkehrsausschuss muss noch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Maßnahmen zustimmen.

Gesundheit

Regionale Krankenhauslandschaft vor Umbruch

Die Krankenhauslandschaft im Kreis Altenkirchen steht vor einem Umbruch. Die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete hat in den vergangenen Tagen bereits einige Zuschriften zu diesem Thema erhalten, weil die Menschen in der Region zutiefst verunsichert sind. Klar ist, dass eine hochwertige medizinische Versorgung in der Region gewährleistet sein muss. Dabei stehen die jeweiligen Häuser in Altenkirchen und Hachenburg eher im Fokus als das Kirchener Krankenhaus. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger haben Sabine Bätzing-Lichtenthäler veranlasst, die DRK Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz anzuschreiben, um eindeutige Aussagen zu erhalten.
Die Abgeordnete sieht Vorteile am Standort Altenkirchen, vor allem durch das relativ junge Bettenhaus. Insgesamt habe sich die Szene in Altenkirchen vorbildlich entwickelt, auch was die niedergelassenen Ärzte betrifft. Wichtig sei, vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei dem bevorstehenden Veränderungsprozess mitzunehmen. Zwischenzeitlich liegt ein Strukturgutachten vor, welches sich mit den DRK-Häusern in Altenkirchen, Hachenburg sowie Kirchen beschäftigt. Die Öffentlichkeit kennt jedoch noch keine Details.

Internationales

Ebola-Virus eindämmen!

Erst kürzlich debattierte der Deutsche Bundestag einen Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU/CSU, in dem der bisherige Beitrag Deutschlands zur Ebola-Bekämpfung gelobt wurde, gleichzeitig aber ein stärkeres Engagement der Bundesregierung eingefordert wurde.
Im Dezember rechnet die Weltgesundheits-organisation (WHO) mit wöchentlich 10.000 neuen Infizierten. „Die Ebola-Epidemie ist die schwerste ihrer Art seit Entdeckung des Virus. Bislang starben nach Angaben der WHO fast 4500 Menschen, nahezu 9000 diagnostizierte Fälle liegen vor. Im Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung zu einem verstärkten Engagement in Westafrika aufgefordert.
Die internationale Gemeinschaft steht in der Pflicht, jetzt schnell humanitäre Hilfe zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung auf, den deutschen Beitrag an die WHO, Ärzte ohne Grenzen und andere beteiligte Organisationen nochmals zu erhöhen. Sollte die humanitäre Katastrophe abgewehrt sein, ist danach die Entwicklungspolitik gefragt, denn sie ist Strukturpolitik. Viele Betriebe und fast alle Schulen sind seit Monaten geschlossen. Das wirtschaftliche und soziale Leben liegt brach. Mittelfristig müssen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit die Gesellschaft und Wirtschaft in den betroffenen Ländern wieder stabilisieren.

Bildung und Forschung

Studiengebühren sind unsozial!

Die von der Hochschulrektorenkonferenz geforderte flächendeckende Einführung von Studiengebühren würde die soziale Spaltung im Bildungssystem verstärken.

Aus gutem Grund haben inzwischen alle Bundesländer diese unsoziale Belastung für Studierende wieder abgeschafft. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich stattdessen dafür ein, dass sich der Bund nach Abschaffung des Kooperationsverbots im Wissenschaftsbereich verstärkt um die Grundfinanzierung der Hochschulen bemüht.

In zahlreichen Bundesländern haben die Menschen entschieden und der Belastung des Hochschulstudiums über Studiengebühren eine eindeutige Absage erteilt. Es ist in höchstem Maße fragwürdig, dass die Hochschulrektoren trotzdem weiterhin in erster Linie die Studierenden in der Verantwortung sehen, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen vielmehr in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot für den Hochschulbereich abschaffen. Es braucht gemeinsame Kraftanstrengungen von Bund und Ländern, um dauerhaft die Grundfinanzierung der Hochschulen in der Breite zu verbessern. Die Grundgesetzänderung schafft einen neuen verfassungsrechtlichen Rahmen, damit der Bund zukünftig dauerhaft Hochschulen fördern kann.

Mit dem Hochschulpakt, mit der Fortführung der Programmpauschale oder auch mit dem Qualitätspakt Lehre leistet der Bund bereits heute wichtige Beiträge, um Lehre und Forschung an Hochschulen zu stärken. Erst vor wenigen Tagen hat das Wissenschaftszentrum Berlin in einer Studie erneut festgestellt, dass Studiengebühren vor allem Studienberechtigte aus Nicht-Akademiker-Familien von einem Studium abschrecken. Vielleicht sollte die Hochschulrektorenkonferenz die Ergebnisse der aktuellen Forschung reflektieren, bevor man vermeintlich einfache Antworten wie die Forderung nach Studiengebühren präsentiert.

Europa

Europäische Kommission kann Arbeit aufnehmen

Mit großer Mehrheit haben heute die Mitglieder des Europäischen Parlaments die Kommission von Präsident Jean-Claude Juncker bestätigt. Damit kann sie wie geplant ihre Arbeit zum 1. November aufnehmen. Das ist ein gutes Signal für Europa. Jetzt gilt es für das neue Kollegium direkt durchzustarten, schließlich dulden die anstehenden Fragen keinen Aufschub. Die Hearings der Kommissarinnen und Kommissare im Europäischen Parlament in den zurückliegenden Wochen haben eines gezeigt: Die Juncker-Kommission wird eine politische Kommission werden - weniger Behörde, mehr echte Regierung. Mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini und dem ersten Vize-Präsidenten Frans Timmermans sitzen zudem zwei Sozialdemokraten an wichtigen Schaltstellen. Eine lange Einarbeitungszeit werden Juncker und sein Team nicht bekommen. Die weiterhin schlechte Wirtschaftslage in der EU erfordert eine schnelle Reaktion. Das vom Kommissionspräsidenten angekündigte 300 Milliarden Euro Programm muss zügig mit Leben gefüllt, Investitionsanreize gestärkt und die Arbeitslosenquote insbesondere unter jungen Menschen entschlossen bekämpft werden.

Darüber hinaus muss die EU in den vielen internationalen Krisen außenpolitisch geschlossen und verlässlich auftreten.

Nach der Aufstellung gemeinsamer europäischer Spitzenkandidaten, über einen europäisch geführten Wahlkampf bis zur Ernennung des Mitglieds der siegreichen Parteifamilie zum Kommissionspräsidenten, bildet die heutige Abstimmung im Europäischen Parlament den Endpunkt eines historischen demokratischen Prozesses auf europäischer Ebene.

Damit wurde ein Standard gesetzt, hinter den es bei zukünftigen Europawahlen kein Zurück mehr geben wird.

Bankenabgabe

Ausnahmen für Sparkassen und Genossenschaften

Die EU-Kommission hat die Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe veröffentlicht. Bei ihrer Ausgestaltung hatte die Kommission zuletzt insbesondere zugunsten von Sparkassen und Genossenschaften nachgebessert. Nunmehr ist der Weg frei zur Verabschiedung des Gesetzespakets zur Umsetzung eines weiteren Meilensteins der Bankenunion im Bundestag.

Die von der Kommission am 21. Oktober 2014 veröffentlichte Beitragsberechnung für den Bankenabwicklungsfonds entlastet vor allem kleinere Banken.

Als „klein“ definiert die EU-Kommission Banken, deren Bilanzsumme unter einer Milliarde Euro liegt und deren Bemessungsgrundlage geringer als 300 Millionen Euro ist. Für solche kleinen Institute ist eine pauschale Bankenabgabe zwischen 1.000 Euro und 50.000 Euro im Jahr vorgesehen.

In Deutschland werden rund 1.000 Institute von dieser entlastenden Pauschalabgabe erfasst, darunter mehr als 800 Genossenschaftsbanken und 70 bis 80 Sparkassen. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten das Recht, für Banken bis zu einer Bilanzsumme von drei Milliarden Euro weitere Erleichterungen zu schaffen.

Als besonders positiv für Sparkassen und Genossenschaften sehen wir, dass die Verbindlichkeiten innerhalb ihrer Finanzverbünde von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. So dürfen Sparkassen zum Beispiel Verbindlichkeiten gegenüber Landesbanken oder anderen Sparkassen herausrechnen.

Aus sozialdemokratischer Sicht hätten wir sicherlich die Sparkassen und Genossenschaften gern noch weiter entlastet gesehen, da diese Institute mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell den Abwicklungsfonds wahrscheinlich niemals in Anspruch nehmen müssen. Dagegen wäre es aus unserer Sicht gerechtfertigt gewesen, systemisch relevante Großbanken mit einem hohen Derivateanteil noch stärker zu belasten.

Allerdings stellt die von der EU-Kommission verabschiedete Regelung einen guten Kompromiss dar. Auf dieser Grundlage können wir nunmehr dem Gesetzespaket zur Umsetzung der Bankenunion im Bundestag zustimmen.

Bonbon

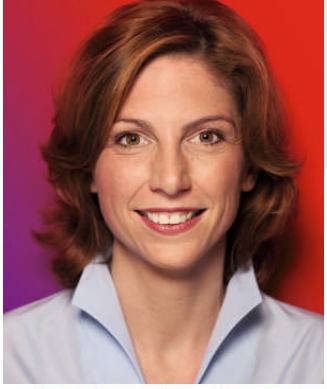
„Die Sonntagsfrage sagt nicht viel aus, weil alle Befragten, die da beim Kartoffelschälen angerufen werden, ganz genau wissen: Nächsten Sonntag ist gar keine Wahl.“

Frank-Walter Steinmeier
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Termine

29.10.14	*17.00 Uhr*	*IHK Altenkirchen*
	19.00 Uhr	*SPD-Ortsverein Altenkirchen Mitgliederversammlung*
30.10.14	*ganztägig*	*Tagespraktikum Remondis Altenkirchen*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**



Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
nun hat uns der Herbst erwischt: Herbststürme, Regenschauer, Temperatursturz... Die kalte Jahreszeit beginnt! Heiße Themen gibt‘s dagegen zurzeit im politischen Alltag. So beschäftigen uns täglich die Krisenherde auf der Welt, im Wahlkreis brennen uns Themen wie die medizinische Versorgung im ländlichen Raum unter den Nägeln und unser Koalitionspartner versucht unsere Projekte aus dem Koalitionsvertrag auf Eis zu legen mit dem Verweis auf die Wirtschaftsdaten. An allen diesen und weiteren Baustellen müssen wir auf der Hut sein! Nun genießt aber erstmal ein kuscheliges Herbstwochenende und denkt dran in der Nacht zu Sonntag die Uhr um eine Stunde zurückzustellen. Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Mehr Geld für Lärmschutz an Bahnstrecken!

In seiner jüngsten Sitzung hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages wichtige Entscheidungen in Sachen Bahnlärm getroffen. Künftig wird mehr Geld für den Lärmschutz zur Verfügung gestellt – so lassen sich die Entscheidungen des Ausschusses zusammenfassen. Der Antrag der Regierungsfraktion beinhaltete, dass die Mittel im Bereich Schiene, unter anderem auch für bestehende Schienenstrecken, auf insgesamt 130 Millionen Euro erhöht werden. Damit wird das Verkehrsministerium gleichzeitig aufgefordert, höhere Betriebskosten der leiseren Bremssysteme bei Güterwagen zu subventionieren. Das muss jedoch so organisiert werden, dass es mit EU-Recht vereinbar ist.
Im Bereich „Straße“ steigen die Mittel auf eine Gesamtsumme von 210,5 Millionen Euro für den Lärmschutz. Die Berliner Koalition nimmt die Sorgen und Nöte der Bahnanlieger ernst. Das wird durch die erhöhten Mittel deutlich.
Aber nicht nur in Sachen Lärmschutz macht die Regierungskoalition mehr Geld frei. Für den Radwegebau sollen insgesamt 90 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Verkehrsausschuss muss noch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Maßnahmen zustimmen.

Gesundheit

Regionale Krankenhauslandschaft vor Umbruch

Die Krankenhauslandschaft im Kreis Altenkirchen steht vor einem Umbruch. Die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete hat in den vergangenen Tagen bereits einige Zuschriften zu diesem Thema erhalten, weil die Menschen in der Region zutiefst verunsichert sind. Klar ist, dass eine hochwertige medizinische Versorgung in der Region gewährleistet sein muss. Dabei stehen die jeweiligen Häuser in Altenkirchen und Hachenburg eher im Fokus als das Kirchener Krankenhaus. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger haben Sabine Bätzing-Lichtenthäler veranlasst, die DRK Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz anzuschreiben, um eindeutige Aussagen zu erhalten.
Die Abgeordnete sieht Vorteile am Standort Altenkirchen, vor allem durch das relativ junge Bettenhaus. Insgesamt habe sich die Szene in Altenkirchen vorbildlich entwickelt, auch was die niedergelassenen Ärzte betrifft. Wichtig sei, vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei dem bevorstehenden Veränderungsprozess mitzunehmen. Zwischenzeitlich liegt ein Strukturgutachten vor, welches sich mit den DRK-Häusern in Altenkirchen, Hachenburg sowie Kirchen beschäftigt. Die Öffentlichkeit kennt jedoch noch keine Details.

Internationales

Ebola-Virus eindämmen!

Erst kürzlich debattierte der Deutsche Bundestag einen Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU/CSU, in dem der bisherige Beitrag Deutschlands zur Ebola-Bekämpfung gelobt wurde, gleichzeitig aber ein stärkeres Engagement der Bundesregierung eingefordert wurde.
Im Dezember rechnet die Weltgesundheits-organisation (WHO) mit wöchentlich 10.000 neuen Infizierten. „Die Ebola-Epidemie ist die schwerste ihrer Art seit Entdeckung des Virus. Bislang starben nach Angaben der WHO fast 4500 Menschen, nahezu 9000 diagnostizierte Fälle liegen vor. Im Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung zu einem verstärkten Engagement in Westafrika aufgefordert.
Die internationale Gemeinschaft steht in der Pflicht, jetzt schnell humanitäre Hilfe zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung auf, den deutschen Beitrag an die WHO, Ärzte ohne Grenzen und andere beteiligte Organisationen nochmals zu erhöhen. Sollte die humanitäre Katastrophe abgewehrt sein, ist danach die Entwicklungspolitik gefragt, denn sie ist Strukturpolitik. Viele Betriebe und fast alle Schulen sind seit Monaten geschlossen. Das wirtschaftliche und soziale Leben liegt brach. Mittelfristig müssen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit die Gesellschaft und Wirtschaft in den betroffenen Ländern wieder stabilisieren.

Bildung und Forschung

Studiengebühren sind unsozial!

Die von der Hochschulrektorenkonferenz geforderte flächendeckende Einführung von Studiengebühren würde die soziale Spaltung im Bildungssystem verstärken.

Aus gutem Grund haben inzwischen alle Bundesländer diese unsoziale Belastung für Studierende wieder abgeschafft. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich stattdessen dafür ein, dass sich der Bund nach Abschaffung des Kooperationsverbots im Wissenschaftsbereich verstärkt um die Grundfinanzierung der Hochschulen bemüht.

In zahlreichen Bundesländern haben die Menschen entschieden und der Belastung des Hochschulstudiums über Studiengebühren eine eindeutige Absage erteilt. Es ist in höchstem Maße fragwürdig, dass die Hochschulrektoren trotzdem weiterhin in erster Linie die Studierenden in der Verantwortung sehen, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen vielmehr in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot für den Hochschulbereich abschaffen. Es braucht gemeinsame Kraftanstrengungen von Bund und Ländern, um dauerhaft die Grundfinanzierung der Hochschulen in der Breite zu verbessern. Die Grundgesetzänderung schafft einen neuen verfassungsrechtlichen Rahmen, damit der Bund zukünftig dauerhaft Hochschulen fördern kann.

Mit dem Hochschulpakt, mit der Fortführung der Programmpauschale oder auch mit dem Qualitätspakt Lehre leistet der Bund bereits heute wichtige Beiträge, um Lehre und Forschung an Hochschulen zu stärken. Erst vor wenigen Tagen hat das Wissenschaftszentrum Berlin in einer Studie erneut festgestellt, dass Studiengebühren vor allem Studienberechtigte aus Nicht-Akademiker-Familien von einem Studium abschrecken. Vielleicht sollte die Hochschulrektorenkonferenz die Ergebnisse der aktuellen Forschung reflektieren, bevor man vermeintlich einfache Antworten wie die Forderung nach Studiengebühren präsentiert.

Europa

Europäische Kommission kann Arbeit aufnehmen

Mit großer Mehrheit haben heute die Mitglieder des Europäischen Parlaments die Kommission von Präsident Jean-Claude Juncker bestätigt. Damit kann sie wie geplant ihre Arbeit zum 1. November aufnehmen. Das ist ein gutes Signal für Europa. Jetzt gilt es für das neue Kollegium direkt durchzustarten, schließlich dulden die anstehenden Fragen keinen Aufschub. Die Hearings der Kommissarinnen und Kommissare im Europäischen Parlament in den zurückliegenden Wochen haben eines gezeigt: Die Juncker-Kommission wird eine politische Kommission werden - weniger Behörde, mehr echte Regierung. Mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini und dem ersten Vize-Präsidenten Frans Timmermans sitzen zudem zwei Sozialdemokraten an wichtigen Schaltstellen. Eine lange Einarbeitungszeit werden Juncker und sein Team nicht bekommen. Die weiterhin schlechte Wirtschaftslage in der EU erfordert eine schnelle Reaktion. Das vom Kommissionspräsidenten angekündigte 300 Milliarden Euro Programm muss zügig mit Leben gefüllt, Investitionsanreize gestärkt und die Arbeitslosenquote insbesondere unter jungen Menschen entschlossen bekämpft werden.

Darüber hinaus muss die EU in den vielen internationalen Krisen außenpolitisch geschlossen und verlässlich auftreten.

Nach der Aufstellung gemeinsamer europäischer Spitzenkandidaten, über einen europäisch geführten Wahlkampf bis zur Ernennung des Mitglieds der siegreichen Parteifamilie zum Kommissionspräsidenten, bildet die heutige Abstimmung im Europäischen Parlament den Endpunkt eines historischen demokratischen Prozesses auf europäischer Ebene.

Damit wurde ein Standard gesetzt, hinter den es bei zukünftigen Europawahlen kein Zurück mehr geben wird.

Bankenabgabe

Ausnahmen für Sparkassen und Genossenschaften

Die EU-Kommission hat die Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe veröffentlicht. Bei ihrer Ausgestaltung hatte die Kommission zuletzt insbesondere zugunsten von Sparkassen und Genossenschaften nachgebessert. Nunmehr ist der Weg frei zur Verabschiedung des Gesetzespakets zur Umsetzung eines weiteren Meilensteins der Bankenunion im Bundestag.

Die von der Kommission am 21. Oktober 2014 veröffentlichte Beitragsberechnung für den Bankenabwicklungsfonds entlastet vor allem kleinere Banken.

Als „klein“ definiert die EU-Kommission Banken, deren Bilanzsumme unter einer Milliarde Euro liegt und deren Bemessungsgrundlage geringer als 300 Millionen Euro ist. Für solche kleinen Institute ist eine pauschale Bankenabgabe zwischen 1.000 Euro und 50.000 Euro im Jahr vorgesehen.

In Deutschland werden rund 1.000 Institute von dieser entlastenden Pauschalabgabe erfasst, darunter mehr als 800 Genossenschaftsbanken und 70 bis 80 Sparkassen. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten das Recht, für Banken bis zu einer Bilanzsumme von drei Milliarden Euro weitere Erleichterungen zu schaffen.

Als besonders positiv für Sparkassen und Genossenschaften sehen wir, dass die Verbindlichkeiten innerhalb ihrer Finanzverbünde von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. So dürfen Sparkassen zum Beispiel Verbindlichkeiten gegenüber Landesbanken oder anderen Sparkassen herausrechnen.

Aus sozialdemokratischer Sicht hätten wir sicherlich die Sparkassen und Genossenschaften gern noch weiter entlastet gesehen, da diese Institute mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell den Abwicklungsfonds wahrscheinlich niemals in Anspruch nehmen müssen. Dagegen wäre es aus unserer Sicht gerechtfertigt gewesen, systemisch relevante Großbanken mit einem hohen Derivateanteil noch stärker zu belasten.

Allerdings stellt die von der EU-Kommission verabschiedete Regelung einen guten Kompromiss dar. Auf dieser Grundlage können wir nunmehr dem Gesetzespaket zur Umsetzung der Bankenunion im Bundestag zustimmen.

Bonbon

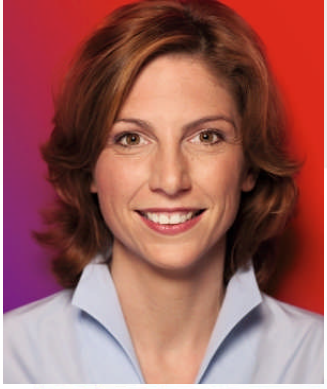
„Die Sonntagsfrage sagt nicht viel aus, weil alle Befragten, die da beim Kartoffelschälen angerufen werden, ganz genau wissen: Nächsten Sonntag ist gar keine Wahl.“

Frank-Walter Steinmeier
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Termine

29.10.14	*17.00 Uhr*	*IHK Altenkirchen*
	19.00 Uhr	*SPD-Ortsverein Altenkirchen Mitgliederversammlung*
30.10.14	*ganztägig*	*Tagespraktikum Remondis Altenkirchen*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**



Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
nun hat uns der Herbst erwischt: Herbststürme, Regenschauer, Temperatursturz... Die kalte Jahreszeit beginnt! Heiße Themen gibt‘s dagegen zurzeit im politischen Alltag. So beschäftigen uns täglich die Krisenherde auf der Welt, im Wahlkreis brennen uns Themen wie die medizinische Versorgung im ländlichen Raum unter den Nägeln und unser Koalitionspartner versucht unsere Projekte aus dem Koalitionsvertrag auf Eis zu legen mit dem Verweis auf die Wirtschaftsdaten. An allen diesen und weiteren Baustellen müssen wir auf der Hut sein! Nun genießt aber erstmal ein kuscheliges Herbstwochenende und denkt dran in der Nacht zu Sonntag die Uhr um eine Stunde zurückzustellen. Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Mehr Geld für Lärmschutz an Bahnstrecken!

In seiner jüngsten Sitzung hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages wichtige Entscheidungen in Sachen Bahnlärm getroffen. Künftig wird mehr Geld für den Lärmschutz zur Verfügung gestellt – so lassen sich die Entscheidungen des Ausschusses zusammenfassen. Der Antrag der Regierungsfraktion beinhaltete, dass die Mittel im Bereich Schiene, unter anderem auch für bestehende Schienenstrecken, auf insgesamt 130 Millionen Euro erhöht werden. Damit wird das Verkehrsministerium gleichzeitig aufgefordert, höhere Betriebskosten der leiseren Bremssysteme bei Güterwagen zu subventionieren. Das muss jedoch so organisiert werden, dass es mit EU-Recht vereinbar ist.
Im Bereich „Straße“ steigen die Mittel auf eine Gesamtsumme von 210,5 Millionen Euro für den Lärmschutz. Die Berliner Koalition nimmt die Sorgen und Nöte der Bahnanlieger ernst. Das wird durch die erhöhten Mittel deutlich.
Aber nicht nur in Sachen Lärmschutz macht die Regierungskoalition mehr Geld frei. Für den Radwegebau sollen insgesamt 90 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Verkehrsausschuss muss noch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Maßnahmen zustimmen.

Gesundheit

Regionale Krankenhauslandschaft vor Umbruch

Die Krankenhauslandschaft im Kreis Altenkirchen steht vor einem Umbruch. Die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete hat in den vergangenen Tagen bereits einige Zuschriften zu diesem Thema erhalten, weil die Menschen in der Region zutiefst verunsichert sind. Klar ist, dass eine hochwertige medizinische Versorgung in der Region gewährleistet sein muss. Dabei stehen die jeweiligen Häuser in Altenkirchen und Hachenburg eher im Fokus als das Kirchener Krankenhaus. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger haben Sabine Bätzing-Lichtenthäler veranlasst, die DRK Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz anzuschreiben, um eindeutige Aussagen zu erhalten.
Die Abgeordnete sieht Vorteile am Standort Altenkirchen, vor allem durch das relativ junge Bettenhaus. Insgesamt habe sich die Szene in Altenkirchen vorbildlich entwickelt, auch was die niedergelassenen Ärzte betrifft. Wichtig sei, vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei dem bevorstehenden Veränderungsprozess mitzunehmen. Zwischenzeitlich liegt ein Strukturgutachten vor, welches sich mit den DRK-Häusern in Altenkirchen, Hachenburg sowie Kirchen beschäftigt. Die Öffentlichkeit kennt jedoch noch keine Details.

Internationales

Ebola-Virus eindämmen!

Erst kürzlich debattierte der Deutsche Bundestag einen Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU/CSU, in dem der bisherige Beitrag Deutschlands zur Ebola-Bekämpfung gelobt wurde, gleichzeitig aber ein stärkeres Engagement der Bundesregierung eingefordert wurde.
Im Dezember rechnet die Weltgesundheits-organisation (WHO) mit wöchentlich 10.000 neuen Infizierten. „Die Ebola-Epidemie ist die schwerste ihrer Art seit Entdeckung des Virus. Bislang starben nach Angaben der WHO fast 4500 Menschen, nahezu 9000 diagnostizierte Fälle liegen vor. Im Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung zu einem verstärkten Engagement in Westafrika aufgefordert.
Die internationale Gemeinschaft steht in der Pflicht, jetzt schnell humanitäre Hilfe zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung auf, den deutschen Beitrag an die WHO, Ärzte ohne Grenzen und andere beteiligte Organisationen nochmals zu erhöhen. Sollte die humanitäre Katastrophe abgewehrt sein, ist danach die Entwicklungspolitik gefragt, denn sie ist Strukturpolitik. Viele Betriebe und fast alle Schulen sind seit Monaten geschlossen. Das wirtschaftliche und soziale Leben liegt brach. Mittelfristig müssen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit die Gesellschaft und Wirtschaft in den betroffenen Ländern wieder stabilisieren.

Bildung und Forschung

Studiengebühren sind unsozial!

Die von der Hochschulrektorenkonferenz geforderte flächendeckende Einführung von Studiengebühren würde die soziale Spaltung im Bildungssystem verstärken.

Aus gutem Grund haben inzwischen alle Bundesländer diese unsoziale Belastung für Studierende wieder abgeschafft. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich stattdessen dafür ein, dass sich der Bund nach Abschaffung des Kooperationsverbots im Wissenschaftsbereich verstärkt um die Grundfinanzierung der Hochschulen bemüht.

In zahlreichen Bundesländern haben die Menschen entschieden und der Belastung des Hochschulstudiums über Studiengebühren eine eindeutige Absage erteilt. Es ist in höchstem Maße fragwürdig, dass die Hochschulrektoren trotzdem weiterhin in erster Linie die Studierenden in der Verantwortung sehen, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen vielmehr in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot für den Hochschulbereich abschaffen. Es braucht gemeinsame Kraftanstrengungen von Bund und Ländern, um dauerhaft die Grundfinanzierung der Hochschulen in der Breite zu verbessern. Die Grundgesetzänderung schafft einen neuen verfassungsrechtlichen Rahmen, damit der Bund zukünftig dauerhaft Hochschulen fördern kann.

Mit dem Hochschulpakt, mit der Fortführung der Programmpauschale oder auch mit dem Qualitätspakt Lehre leistet der Bund bereits heute wichtige Beiträge, um Lehre und Forschung an Hochschulen zu stärken. Erst vor wenigen Tagen hat das Wissenschaftszentrum Berlin in einer Studie erneut festgestellt, dass Studiengebühren vor allem Studienberechtigte aus Nicht-Akademiker-Familien von einem Studium abschrecken. Vielleicht sollte die Hochschulrektorenkonferenz die Ergebnisse der aktuellen Forschung reflektieren, bevor man vermeintlich einfache Antworten wie die Forderung nach Studiengebühren präsentiert.

Europa

Europäische Kommission kann Arbeit aufnehmen

Mit großer Mehrheit haben heute die Mitglieder des Europäischen Parlaments die Kommission von Präsident Jean-Claude Juncker bestätigt. Damit kann sie wie geplant ihre Arbeit zum 1. November aufnehmen. Das ist ein gutes Signal für Europa. Jetzt gilt es für das neue Kollegium direkt durchzustarten, schließlich dulden die anstehenden Fragen keinen Aufschub. Die Hearings der Kommissarinnen und Kommissare im Europäischen Parlament in den zurückliegenden Wochen haben eines gezeigt: Die Juncker-Kommission wird eine politische Kommission werden - weniger Behörde, mehr echte Regierung. Mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini und dem ersten Vize-Präsidenten Frans Timmermans sitzen zudem zwei Sozialdemokraten an wichtigen Schaltstellen. Eine lange Einarbeitungszeit werden Juncker und sein Team nicht bekommen. Die weiterhin schlechte Wirtschaftslage in der EU erfordert eine schnelle Reaktion. Das vom Kommissionspräsidenten angekündigte 300 Milliarden Euro Programm muss zügig mit Leben gefüllt, Investitionsanreize gestärkt und die Arbeitslosenquote insbesondere unter jungen Menschen entschlossen bekämpft werden.

Darüber hinaus muss die EU in den vielen internationalen Krisen außenpolitisch geschlossen und verlässlich auftreten.

Nach der Aufstellung gemeinsamer europäischer Spitzenkandidaten, über einen europäisch geführten Wahlkampf bis zur Ernennung des Mitglieds der siegreichen Parteifamilie zum Kommissionspräsidenten, bildet die heutige Abstimmung im Europäischen Parlament den Endpunkt eines historischen demokratischen Prozesses auf europäischer Ebene.

Damit wurde ein Standard gesetzt, hinter den es bei zukünftigen Europawahlen kein Zurück mehr geben wird.

Bankenabgabe

Ausnahmen für Sparkassen und Genossenschaften

Die EU-Kommission hat die Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe veröffentlicht. Bei ihrer Ausgestaltung hatte die Kommission zuletzt insbesondere zugunsten von Sparkassen und Genossenschaften nachgebessert. Nunmehr ist der Weg frei zur Verabschiedung des Gesetzespakets zur Umsetzung eines weiteren Meilensteins der Bankenunion im Bundestag.

Die von der Kommission am 21. Oktober 2014 veröffentlichte Beitragsberechnung für den Bankenabwicklungsfonds entlastet vor allem kleinere Banken.

Als „klein“ definiert die EU-Kommission Banken, deren Bilanzsumme unter einer Milliarde Euro liegt und deren Bemessungsgrundlage geringer als 300 Millionen Euro ist. Für solche kleinen Institute ist eine pauschale Bankenabgabe zwischen 1.000 Euro und 50.000 Euro im Jahr vorgesehen.

In Deutschland werden rund 1.000 Institute von dieser entlastenden Pauschalabgabe erfasst, darunter mehr als 800 Genossenschaftsbanken und 70 bis 80 Sparkassen. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten das Recht, für Banken bis zu einer Bilanzsumme von drei Milliarden Euro weitere Erleichterungen zu schaffen.

Als besonders positiv für Sparkassen und Genossenschaften sehen wir, dass die Verbindlichkeiten innerhalb ihrer Finanzverbünde von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. So dürfen Sparkassen zum Beispiel Verbindlichkeiten gegenüber Landesbanken oder anderen Sparkassen herausrechnen.

Aus sozialdemokratischer Sicht hätten wir sicherlich die Sparkassen und Genossenschaften gern noch weiter entlastet gesehen, da diese Institute mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell den Abwicklungsfonds wahrscheinlich niemals in Anspruch nehmen müssen. Dagegen wäre es aus unserer Sicht gerechtfertigt gewesen, systemisch relevante Großbanken mit einem hohen Derivateanteil noch stärker zu belasten.

Allerdings stellt die von der EU-Kommission verabschiedete Regelung einen guten Kompromiss dar. Auf dieser Grundlage können wir nunmehr dem Gesetzespaket zur Umsetzung der Bankenunion im Bundestag zustimmen.

Bonbon

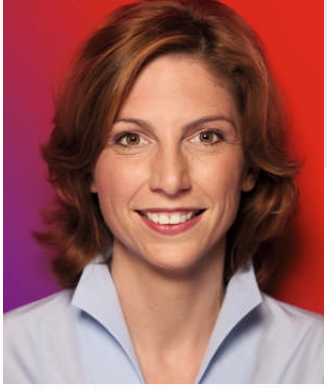
„Die Sonntagsfrage sagt nicht viel aus, weil alle Befragten, die da beim Kartoffelschälen angerufen werden, ganz genau wissen: Nächsten Sonntag ist gar keine Wahl.“

Frank-Walter Steinmeier
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Termine

29.10.14	*17.00 Uhr*	*IHK Altenkirchen*
	19.00 Uhr	*SPD-Ortsverein Altenkirchen Mitgliederversammlung*
30.10.14	*ganztägig*	*Tagespraktikum Remondis Altenkirchen*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**



Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
nun hat uns der Herbst erwischt: Herbststürme, Regenschauer, Temperatursturz... Die kalte Jahreszeit beginnt! Heiße Themen gibt‘s dagegen zurzeit im politischen Alltag. So beschäftigen uns täglich die Krisenherde auf der Welt, im Wahlkreis brennen uns Themen wie die medizinische Versorgung im ländlichen Raum unter den Nägeln und unser Koalitionspartner versucht unsere Projekte aus dem Koalitionsvertrag auf Eis zu legen mit dem Verweis auf die Wirtschaftsdaten. An allen diesen und weiteren Baustellen müssen wir auf der Hut sein! Nun genießt aber erstmal ein kuscheliges Herbstwochenende und denkt dran in der Nacht zu Sonntag die Uhr um eine Stunde zurückzustellen. Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Mehr Geld für Lärmschutz an Bahnstrecken!

In seiner jüngsten Sitzung hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages wichtige Entscheidungen in Sachen Bahnlärm getroffen. Künftig wird mehr Geld für den Lärmschutz zur Verfügung gestellt – so lassen sich die Entscheidungen des Ausschusses zusammenfassen. Der Antrag der Regierungsfraktion beinhaltete, dass die Mittel im Bereich Schiene, unter anderem auch für bestehende Schienenstrecken, auf insgesamt 130 Millionen Euro erhöht werden. Damit wird das Verkehrsministerium gleichzeitig aufgefordert, höhere Betriebskosten der leiseren Bremssysteme bei Güterwagen zu subventionieren. Das muss jedoch so organisiert werden, dass es mit EU-Recht vereinbar ist.
Im Bereich „Straße“ steigen die Mittel auf eine Gesamtsumme von 210,5 Millionen Euro für den Lärmschutz. Die Berliner Koalition nimmt die Sorgen und Nöte der Bahnanlieger ernst. Das wird durch die erhöhten Mittel deutlich.
Aber nicht nur in Sachen Lärmschutz macht die Regierungskoalition mehr Geld frei. Für den Radwegebau sollen insgesamt 90 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Verkehrsausschuss muss noch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Maßnahmen zustimmen.

Gesundheit

Regionale Krankenhauslandschaft vor Umbruch

Die Krankenhauslandschaft im Kreis Altenkirchen steht vor einem Umbruch. Die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete hat in den vergangenen Tagen bereits einige Zuschriften zu diesem Thema erhalten, weil die Menschen in der Region zutiefst verunsichert sind. Klar ist, dass eine hochwertige medizinische Versorgung in der Region gewährleistet sein muss. Dabei stehen die jeweiligen Häuser in Altenkirchen und Hachenburg eher im Fokus als das Kirchener Krankenhaus. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger haben Sabine Bätzing-Lichtenthäler veranlasst, die DRK Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz anzuschreiben, um eindeutige Aussagen zu erhalten.
Die Abgeordnete sieht Vorteile am Standort Altenkirchen, vor allem durch das relativ junge Bettenhaus. Insgesamt habe sich die Szene in Altenkirchen vorbildlich entwickelt, auch was die niedergelassenen Ärzte betrifft. Wichtig sei, vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei dem bevorstehenden Veränderungsprozess mitzunehmen. Zwischenzeitlich liegt ein Strukturgutachten vor, welches sich mit den DRK-Häusern in Altenkirchen, Hachenburg sowie Kirchen beschäftigt. Die Öffentlichkeit kennt jedoch noch keine Details.

Internationales

Ebola-Virus eindämmen!

Erst kürzlich debattierte der Deutsche Bundestag einen Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU/CSU, in dem der bisherige Beitrag Deutschlands zur Ebola-Bekämpfung gelobt wurde, gleichzeitig aber ein stärkeres Engagement der Bundesregierung eingefordert wurde.
Im Dezember rechnet die Weltgesundheits-organisation (WHO) mit wöchentlich 10.000 neuen Infizierten. „Die Ebola-Epidemie ist die schwerste ihrer Art seit Entdeckung des Virus. Bislang starben nach Angaben der WHO fast 4500 Menschen, nahezu 9000 diagnostizierte Fälle liegen vor. Im Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung zu einem verstärkten Engagement in Westafrika aufgefordert.
Die internationale Gemeinschaft steht in der Pflicht, jetzt schnell humanitäre Hilfe zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung auf, den deutschen Beitrag an die WHO, Ärzte ohne Grenzen und andere beteiligte Organisationen nochmals zu erhöhen. Sollte die humanitäre Katastrophe abgewehrt sein, ist danach die Entwicklungspolitik gefragt, denn sie ist Strukturpolitik. Viele Betriebe und fast alle Schulen sind seit Monaten geschlossen. Das wirtschaftliche und soziale Leben liegt brach. Mittelfristig müssen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit die Gesellschaft und Wirtschaft in den betroffenen Ländern wieder stabilisieren.

Bildung und Forschung

Studiengebühren sind unsozial!

Die von der Hochschulrektorenkonferenz geforderte flächendeckende Einführung von Studiengebühren würde die soziale Spaltung im Bildungssystem verstärken.

Aus gutem Grund haben inzwischen alle Bundesländer diese unsoziale Belastung für Studierende wieder abgeschafft. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich stattdessen dafür ein, dass sich der Bund nach Abschaffung des Kooperationsverbots im Wissenschaftsbereich verstärkt um die Grundfinanzierung der Hochschulen bemüht.

In zahlreichen Bundesländern haben die Menschen entschieden und der Belastung des Hochschulstudiums über Studiengebühren eine eindeutige Absage erteilt. Es ist in höchstem Maße fragwürdig, dass die Hochschulrektoren trotzdem weiterhin in erster Linie die Studierenden in der Verantwortung sehen, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen vielmehr in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot für den Hochschulbereich abschaffen. Es braucht gemeinsame Kraftanstrengungen von Bund und Ländern, um dauerhaft die Grundfinanzierung der Hochschulen in der Breite zu verbessern. Die Grundgesetzänderung schafft einen neuen verfassungsrechtlichen Rahmen, damit der Bund zukünftig dauerhaft Hochschulen fördern kann.

Mit dem Hochschulpakt, mit der Fortführung der Programmpauschale oder auch mit dem Qualitätspakt Lehre leistet der Bund bereits heute wichtige Beiträge, um Lehre und Forschung an Hochschulen zu stärken. Erst vor wenigen Tagen hat das Wissenschaftszentrum Berlin in einer Studie erneut festgestellt, dass Studiengebühren vor allem Studienberechtigte aus Nicht-Akademiker-Familien von einem Studium abschrecken. Vielleicht sollte die Hochschulrektorenkonferenz die Ergebnisse der aktuellen Forschung reflektieren, bevor man vermeintlich einfache Antworten wie die Forderung nach Studiengebühren präsentiert.

Europa

Europäische Kommission kann Arbeit aufnehmen

Mit großer Mehrheit haben heute die Mitglieder des Europäischen Parlaments die Kommission von Präsident Jean-Claude Juncker bestätigt. Damit kann sie wie geplant ihre Arbeit zum 1. November aufnehmen. Das ist ein gutes Signal für Europa. Jetzt gilt es für das neue Kollegium direkt durchzustarten, schließlich dulden die anstehenden Fragen keinen Aufschub. Die Hearings der Kommissarinnen und Kommissare im Europäischen Parlament in den zurückliegenden Wochen haben eines gezeigt: Die Juncker-Kommission wird eine politische Kommission werden - weniger Behörde, mehr echte Regierung. Mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini und dem ersten Vize-Präsidenten Frans Timmermans sitzen zudem zwei Sozialdemokraten an wichtigen Schaltstellen. Eine lange Einarbeitungszeit werden Juncker und sein Team nicht bekommen. Die weiterhin schlechte Wirtschaftslage in der EU erfordert eine schnelle Reaktion. Das vom Kommissionspräsidenten angekündigte 300 Milliarden Euro Programm muss zügig mit Leben gefüllt, Investitionsanreize gestärkt und die Arbeitslosenquote insbesondere unter jungen Menschen entschlossen bekämpft werden.

Darüber hinaus muss die EU in den vielen internationalen Krisen außenpolitisch geschlossen und verlässlich auftreten.

Nach der Aufstellung gemeinsamer europäischer Spitzenkandidaten, über einen europäisch geführten Wahlkampf bis zur Ernennung des Mitglieds der siegreichen Parteifamilie zum Kommissionspräsidenten, bildet die heutige Abstimmung im Europäischen Parlament den Endpunkt eines historischen demokratischen Prozesses auf europäischer Ebene.

Damit wurde ein Standard gesetzt, hinter den es bei zukünftigen Europawahlen kein Zurück mehr geben wird.

Bankenabgabe

Ausnahmen für Sparkassen und Genossenschaften

Die EU-Kommission hat die Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe veröffentlicht. Bei ihrer Ausgestaltung hatte die Kommission zuletzt insbesondere zugunsten von Sparkassen und Genossenschaften nachgebessert. Nunmehr ist der Weg frei zur Verabschiedung des Gesetzespakets zur Umsetzung eines weiteren Meilensteins der Bankenunion im Bundestag.

Die von der Kommission am 21. Oktober 2014 veröffentlichte Beitragsberechnung für den Bankenabwicklungsfonds entlastet vor allem kleinere Banken.

Als „klein“ definiert die EU-Kommission Banken, deren Bilanzsumme unter einer Milliarde Euro liegt und deren Bemessungsgrundlage geringer als 300 Millionen Euro ist. Für solche kleinen Institute ist eine pauschale Bankenabgabe zwischen 1.000 Euro und 50.000 Euro im Jahr vorgesehen.

In Deutschland werden rund 1.000 Institute von dieser entlastenden Pauschalabgabe erfasst, darunter mehr als 800 Genossenschaftsbanken und 70 bis 80 Sparkassen. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten das Recht, für Banken bis zu einer Bilanzsumme von drei Milliarden Euro weitere Erleichterungen zu schaffen.

Als besonders positiv für Sparkassen und Genossenschaften sehen wir, dass die Verbindlichkeiten innerhalb ihrer Finanzverbünde von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. So dürfen Sparkassen zum Beispiel Verbindlichkeiten gegenüber Landesbanken oder anderen Sparkassen herausrechnen.

Aus sozialdemokratischer Sicht hätten wir sicherlich die Sparkassen und Genossenschaften gern noch weiter entlastet gesehen, da diese Institute mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell den Abwicklungsfonds wahrscheinlich niemals in Anspruch nehmen müssen. Dagegen wäre es aus unserer Sicht gerechtfertigt gewesen, systemisch relevante Großbanken mit einem hohen Derivateanteil noch stärker zu belasten.

Allerdings stellt die von der EU-Kommission verabschiedete Regelung einen guten Kompromiss dar. Auf dieser Grundlage können wir nunmehr dem Gesetzespaket zur Umsetzung der Bankenunion im Bundestag zustimmen.

Bonbon

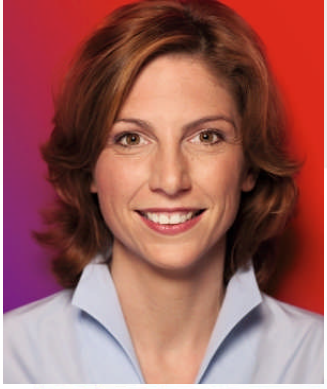
„Die Sonntagsfrage sagt nicht viel aus, weil alle Befragten, die da beim Kartoffelschälen angerufen werden, ganz genau wissen: Nächsten Sonntag ist gar keine Wahl.“

Frank-Walter Steinmeier
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Termine

29.10.14	*17.00 Uhr*	*IHK Altenkirchen*
	19.00 Uhr	*SPD-Ortsverein Altenkirchen Mitgliederversammlung*
30.10.14	*ganztägig*	*Tagespraktikum Remondis Altenkirchen*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**



Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
nun hat uns der Herbst erwischt: Herbststürme, Regenschauer, Temperatursturz... Die kalte Jahreszeit beginnt! Heiße Themen gibt‘s dagegen zurzeit im politischen Alltag. So beschäftigen uns täglich die Krisenherde auf der Welt, im Wahlkreis brennen uns Themen wie die medizinische Versorgung im ländlichen Raum unter den Nägeln und unser Koalitionspartner versucht unsere Projekte aus dem Koalitionsvertrag auf Eis zu legen mit dem Verweis auf die Wirtschaftsdaten. An allen diesen und weiteren Baustellen müssen wir auf der Hut sein! Nun genießt aber erstmal ein kuscheliges Herbstwochenende und denkt dran in der Nacht zu Sonntag die Uhr um eine Stunde zurückzustellen. Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Mehr Geld für Lärmschutz an Bahnstrecken!

In seiner jüngsten Sitzung hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages wichtige Entscheidungen in Sachen Bahnlärm getroffen. Künftig wird mehr Geld für den Lärmschutz zur Verfügung gestellt – so lassen sich die Entscheidungen des Ausschusses zusammenfassen. Der Antrag der Regierungsfraktion beinhaltete, dass die Mittel im Bereich Schiene, unter anderem auch für bestehende Schienenstrecken, auf insgesamt 130 Millionen Euro erhöht werden. Damit wird das Verkehrsministerium gleichzeitig aufgefordert, höhere Betriebskosten der leiseren Bremssysteme bei Güterwagen zu subventionieren. Das muss jedoch so organisiert werden, dass es mit EU-Recht vereinbar ist.
Im Bereich „Straße“ steigen die Mittel auf eine Gesamtsumme von 210,5 Millionen Euro für den Lärmschutz. Die Berliner Koalition nimmt die Sorgen und Nöte der Bahnanlieger ernst. Das wird durch die erhöhten Mittel deutlich.
Aber nicht nur in Sachen Lärmschutz macht die Regierungskoalition mehr Geld frei. Für den Radwegebau sollen insgesamt 90 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Verkehrsausschuss muss noch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Maßnahmen zustimmen.

Gesundheit

Regionale Krankenhauslandschaft vor Umbruch

Die Krankenhauslandschaft im Kreis Altenkirchen steht vor einem Umbruch. Die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete hat in den vergangenen Tagen bereits einige Zuschriften zu diesem Thema erhalten, weil die Menschen in der Region zutiefst verunsichert sind. Klar ist, dass eine hochwertige medizinische Versorgung in der Region gewährleistet sein muss. Dabei stehen die jeweiligen Häuser in Altenkirchen und Hachenburg eher im Fokus als das Kirchener Krankenhaus. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger haben Sabine Bätzing-Lichtenthäler veranlasst, die DRK Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz anzuschreiben, um eindeutige Aussagen zu erhalten.
Die Abgeordnete sieht Vorteile am Standort Altenkirchen, vor allem durch das relativ junge Bettenhaus. Insgesamt habe sich die Szene in Altenkirchen vorbildlich entwickelt, auch was die niedergelassenen Ärzte betrifft. Wichtig sei, vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei dem bevorstehenden Veränderungsprozess mitzunehmen. Zwischenzeitlich liegt ein Strukturgutachten vor, welches sich mit den DRK-Häusern in Altenkirchen, Hachenburg sowie Kirchen beschäftigt. Die Öffentlichkeit kennt jedoch noch keine Details.

Internationales

Ebola-Virus eindämmen!

Erst kürzlich debattierte der Deutsche Bundestag einen Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU/CSU, in dem der bisherige Beitrag Deutschlands zur Ebola-Bekämpfung gelobt wurde, gleichzeitig aber ein stärkeres Engagement der Bundesregierung eingefordert wurde.
Im Dezember rechnet die Weltgesundheits-organisation (WHO) mit wöchentlich 10.000 neuen Infizierten. „Die Ebola-Epidemie ist die schwerste ihrer Art seit Entdeckung des Virus. Bislang starben nach Angaben der WHO fast 4500 Menschen, nahezu 9000 diagnostizierte Fälle liegen vor. Im Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung zu einem verstärkten Engagement in Westafrika aufgefordert.
Die internationale Gemeinschaft steht in der Pflicht, jetzt schnell humanitäre Hilfe zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung auf, den deutschen Beitrag an die WHO, Ärzte ohne Grenzen und andere beteiligte Organisationen nochmals zu erhöhen. Sollte die humanitäre Katastrophe abgewehrt sein, ist danach die Entwicklungspolitik gefragt, denn sie ist Strukturpolitik. Viele Betriebe und fast alle Schulen sind seit Monaten geschlossen. Das wirtschaftliche und soziale Leben liegt brach. Mittelfristig müssen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit die Gesellschaft und Wirtschaft in den betroffenen Ländern wieder stabilisieren.

Bildung und Forschung

Studiengebühren sind unsozial!

Die von der Hochschulrektorenkonferenz geforderte flächendeckende Einführung von Studiengebühren würde die soziale Spaltung im Bildungssystem verstärken.

Aus gutem Grund haben inzwischen alle Bundesländer diese unsoziale Belastung für Studierende wieder abgeschafft. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich stattdessen dafür ein, dass sich der Bund nach Abschaffung des Kooperationsverbots im Wissenschaftsbereich verstärkt um die Grundfinanzierung der Hochschulen bemüht.

In zahlreichen Bundesländern haben die Menschen entschieden und der Belastung des Hochschulstudiums über Studiengebühren eine eindeutige Absage erteilt. Es ist in höchstem Maße fragwürdig, dass die Hochschulrektoren trotzdem weiterhin in erster Linie die Studierenden in der Verantwortung sehen, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen vielmehr in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot für den Hochschulbereich abschaffen. Es braucht gemeinsame Kraftanstrengungen von Bund und Ländern, um dauerhaft die Grundfinanzierung der Hochschulen in der Breite zu verbessern. Die Grundgesetzänderung schafft einen neuen verfassungsrechtlichen Rahmen, damit der Bund zukünftig dauerhaft Hochschulen fördern kann.

Mit dem Hochschulpakt, mit der Fortführung der Programmpauschale oder auch mit dem Qualitätspakt Lehre leistet der Bund bereits heute wichtige Beiträge, um Lehre und Forschung an Hochschulen zu stärken. Erst vor wenigen Tagen hat das Wissenschaftszentrum Berlin in einer Studie erneut festgestellt, dass Studiengebühren vor allem Studienberechtigte aus Nicht-Akademiker-Familien von einem Studium abschrecken. Vielleicht sollte die Hochschulrektorenkonferenz die Ergebnisse der aktuellen Forschung reflektieren, bevor man vermeintlich einfache Antworten wie die Forderung nach Studiengebühren präsentiert.

Europa

Europäische Kommission kann Arbeit aufnehmen

Mit großer Mehrheit haben heute die Mitglieder des Europäischen Parlaments die Kommission von Präsident Jean-Claude Juncker bestätigt. Damit kann sie wie geplant ihre Arbeit zum 1. November aufnehmen. Das ist ein gutes Signal für Europa. Jetzt gilt es für das neue Kollegium direkt durchzustarten, schließlich dulden die anstehenden Fragen keinen Aufschub. Die Hearings der Kommissarinnen und Kommissare im Europäischen Parlament in den zurückliegenden Wochen haben eines gezeigt: Die Juncker-Kommission wird eine politische Kommission werden - weniger Behörde, mehr echte Regierung. Mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini und dem ersten Vize-Präsidenten Frans Timmermans sitzen zudem zwei Sozialdemokraten an wichtigen Schaltstellen. Eine lange Einarbeitungszeit werden Juncker und sein Team nicht bekommen. Die weiterhin schlechte Wirtschaftslage in der EU erfordert eine schnelle Reaktion. Das vom Kommissionspräsidenten angekündigte 300 Milliarden Euro Programm muss zügig mit Leben gefüllt, Investitionsanreize gestärkt und die Arbeitslosenquote insbesondere unter jungen Menschen entschlossen bekämpft werden.

Darüber hinaus muss die EU in den vielen internationalen Krisen außenpolitisch geschlossen und verlässlich auftreten.

Nach der Aufstellung gemeinsamer europäischer Spitzenkandidaten, über einen europäisch geführten Wahlkampf bis zur Ernennung des Mitglieds der siegreichen Parteifamilie zum Kommissionspräsidenten, bildet die heutige Abstimmung im Europäischen Parlament den Endpunkt eines historischen demokratischen Prozesses auf europäischer Ebene.

Damit wurde ein Standard gesetzt, hinter den es bei zukünftigen Europawahlen kein Zurück mehr geben wird.

Bankenabgabe

Ausnahmen für Sparkassen und Genossenschaften

Die EU-Kommission hat die Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe veröffentlicht. Bei ihrer Ausgestaltung hatte die Kommission zuletzt insbesondere zugunsten von Sparkassen und Genossenschaften nachgebessert. Nunmehr ist der Weg frei zur Verabschiedung des Gesetzespakets zur Umsetzung eines weiteren Meilensteins der Bankenunion im Bundestag.

Die von der Kommission am 21. Oktober 2014 veröffentlichte Beitragsberechnung für den Bankenabwicklungsfonds entlastet vor allem kleinere Banken.

Als „klein“ definiert die EU-Kommission Banken, deren Bilanzsumme unter einer Milliarde Euro liegt und deren Bemessungsgrundlage geringer als 300 Millionen Euro ist. Für solche kleinen Institute ist eine pauschale Bankenabgabe zwischen 1.000 Euro und 50.000 Euro im Jahr vorgesehen.

In Deutschland werden rund 1.000 Institute von dieser entlastenden Pauschalabgabe erfasst, darunter mehr als 800 Genossenschaftsbanken und 70 bis 80 Sparkassen. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten das Recht, für Banken bis zu einer Bilanzsumme von drei Milliarden Euro weitere Erleichterungen zu schaffen.

Als besonders positiv für Sparkassen und Genossenschaften sehen wir, dass die Verbindlichkeiten innerhalb ihrer Finanzverbünde von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. So dürfen Sparkassen zum Beispiel Verbindlichkeiten gegenüber Landesbanken oder anderen Sparkassen herausrechnen.

Aus sozialdemokratischer Sicht hätten wir sicherlich die Sparkassen und Genossenschaften gern noch weiter entlastet gesehen, da diese Institute mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell den Abwicklungsfonds wahrscheinlich niemals in Anspruch nehmen müssen. Dagegen wäre es aus unserer Sicht gerechtfertigt gewesen, systemisch relevante Großbanken mit einem hohen Derivateanteil noch stärker zu belasten.

Allerdings stellt die von der EU-Kommission verabschiedete Regelung einen guten Kompromiss dar. Auf dieser Grundlage können wir nunmehr dem Gesetzespaket zur Umsetzung der Bankenunion im Bundestag zustimmen.

Bonbon

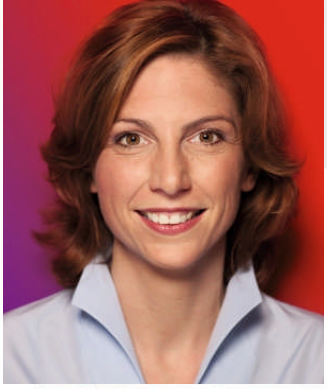
„Die Sonntagsfrage sagt nicht viel aus, weil alle Befragten, die da beim Kartoffelschälen angerufen werden, ganz genau wissen: Nächsten Sonntag ist gar keine Wahl.“

Frank-Walter Steinmeier
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Termine

29.10.14	*17.00 Uhr*	*IHK Altenkirchen*
	19.00 Uhr	*SPD-Ortsverein Altenkirchen Mitgliederversammlung*
30.10.14	*ganztägig*	*Tagespraktikum Remondis Altenkirchen*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**



Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
nun hat uns der Herbst erwischt: Herbststürme, Regenschauer, Temperatursturz... Die kalte Jahreszeit beginnt! Heiße Themen gibt‘s dagegen zurzeit im politischen Alltag. So beschäftigen uns täglich die Krisenherde auf der Welt, im Wahlkreis brennen uns Themen wie die medizinische Versorgung im ländlichen Raum unter den Nägeln und unser Koalitionspartner versucht unsere Projekte aus dem Koalitionsvertrag auf Eis zu legen mit dem Verweis auf die Wirtschaftsdaten. An allen diesen und weiteren Baustellen müssen wir auf der Hut sein! Nun genießt aber erstmal ein kuscheliges Herbstwochenende und denkt dran in der Nacht zu Sonntag die Uhr um eine Stunde zurückzustellen. Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Mehr Geld für Lärmschutz an Bahnstrecken!

In seiner jüngsten Sitzung hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages wichtige Entscheidungen in Sachen Bahnlärm getroffen. Künftig wird mehr Geld für den Lärmschutz zur Verfügung gestellt – so lassen sich die Entscheidungen des Ausschusses zusammenfassen. Der Antrag der Regierungsfraktion beinhaltete, dass die Mittel im Bereich Schiene, unter anderem auch für bestehende Schienenstrecken, auf insgesamt 130 Millionen Euro erhöht werden. Damit wird das Verkehrsministerium gleichzeitig aufgefordert, höhere Betriebskosten der leiseren Bremssysteme bei Güterwagen zu subventionieren. Das muss jedoch so organisiert werden, dass es mit EU-Recht vereinbar ist.
Im Bereich „Straße“ steigen die Mittel auf eine Gesamtsumme von 210,5 Millionen Euro für den Lärmschutz. Die Berliner Koalition nimmt die Sorgen und Nöte der Bahnanlieger ernst. Das wird durch die erhöhten Mittel deutlich.
Aber nicht nur in Sachen Lärmschutz macht die Regierungskoalition mehr Geld frei. Für den Radwegebau sollen insgesamt 90 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Verkehrsausschuss muss noch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Maßnahmen zustimmen.

Gesundheit

Regionale Krankenhauslandschaft vor Umbruch

Die Krankenhauslandschaft im Kreis Altenkirchen steht vor einem Umbruch. Die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete hat in den vergangenen Tagen bereits einige Zuschriften zu diesem Thema erhalten, weil die Menschen in der Region zutiefst verunsichert sind. Klar ist, dass eine hochwertige medizinische Versorgung in der Region gewährleistet sein muss. Dabei stehen die jeweiligen Häuser in Altenkirchen und Hachenburg eher im Fokus als das Kirchener Krankenhaus. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger haben Sabine Bätzing-Lichtenthäler veranlasst, die DRK Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz anzuschreiben, um eindeutige Aussagen zu erhalten.
Die Abgeordnete sieht Vorteile am Standort Altenkirchen, vor allem durch das relativ junge Bettenhaus. Insgesamt habe sich die Szene in Altenkirchen vorbildlich entwickelt, auch was die niedergelassenen Ärzte betrifft. Wichtig sei, vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei dem bevorstehenden Veränderungsprozess mitzunehmen. Zwischenzeitlich liegt ein Strukturgutachten vor, welches sich mit den DRK-Häusern in Altenkirchen, Hachenburg sowie Kirchen beschäftigt. Die Öffentlichkeit kennt jedoch noch keine Details.

Internationales

Ebola-Virus eindämmen!

Erst kürzlich debattierte der Deutsche Bundestag einen Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU/CSU, in dem der bisherige Beitrag Deutschlands zur Ebola-Bekämpfung gelobt wurde, gleichzeitig aber ein stärkeres Engagement der Bundesregierung eingefordert wurde.
Im Dezember rechnet die Weltgesundheits-organisation (WHO) mit wöchentlich 10.000 neuen Infizierten. „Die Ebola-Epidemie ist die schwerste ihrer Art seit Entdeckung des Virus. Bislang starben nach Angaben der WHO fast 4500 Menschen, nahezu 9000 diagnostizierte Fälle liegen vor. Im Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung zu einem verstärkten Engagement in Westafrika aufgefordert.
Die internationale Gemeinschaft steht in der Pflicht, jetzt schnell humanitäre Hilfe zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung auf, den deutschen Beitrag an die WHO, Ärzte ohne Grenzen und andere beteiligte Organisationen nochmals zu erhöhen. Sollte die humanitäre Katastrophe abgewehrt sein, ist danach die Entwicklungspolitik gefragt, denn sie ist Strukturpolitik. Viele Betriebe und fast alle Schulen sind seit Monaten geschlossen. Das wirtschaftliche und soziale Leben liegt brach. Mittelfristig müssen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit die Gesellschaft und Wirtschaft in den betroffenen Ländern wieder stabilisieren.

Bildung und Forschung

Studiengebühren sind unsozial!

Die von der Hochschulrektorenkonferenz geforderte flächendeckende Einführung von Studiengebühren würde die soziale Spaltung im Bildungssystem verstärken.

Aus gutem Grund haben inzwischen alle Bundesländer diese unsoziale Belastung für Studierende wieder abgeschafft. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich stattdessen dafür ein, dass sich der Bund nach Abschaffung des Kooperationsverbots im Wissenschaftsbereich verstärkt um die Grundfinanzierung der Hochschulen bemüht.

In zahlreichen Bundesländern haben die Menschen entschieden und der Belastung des Hochschulstudiums über Studiengebühren eine eindeutige Absage erteilt. Es ist in höchstem Maße fragwürdig, dass die Hochschulrektoren trotzdem weiterhin in erster Linie die Studierenden in der Verantwortung sehen, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen vielmehr in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot für den Hochschulbereich abschaffen. Es braucht gemeinsame Kraftanstrengungen von Bund und Ländern, um dauerhaft die Grundfinanzierung der Hochschulen in der Breite zu verbessern. Die Grundgesetzänderung schafft einen neuen verfassungsrechtlichen Rahmen, damit der Bund zukünftig dauerhaft Hochschulen fördern kann.

Mit dem Hochschulpakt, mit der Fortführung der Programmpauschale oder auch mit dem Qualitätspakt Lehre leistet der Bund bereits heute wichtige Beiträge, um Lehre und Forschung an Hochschulen zu stärken. Erst vor wenigen Tagen hat das Wissenschaftszentrum Berlin in einer Studie erneut festgestellt, dass Studiengebühren vor allem Studienberechtigte aus Nicht-Akademiker-Familien von einem Studium abschrecken. Vielleicht sollte die Hochschulrektorenkonferenz die Ergebnisse der aktuellen Forschung reflektieren, bevor man vermeintlich einfache Antworten wie die Forderung nach Studiengebühren präsentiert.

Europa

Europäische Kommission kann Arbeit aufnehmen

Mit großer Mehrheit haben heute die Mitglieder des Europäischen Parlaments die Kommission von Präsident Jean-Claude Juncker bestätigt. Damit kann sie wie geplant ihre Arbeit zum 1. November aufnehmen. Das ist ein gutes Signal für Europa. Jetzt gilt es für das neue Kollegium direkt durchzustarten, schließlich dulden die anstehenden Fragen keinen Aufschub. Die Hearings der Kommissarinnen und Kommissare im Europäischen Parlament in den zurückliegenden Wochen haben eines gezeigt: Die Juncker-Kommission wird eine politische Kommission werden - weniger Behörde, mehr echte Regierung. Mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini und dem ersten Vize-Präsidenten Frans Timmermans sitzen zudem zwei Sozialdemokraten an wichtigen Schaltstellen. Eine lange Einarbeitungszeit werden Juncker und sein Team nicht bekommen. Die weiterhin schlechte Wirtschaftslage in der EU erfordert eine schnelle Reaktion. Das vom Kommissionspräsidenten angekündigte 300 Milliarden Euro Programm muss zügig mit Leben gefüllt, Investitionsanreize gestärkt und die Arbeitslosenquote insbesondere unter jungen Menschen entschlossen bekämpft werden.

Darüber hinaus muss die EU in den vielen internationalen Krisen außenpolitisch geschlossen und verlässlich auftreten.

Nach der Aufstellung gemeinsamer europäischer Spitzenkandidaten, über einen europäisch geführten Wahlkampf bis zur Ernennung des Mitglieds der siegreichen Parteifamilie zum Kommissionspräsidenten, bildet die heutige Abstimmung im Europäischen Parlament den Endpunkt eines historischen demokratischen Prozesses auf europäischer Ebene.

Damit wurde ein Standard gesetzt, hinter den es bei zukünftigen Europawahlen kein Zurück mehr geben wird.

Bankenabgabe

Ausnahmen für Sparkassen und Genossenschaften

Die EU-Kommission hat die Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe veröffentlicht. Bei ihrer Ausgestaltung hatte die Kommission zuletzt insbesondere zugunsten von Sparkassen und Genossenschaften nachgebessert. Nunmehr ist der Weg frei zur Verabschiedung des Gesetzespakets zur Umsetzung eines weiteren Meilensteins der Bankenunion im Bundestag.

Die von der Kommission am 21. Oktober 2014 veröffentlichte Beitragsberechnung für den Bankenabwicklungsfonds entlastet vor allem kleinere Banken.

Als „klein“ definiert die EU-Kommission Banken, deren Bilanzsumme unter einer Milliarde Euro liegt und deren Bemessungsgrundlage geringer als 300 Millionen Euro ist. Für solche kleinen Institute ist eine pauschale Bankenabgabe zwischen 1.000 Euro und 50.000 Euro im Jahr vorgesehen.

In Deutschland werden rund 1.000 Institute von dieser entlastenden Pauschalabgabe erfasst, darunter mehr als 800 Genossenschaftsbanken und 70 bis 80 Sparkassen. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten das Recht, für Banken bis zu einer Bilanzsumme von drei Milliarden Euro weitere Erleichterungen zu schaffen.

Als besonders positiv für Sparkassen und Genossenschaften sehen wir, dass die Verbindlichkeiten innerhalb ihrer Finanzverbünde von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. So dürfen Sparkassen zum Beispiel Verbindlichkeiten gegenüber Landesbanken oder anderen Sparkassen herausrechnen.

Aus sozialdemokratischer Sicht hätten wir sicherlich die Sparkassen und Genossenschaften gern noch weiter entlastet gesehen, da diese Institute mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell den Abwicklungsfonds wahrscheinlich niemals in Anspruch nehmen müssen. Dagegen wäre es aus unserer Sicht gerechtfertigt gewesen, systemisch relevante Großbanken mit einem hohen Derivateanteil noch stärker zu belasten.

Allerdings stellt die von der EU-Kommission verabschiedete Regelung einen guten Kompromiss dar. Auf dieser Grundlage können wir nunmehr dem Gesetzespaket zur Umsetzung der Bankenunion im Bundestag zustimmen.

Bonbon

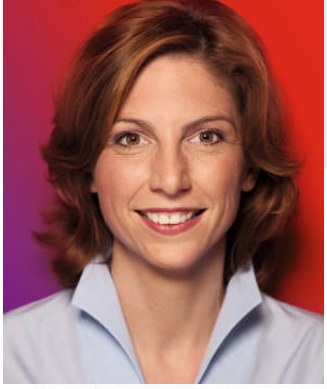
„Die Sonntagsfrage sagt nicht viel aus, weil alle Befragten, die da beim Kartoffelschälen angerufen werden, ganz genau wissen: Nächsten Sonntag ist gar keine Wahl.“

Frank-Walter Steinmeier
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Termine

29.10.14	*17.00 Uhr*	*IHK Altenkirchen*
	19.00 Uhr	*SPD-Ortsverein Altenkirchen Mitgliederversammlung*
30.10.14	*ganztägig*	*Tagespraktikum Remondis Altenkirchen*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**



Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
nun hat uns der Herbst erwischt: Herbststürme, Regenschauer, Temperatursturz... Die kalte Jahreszeit beginnt! Heiße Themen gibt‘s dagegen zurzeit im politischen Alltag. So beschäftigen uns täglich die Krisenherde auf der Welt, im Wahlkreis brennen uns Themen wie die medizinische Versorgung im ländlichen Raum unter den Nägeln und unser Koalitionspartner versucht unsere Projekte aus dem Koalitionsvertrag auf Eis zu legen mit dem Verweis auf die Wirtschaftsdaten. An allen diesen und weiteren Baustellen müssen wir auf der Hut sein! Nun genießt aber erstmal ein kuscheliges Herbstwochenende und denkt dran in der Nacht zu Sonntag die Uhr um eine Stunde zurückzustellen. Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Mehr Geld für Lärmschutz an Bahnstrecken!

In seiner jüngsten Sitzung hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages wichtige Entscheidungen in Sachen Bahnlärm getroffen. Künftig wird mehr Geld für den Lärmschutz zur Verfügung gestellt – so lassen sich die Entscheidungen des Ausschusses zusammenfassen. Der Antrag der Regierungsfraktion beinhaltete, dass die Mittel im Bereich Schiene, unter anderem auch für bestehende Schienenstrecken, auf insgesamt 130 Millionen Euro erhöht werden. Damit wird das Verkehrsministerium gleichzeitig aufgefordert, höhere Betriebskosten der leiseren Bremssysteme bei Güterwagen zu subventionieren. Das muss jedoch so organisiert werden, dass es mit EU-Recht vereinbar ist.
Im Bereich „Straße“ steigen die Mittel auf eine Gesamtsumme von 210,5 Millionen Euro für den Lärmschutz. Die Berliner Koalition nimmt die Sorgen und Nöte der Bahnanlieger ernst. Das wird durch die erhöhten Mittel deutlich.
Aber nicht nur in Sachen Lärmschutz macht die Regierungskoalition mehr Geld frei. Für den Radwegebau sollen insgesamt 90 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Verkehrsausschuss muss noch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Maßnahmen zustimmen.

Gesundheit

Regionale Krankenhauslandschaft vor Umbruch

Die Krankenhauslandschaft im Kreis Altenkirchen steht vor einem Umbruch. Die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete hat in den vergangenen Tagen bereits einige Zuschriften zu diesem Thema erhalten, weil die Menschen in der Region zutiefst verunsichert sind. Klar ist, dass eine hochwertige medizinische Versorgung in der Region gewährleistet sein muss. Dabei stehen die jeweiligen Häuser in Altenkirchen und Hachenburg eher im Fokus als das Kirchener Krankenhaus. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger haben Sabine Bätzing-Lichtenthäler veranlasst, die DRK Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz anzuschreiben, um eindeutige Aussagen zu erhalten.
Die Abgeordnete sieht Vorteile am Standort Altenkirchen, vor allem durch das relativ junge Bettenhaus. Insgesamt habe sich die Szene in Altenkirchen vorbildlich entwickelt, auch was die niedergelassenen Ärzte betrifft. Wichtig sei, vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei dem bevorstehenden Veränderungsprozess mitzunehmen. Zwischenzeitlich liegt ein Strukturgutachten vor, welches sich mit den DRK-Häusern in Altenkirchen, Hachenburg sowie Kirchen beschäftigt. Die Öffentlichkeit kennt jedoch noch keine Details.

Internationales

Ebola-Virus eindämmen!

Erst kürzlich debattierte der Deutsche Bundestag einen Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU/CSU, in dem der bisherige Beitrag Deutschlands zur Ebola-Bekämpfung gelobt wurde, gleichzeitig aber ein stärkeres Engagement der Bundesregierung eingefordert wurde.
Im Dezember rechnet die Weltgesundheits-organisation (WHO) mit wöchentlich 10.000 neuen Infizierten. „Die Ebola-Epidemie ist die schwerste ihrer Art seit Entdeckung des Virus. Bislang starben nach Angaben der WHO fast 4500 Menschen, nahezu 9000 diagnostizierte Fälle liegen vor. Im Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung zu einem verstärkten Engagement in Westafrika aufgefordert.
Die internationale Gemeinschaft steht in der Pflicht, jetzt schnell humanitäre Hilfe zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung auf, den deutschen Beitrag an die WHO, Ärzte ohne Grenzen und andere beteiligte Organisationen nochmals zu erhöhen. Sollte die humanitäre Katastrophe abgewehrt sein, ist danach die Entwicklungspolitik gefragt, denn sie ist Strukturpolitik. Viele Betriebe und fast alle Schulen sind seit Monaten geschlossen. Das wirtschaftliche und soziale Leben liegt brach. Mittelfristig müssen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit die Gesellschaft und Wirtschaft in den betroffenen Ländern wieder stabilisieren.

Bildung und Forschung

Studiengebühren sind unsozial!

Die von der Hochschulrektorenkonferenz geforderte flächendeckende Einführung von Studiengebühren würde die soziale Spaltung im Bildungssystem verstärken.

Aus gutem Grund haben inzwischen alle Bundesländer diese unsoziale Belastung für Studierende wieder abgeschafft. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich stattdessen dafür ein, dass sich der Bund nach Abschaffung des Kooperationsverbots im Wissenschaftsbereich verstärkt um die Grundfinanzierung der Hochschulen bemüht.

In zahlreichen Bundesländern haben die Menschen entschieden und der Belastung des Hochschulstudiums über Studiengebühren eine eindeutige Absage erteilt. Es ist in höchstem Maße fragwürdig, dass die Hochschulrektoren trotzdem weiterhin in erster Linie die Studierenden in der Verantwortung sehen, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen vielmehr in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot für den Hochschulbereich abschaffen. Es braucht gemeinsame Kraftanstrengungen von Bund und Ländern, um dauerhaft die Grundfinanzierung der Hochschulen in der Breite zu verbessern. Die Grundgesetzänderung schafft einen neuen verfassungsrechtlichen Rahmen, damit der Bund zukünftig dauerhaft Hochschulen fördern kann.

Mit dem Hochschulpakt, mit der Fortführung der Programmpauschale oder auch mit dem Qualitätspakt Lehre leistet der Bund bereits heute wichtige Beiträge, um Lehre und Forschung an Hochschulen zu stärken. Erst vor wenigen Tagen hat das Wissenschaftszentrum Berlin in einer Studie erneut festgestellt, dass Studiengebühren vor allem Studienberechtigte aus Nicht-Akademiker-Familien von einem Studium abschrecken. Vielleicht sollte die Hochschulrektorenkonferenz die Ergebnisse der aktuellen Forschung reflektieren, bevor man vermeintlich einfache Antworten wie die Forderung nach Studiengebühren präsentiert.

Europa

Europäische Kommission kann Arbeit aufnehmen

Mit großer Mehrheit haben heute die Mitglieder des Europäischen Parlaments die Kommission von Präsident Jean-Claude Juncker bestätigt. Damit kann sie wie geplant ihre Arbeit zum 1. November aufnehmen. Das ist ein gutes Signal für Europa. Jetzt gilt es für das neue Kollegium direkt durchzustarten, schließlich dulden die anstehenden Fragen keinen Aufschub. Die Hearings der Kommissarinnen und Kommissare im Europäischen Parlament in den zurückliegenden Wochen haben eines gezeigt: Die Juncker-Kommission wird eine politische Kommission werden - weniger Behörde, mehr echte Regierung. Mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini und dem ersten Vize-Präsidenten Frans Timmermans sitzen zudem zwei Sozialdemokraten an wichtigen Schaltstellen. Eine lange Einarbeitungszeit werden Juncker und sein Team nicht bekommen. Die weiterhin schlechte Wirtschaftslage in der EU erfordert eine schnelle Reaktion. Das vom Kommissionspräsidenten angekündigte 300 Milliarden Euro Programm muss zügig mit Leben gefüllt, Investitionsanreize gestärkt und die Arbeitslosenquote insbesondere unter jungen Menschen entschlossen bekämpft werden.

Darüber hinaus muss die EU in den vielen internationalen Krisen außenpolitisch geschlossen und verlässlich auftreten.

Nach der Aufstellung gemeinsamer europäischer Spitzenkandidaten, über einen europäisch geführten Wahlkampf bis zur Ernennung des Mitglieds der siegreichen Parteifamilie zum Kommissionspräsidenten, bildet die heutige Abstimmung im Europäischen Parlament den Endpunkt eines historischen demokratischen Prozesses auf europäischer Ebene.

Damit wurde ein Standard gesetzt, hinter den es bei zukünftigen Europawahlen kein Zurück mehr geben wird.

Bankenabgabe

Ausnahmen für Sparkassen und Genossenschaften

Die EU-Kommission hat die Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe veröffentlicht. Bei ihrer Ausgestaltung hatte die Kommission zuletzt insbesondere zugunsten von Sparkassen und Genossenschaften nachgebessert. Nunmehr ist der Weg frei zur Verabschiedung des Gesetzespakets zur Umsetzung eines weiteren Meilensteins der Bankenunion im Bundestag.

Die von der Kommission am 21. Oktober 2014 veröffentlichte Beitragsberechnung für den Bankenabwicklungsfonds entlastet vor allem kleinere Banken.

Als „klein“ definiert die EU-Kommission Banken, deren Bilanzsumme unter einer Milliarde Euro liegt und deren Bemessungsgrundlage geringer als 300 Millionen Euro ist. Für solche kleinen Institute ist eine pauschale Bankenabgabe zwischen 1.000 Euro und 50.000 Euro im Jahr vorgesehen.

In Deutschland werden rund 1.000 Institute von dieser entlastenden Pauschalabgabe erfasst, darunter mehr als 800 Genossenschaftsbanken und 70 bis 80 Sparkassen. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten das Recht, für Banken bis zu einer Bilanzsumme von drei Milliarden Euro weitere Erleichterungen zu schaffen.

Als besonders positiv für Sparkassen und Genossenschaften sehen wir, dass die Verbindlichkeiten innerhalb ihrer Finanzverbünde von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. So dürfen Sparkassen zum Beispiel Verbindlichkeiten gegenüber Landesbanken oder anderen Sparkassen herausrechnen.

Aus sozialdemokratischer Sicht hätten wir sicherlich die Sparkassen und Genossenschaften gern noch weiter entlastet gesehen, da diese Institute mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell den Abwicklungsfonds wahrscheinlich niemals in Anspruch nehmen müssen. Dagegen wäre es aus unserer Sicht gerechtfertigt gewesen, systemisch relevante Großbanken mit einem hohen Derivateanteil noch stärker zu belasten.

Allerdings stellt die von der EU-Kommission verabschiedete Regelung einen guten Kompromiss dar. Auf dieser Grundlage können wir nunmehr dem Gesetzespaket zur Umsetzung der Bankenunion im Bundestag zustimmen.

Bonbon

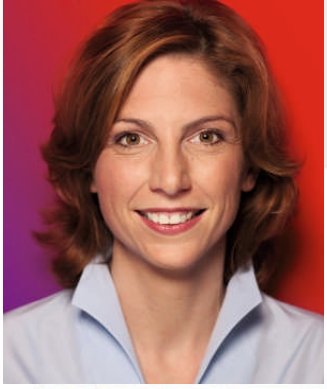
„Die Sonntagsfrage sagt nicht viel aus, weil alle Befragten, die da beim Kartoffelschälen angerufen werden, ganz genau wissen: Nächsten Sonntag ist gar keine Wahl.“

Frank-Walter Steinmeier
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Termine

29.10.14	*17.00 Uhr*	*IHK Altenkirchen*
	19.00 Uhr	*SPD-Ortsverein Altenkirchen Mitgliederversammlung*
30.10.14	*ganztägig*	*Tagespraktikum Remondis Altenkirchen*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**



Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
nun hat uns der Herbst erwischt: Herbststürme, Regenschauer, Temperatursturz... Die kalte Jahreszeit beginnt! Heiße Themen gibt‘s dagegen zurzeit im politischen Alltag. So beschäftigen uns täglich die Krisenherde auf der Welt, im Wahlkreis brennen uns Themen wie die medizinische Versorgung im ländlichen Raum unter den Nägeln und unser Koalitionspartner versucht unsere Projekte aus dem Koalitionsvertrag auf Eis zu legen mit dem Verweis auf die Wirtschaftsdaten. An allen diesen und weiteren Baustellen müssen wir auf der Hut sein! Nun genießt aber erstmal ein kuscheliges Herbstwochenende und denkt dran in der Nacht zu Sonntag die Uhr um eine Stunde zurückzustellen. Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Mehr Geld für Lärmschutz an Bahnstrecken!

In seiner jüngsten Sitzung hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages wichtige Entscheidungen in Sachen Bahnlärm getroffen. Künftig wird mehr Geld für den Lärmschutz zur Verfügung gestellt – so lassen sich die Entscheidungen des Ausschusses zusammenfassen. Der Antrag der Regierungsfraktion beinhaltete, dass die Mittel im Bereich Schiene, unter anderem auch für bestehende Schienenstrecken, auf insgesamt 130 Millionen Euro erhöht werden. Damit wird das Verkehrsministerium gleichzeitig aufgefordert, höhere Betriebskosten der leiseren Bremssysteme bei Güterwagen zu subventionieren. Das muss jedoch so organisiert werden, dass es mit EU-Recht vereinbar ist.
Im Bereich „Straße“ steigen die Mittel auf eine Gesamtsumme von 210,5 Millionen Euro für den Lärmschutz. Die Berliner Koalition nimmt die Sorgen und Nöte der Bahnanlieger ernst. Das wird durch die erhöhten Mittel deutlich.
Aber nicht nur in Sachen Lärmschutz macht die Regierungskoalition mehr Geld frei. Für den Radwegebau sollen insgesamt 90 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Verkehrsausschuss muss noch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Maßnahmen zustimmen.

Gesundheit

Regionale Krankenhauslandschaft vor Umbruch

Die Krankenhauslandschaft im Kreis Altenkirchen steht vor einem Umbruch. Die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete hat in den vergangenen Tagen bereits einige Zuschriften zu diesem Thema erhalten, weil die Menschen in der Region zutiefst verunsichert sind. Klar ist, dass eine hochwertige medizinische Versorgung in der Region gewährleistet sein muss. Dabei stehen die jeweiligen Häuser in Altenkirchen und Hachenburg eher im Fokus als das Kirchener Krankenhaus. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger haben Sabine Bätzing-Lichtenthäler veranlasst, die DRK Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz anzuschreiben, um eindeutige Aussagen zu erhalten.
Die Abgeordnete sieht Vorteile am Standort Altenkirchen, vor allem durch das relativ junge Bettenhaus. Insgesamt habe sich die Szene in Altenkirchen vorbildlich entwickelt, auch was die niedergelassenen Ärzte betrifft. Wichtig sei, vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei dem bevorstehenden Veränderungsprozess mitzunehmen. Zwischenzeitlich liegt ein Strukturgutachten vor, welches sich mit den DRK-Häusern in Altenkirchen, Hachenburg sowie Kirchen beschäftigt. Die Öffentlichkeit kennt jedoch noch keine Details.

Internationales

Ebola-Virus eindämmen!

Erst kürzlich debattierte der Deutsche Bundestag einen Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU/CSU, in dem der bisherige Beitrag Deutschlands zur Ebola-Bekämpfung gelobt wurde, gleichzeitig aber ein stärkeres Engagement der Bundesregierung eingefordert wurde.
Im Dezember rechnet die Weltgesundheits-organisation (WHO) mit wöchentlich 10.000 neuen Infizierten. „Die Ebola-Epidemie ist die schwerste ihrer Art seit Entdeckung des Virus. Bislang starben nach Angaben der WHO fast 4500 Menschen, nahezu 9000 diagnostizierte Fälle liegen vor. Im Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung zu einem verstärkten Engagement in Westafrika aufgefordert.
Die internationale Gemeinschaft steht in der Pflicht, jetzt schnell humanitäre Hilfe zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung auf, den deutschen Beitrag an die WHO, Ärzte ohne Grenzen und andere beteiligte Organisationen nochmals zu erhöhen. Sollte die humanitäre Katastrophe abgewehrt sein, ist danach die Entwicklungspolitik gefragt, denn sie ist Strukturpolitik. Viele Betriebe und fast alle Schulen sind seit Monaten geschlossen. Das wirtschaftliche und soziale Leben liegt brach. Mittelfristig müssen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit die Gesellschaft und Wirtschaft in den betroffenen Ländern wieder stabilisieren.

Bildung und Forschung

Studiengebühren sind unsozial!

Die von der Hochschulrektorenkonferenz geforderte flächendeckende Einführung von Studiengebühren würde die soziale Spaltung im Bildungssystem verstärken.

Aus gutem Grund haben inzwischen alle Bundesländer diese unsoziale Belastung für Studierende wieder abgeschafft. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich stattdessen dafür ein, dass sich der Bund nach Abschaffung des Kooperationsverbots im Wissenschaftsbereich verstärkt um die Grundfinanzierung der Hochschulen bemüht.

In zahlreichen Bundesländern haben die Menschen entschieden und der Belastung des Hochschulstudiums über Studiengebühren eine eindeutige Absage erteilt. Es ist in höchstem Maße fragwürdig, dass die Hochschulrektoren trotzdem weiterhin in erster Linie die Studierenden in der Verantwortung sehen, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen vielmehr in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot für den Hochschulbereich abschaffen. Es braucht gemeinsame Kraftanstrengungen von Bund und Ländern, um dauerhaft die Grundfinanzierung der Hochschulen in der Breite zu verbessern. Die Grundgesetzänderung schafft einen neuen verfassungsrechtlichen Rahmen, damit der Bund zukünftig dauerhaft Hochschulen fördern kann.

Mit dem Hochschulpakt, mit der Fortführung der Programmpauschale oder auch mit dem Qualitätspakt Lehre leistet der Bund bereits heute wichtige Beiträge, um Lehre und Forschung an Hochschulen zu stärken. Erst vor wenigen Tagen hat das Wissenschaftszentrum Berlin in einer Studie erneut festgestellt, dass Studiengebühren vor allem Studienberechtigte aus Nicht-Akademiker-Familien von einem Studium abschrecken. Vielleicht sollte die Hochschulrektorenkonferenz die Ergebnisse der aktuellen Forschung reflektieren, bevor man vermeintlich einfache Antworten wie die Forderung nach Studiengebühren präsentiert.

Europa

Europäische Kommission kann Arbeit aufnehmen

Mit großer Mehrheit haben heute die Mitglieder des Europäischen Parlaments die Kommission von Präsident Jean-Claude Juncker bestätigt. Damit kann sie wie geplant ihre Arbeit zum 1. November aufnehmen. Das ist ein gutes Signal für Europa. Jetzt gilt es für das neue Kollegium direkt durchzustarten, schließlich dulden die anstehenden Fragen keinen Aufschub. Die Hearings der Kommissarinnen und Kommissare im Europäischen Parlament in den zurückliegenden Wochen haben eines gezeigt: Die Juncker-Kommission wird eine politische Kommission werden - weniger Behörde, mehr echte Regierung. Mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini und dem ersten Vize-Präsidenten Frans Timmermans sitzen zudem zwei Sozialdemokraten an wichtigen Schaltstellen. Eine lange Einarbeitungszeit werden Juncker und sein Team nicht bekommen. Die weiterhin schlechte Wirtschaftslage in der EU erfordert eine schnelle Reaktion. Das vom Kommissionspräsidenten angekündigte 300 Milliarden Euro Programm muss zügig mit Leben gefüllt, Investitionsanreize gestärkt und die Arbeitslosenquote insbesondere unter jungen Menschen entschlossen bekämpft werden.

Darüber hinaus muss die EU in den vielen internationalen Krisen außenpolitisch geschlossen und verlässlich auftreten.

Nach der Aufstellung gemeinsamer europäischer Spitzenkandidaten, über einen europäisch geführten Wahlkampf bis zur Ernennung des Mitglieds der siegreichen Parteifamilie zum Kommissionspräsidenten, bildet die heutige Abstimmung im Europäischen Parlament den Endpunkt eines historischen demokratischen Prozesses auf europäischer Ebene.

Damit wurde ein Standard gesetzt, hinter den es bei zukünftigen Europawahlen kein Zurück mehr geben wird.

Bankenabgabe

Ausnahmen für Sparkassen und Genossenschaften

Die EU-Kommission hat die Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe veröffentlicht. Bei ihrer Ausgestaltung hatte die Kommission zuletzt insbesondere zugunsten von Sparkassen und Genossenschaften nachgebessert. Nunmehr ist der Weg frei zur Verabschiedung des Gesetzespakets zur Umsetzung eines weiteren Meilensteins der Bankenunion im Bundestag.

Die von der Kommission am 21. Oktober 2014 veröffentlichte Beitragsberechnung für den Bankenabwicklungsfonds entlastet vor allem kleinere Banken.

Als „klein“ definiert die EU-Kommission Banken, deren Bilanzsumme unter einer Milliarde Euro liegt und deren Bemessungsgrundlage geringer als 300 Millionen Euro ist. Für solche kleinen Institute ist eine pauschale Bankenabgabe zwischen 1.000 Euro und 50.000 Euro im Jahr vorgesehen.

In Deutschland werden rund 1.000 Institute von dieser entlastenden Pauschalabgabe erfasst, darunter mehr als 800 Genossenschaftsbanken und 70 bis 80 Sparkassen. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten das Recht, für Banken bis zu einer Bilanzsumme von drei Milliarden Euro weitere Erleichterungen zu schaffen.

Als besonders positiv für Sparkassen und Genossenschaften sehen wir, dass die Verbindlichkeiten innerhalb ihrer Finanzverbünde von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. So dürfen Sparkassen zum Beispiel Verbindlichkeiten gegenüber Landesbanken oder anderen Sparkassen herausrechnen.

Aus sozialdemokratischer Sicht hätten wir sicherlich die Sparkassen und Genossenschaften gern noch weiter entlastet gesehen, da diese Institute mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell den Abwicklungsfonds wahrscheinlich niemals in Anspruch nehmen müssen. Dagegen wäre es aus unserer Sicht gerechtfertigt gewesen, systemisch relevante Großbanken mit einem hohen Derivateanteil noch stärker zu belasten.

Allerdings stellt die von der EU-Kommission verabschiedete Regelung einen guten Kompromiss dar. Auf dieser Grundlage können wir nunmehr dem Gesetzespaket zur Umsetzung der Bankenunion im Bundestag zustimmen.

Bonbon

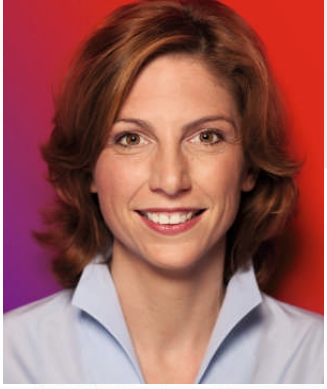
„Die Sonntagsfrage sagt nicht viel aus, weil alle Befragten, die da beim Kartoffelschälen angerufen werden, ganz genau wissen: Nächsten Sonntag ist gar keine Wahl.“

Frank-Walter Steinmeier
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Termine

29.10.14	*17.00 Uhr*	*IHK Altenkirchen*
	19.00 Uhr	*SPD-Ortsverein Altenkirchen Mitgliederversammlung*
30.10.14	*ganztägig*	*Tagespraktikum Remondis Altenkirchen*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**



Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
nun hat uns der Herbst erwischt: Herbststürme, Regenschauer, Temperatursturz... Die kalte Jahreszeit beginnt! Heiße Themen gibt‘s dagegen zurzeit im politischen Alltag. So beschäftigen uns täglich die Krisenherde auf der Welt, im Wahlkreis brennen uns Themen wie die medizinische Versorgung im ländlichen Raum unter den Nägeln und unser Koalitionspartner versucht unsere Projekte aus dem Koalitionsvertrag auf Eis zu legen mit dem Verweis auf die Wirtschaftsdaten. An allen diesen und weiteren Baustellen müssen wir auf der Hut sein! Nun genießt aber erstmal ein kuscheliges Herbstwochenende und denkt dran in der Nacht zu Sonntag die Uhr um eine Stunde zurückzustellen. Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Mehr Geld für Lärmschutz an Bahnstrecken!

In seiner jüngsten Sitzung hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages wichtige Entscheidungen in Sachen Bahnlärm getroffen. Künftig wird mehr Geld für den Lärmschutz zur Verfügung gestellt – so lassen sich die Entscheidungen des Ausschusses zusammenfassen. Der Antrag der Regierungsfraktion beinhaltete, dass die Mittel im Bereich Schiene, unter anderem auch für bestehende Schienenstrecken, auf insgesamt 130 Millionen Euro erhöht werden. Damit wird das Verkehrsministerium gleichzeitig aufgefordert, höhere Betriebskosten der leiseren Bremssysteme bei Güterwagen zu subventionieren. Das muss jedoch so organisiert werden, dass es mit EU-Recht vereinbar ist.
Im Bereich „Straße“ steigen die Mittel auf eine Gesamtsumme von 210,5 Millionen Euro für den Lärmschutz. Die Berliner Koalition nimmt die Sorgen und Nöte der Bahnanlieger ernst. Das wird durch die erhöhten Mittel deutlich.
Aber nicht nur in Sachen Lärmschutz macht die Regierungskoalition mehr Geld frei. Für den Radwegebau sollen insgesamt 90 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Verkehrsausschuss muss noch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Maßnahmen zustimmen.

Gesundheit

Regionale Krankenhauslandschaft vor Umbruch

Die Krankenhauslandschaft im Kreis Altenkirchen steht vor einem Umbruch. Die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete hat in den vergangenen Tagen bereits einige Zuschriften zu diesem Thema erhalten, weil die Menschen in der Region zutiefst verunsichert sind. Klar ist, dass eine hochwertige medizinische Versorgung in der Region gewährleistet sein muss. Dabei stehen die jeweiligen Häuser in Altenkirchen und Hachenburg eher im Fokus als das Kirchener Krankenhaus. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger haben Sabine Bätzing-Lichtenthäler veranlasst, die DRK Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz anzuschreiben, um eindeutige Aussagen zu erhalten.
Die Abgeordnete sieht Vorteile am Standort Altenkirchen, vor allem durch das relativ junge Bettenhaus. Insgesamt habe sich die Szene in Altenkirchen vorbildlich entwickelt, auch was die niedergelassenen Ärzte betrifft. Wichtig sei, vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei dem bevorstehenden Veränderungsprozess mitzunehmen. Zwischenzeitlich liegt ein Strukturgutachten vor, welches sich mit den DRK-Häusern in Altenkirchen, Hachenburg sowie Kirchen beschäftigt. Die Öffentlichkeit kennt jedoch noch keine Details.

Internationales

Ebola-Virus eindämmen!

Erst kürzlich debattierte der Deutsche Bundestag einen Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU/CSU, in dem der bisherige Beitrag Deutschlands zur Ebola-Bekämpfung gelobt wurde, gleichzeitig aber ein stärkeres Engagement der Bundesregierung eingefordert wurde.
Im Dezember rechnet die Weltgesundheits-organisation (WHO) mit wöchentlich 10.000 neuen Infizierten. „Die Ebola-Epidemie ist die schwerste ihrer Art seit Entdeckung des Virus. Bislang starben nach Angaben der WHO fast 4500 Menschen, nahezu 9000 diagnostizierte Fälle liegen vor. Im Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung zu einem verstärkten Engagement in Westafrika aufgefordert.
Die internationale Gemeinschaft steht in der Pflicht, jetzt schnell humanitäre Hilfe zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung auf, den deutschen Beitrag an die WHO, Ärzte ohne Grenzen und andere beteiligte Organisationen nochmals zu erhöhen. Sollte die humanitäre Katastrophe abgewehrt sein, ist danach die Entwicklungspolitik gefragt, denn sie ist Strukturpolitik. Viele Betriebe und fast alle Schulen sind seit Monaten geschlossen. Das wirtschaftliche und soziale Leben liegt brach. Mittelfristig müssen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit die Gesellschaft und Wirtschaft in den betroffenen Ländern wieder stabilisieren.

Bildung und Forschung

Studiengebühren sind unsozial!

Die von der Hochschulrektorenkonferenz geforderte flächendeckende Einführung von Studiengebühren würde die soziale Spaltung im Bildungssystem verstärken.

Aus gutem Grund haben inzwischen alle Bundesländer diese unsoziale Belastung für Studierende wieder abgeschafft. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich stattdessen dafür ein, dass sich der Bund nach Abschaffung des Kooperationsverbots im Wissenschaftsbereich verstärkt um die Grundfinanzierung der Hochschulen bemüht.

In zahlreichen Bundesländern haben die Menschen entschieden und der Belastung des Hochschulstudiums über Studiengebühren eine eindeutige Absage erteilt. Es ist in höchstem Maße fragwürdig, dass die Hochschulrektoren trotzdem weiterhin in erster Linie die Studierenden in der Verantwortung sehen, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen vielmehr in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot für den Hochschulbereich abschaffen. Es braucht gemeinsame Kraftanstrengungen von Bund und Ländern, um dauerhaft die Grundfinanzierung der Hochschulen in der Breite zu verbessern. Die Grundgesetzänderung schafft einen neuen verfassungsrechtlichen Rahmen, damit der Bund zukünftig dauerhaft Hochschulen fördern kann.

Mit dem Hochschulpakt, mit der Fortführung der Programmpauschale oder auch mit dem Qualitätspakt Lehre leistet der Bund bereits heute wichtige Beiträge, um Lehre und Forschung an Hochschulen zu stärken. Erst vor wenigen Tagen hat das Wissenschaftszentrum Berlin in einer Studie erneut festgestellt, dass Studiengebühren vor allem Studienberechtigte aus Nicht-Akademiker-Familien von einem Studium abschrecken. Vielleicht sollte die Hochschulrektorenkonferenz die Ergebnisse der aktuellen Forschung reflektieren, bevor man vermeintlich einfache Antworten wie die Forderung nach Studiengebühren präsentiert.

Europa

Europäische Kommission kann Arbeit aufnehmen

Mit großer Mehrheit haben heute die Mitglieder des Europäischen Parlaments die Kommission von Präsident Jean-Claude Juncker bestätigt. Damit kann sie wie geplant ihre Arbeit zum 1. November aufnehmen. Das ist ein gutes Signal für Europa. Jetzt gilt es für das neue Kollegium direkt durchzustarten, schließlich dulden die anstehenden Fragen keinen Aufschub. Die Hearings der Kommissarinnen und Kommissare im Europäischen Parlament in den zurückliegenden Wochen haben eines gezeigt: Die Juncker-Kommission wird eine politische Kommission werden - weniger Behörde, mehr echte Regierung. Mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini und dem ersten Vize-Präsidenten Frans Timmermans sitzen zudem zwei Sozialdemokraten an wichtigen Schaltstellen. Eine lange Einarbeitungszeit werden Juncker und sein Team nicht bekommen. Die weiterhin schlechte Wirtschaftslage in der EU erfordert eine schnelle Reaktion. Das vom Kommissionspräsidenten angekündigte 300 Milliarden Euro Programm muss zügig mit Leben gefüllt, Investitionsanreize gestärkt und die Arbeitslosenquote insbesondere unter jungen Menschen entschlossen bekämpft werden.

Darüber hinaus muss die EU in den vielen internationalen Krisen außenpolitisch geschlossen und verlässlich auftreten.

Nach der Aufstellung gemeinsamer europäischer Spitzenkandidaten, über einen europäisch geführten Wahlkampf bis zur Ernennung des Mitglieds der siegreichen Parteifamilie zum Kommissionspräsidenten, bildet die heutige Abstimmung im Europäischen Parlament den Endpunkt eines historischen demokratischen Prozesses auf europäischer Ebene.

Damit wurde ein Standard gesetzt, hinter den es bei zukünftigen Europawahlen kein Zurück mehr geben wird.

Bankenabgabe

Ausnahmen für Sparkassen und Genossenschaften

Die EU-Kommission hat die Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe veröffentlicht. Bei ihrer Ausgestaltung hatte die Kommission zuletzt insbesondere zugunsten von Sparkassen und Genossenschaften nachgebessert. Nunmehr ist der Weg frei zur Verabschiedung des Gesetzespakets zur Umsetzung eines weiteren Meilensteins der Bankenunion im Bundestag.

Die von der Kommission am 21. Oktober 2014 veröffentlichte Beitragsberechnung für den Bankenabwicklungsfonds entlastet vor allem kleinere Banken.

Als „klein“ definiert die EU-Kommission Banken, deren Bilanzsumme unter einer Milliarde Euro liegt und deren Bemessungsgrundlage geringer als 300 Millionen Euro ist. Für solche kleinen Institute ist eine pauschale Bankenabgabe zwischen 1.000 Euro und 50.000 Euro im Jahr vorgesehen.

In Deutschland werden rund 1.000 Institute von dieser entlastenden Pauschalabgabe erfasst, darunter mehr als 800 Genossenschaftsbanken und 70 bis 80 Sparkassen. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten das Recht, für Banken bis zu einer Bilanzsumme von drei Milliarden Euro weitere Erleichterungen zu schaffen.

Als besonders positiv für Sparkassen und Genossenschaften sehen wir, dass die Verbindlichkeiten innerhalb ihrer Finanzverbünde von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. So dürfen Sparkassen zum Beispiel Verbindlichkeiten gegenüber Landesbanken oder anderen Sparkassen herausrechnen.

Aus sozialdemokratischer Sicht hätten wir sicherlich die Sparkassen und Genossenschaften gern noch weiter entlastet gesehen, da diese Institute mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell den Abwicklungsfonds wahrscheinlich niemals in Anspruch nehmen müssen. Dagegen wäre es aus unserer Sicht gerechtfertigt gewesen, systemisch relevante Großbanken mit einem hohen Derivateanteil noch stärker zu belasten.

Allerdings stellt die von der EU-Kommission verabschiedete Regelung einen guten Kompromiss dar. Auf dieser Grundlage können wir nunmehr dem Gesetzespaket zur Umsetzung der Bankenunion im Bundestag zustimmen.

Bonbon

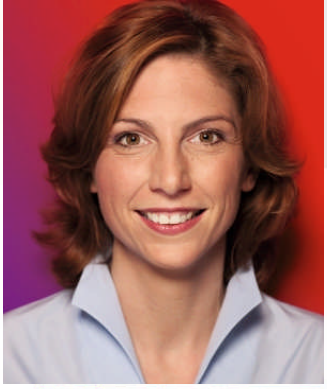
„Die Sonntagsfrage sagt nicht viel aus, weil alle Befragten, die da beim Kartoffelschälen angerufen werden, ganz genau wissen: Nächsten Sonntag ist gar keine Wahl.“

Frank-Walter Steinmeier
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Termine

29.10.14	*17.00 Uhr*	*IHK Altenkirchen*
	19.00 Uhr	*SPD-Ortsverein Altenkirchen Mitgliederversammlung*
30.10.14	*ganztägig*	*Tagespraktikum Remondis Altenkirchen*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**



Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
nun hat uns der Herbst erwischt: Herbststürme, Regenschauer, Temperatursturz... Die kalte Jahreszeit beginnt! Heiße Themen gibt‘s dagegen zurzeit im politischen Alltag. So beschäftigen uns täglich die Krisenherde auf der Welt, im Wahlkreis brennen uns Themen wie die medizinische Versorgung im ländlichen Raum unter den Nägeln und unser Koalitionspartner versucht unsere Projekte aus dem Koalitionsvertrag auf Eis zu legen mit dem Verweis auf die Wirtschaftsdaten. An allen diesen und weiteren Baustellen müssen wir auf der Hut sein! Nun genießt aber erstmal ein kuscheliges Herbstwochenende und denkt dran in der Nacht zu Sonntag die Uhr um eine Stunde zurückzustellen. Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Mehr Geld für Lärmschutz an Bahnstrecken!

In seiner jüngsten Sitzung hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages wichtige Entscheidungen in Sachen Bahnlärm getroffen. Künftig wird mehr Geld für den Lärmschutz zur Verfügung gestellt – so lassen sich die Entscheidungen des Ausschusses zusammenfassen. Der Antrag der Regierungsfraktion beinhaltete, dass die Mittel im Bereich Schiene, unter anderem auch für bestehende Schienenstrecken, auf insgesamt 130 Millionen Euro erhöht werden. Damit wird das Verkehrsministerium gleichzeitig aufgefordert, höhere Betriebskosten der leiseren Bremssysteme bei Güterwagen zu subventionieren. Das muss jedoch so organisiert werden, dass es mit EU-Recht vereinbar ist.
Im Bereich „Straße“ steigen die Mittel auf eine Gesamtsumme von 210,5 Millionen Euro für den Lärmschutz. Die Berliner Koalition nimmt die Sorgen und Nöte der Bahnanlieger ernst. Das wird durch die erhöhten Mittel deutlich.
Aber nicht nur in Sachen Lärmschutz macht die Regierungskoalition mehr Geld frei. Für den Radwegebau sollen insgesamt 90 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Verkehrsausschuss muss noch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Maßnahmen zustimmen.

Gesundheit

Regionale Krankenhauslandschaft vor Umbruch

Die Krankenhauslandschaft im Kreis Altenkirchen steht vor einem Umbruch. Die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete hat in den vergangenen Tagen bereits einige Zuschriften zu diesem Thema erhalten, weil die Menschen in der Region zutiefst verunsichert sind. Klar ist, dass eine hochwertige medizinische Versorgung in der Region gewährleistet sein muss. Dabei stehen die jeweiligen Häuser in Altenkirchen und Hachenburg eher im Fokus als das Kirchener Krankenhaus. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger haben Sabine Bätzing-Lichtenthäler veranlasst, die DRK Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz anzuschreiben, um eindeutige Aussagen zu erhalten.
Die Abgeordnete sieht Vorteile am Standort Altenkirchen, vor allem durch das relativ junge Bettenhaus. Insgesamt habe sich die Szene in Altenkirchen vorbildlich entwickelt, auch was die niedergelassenen Ärzte betrifft. Wichtig sei, vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei dem bevorstehenden Veränderungsprozess mitzunehmen. Zwischenzeitlich liegt ein Strukturgutachten vor, welches sich mit den DRK-Häusern in Altenkirchen, Hachenburg sowie Kirchen beschäftigt. Die Öffentlichkeit kennt jedoch noch keine Details.

Internationales

Ebola-Virus eindämmen!

Erst kürzlich debattierte der Deutsche Bundestag einen Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU/CSU, in dem der bisherige Beitrag Deutschlands zur Ebola-Bekämpfung gelobt wurde, gleichzeitig aber ein stärkeres Engagement der Bundesregierung eingefordert wurde.
Im Dezember rechnet die Weltgesundheits-organisation (WHO) mit wöchentlich 10.000 neuen Infizierten. „Die Ebola-Epidemie ist die schwerste ihrer Art seit Entdeckung des Virus. Bislang starben nach Angaben der WHO fast 4500 Menschen, nahezu 9000 diagnostizierte Fälle liegen vor. Im Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung zu einem verstärkten Engagement in Westafrika aufgefordert.
Die internationale Gemeinschaft steht in der Pflicht, jetzt schnell humanitäre Hilfe zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung auf, den deutschen Beitrag an die WHO, Ärzte ohne Grenzen und andere beteiligte Organisationen nochmals zu erhöhen. Sollte die humanitäre Katastrophe abgewehrt sein, ist danach die Entwicklungspolitik gefragt, denn sie ist Strukturpolitik. Viele Betriebe und fast alle Schulen sind seit Monaten geschlossen. Das wirtschaftliche und soziale Leben liegt brach. Mittelfristig müssen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit die Gesellschaft und Wirtschaft in den betroffenen Ländern wieder stabilisieren.

Bildung und Forschung

Studiengebühren sind unsozial!

Die von der Hochschulrektorenkonferenz geforderte flächendeckende Einführung von Studiengebühren würde die soziale Spaltung im Bildungssystem verstärken.

Aus gutem Grund haben inzwischen alle Bundesländer diese unsoziale Belastung für Studierende wieder abgeschafft. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich stattdessen dafür ein, dass sich der Bund nach Abschaffung des Kooperationsverbots im Wissenschaftsbereich verstärkt um die Grundfinanzierung der Hochschulen bemüht.

In zahlreichen Bundesländern haben die Menschen entschieden und der Belastung des Hochschulstudiums über Studiengebühren eine eindeutige Absage erteilt. Es ist in höchstem Maße fragwürdig, dass die Hochschulrektoren trotzdem weiterhin in erster Linie die Studierenden in der Verantwortung sehen, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen vielmehr in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot für den Hochschulbereich abschaffen. Es braucht gemeinsame Kraftanstrengungen von Bund und Ländern, um dauerhaft die Grundfinanzierung der Hochschulen in der Breite zu verbessern. Die Grundgesetzänderung schafft einen neuen verfassungsrechtlichen Rahmen, damit der Bund zukünftig dauerhaft Hochschulen fördern kann.

Mit dem Hochschulpakt, mit der Fortführung der Programmpauschale oder auch mit dem Qualitätspakt Lehre leistet der Bund bereits heute wichtige Beiträge, um Lehre und Forschung an Hochschulen zu stärken. Erst vor wenigen Tagen hat das Wissenschaftszentrum Berlin in einer Studie erneut festgestellt, dass Studiengebühren vor allem Studienberechtigte aus Nicht-Akademiker-Familien von einem Studium abschrecken. Vielleicht sollte die Hochschulrektorenkonferenz die Ergebnisse der aktuellen Forschung reflektieren, bevor man vermeintlich einfache Antworten wie die Forderung nach Studiengebühren präsentiert.

Europa

Europäische Kommission kann Arbeit aufnehmen

Mit großer Mehrheit haben heute die Mitglieder des Europäischen Parlaments die Kommission von Präsident Jean-Claude Juncker bestätigt. Damit kann sie wie geplant ihre Arbeit zum 1. November aufnehmen. Das ist ein gutes Signal für Europa. Jetzt gilt es für das neue Kollegium direkt durchzustarten, schließlich dulden die anstehenden Fragen keinen Aufschub. Die Hearings der Kommissarinnen und Kommissare im Europäischen Parlament in den zurückliegenden Wochen haben eines gezeigt: Die Juncker-Kommission wird eine politische Kommission werden - weniger Behörde, mehr echte Regierung. Mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini und dem ersten Vize-Präsidenten Frans Timmermans sitzen zudem zwei Sozialdemokraten an wichtigen Schaltstellen. Eine lange Einarbeitungszeit werden Juncker und sein Team nicht bekommen. Die weiterhin schlechte Wirtschaftslage in der EU erfordert eine schnelle Reaktion. Das vom Kommissionspräsidenten angekündigte 300 Milliarden Euro Programm muss zügig mit Leben gefüllt, Investitionsanreize gestärkt und die Arbeitslosenquote insbesondere unter jungen Menschen entschlossen bekämpft werden.

Darüber hinaus muss die EU in den vielen internationalen Krisen außenpolitisch geschlossen und verlässlich auftreten.

Nach der Aufstellung gemeinsamer europäischer Spitzenkandidaten, über einen europäisch geführten Wahlkampf bis zur Ernennung des Mitglieds der siegreichen Parteifamilie zum Kommissionspräsidenten, bildet die heutige Abstimmung im Europäischen Parlament den Endpunkt eines historischen demokratischen Prozesses auf europäischer Ebene.

Damit wurde ein Standard gesetzt, hinter den es bei zukünftigen Europawahlen kein Zurück mehr geben wird.

Bankenabgabe

Ausnahmen für Sparkassen und Genossenschaften

Die EU-Kommission hat die Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe veröffentlicht. Bei ihrer Ausgestaltung hatte die Kommission zuletzt insbesondere zugunsten von Sparkassen und Genossenschaften nachgebessert. Nunmehr ist der Weg frei zur Verabschiedung des Gesetzespakets zur Umsetzung eines weiteren Meilensteins der Bankenunion im Bundestag.

Die von der Kommission am 21. Oktober 2014 veröffentlichte Beitragsberechnung für den Bankenabwicklungsfonds entlastet vor allem kleinere Banken.

Als „klein“ definiert die EU-Kommission Banken, deren Bilanzsumme unter einer Milliarde Euro liegt und deren Bemessungsgrundlage geringer als 300 Millionen Euro ist. Für solche kleinen Institute ist eine pauschale Bankenabgabe zwischen 1.000 Euro und 50.000 Euro im Jahr vorgesehen.

In Deutschland werden rund 1.000 Institute von dieser entlastenden Pauschalabgabe erfasst, darunter mehr als 800 Genossenschaftsbanken und 70 bis 80 Sparkassen. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten das Recht, für Banken bis zu einer Bilanzsumme von drei Milliarden Euro weitere Erleichterungen zu schaffen.

Als besonders positiv für Sparkassen und Genossenschaften sehen wir, dass die Verbindlichkeiten innerhalb ihrer Finanzverbünde von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. So dürfen Sparkassen zum Beispiel Verbindlichkeiten gegenüber Landesbanken oder anderen Sparkassen herausrechnen.

Aus sozialdemokratischer Sicht hätten wir sicherlich die Sparkassen und Genossenschaften gern noch weiter entlastet gesehen, da diese Institute mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell den Abwicklungsfonds wahrscheinlich niemals in Anspruch nehmen müssen. Dagegen wäre es aus unserer Sicht gerechtfertigt gewesen, systemisch relevante Großbanken mit einem hohen Derivateanteil noch stärker zu belasten.

Allerdings stellt die von der EU-Kommission verabschiedete Regelung einen guten Kompromiss dar. Auf dieser Grundlage können wir nunmehr dem Gesetzespaket zur Umsetzung der Bankenunion im Bundestag zustimmen.

Bonbon

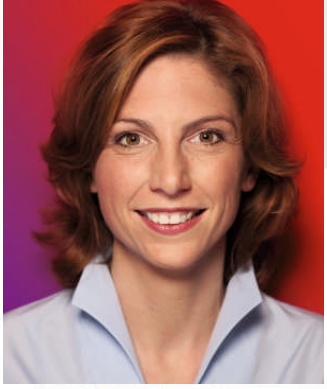
„Die Sonntagsfrage sagt nicht viel aus, weil alle Befragten, die da beim Kartoffelschälen angerufen werden, ganz genau wissen: Nächsten Sonntag ist gar keine Wahl.“

Frank-Walter Steinmeier
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Termine

29.10.14	*17.00 Uhr*	*IHK Altenkirchen*
	19.00 Uhr	*SPD-Ortsverein Altenkirchen Mitgliederversammlung*
30.10.14	*ganztägig*	*Tagespraktikum Remondis Altenkirchen*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**



Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
nun hat uns der Herbst erwischt: Herbststürme, Regenschauer, Temperatursturz... Die kalte Jahreszeit beginnt! Heiße Themen gibt‘s dagegen zurzeit im politischen Alltag. So beschäftigen uns täglich die Krisenherde auf der Welt, im Wahlkreis brennen uns Themen wie die medizinische Versorgung im ländlichen Raum unter den Nägeln und unser Koalitionspartner versucht unsere Projekte aus dem Koalitionsvertrag auf Eis zu legen mit dem Verweis auf die Wirtschaftsdaten. An allen diesen und weiteren Baustellen müssen wir auf der Hut sein! Nun genießt aber erstmal ein kuscheliges Herbstwochenende und denkt dran in der Nacht zu Sonntag die Uhr um eine Stunde zurückzustellen. Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Mehr Geld für Lärmschutz an Bahnstrecken!

In seiner jüngsten Sitzung hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages wichtige Entscheidungen in Sachen Bahnlärm getroffen. Künftig wird mehr Geld für den Lärmschutz zur Verfügung gestellt – so lassen sich die Entscheidungen des Ausschusses zusammenfassen. Der Antrag der Regierungsfraktion beinhaltete, dass die Mittel im Bereich Schiene, unter anderem auch für bestehende Schienenstrecken, auf insgesamt 130 Millionen Euro erhöht werden. Damit wird das Verkehrsministerium gleichzeitig aufgefordert, höhere Betriebskosten der leiseren Bremssysteme bei Güterwagen zu subventionieren. Das muss jedoch so organisiert werden, dass es mit EU-Recht vereinbar ist.
Im Bereich „Straße“ steigen die Mittel auf eine Gesamtsumme von 210,5 Millionen Euro für den Lärmschutz. Die Berliner Koalition nimmt die Sorgen und Nöte der Bahnanlieger ernst. Das wird durch die erhöhten Mittel deutlich.
Aber nicht nur in Sachen Lärmschutz macht die Regierungskoalition mehr Geld frei. Für den Radwegebau sollen insgesamt 90 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Verkehrsausschuss muss noch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Maßnahmen zustimmen.

Gesundheit

Regionale Krankenhauslandschaft vor Umbruch

Die Krankenhauslandschaft im Kreis Altenkirchen steht vor einem Umbruch. Die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete hat in den vergangenen Tagen bereits einige Zuschriften zu diesem Thema erhalten, weil die Menschen in der Region zutiefst verunsichert sind. Klar ist, dass eine hochwertige medizinische Versorgung in der Region gewährleistet sein muss. Dabei stehen die jeweiligen Häuser in Altenkirchen und Hachenburg eher im Fokus als das Kirchener Krankenhaus. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger haben Sabine Bätzing-Lichtenthäler veranlasst, die DRK Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz anzuschreiben, um eindeutige Aussagen zu erhalten.
Die Abgeordnete sieht Vorteile am Standort Altenkirchen, vor allem durch das relativ junge Bettenhaus. Insgesamt habe sich die Szene in Altenkirchen vorbildlich entwickelt, auch was die niedergelassenen Ärzte betrifft. Wichtig sei, vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei dem bevorstehenden Veränderungsprozess mitzunehmen. Zwischenzeitlich liegt ein Strukturgutachten vor, welches sich mit den DRK-Häusern in Altenkirchen, Hachenburg sowie Kirchen beschäftigt. Die Öffentlichkeit kennt jedoch noch keine Details.

Internationales

Ebola-Virus eindämmen!

Erst kürzlich debattierte der Deutsche Bundestag einen Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU/CSU, in dem der bisherige Beitrag Deutschlands zur Ebola-Bekämpfung gelobt wurde, gleichzeitig aber ein stärkeres Engagement der Bundesregierung eingefordert wurde.
Im Dezember rechnet die Weltgesundheits-organisation (WHO) mit wöchentlich 10.000 neuen Infizierten. „Die Ebola-Epidemie ist die schwerste ihrer Art seit Entdeckung des Virus. Bislang starben nach Angaben der WHO fast 4500 Menschen, nahezu 9000 diagnostizierte Fälle liegen vor. Im Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung zu einem verstärkten Engagement in Westafrika aufgefordert.
Die internationale Gemeinschaft steht in der Pflicht, jetzt schnell humanitäre Hilfe zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung auf, den deutschen Beitrag an die WHO, Ärzte ohne Grenzen und andere beteiligte Organisationen nochmals zu erhöhen. Sollte die humanitäre Katastrophe abgewehrt sein, ist danach die Entwicklungspolitik gefragt, denn sie ist Strukturpolitik. Viele Betriebe und fast alle Schulen sind seit Monaten geschlossen. Das wirtschaftliche und soziale Leben liegt brach. Mittelfristig müssen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit die Gesellschaft und Wirtschaft in den betroffenen Ländern wieder stabilisieren.

Bildung und Forschung

Studiengebühren sind unsozial!

Die von der Hochschulrektorenkonferenz geforderte flächendeckende Einführung von Studiengebühren würde die soziale Spaltung im Bildungssystem verstärken.

Aus gutem Grund haben inzwischen alle Bundesländer diese unsoziale Belastung für Studierende wieder abgeschafft. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich stattdessen dafür ein, dass sich der Bund nach Abschaffung des Kooperationsverbots im Wissenschaftsbereich verstärkt um die Grundfinanzierung der Hochschulen bemüht.

In zahlreichen Bundesländern haben die Menschen entschieden und der Belastung des Hochschulstudiums über Studiengebühren eine eindeutige Absage erteilt. Es ist in höchstem Maße fragwürdig, dass die Hochschulrektoren trotzdem weiterhin in erster Linie die Studierenden in der Verantwortung sehen, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen vielmehr in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot für den Hochschulbereich abschaffen. Es braucht gemeinsame Kraftanstrengungen von Bund und Ländern, um dauerhaft die Grundfinanzierung der Hochschulen in der Breite zu verbessern. Die Grundgesetzänderung schafft einen neuen verfassungsrechtlichen Rahmen, damit der Bund zukünftig dauerhaft Hochschulen fördern kann.

Mit dem Hochschulpakt, mit der Fortführung der Programmpauschale oder auch mit dem Qualitätspakt Lehre leistet der Bund bereits heute wichtige Beiträge, um Lehre und Forschung an Hochschulen zu stärken. Erst vor wenigen Tagen hat das Wissenschaftszentrum Berlin in einer Studie erneut festgestellt, dass Studiengebühren vor allem Studienberechtigte aus Nicht-Akademiker-Familien von einem Studium abschrecken. Vielleicht sollte die Hochschulrektorenkonferenz die Ergebnisse der aktuellen Forschung reflektieren, bevor man vermeintlich einfache Antworten wie die Forderung nach Studiengebühren präsentiert.

Europa

Europäische Kommission kann Arbeit aufnehmen

Mit großer Mehrheit haben heute die Mitglieder des Europäischen Parlaments die Kommission von Präsident Jean-Claude Juncker bestätigt. Damit kann sie wie geplant ihre Arbeit zum 1. November aufnehmen. Das ist ein gutes Signal für Europa. Jetzt gilt es für das neue Kollegium direkt durchzustarten, schließlich dulden die anstehenden Fragen keinen Aufschub. Die Hearings der Kommissarinnen und Kommissare im Europäischen Parlament in den zurückliegenden Wochen haben eines gezeigt: Die Juncker-Kommission wird eine politische Kommission werden - weniger Behörde, mehr echte Regierung. Mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini und dem ersten Vize-Präsidenten Frans Timmermans sitzen zudem zwei Sozialdemokraten an wichtigen Schaltstellen. Eine lange Einarbeitungszeit werden Juncker und sein Team nicht bekommen. Die weiterhin schlechte Wirtschaftslage in der EU erfordert eine schnelle Reaktion. Das vom Kommissionspräsidenten angekündigte 300 Milliarden Euro Programm muss zügig mit Leben gefüllt, Investitionsanreize gestärkt und die Arbeitslosenquote insbesondere unter jungen Menschen entschlossen bekämpft werden.

Darüber hinaus muss die EU in den vielen internationalen Krisen außenpolitisch geschlossen und verlässlich auftreten.

Nach der Aufstellung gemeinsamer europäischer Spitzenkandidaten, über einen europäisch geführten Wahlkampf bis zur Ernennung des Mitglieds der siegreichen Parteifamilie zum Kommissionspräsidenten, bildet die heutige Abstimmung im Europäischen Parlament den Endpunkt eines historischen demokratischen Prozesses auf europäischer Ebene.

Damit wurde ein Standard gesetzt, hinter den es bei zukünftigen Europawahlen kein Zurück mehr geben wird.

Bankenabgabe

Ausnahmen für Sparkassen und Genossenschaften

Die EU-Kommission hat die Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe veröffentlicht. Bei ihrer Ausgestaltung hatte die Kommission zuletzt insbesondere zugunsten von Sparkassen und Genossenschaften nachgebessert. Nunmehr ist der Weg frei zur Verabschiedung des Gesetzespakets zur Umsetzung eines weiteren Meilensteins der Bankenunion im Bundestag.

Die von der Kommission am 21. Oktober 2014 veröffentlichte Beitragsberechnung für den Bankenabwicklungsfonds entlastet vor allem kleinere Banken.

Als „klein“ definiert die EU-Kommission Banken, deren Bilanzsumme unter einer Milliarde Euro liegt und deren Bemessungsgrundlage geringer als 300 Millionen Euro ist. Für solche kleinen Institute ist eine pauschale Bankenabgabe zwischen 1.000 Euro und 50.000 Euro im Jahr vorgesehen.

In Deutschland werden rund 1.000 Institute von dieser entlastenden Pauschalabgabe erfasst, darunter mehr als 800 Genossenschaftsbanken und 70 bis 80 Sparkassen. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten das Recht, für Banken bis zu einer Bilanzsumme von drei Milliarden Euro weitere Erleichterungen zu schaffen.

Als besonders positiv für Sparkassen und Genossenschaften sehen wir, dass die Verbindlichkeiten innerhalb ihrer Finanzverbünde von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. So dürfen Sparkassen zum Beispiel Verbindlichkeiten gegenüber Landesbanken oder anderen Sparkassen herausrechnen.

Aus sozialdemokratischer Sicht hätten wir sicherlich die Sparkassen und Genossenschaften gern noch weiter entlastet gesehen, da diese Institute mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell den Abwicklungsfonds wahrscheinlich niemals in Anspruch nehmen müssen. Dagegen wäre es aus unserer Sicht gerechtfertigt gewesen, systemisch relevante Großbanken mit einem hohen Derivateanteil noch stärker zu belasten.

Allerdings stellt die von der EU-Kommission verabschiedete Regelung einen guten Kompromiss dar. Auf dieser Grundlage können wir nunmehr dem Gesetzespaket zur Umsetzung der Bankenunion im Bundestag zustimmen.

Bonbon

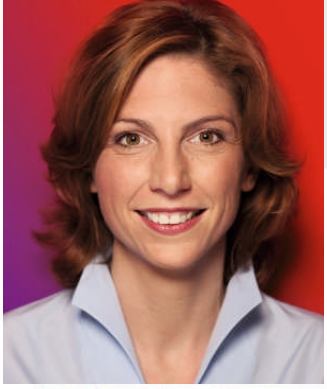
„Die Sonntagsfrage sagt nicht viel aus, weil alle Befragten, die da beim Kartoffelschälen angerufen werden, ganz genau wissen: Nächsten Sonntag ist gar keine Wahl.“

Frank-Walter Steinmeier
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Termine

29.10.14	*17.00 Uhr*	*IHK Altenkirchen*
	19.00 Uhr	*SPD-Ortsverein Altenkirchen Mitgliederversammlung*
30.10.14	*ganztägig*	*Tagespraktikum Remondis Altenkirchen*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**



Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
nun hat uns der Herbst erwischt: Herbststürme, Regenschauer, Temperatursturz... Die kalte Jahreszeit beginnt! Heiße Themen gibt‘s dagegen zurzeit im politischen Alltag. So beschäftigen uns täglich die Krisenherde auf der Welt, im Wahlkreis brennen uns Themen wie die medizinische Versorgung im ländlichen Raum unter den Nägeln und unser Koalitionspartner versucht unsere Projekte aus dem Koalitionsvertrag auf Eis zu legen mit dem Verweis auf die Wirtschaftsdaten. An allen diesen und weiteren Baustellen müssen wir auf der Hut sein! Nun genießt aber erstmal ein kuscheliges Herbstwochenende und denkt dran in der Nacht zu Sonntag die Uhr um eine Stunde zurückzustellen. Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Mehr Geld für Lärmschutz an Bahnstrecken!

In seiner jüngsten Sitzung hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages wichtige Entscheidungen in Sachen Bahnlärm getroffen. Künftig wird mehr Geld für den Lärmschutz zur Verfügung gestellt – so lassen sich die Entscheidungen des Ausschusses zusammenfassen. Der Antrag der Regierungsfraktion beinhaltete, dass die Mittel im Bereich Schiene, unter anderem auch für bestehende Schienenstrecken, auf insgesamt 130 Millionen Euro erhöht werden. Damit wird das Verkehrsministerium gleichzeitig aufgefordert, höhere Betriebskosten der leiseren Bremssysteme bei Güterwagen zu subventionieren. Das muss jedoch so organisiert werden, dass es mit EU-Recht vereinbar ist.
Im Bereich „Straße“ steigen die Mittel auf eine Gesamtsumme von 210,5 Millionen Euro für den Lärmschutz. Die Berliner Koalition nimmt die Sorgen und Nöte der Bahnanlieger ernst. Das wird durch die erhöhten Mittel deutlich.
Aber nicht nur in Sachen Lärmschutz macht die Regierungskoalition mehr Geld frei. Für den Radwegebau sollen insgesamt 90 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Verkehrsausschuss muss noch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Maßnahmen zustimmen.

Gesundheit

Regionale Krankenhauslandschaft vor Umbruch

Die Krankenhauslandschaft im Kreis Altenkirchen steht vor einem Umbruch. Die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete hat in den vergangenen Tagen bereits einige Zuschriften zu diesem Thema erhalten, weil die Menschen in der Region zutiefst verunsichert sind. Klar ist, dass eine hochwertige medizinische Versorgung in der Region gewährleistet sein muss. Dabei stehen die jeweiligen Häuser in Altenkirchen und Hachenburg eher im Fokus als das Kirchener Krankenhaus. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger haben Sabine Bätzing-Lichtenthäler veranlasst, die DRK Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz anzuschreiben, um eindeutige Aussagen zu erhalten.
Die Abgeordnete sieht Vorteile am Standort Altenkirchen, vor allem durch das relativ junge Bettenhaus. Insgesamt habe sich die Szene in Altenkirchen vorbildlich entwickelt, auch was die niedergelassenen Ärzte betrifft. Wichtig sei, vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei dem bevorstehenden Veränderungsprozess mitzunehmen. Zwischenzeitlich liegt ein Strukturgutachten vor, welches sich mit den DRK-Häusern in Altenkirchen, Hachenburg sowie Kirchen beschäftigt. Die Öffentlichkeit kennt jedoch noch keine Details.

Internationales

Ebola-Virus eindämmen!

Erst kürzlich debattierte der Deutsche Bundestag einen Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU/CSU, in dem der bisherige Beitrag Deutschlands zur Ebola-Bekämpfung gelobt wurde, gleichzeitig aber ein stärkeres Engagement der Bundesregierung eingefordert wurde.
Im Dezember rechnet die Weltgesundheits-organisation (WHO) mit wöchentlich 10.000 neuen Infizierten. „Die Ebola-Epidemie ist die schwerste ihrer Art seit Entdeckung des Virus. Bislang starben nach Angaben der WHO fast 4500 Menschen, nahezu 9000 diagnostizierte Fälle liegen vor. Im Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung zu einem verstärkten Engagement in Westafrika aufgefordert.
Die internationale Gemeinschaft steht in der Pflicht, jetzt schnell humanitäre Hilfe zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung auf, den deutschen Beitrag an die WHO, Ärzte ohne Grenzen und andere beteiligte Organisationen nochmals zu erhöhen. Sollte die humanitäre Katastrophe abgewehrt sein, ist danach die Entwicklungspolitik gefragt, denn sie ist Strukturpolitik. Viele Betriebe und fast alle Schulen sind seit Monaten geschlossen. Das wirtschaftliche und soziale Leben liegt brach. Mittelfristig müssen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit die Gesellschaft und Wirtschaft in den betroffenen Ländern wieder stabilisieren.

Bildung und Forschung

Studiengebühren sind unsozial!

Die von der Hochschulrektorenkonferenz geforderte flächendeckende Einführung von Studiengebühren würde die soziale Spaltung im Bildungssystem verstärken.

Aus gutem Grund haben inzwischen alle Bundesländer diese unsoziale Belastung für Studierende wieder abgeschafft. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich stattdessen dafür ein, dass sich der Bund nach Abschaffung des Kooperationsverbots im Wissenschaftsbereich verstärkt um die Grundfinanzierung der Hochschulen bemüht.

In zahlreichen Bundesländern haben die Menschen entschieden und der Belastung des Hochschulstudiums über Studiengebühren eine eindeutige Absage erteilt. Es ist in höchstem Maße fragwürdig, dass die Hochschulrektoren trotzdem weiterhin in erster Linie die Studierenden in der Verantwortung sehen, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen vielmehr in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot für den Hochschulbereich abschaffen. Es braucht gemeinsame Kraftanstrengungen von Bund und Ländern, um dauerhaft die Grundfinanzierung der Hochschulen in der Breite zu verbessern. Die Grundgesetzänderung schafft einen neuen verfassungsrechtlichen Rahmen, damit der Bund zukünftig dauerhaft Hochschulen fördern kann.

Mit dem Hochschulpakt, mit der Fortführung der Programmpauschale oder auch mit dem Qualitätspakt Lehre leistet der Bund bereits heute wichtige Beiträge, um Lehre und Forschung an Hochschulen zu stärken. Erst vor wenigen Tagen hat das Wissenschaftszentrum Berlin in einer Studie erneut festgestellt, dass Studiengebühren vor allem Studienberechtigte aus Nicht-Akademiker-Familien von einem Studium abschrecken. Vielleicht sollte die Hochschulrektorenkonferenz die Ergebnisse der aktuellen Forschung reflektieren, bevor man vermeintlich einfache Antworten wie die Forderung nach Studiengebühren präsentiert.

Europa

Europäische Kommission kann Arbeit aufnehmen

Mit großer Mehrheit haben heute die Mitglieder des Europäischen Parlaments die Kommission von Präsident Jean-Claude Juncker bestätigt. Damit kann sie wie geplant ihre Arbeit zum 1. November aufnehmen. Das ist ein gutes Signal für Europa. Jetzt gilt es für das neue Kollegium direkt durchzustarten, schließlich dulden die anstehenden Fragen keinen Aufschub. Die Hearings der Kommissarinnen und Kommissare im Europäischen Parlament in den zurückliegenden Wochen haben eines gezeigt: Die Juncker-Kommission wird eine politische Kommission werden - weniger Behörde, mehr echte Regierung. Mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini und dem ersten Vize-Präsidenten Frans Timmermans sitzen zudem zwei Sozialdemokraten an wichtigen Schaltstellen. Eine lange Einarbeitungszeit werden Juncker und sein Team nicht bekommen. Die weiterhin schlechte Wirtschaftslage in der EU erfordert eine schnelle Reaktion. Das vom Kommissionspräsidenten angekündigte 300 Milliarden Euro Programm muss zügig mit Leben gefüllt, Investitionsanreize gestärkt und die Arbeitslosenquote insbesondere unter jungen Menschen entschlossen bekämpft werden.

Darüber hinaus muss die EU in den vielen internationalen Krisen außenpolitisch geschlossen und verlässlich auftreten.

Nach der Aufstellung gemeinsamer europäischer Spitzenkandidaten, über einen europäisch geführten Wahlkampf bis zur Ernennung des Mitglieds der siegreichen Parteifamilie zum Kommissionspräsidenten, bildet die heutige Abstimmung im Europäischen Parlament den Endpunkt eines historischen demokratischen Prozesses auf europäischer Ebene.

Damit wurde ein Standard gesetzt, hinter den es bei zukünftigen Europawahlen kein Zurück mehr geben wird.

Bankenabgabe

Ausnahmen für Sparkassen und Genossenschaften

Die EU-Kommission hat die Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe veröffentlicht. Bei ihrer Ausgestaltung hatte die Kommission zuletzt insbesondere zugunsten von Sparkassen und Genossenschaften nachgebessert. Nunmehr ist der Weg frei zur Verabschiedung des Gesetzespakets zur Umsetzung eines weiteren Meilensteins der Bankenunion im Bundestag.

Die von der Kommission am 21. Oktober 2014 veröffentlichte Beitragsberechnung für den Bankenabwicklungsfonds entlastet vor allem kleinere Banken.

Als „klein“ definiert die EU-Kommission Banken, deren Bilanzsumme unter einer Milliarde Euro liegt und deren Bemessungsgrundlage geringer als 300 Millionen Euro ist. Für solche kleinen Institute ist eine pauschale Bankenabgabe zwischen 1.000 Euro und 50.000 Euro im Jahr vorgesehen.

In Deutschland werden rund 1.000 Institute von dieser entlastenden Pauschalabgabe erfasst, darunter mehr als 800 Genossenschaftsbanken und 70 bis 80 Sparkassen. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten das Recht, für Banken bis zu einer Bilanzsumme von drei Milliarden Euro weitere Erleichterungen zu schaffen.

Als besonders positiv für Sparkassen und Genossenschaften sehen wir, dass die Verbindlichkeiten innerhalb ihrer Finanzverbünde von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. So dürfen Sparkassen zum Beispiel Verbindlichkeiten gegenüber Landesbanken oder anderen Sparkassen herausrechnen.

Aus sozialdemokratischer Sicht hätten wir sicherlich die Sparkassen und Genossenschaften gern noch weiter entlastet gesehen, da diese Institute mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell den Abwicklungsfonds wahrscheinlich niemals in Anspruch nehmen müssen. Dagegen wäre es aus unserer Sicht gerechtfertigt gewesen, systemisch relevante Großbanken mit einem hohen Derivateanteil noch stärker zu belasten.

Allerdings stellt die von der EU-Kommission verabschiedete Regelung einen guten Kompromiss dar. Auf dieser Grundlage können wir nunmehr dem Gesetzespaket zur Umsetzung der Bankenunion im Bundestag zustimmen.

Bonbon

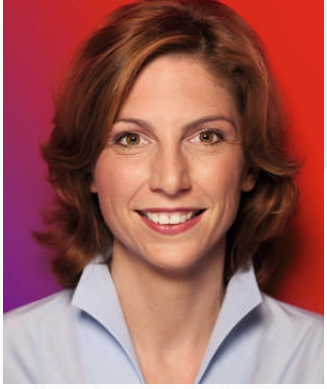
„Die Sonntagsfrage sagt nicht viel aus, weil alle Befragten, die da beim Kartoffelschälen angerufen werden, ganz genau wissen: Nächsten Sonntag ist gar keine Wahl.“

Frank-Walter Steinmeier
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Termine

29.10.14	*17.00 Uhr*	*IHK Altenkirchen*
	19.00 Uhr	*SPD-Ortsverein Altenkirchen Mitgliederversammlung*
30.10.14	*ganztägig*	*Tagespraktikum Remondis Altenkirchen*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**



Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
nun hat uns der Herbst erwischt: Herbststürme, Regenschauer, Temperatursturz... Die kalte Jahreszeit beginnt! Heiße Themen gibt‘s dagegen zurzeit im politischen Alltag. So beschäftigen uns täglich die Krisenherde auf der Welt, im Wahlkreis brennen uns Themen wie die medizinische Versorgung im ländlichen Raum unter den Nägeln und unser Koalitionspartner versucht unsere Projekte aus dem Koalitionsvertrag auf Eis zu legen mit dem Verweis auf die Wirtschaftsdaten. An allen diesen und weiteren Baustellen müssen wir auf der Hut sein! Nun genießt aber erstmal ein kuscheliges Herbstwochenende und denkt dran in der Nacht zu Sonntag die Uhr um eine Stunde zurückzustellen. Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Mehr Geld für Lärmschutz an Bahnstrecken!

In seiner jüngsten Sitzung hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages wichtige Entscheidungen in Sachen Bahnlärm getroffen. Künftig wird mehr Geld für den Lärmschutz zur Verfügung gestellt – so lassen sich die Entscheidungen des Ausschusses zusammenfassen. Der Antrag der Regierungsfraktion beinhaltete, dass die Mittel im Bereich Schiene, unter anderem auch für bestehende Schienenstrecken, auf insgesamt 130 Millionen Euro erhöht werden. Damit wird das Verkehrsministerium gleichzeitig aufgefordert, höhere Betriebskosten der leiseren Bremssysteme bei Güterwagen zu subventionieren. Das muss jedoch so organisiert werden, dass es mit EU-Recht vereinbar ist.
Im Bereich „Straße“ steigen die Mittel auf eine Gesamtsumme von 210,5 Millionen Euro für den Lärmschutz. Die Berliner Koalition nimmt die Sorgen und Nöte der Bahnanlieger ernst. Das wird durch die erhöhten Mittel deutlich.
Aber nicht nur in Sachen Lärmschutz macht die Regierungskoalition mehr Geld frei. Für den Radwegebau sollen insgesamt 90 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Verkehrsausschuss muss noch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Maßnahmen zustimmen.

Gesundheit

Regionale Krankenhauslandschaft vor Umbruch

Die Krankenhauslandschaft im Kreis Altenkirchen steht vor einem Umbruch. Die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete hat in den vergangenen Tagen bereits einige Zuschriften zu diesem Thema erhalten, weil die Menschen in der Region zutiefst verunsichert sind. Klar ist, dass eine hochwertige medizinische Versorgung in der Region gewährleistet sein muss. Dabei stehen die jeweiligen Häuser in Altenkirchen und Hachenburg eher im Fokus als das Kirchener Krankenhaus. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger haben Sabine Bätzing-Lichtenthäler veranlasst, die DRK Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz anzuschreiben, um eindeutige Aussagen zu erhalten.
Die Abgeordnete sieht Vorteile am Standort Altenkirchen, vor allem durch das relativ junge Bettenhaus. Insgesamt habe sich die Szene in Altenkirchen vorbildlich entwickelt, auch was die niedergelassenen Ärzte betrifft. Wichtig sei, vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei dem bevorstehenden Veränderungsprozess mitzunehmen. Zwischenzeitlich liegt ein Strukturgutachten vor, welches sich mit den DRK-Häusern in Altenkirchen, Hachenburg sowie Kirchen beschäftigt. Die Öffentlichkeit kennt jedoch noch keine Details.

Internationales

Ebola-Virus eindämmen!

Erst kürzlich debattierte der Deutsche Bundestag einen Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU/CSU, in dem der bisherige Beitrag Deutschlands zur Ebola-Bekämpfung gelobt wurde, gleichzeitig aber ein stärkeres Engagement der Bundesregierung eingefordert wurde.
Im Dezember rechnet die Weltgesundheits-organisation (WHO) mit wöchentlich 10.000 neuen Infizierten. „Die Ebola-Epidemie ist die schwerste ihrer Art seit Entdeckung des Virus. Bislang starben nach Angaben der WHO fast 4500 Menschen, nahezu 9000 diagnostizierte Fälle liegen vor. Im Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung zu einem verstärkten Engagement in Westafrika aufgefordert.
Die internationale Gemeinschaft steht in der Pflicht, jetzt schnell humanitäre Hilfe zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung auf, den deutschen Beitrag an die WHO, Ärzte ohne Grenzen und andere beteiligte Organisationen nochmals zu erhöhen. Sollte die humanitäre Katastrophe abgewehrt sein, ist danach die Entwicklungspolitik gefragt, denn sie ist Strukturpolitik. Viele Betriebe und fast alle Schulen sind seit Monaten geschlossen. Das wirtschaftliche und soziale Leben liegt brach. Mittelfristig müssen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit die Gesellschaft und Wirtschaft in den betroffenen Ländern wieder stabilisieren.

Bildung und Forschung

Studiengebühren sind unsozial!

Die von der Hochschulrektorenkonferenz geforderte flächendeckende Einführung von Studiengebühren würde die soziale Spaltung im Bildungssystem verstärken.

Aus gutem Grund haben inzwischen alle Bundesländer diese unsoziale Belastung für Studierende wieder abgeschafft. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich stattdessen dafür ein, dass sich der Bund nach Abschaffung des Kooperationsverbots im Wissenschaftsbereich verstärkt um die Grundfinanzierung der Hochschulen bemüht.

In zahlreichen Bundesländern haben die Menschen entschieden und der Belastung des Hochschulstudiums über Studiengebühren eine eindeutige Absage erteilt. Es ist in höchstem Maße fragwürdig, dass die Hochschulrektoren trotzdem weiterhin in erster Linie die Studierenden in der Verantwortung sehen, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen vielmehr in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot für den Hochschulbereich abschaffen. Es braucht gemeinsame Kraftanstrengungen von Bund und Ländern, um dauerhaft die Grundfinanzierung der Hochschulen in der Breite zu verbessern. Die Grundgesetzänderung schafft einen neuen verfassungsrechtlichen Rahmen, damit der Bund zukünftig dauerhaft Hochschulen fördern kann.

Mit dem Hochschulpakt, mit der Fortführung der Programmpauschale oder auch mit dem Qualitätspakt Lehre leistet der Bund bereits heute wichtige Beiträge, um Lehre und Forschung an Hochschulen zu stärken. Erst vor wenigen Tagen hat das Wissenschaftszentrum Berlin in einer Studie erneut festgestellt, dass Studiengebühren vor allem Studienberechtigte aus Nicht-Akademiker-Familien von einem Studium abschrecken. Vielleicht sollte die Hochschulrektorenkonferenz die Ergebnisse der aktuellen Forschung reflektieren, bevor man vermeintlich einfache Antworten wie die Forderung nach Studiengebühren präsentiert.

Europa

Europäische Kommission kann Arbeit aufnehmen

Mit großer Mehrheit haben heute die Mitglieder des Europäischen Parlaments die Kommission von Präsident Jean-Claude Juncker bestätigt. Damit kann sie wie geplant ihre Arbeit zum 1. November aufnehmen. Das ist ein gutes Signal für Europa. Jetzt gilt es für das neue Kollegium direkt durchzustarten, schließlich dulden die anstehenden Fragen keinen Aufschub. Die Hearings der Kommissarinnen und Kommissare im Europäischen Parlament in den zurückliegenden Wochen haben eines gezeigt: Die Juncker-Kommission wird eine politische Kommission werden - weniger Behörde, mehr echte Regierung. Mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini und dem ersten Vize-Präsidenten Frans Timmermans sitzen zudem zwei Sozialdemokraten an wichtigen Schaltstellen. Eine lange Einarbeitungszeit werden Juncker und sein Team nicht bekommen. Die weiterhin schlechte Wirtschaftslage in der EU erfordert eine schnelle Reaktion. Das vom Kommissionspräsidenten angekündigte 300 Milliarden Euro Programm muss zügig mit Leben gefüllt, Investitionsanreize gestärkt und die Arbeitslosenquote insbesondere unter jungen Menschen entschlossen bekämpft werden.

Darüber hinaus muss die EU in den vielen internationalen Krisen außenpolitisch geschlossen und verlässlich auftreten.

Nach der Aufstellung gemeinsamer europäischer Spitzenkandidaten, über einen europäisch geführten Wahlkampf bis zur Ernennung des Mitglieds der siegreichen Parteifamilie zum Kommissionspräsidenten, bildet die heutige Abstimmung im Europäischen Parlament den Endpunkt eines historischen demokratischen Prozesses auf europäischer Ebene.

Damit wurde ein Standard gesetzt, hinter den es bei zukünftigen Europawahlen kein Zurück mehr geben wird.

Bankenabgabe

Ausnahmen für Sparkassen und Genossenschaften

Die EU-Kommission hat die Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe veröffentlicht. Bei ihrer Ausgestaltung hatte die Kommission zuletzt insbesondere zugunsten von Sparkassen und Genossenschaften nachgebessert. Nunmehr ist der Weg frei zur Verabschiedung des Gesetzespakets zur Umsetzung eines weiteren Meilensteins der Bankenunion im Bundestag.

Die von der Kommission am 21. Oktober 2014 veröffentlichte Beitragsberechnung für den Bankenabwicklungsfonds entlastet vor allem kleinere Banken.

Als „klein“ definiert die EU-Kommission Banken, deren Bilanzsumme unter einer Milliarde Euro liegt und deren Bemessungsgrundlage geringer als 300 Millionen Euro ist. Für solche kleinen Institute ist eine pauschale Bankenabgabe zwischen 1.000 Euro und 50.000 Euro im Jahr vorgesehen.

In Deutschland werden rund 1.000 Institute von dieser entlastenden Pauschalabgabe erfasst, darunter mehr als 800 Genossenschaftsbanken und 70 bis 80 Sparkassen. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten das Recht, für Banken bis zu einer Bilanzsumme von drei Milliarden Euro weitere Erleichterungen zu schaffen.

Als besonders positiv für Sparkassen und Genossenschaften sehen wir, dass die Verbindlichkeiten innerhalb ihrer Finanzverbünde von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. So dürfen Sparkassen zum Beispiel Verbindlichkeiten gegenüber Landesbanken oder anderen Sparkassen herausrechnen.

Aus sozialdemokratischer Sicht hätten wir sicherlich die Sparkassen und Genossenschaften gern noch weiter entlastet gesehen, da diese Institute mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell den Abwicklungsfonds wahrscheinlich niemals in Anspruch nehmen müssen. Dagegen wäre es aus unserer Sicht gerechtfertigt gewesen, systemisch relevante Großbanken mit einem hohen Derivateanteil noch stärker zu belasten.

Allerdings stellt die von der EU-Kommission verabschiedete Regelung einen guten Kompromiss dar. Auf dieser Grundlage können wir nunmehr dem Gesetzespaket zur Umsetzung der Bankenunion im Bundestag zustimmen.

Bonbon

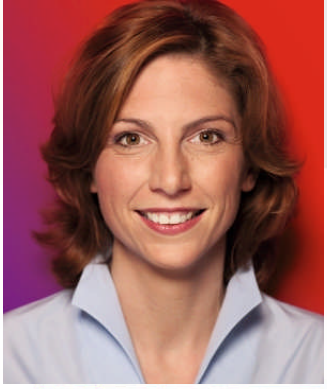
„Die Sonntagsfrage sagt nicht viel aus, weil alle Befragten, die da beim Kartoffelschälen angerufen werden, ganz genau wissen: Nächsten Sonntag ist gar keine Wahl.“

Frank-Walter Steinmeier
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Termine

29.10.14	*17.00 Uhr*	*IHK Altenkirchen*
	19.00 Uhr	*SPD-Ortsverein Altenkirchen Mitgliederversammlung*
30.10.14	*ganztägig*	*Tagespraktikum Remondis Altenkirchen*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**



Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
nun hat uns der Herbst erwischt: Herbststürme, Regenschauer, Temperatursturz... Die kalte Jahreszeit beginnt! Heiße Themen gibt‘s dagegen zurzeit im politischen Alltag. So beschäftigen uns täglich die Krisenherde auf der Welt, im Wahlkreis brennen uns Themen wie die medizinische Versorgung im ländlichen Raum unter den Nägeln und unser Koalitionspartner versucht unsere Projekte aus dem Koalitionsvertrag auf Eis zu legen mit dem Verweis auf die Wirtschaftsdaten. An allen diesen und weiteren Baustellen müssen wir auf der Hut sein! Nun genießt aber erstmal ein kuscheliges Herbstwochenende und denkt dran in der Nacht zu Sonntag die Uhr um eine Stunde zurückzustellen. Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Mehr Geld für Lärmschutz an Bahnstrecken!

In seiner jüngsten Sitzung hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages wichtige Entscheidungen in Sachen Bahnlärm getroffen. Künftig wird mehr Geld für den Lärmschutz zur Verfügung gestellt – so lassen sich die Entscheidungen des Ausschusses zusammenfassen. Der Antrag der Regierungsfraktion beinhaltete, dass die Mittel im Bereich Schiene, unter anderem auch für bestehende Schienenstrecken, auf insgesamt 130 Millionen Euro erhöht werden. Damit wird das Verkehrsministerium gleichzeitig aufgefordert, höhere Betriebskosten der leiseren Bremssysteme bei Güterwagen zu subventionieren. Das muss jedoch so organisiert werden, dass es mit EU-Recht vereinbar ist.
Im Bereich „Straße“ steigen die Mittel auf eine Gesamtsumme von 210,5 Millionen Euro für den Lärmschutz. Die Berliner Koalition nimmt die Sorgen und Nöte der Bahnanlieger ernst. Das wird durch die erhöhten Mittel deutlich.
Aber nicht nur in Sachen Lärmschutz macht die Regierungskoalition mehr Geld frei. Für den Radwegebau sollen insgesamt 90 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Verkehrsausschuss muss noch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Maßnahmen zustimmen.

Gesundheit

Regionale Krankenhauslandschaft vor Umbruch

Die Krankenhauslandschaft im Kreis Altenkirchen steht vor einem Umbruch. Die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete hat in den vergangenen Tagen bereits einige Zuschriften zu diesem Thema erhalten, weil die Menschen in der Region zutiefst verunsichert sind. Klar ist, dass eine hochwertige medizinische Versorgung in der Region gewährleistet sein muss. Dabei stehen die jeweiligen Häuser in Altenkirchen und Hachenburg eher im Fokus als das Kirchener Krankenhaus. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger haben Sabine Bätzing-Lichtenthäler veranlasst, die DRK Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz anzuschreiben, um eindeutige Aussagen zu erhalten.
Die Abgeordnete sieht Vorteile am Standort Altenkirchen, vor allem durch das relativ junge Bettenhaus. Insgesamt habe sich die Szene in Altenkirchen vorbildlich entwickelt, auch was die niedergelassenen Ärzte betrifft. Wichtig sei, vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei dem bevorstehenden Veränderungsprozess mitzunehmen. Zwischenzeitlich liegt ein Strukturgutachten vor, welches sich mit den DRK-Häusern in Altenkirchen, Hachenburg sowie Kirchen beschäftigt. Die Öffentlichkeit kennt jedoch noch keine Details.

Internationales

Ebola-Virus eindämmen!

Erst kürzlich debattierte der Deutsche Bundestag einen Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU/CSU, in dem der bisherige Beitrag Deutschlands zur Ebola-Bekämpfung gelobt wurde, gleichzeitig aber ein stärkeres Engagement der Bundesregierung eingefordert wurde.
Im Dezember rechnet die Weltgesundheits-organisation (WHO) mit wöchentlich 10.000 neuen Infizierten. „Die Ebola-Epidemie ist die schwerste ihrer Art seit Entdeckung des Virus. Bislang starben nach Angaben der WHO fast 4500 Menschen, nahezu 9000 diagnostizierte Fälle liegen vor. Im Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung zu einem verstärkten Engagement in Westafrika aufgefordert.
Die internationale Gemeinschaft steht in der Pflicht, jetzt schnell humanitäre Hilfe zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung auf, den deutschen Beitrag an die WHO, Ärzte ohne Grenzen und andere beteiligte Organisationen nochmals zu erhöhen. Sollte die humanitäre Katastrophe abgewehrt sein, ist danach die Entwicklungspolitik gefragt, denn sie ist Strukturpolitik. Viele Betriebe und fast alle Schulen sind seit Monaten geschlossen. Das wirtschaftliche und soziale Leben liegt brach. Mittelfristig müssen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit die Gesellschaft und Wirtschaft in den betroffenen Ländern wieder stabilisieren.

Bildung und Forschung

Studiengebühren sind unsozial!

Die von der Hochschulrektorenkonferenz geforderte flächendeckende Einführung von Studiengebühren würde die soziale Spaltung im Bildungssystem verstärken.

Aus gutem Grund haben inzwischen alle Bundesländer diese unsoziale Belastung für Studierende wieder abgeschafft. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich stattdessen dafür ein, dass sich der Bund nach Abschaffung des Kooperationsverbots im Wissenschaftsbereich verstärkt um die Grundfinanzierung der Hochschulen bemüht.

In zahlreichen Bundesländern haben die Menschen entschieden und der Belastung des Hochschulstudiums über Studiengebühren eine eindeutige Absage erteilt. Es ist in höchstem Maße fragwürdig, dass die Hochschulrektoren trotzdem weiterhin in erster Linie die Studierenden in der Verantwortung sehen, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen vielmehr in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot für den Hochschulbereich abschaffen. Es braucht gemeinsame Kraftanstrengungen von Bund und Ländern, um dauerhaft die Grundfinanzierung der Hochschulen in der Breite zu verbessern. Die Grundgesetzänderung schafft einen neuen verfassungsrechtlichen Rahmen, damit der Bund zukünftig dauerhaft Hochschulen fördern kann.

Mit dem Hochschulpakt, mit der Fortführung der Programmpauschale oder auch mit dem Qualitätspakt Lehre leistet der Bund bereits heute wichtige Beiträge, um Lehre und Forschung an Hochschulen zu stärken. Erst vor wenigen Tagen hat das Wissenschaftszentrum Berlin in einer Studie erneut festgestellt, dass Studiengebühren vor allem Studienberechtigte aus Nicht-Akademiker-Familien von einem Studium abschrecken. Vielleicht sollte die Hochschulrektorenkonferenz die Ergebnisse der aktuellen Forschung reflektieren, bevor man vermeintlich einfache Antworten wie die Forderung nach Studiengebühren präsentiert.

Europa

Europäische Kommission kann Arbeit aufnehmen

Mit großer Mehrheit haben heute die Mitglieder des Europäischen Parlaments die Kommission von Präsident Jean-Claude Juncker bestätigt. Damit kann sie wie geplant ihre Arbeit zum 1. November aufnehmen. Das ist ein gutes Signal für Europa. Jetzt gilt es für das neue Kollegium direkt durchzustarten, schließlich dulden die anstehenden Fragen keinen Aufschub. Die Hearings der Kommissarinnen und Kommissare im Europäischen Parlament in den zurückliegenden Wochen haben eines gezeigt: Die Juncker-Kommission wird eine politische Kommission werden - weniger Behörde, mehr echte Regierung. Mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini und dem ersten Vize-Präsidenten Frans Timmermans sitzen zudem zwei Sozialdemokraten an wichtigen Schaltstellen. Eine lange Einarbeitungszeit werden Juncker und sein Team nicht bekommen. Die weiterhin schlechte Wirtschaftslage in der EU erfordert eine schnelle Reaktion. Das vom Kommissionspräsidenten angekündigte 300 Milliarden Euro Programm muss zügig mit Leben gefüllt, Investitionsanreize gestärkt und die Arbeitslosenquote insbesondere unter jungen Menschen entschlossen bekämpft werden.

Darüber hinaus muss die EU in den vielen internationalen Krisen außenpolitisch geschlossen und verlässlich auftreten.

Nach der Aufstellung gemeinsamer europäischer Spitzenkandidaten, über einen europäisch geführten Wahlkampf bis zur Ernennung des Mitglieds der siegreichen Parteifamilie zum Kommissionspräsidenten, bildet die heutige Abstimmung im Europäischen Parlament den Endpunkt eines historischen demokratischen Prozesses auf europäischer Ebene.

Damit wurde ein Standard gesetzt, hinter den es bei zukünftigen Europawahlen kein Zurück mehr geben wird.

Bankenabgabe

Ausnahmen für Sparkassen und Genossenschaften

Die EU-Kommission hat die Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe veröffentlicht. Bei ihrer Ausgestaltung hatte die Kommission zuletzt insbesondere zugunsten von Sparkassen und Genossenschaften nachgebessert. Nunmehr ist der Weg frei zur Verabschiedung des Gesetzespakets zur Umsetzung eines weiteren Meilensteins der Bankenunion im Bundestag.

Die von der Kommission am 21. Oktober 2014 veröffentlichte Beitragsberechnung für den Bankenabwicklungsfonds entlastet vor allem kleinere Banken.

Als „klein“ definiert die EU-Kommission Banken, deren Bilanzsumme unter einer Milliarde Euro liegt und deren Bemessungsgrundlage geringer als 300 Millionen Euro ist. Für solche kleinen Institute ist eine pauschale Bankenabgabe zwischen 1.000 Euro und 50.000 Euro im Jahr vorgesehen.

In Deutschland werden rund 1.000 Institute von dieser entlastenden Pauschalabgabe erfasst, darunter mehr als 800 Genossenschaftsbanken und 70 bis 80 Sparkassen. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten das Recht, für Banken bis zu einer Bilanzsumme von drei Milliarden Euro weitere Erleichterungen zu schaffen.

Als besonders positiv für Sparkassen und Genossenschaften sehen wir, dass die Verbindlichkeiten innerhalb ihrer Finanzverbünde von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. So dürfen Sparkassen zum Beispiel Verbindlichkeiten gegenüber Landesbanken oder anderen Sparkassen herausrechnen.

Aus sozialdemokratischer Sicht hätten wir sicherlich die Sparkassen und Genossenschaften gern noch weiter entlastet gesehen, da diese Institute mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell den Abwicklungsfonds wahrscheinlich niemals in Anspruch nehmen müssen. Dagegen wäre es aus unserer Sicht gerechtfertigt gewesen, systemisch relevante Großbanken mit einem hohen Derivateanteil noch stärker zu belasten.

Allerdings stellt die von der EU-Kommission verabschiedete Regelung einen guten Kompromiss dar. Auf dieser Grundlage können wir nunmehr dem Gesetzespaket zur Umsetzung der Bankenunion im Bundestag zustimmen.

Bonbon

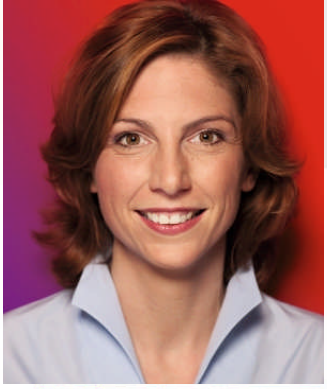
„Die Sonntagsfrage sagt nicht viel aus, weil alle Befragten, die da beim Kartoffelschälen angerufen werden, ganz genau wissen: Nächsten Sonntag ist gar keine Wahl.“

Frank-Walter Steinmeier
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Termine

29.10.14	*17.00 Uhr*	*IHK Altenkirchen*
	19.00 Uhr	*SPD-Ortsverein Altenkirchen Mitgliederversammlung*
30.10.14	*ganztägig*	*Tagespraktikum Remondis Altenkirchen*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**



Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
nun hat uns der Herbst erwischt: Herbststürme, Regenschauer, Temperatursturz... Die kalte Jahreszeit beginnt! Heiße Themen gibt‘s dagegen zurzeit im politischen Alltag. So beschäftigen uns täglich die Krisenherde auf der Welt, im Wahlkreis brennen uns Themen wie die medizinische Versorgung im ländlichen Raum unter den Nägeln und unser Koalitionspartner versucht unsere Projekte aus dem Koalitionsvertrag auf Eis zu legen mit dem Verweis auf die Wirtschaftsdaten. An allen diesen und weiteren Baustellen müssen wir auf der Hut sein! Nun genießt aber erstmal ein kuscheliges Herbstwochenende und denkt dran in der Nacht zu Sonntag die Uhr um eine Stunde zurückzustellen. Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Mehr Geld für Lärmschutz an Bahnstrecken!

In seiner jüngsten Sitzung hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages wichtige Entscheidungen in Sachen Bahnlärm getroffen. Künftig wird mehr Geld für den Lärmschutz zur Verfügung gestellt – so lassen sich die Entscheidungen des Ausschusses zusammenfassen. Der Antrag der Regierungsfraktion beinhaltete, dass die Mittel im Bereich Schiene, unter anderem auch für bestehende Schienenstrecken, auf insgesamt 130 Millionen Euro erhöht werden. Damit wird das Verkehrsministerium gleichzeitig aufgefordert, höhere Betriebskosten der leiseren Bremssysteme bei Güterwagen zu subventionieren. Das muss jedoch so organisiert werden, dass es mit EU-Recht vereinbar ist.
Im Bereich „Straße“ steigen die Mittel auf eine Gesamtsumme von 210,5 Millionen Euro für den Lärmschutz. Die Berliner Koalition nimmt die Sorgen und Nöte der Bahnanlieger ernst. Das wird durch die erhöhten Mittel deutlich.
Aber nicht nur in Sachen Lärmschutz macht die Regierungskoalition mehr Geld frei. Für den Radwegebau sollen insgesamt 90 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Verkehrsausschuss muss noch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Maßnahmen zustimmen.

Gesundheit

Regionale Krankenhauslandschaft vor Umbruch

Die Krankenhauslandschaft im Kreis Altenkirchen steht vor einem Umbruch. Die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete hat in den vergangenen Tagen bereits einige Zuschriften zu diesem Thema erhalten, weil die Menschen in der Region zutiefst verunsichert sind. Klar ist, dass eine hochwertige medizinische Versorgung in der Region gewährleistet sein muss. Dabei stehen die jeweiligen Häuser in Altenkirchen und Hachenburg eher im Fokus als das Kirchener Krankenhaus. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger haben Sabine Bätzing-Lichtenthäler veranlasst, die DRK Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz anzuschreiben, um eindeutige Aussagen zu erhalten.
Die Abgeordnete sieht Vorteile am Standort Altenkirchen, vor allem durch das relativ junge Bettenhaus. Insgesamt habe sich die Szene in Altenkirchen vorbildlich entwickelt, auch was die niedergelassenen Ärzte betrifft. Wichtig sei, vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei dem bevorstehenden Veränderungsprozess mitzunehmen. Zwischenzeitlich liegt ein Strukturgutachten vor, welches sich mit den DRK-Häusern in Altenkirchen, Hachenburg sowie Kirchen beschäftigt. Die Öffentlichkeit kennt jedoch noch keine Details.

Internationales

Ebola-Virus eindämmen!

Erst kürzlich debattierte der Deutsche Bundestag einen Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU/CSU, in dem der bisherige Beitrag Deutschlands zur Ebola-Bekämpfung gelobt wurde, gleichzeitig aber ein stärkeres Engagement der Bundesregierung eingefordert wurde.
Im Dezember rechnet die Weltgesundheits-organisation (WHO) mit wöchentlich 10.000 neuen Infizierten. „Die Ebola-Epidemie ist die schwerste ihrer Art seit Entdeckung des Virus. Bislang starben nach Angaben der WHO fast 4500 Menschen, nahezu 9000 diagnostizierte Fälle liegen vor. Im Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung zu einem verstärkten Engagement in Westafrika aufgefordert.
Die internationale Gemeinschaft steht in der Pflicht, jetzt schnell humanitäre Hilfe zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung auf, den deutschen Beitrag an die WHO, Ärzte ohne Grenzen und andere beteiligte Organisationen nochmals zu erhöhen. Sollte die humanitäre Katastrophe abgewehrt sein, ist danach die Entwicklungspolitik gefragt, denn sie ist Strukturpolitik. Viele Betriebe und fast alle Schulen sind seit Monaten geschlossen. Das wirtschaftliche und soziale Leben liegt brach. Mittelfristig müssen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit die Gesellschaft und Wirtschaft in den betroffenen Ländern wieder stabilisieren.

Bildung und Forschung

Studiengebühren sind unsozial!

Die von der Hochschulrektorenkonferenz geforderte flächendeckende Einführung von Studiengebühren würde die soziale Spaltung im Bildungssystem verstärken.

Aus gutem Grund haben inzwischen alle Bundesländer diese unsoziale Belastung für Studierende wieder abgeschafft. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich stattdessen dafür ein, dass sich der Bund nach Abschaffung des Kooperationsverbots im Wissenschaftsbereich verstärkt um die Grundfinanzierung der Hochschulen bemüht.

In zahlreichen Bundesländern haben die Menschen entschieden und der Belastung des Hochschulstudiums über Studiengebühren eine eindeutige Absage erteilt. Es ist in höchstem Maße fragwürdig, dass die Hochschulrektoren trotzdem weiterhin in erster Linie die Studierenden in der Verantwortung sehen, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen vielmehr in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot für den Hochschulbereich abschaffen. Es braucht gemeinsame Kraftanstrengungen von Bund und Ländern, um dauerhaft die Grundfinanzierung der Hochschulen in der Breite zu verbessern. Die Grundgesetzänderung schafft einen neuen verfassungsrechtlichen Rahmen, damit der Bund zukünftig dauerhaft Hochschulen fördern kann.

Mit dem Hochschulpakt, mit der Fortführung der Programmpauschale oder auch mit dem Qualitätspakt Lehre leistet der Bund bereits heute wichtige Beiträge, um Lehre und Forschung an Hochschulen zu stärken. Erst vor wenigen Tagen hat das Wissenschaftszentrum Berlin in einer Studie erneut festgestellt, dass Studiengebühren vor allem Studienberechtigte aus Nicht-Akademiker-Familien von einem Studium abschrecken. Vielleicht sollte die Hochschulrektorenkonferenz die Ergebnisse der aktuellen Forschung reflektieren, bevor man vermeintlich einfache Antworten wie die Forderung nach Studiengebühren präsentiert.

Europa

Europäische Kommission kann Arbeit aufnehmen

Mit großer Mehrheit haben heute die Mitglieder des Europäischen Parlaments die Kommission von Präsident Jean-Claude Juncker bestätigt. Damit kann sie wie geplant ihre Arbeit zum 1. November aufnehmen. Das ist ein gutes Signal für Europa. Jetzt gilt es für das neue Kollegium direkt durchzustarten, schließlich dulden die anstehenden Fragen keinen Aufschub. Die Hearings der Kommissarinnen und Kommissare im Europäischen Parlament in den zurückliegenden Wochen haben eines gezeigt: Die Juncker-Kommission wird eine politische Kommission werden - weniger Behörde, mehr echte Regierung. Mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini und dem ersten Vize-Präsidenten Frans Timmermans sitzen zudem zwei Sozialdemokraten an wichtigen Schaltstellen. Eine lange Einarbeitungszeit werden Juncker und sein Team nicht bekommen. Die weiterhin schlechte Wirtschaftslage in der EU erfordert eine schnelle Reaktion. Das vom Kommissionspräsidenten angekündigte 300 Milliarden Euro Programm muss zügig mit Leben gefüllt, Investitionsanreize gestärkt und die Arbeitslosenquote insbesondere unter jungen Menschen entschlossen bekämpft werden.

Darüber hinaus muss die EU in den vielen internationalen Krisen außenpolitisch geschlossen und verlässlich auftreten.

Nach der Aufstellung gemeinsamer europäischer Spitzenkandidaten, über einen europäisch geführten Wahlkampf bis zur Ernennung des Mitglieds der siegreichen Parteifamilie zum Kommissionspräsidenten, bildet die heutige Abstimmung im Europäischen Parlament den Endpunkt eines historischen demokratischen Prozesses auf europäischer Ebene.

Damit wurde ein Standard gesetzt, hinter den es bei zukünftigen Europawahlen kein Zurück mehr geben wird.

Bankenabgabe

Ausnahmen für Sparkassen und Genossenschaften

Die EU-Kommission hat die Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe veröffentlicht. Bei ihrer Ausgestaltung hatte die Kommission zuletzt insbesondere zugunsten von Sparkassen und Genossenschaften nachgebessert. Nunmehr ist der Weg frei zur Verabschiedung des Gesetzespakets zur Umsetzung eines weiteren Meilensteins der Bankenunion im Bundestag.

Die von der Kommission am 21. Oktober 2014 veröffentlichte Beitragsberechnung für den Bankenabwicklungsfonds entlastet vor allem kleinere Banken.

Als „klein“ definiert die EU-Kommission Banken, deren Bilanzsumme unter einer Milliarde Euro liegt und deren Bemessungsgrundlage geringer als 300 Millionen Euro ist. Für solche kleinen Institute ist eine pauschale Bankenabgabe zwischen 1.000 Euro und 50.000 Euro im Jahr vorgesehen.

In Deutschland werden rund 1.000 Institute von dieser entlastenden Pauschalabgabe erfasst, darunter mehr als 800 Genossenschaftsbanken und 70 bis 80 Sparkassen. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten das Recht, für Banken bis zu einer Bilanzsumme von drei Milliarden Euro weitere Erleichterungen zu schaffen.

Als besonders positiv für Sparkassen und Genossenschaften sehen wir, dass die Verbindlichkeiten innerhalb ihrer Finanzverbünde von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. So dürfen Sparkassen zum Beispiel Verbindlichkeiten gegenüber Landesbanken oder anderen Sparkassen herausrechnen.

Aus sozialdemokratischer Sicht hätten wir sicherlich die Sparkassen und Genossenschaften gern noch weiter entlastet gesehen, da diese Institute mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell den Abwicklungsfonds wahrscheinlich niemals in Anspruch nehmen müssen. Dagegen wäre es aus unserer Sicht gerechtfertigt gewesen, systemisch relevante Großbanken mit einem hohen Derivateanteil noch stärker zu belasten.

Allerdings stellt die von der EU-Kommission verabschiedete Regelung einen guten Kompromiss dar. Auf dieser Grundlage können wir nunmehr dem Gesetzespaket zur Umsetzung der Bankenunion im Bundestag zustimmen.

Bonbon

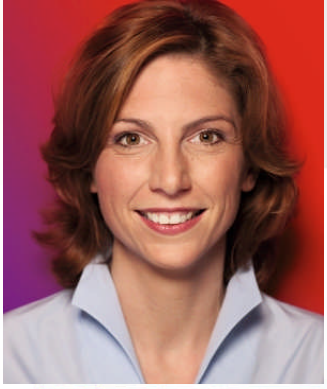
„Die Sonntagsfrage sagt nicht viel aus, weil alle Befragten, die da beim Kartoffelschälen angerufen werden, ganz genau wissen: Nächsten Sonntag ist gar keine Wahl.“

Frank-Walter Steinmeier
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Termine

29.10.14	*17.00 Uhr*	*IHK Altenkirchen*
	19.00 Uhr	*SPD-Ortsverein Altenkirchen Mitgliederversammlung*
30.10.14	*ganztägig*	*Tagespraktikum Remondis Altenkirchen*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**



Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
nun hat uns der Herbst erwischt: Herbststürme, Regenschauer, Temperatursturz... Die kalte Jahreszeit beginnt! Heiße Themen gibt‘s dagegen zurzeit im politischen Alltag. So beschäftigen uns täglich die Krisenherde auf der Welt, im Wahlkreis brennen uns Themen wie die medizinische Versorgung im ländlichen Raum unter den Nägeln und unser Koalitionspartner versucht unsere Projekte aus dem Koalitionsvertrag auf Eis zu legen mit dem Verweis auf die Wirtschaftsdaten. An allen diesen und weiteren Baustellen müssen wir auf der Hut sein! Nun genießt aber erstmal ein kuscheliges Herbstwochenende und denkt dran in der Nacht zu Sonntag die Uhr um eine Stunde zurückzustellen. Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Mehr Geld für Lärmschutz an Bahnstrecken!

In seiner jüngsten Sitzung hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages wichtige Entscheidungen in Sachen Bahnlärm getroffen. Künftig wird mehr Geld für den Lärmschutz zur Verfügung gestellt – so lassen sich die Entscheidungen des Ausschusses zusammenfassen. Der Antrag der Regierungsfraktion beinhaltete, dass die Mittel im Bereich Schiene, unter anderem auch für bestehende Schienenstrecken, auf insgesamt 130 Millionen Euro erhöht werden. Damit wird das Verkehrsministerium gleichzeitig aufgefordert, höhere Betriebskosten der leiseren Bremssysteme bei Güterwagen zu subventionieren. Das muss jedoch so organisiert werden, dass es mit EU-Recht vereinbar ist.
Im Bereich „Straße“ steigen die Mittel auf eine Gesamtsumme von 210,5 Millionen Euro für den Lärmschutz. Die Berliner Koalition nimmt die Sorgen und Nöte der Bahnanlieger ernst. Das wird durch die erhöhten Mittel deutlich.
Aber nicht nur in Sachen Lärmschutz macht die Regierungskoalition mehr Geld frei. Für den Radwegebau sollen insgesamt 90 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Verkehrsausschuss muss noch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Maßnahmen zustimmen.

Gesundheit

Regionale Krankenhauslandschaft vor Umbruch

Die Krankenhauslandschaft im Kreis Altenkirchen steht vor einem Umbruch. Die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete hat in den vergangenen Tagen bereits einige Zuschriften zu diesem Thema erhalten, weil die Menschen in der Region zutiefst verunsichert sind. Klar ist, dass eine hochwertige medizinische Versorgung in der Region gewährleistet sein muss. Dabei stehen die jeweiligen Häuser in Altenkirchen und Hachenburg eher im Fokus als das Kirchener Krankenhaus. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger haben Sabine Bätzing-Lichtenthäler veranlasst, die DRK Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz anzuschreiben, um eindeutige Aussagen zu erhalten.
Die Abgeordnete sieht Vorteile am Standort Altenkirchen, vor allem durch das relativ junge Bettenhaus. Insgesamt habe sich die Szene in Altenkirchen vorbildlich entwickelt, auch was die niedergelassenen Ärzte betrifft. Wichtig sei, vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei dem bevorstehenden Veränderungsprozess mitzunehmen. Zwischenzeitlich liegt ein Strukturgutachten vor, welches sich mit den DRK-Häusern in Altenkirchen, Hachenburg sowie Kirchen beschäftigt. Die Öffentlichkeit kennt jedoch noch keine Details.

Internationales

Ebola-Virus eindämmen!

Erst kürzlich debattierte der Deutsche Bundestag einen Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU/CSU, in dem der bisherige Beitrag Deutschlands zur Ebola-Bekämpfung gelobt wurde, gleichzeitig aber ein stärkeres Engagement der Bundesregierung eingefordert wurde.
Im Dezember rechnet die Weltgesundheits-organisation (WHO) mit wöchentlich 10.000 neuen Infizierten. „Die Ebola-Epidemie ist die schwerste ihrer Art seit Entdeckung des Virus. Bislang starben nach Angaben der WHO fast 4500 Menschen, nahezu 9000 diagnostizierte Fälle liegen vor. Im Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung zu einem verstärkten Engagement in Westafrika aufgefordert.
Die internationale Gemeinschaft steht in der Pflicht, jetzt schnell humanitäre Hilfe zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung auf, den deutschen Beitrag an die WHO, Ärzte ohne Grenzen und andere beteiligte Organisationen nochmals zu erhöhen. Sollte die humanitäre Katastrophe abgewehrt sein, ist danach die Entwicklungspolitik gefragt, denn sie ist Strukturpolitik. Viele Betriebe und fast alle Schulen sind seit Monaten geschlossen. Das wirtschaftliche und soziale Leben liegt brach. Mittelfristig müssen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit die Gesellschaft und Wirtschaft in den betroffenen Ländern wieder stabilisieren.

Bildung und Forschung

Studiengebühren sind unsozial!

Die von der Hochschulrektorenkonferenz geforderte flächendeckende Einführung von Studiengebühren würde die soziale Spaltung im Bildungssystem verstärken.

Aus gutem Grund haben inzwischen alle Bundesländer diese unsoziale Belastung für Studierende wieder abgeschafft. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich stattdessen dafür ein, dass sich der Bund nach Abschaffung des Kooperationsverbots im Wissenschaftsbereich verstärkt um die Grundfinanzierung der Hochschulen bemüht.

In zahlreichen Bundesländern haben die Menschen entschieden und der Belastung des Hochschulstudiums über Studiengebühren eine eindeutige Absage erteilt. Es ist in höchstem Maße fragwürdig, dass die Hochschulrektoren trotzdem weiterhin in erster Linie die Studierenden in der Verantwortung sehen, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen vielmehr in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot für den Hochschulbereich abschaffen. Es braucht gemeinsame Kraftanstrengungen von Bund und Ländern, um dauerhaft die Grundfinanzierung der Hochschulen in der Breite zu verbessern. Die Grundgesetzänderung schafft einen neuen verfassungsrechtlichen Rahmen, damit der Bund zukünftig dauerhaft Hochschulen fördern kann.

Mit dem Hochschulpakt, mit der Fortführung der Programmpauschale oder auch mit dem Qualitätspakt Lehre leistet der Bund bereits heute wichtige Beiträge, um Lehre und Forschung an Hochschulen zu stärken. Erst vor wenigen Tagen hat das Wissenschaftszentrum Berlin in einer Studie erneut festgestellt, dass Studiengebühren vor allem Studienberechtigte aus Nicht-Akademiker-Familien von einem Studium abschrecken. Vielleicht sollte die Hochschulrektorenkonferenz die Ergebnisse der aktuellen Forschung reflektieren, bevor man vermeintlich einfache Antworten wie die Forderung nach Studiengebühren präsentiert.

Europa

Europäische Kommission kann Arbeit aufnehmen

Mit großer Mehrheit haben heute die Mitglieder des Europäischen Parlaments die Kommission von Präsident Jean-Claude Juncker bestätigt. Damit kann sie wie geplant ihre Arbeit zum 1. November aufnehmen. Das ist ein gutes Signal für Europa. Jetzt gilt es für das neue Kollegium direkt durchzustarten, schließlich dulden die anstehenden Fragen keinen Aufschub. Die Hearings der Kommissarinnen und Kommissare im Europäischen Parlament in den zurückliegenden Wochen haben eines gezeigt: Die Juncker-Kommission wird eine politische Kommission werden - weniger Behörde, mehr echte Regierung. Mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini und dem ersten Vize-Präsidenten Frans Timmermans sitzen zudem zwei Sozialdemokraten an wichtigen Schaltstellen. Eine lange Einarbeitungszeit werden Juncker und sein Team nicht bekommen. Die weiterhin schlechte Wirtschaftslage in der EU erfordert eine schnelle Reaktion. Das vom Kommissionspräsidenten angekündigte 300 Milliarden Euro Programm muss zügig mit Leben gefüllt, Investitionsanreize gestärkt und die Arbeitslosenquote insbesondere unter jungen Menschen entschlossen bekämpft werden.

Darüber hinaus muss die EU in den vielen internationalen Krisen außenpolitisch geschlossen und verlässlich auftreten.

Nach der Aufstellung gemeinsamer europäischer Spitzenkandidaten, über einen europäisch geführten Wahlkampf bis zur Ernennung des Mitglieds der siegreichen Parteifamilie zum Kommissionspräsidenten, bildet die heutige Abstimmung im Europäischen Parlament den Endpunkt eines historischen demokratischen Prozesses auf europäischer Ebene.

Damit wurde ein Standard gesetzt, hinter den es bei zukünftigen Europawahlen kein Zurück mehr geben wird.

Bankenabgabe

Ausnahmen für Sparkassen und Genossenschaften

Die EU-Kommission hat die Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe veröffentlicht. Bei ihrer Ausgestaltung hatte die Kommission zuletzt insbesondere zugunsten von Sparkassen und Genossenschaften nachgebessert. Nunmehr ist der Weg frei zur Verabschiedung des Gesetzespakets zur Umsetzung eines weiteren Meilensteins der Bankenunion im Bundestag.

Die von der Kommission am 21. Oktober 2014 veröffentlichte Beitragsberechnung für den Bankenabwicklungsfonds entlastet vor allem kleinere Banken.

Als „klein“ definiert die EU-Kommission Banken, deren Bilanzsumme unter einer Milliarde Euro liegt und deren Bemessungsgrundlage geringer als 300 Millionen Euro ist. Für solche kleinen Institute ist eine pauschale Bankenabgabe zwischen 1.000 Euro und 50.000 Euro im Jahr vorgesehen.

In Deutschland werden rund 1.000 Institute von dieser entlastenden Pauschalabgabe erfasst, darunter mehr als 800 Genossenschaftsbanken und 70 bis 80 Sparkassen. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten das Recht, für Banken bis zu einer Bilanzsumme von drei Milliarden Euro weitere Erleichterungen zu schaffen.

Als besonders positiv für Sparkassen und Genossenschaften sehen wir, dass die Verbindlichkeiten innerhalb ihrer Finanzverbünde von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. So dürfen Sparkassen zum Beispiel Verbindlichkeiten gegenüber Landesbanken oder anderen Sparkassen herausrechnen.

Aus sozialdemokratischer Sicht hätten wir sicherlich die Sparkassen und Genossenschaften gern noch weiter entlastet gesehen, da diese Institute mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell den Abwicklungsfonds wahrscheinlich niemals in Anspruch nehmen müssen. Dagegen wäre es aus unserer Sicht gerechtfertigt gewesen, systemisch relevante Großbanken mit einem hohen Derivateanteil noch stärker zu belasten.

Allerdings stellt die von der EU-Kommission verabschiedete Regelung einen guten Kompromiss dar. Auf dieser Grundlage können wir nunmehr dem Gesetzespaket zur Umsetzung der Bankenunion im Bundestag zustimmen.

Bonbon

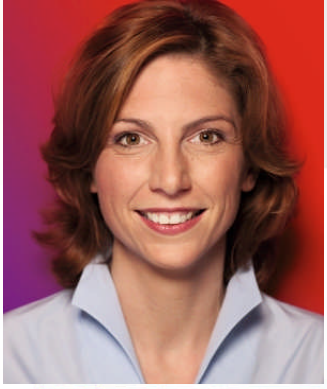
„Die Sonntagsfrage sagt nicht viel aus, weil alle Befragten, die da beim Kartoffelschälen angerufen werden, ganz genau wissen: Nächsten Sonntag ist gar keine Wahl.“

Frank-Walter Steinmeier
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Termine

29.10.14	*17.00 Uhr*	*IHK Altenkirchen*
	19.00 Uhr	*SPD-Ortsverein Altenkirchen Mitgliederversammlung*
30.10.14	*ganztägig*	*Tagespraktikum Remondis Altenkirchen*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**



Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
nun hat uns der Herbst erwischt: Herbststürme, Regenschauer, Temperatursturz... Die kalte Jahreszeit beginnt! Heiße Themen gibt‘s dagegen zurzeit im politischen Alltag. So beschäftigen uns täglich die Krisenherde auf der Welt, im Wahlkreis brennen uns Themen wie die medizinische Versorgung im ländlichen Raum unter den Nägeln und unser Koalitionspartner versucht unsere Projekte aus dem Koalitionsvertrag auf Eis zu legen mit dem Verweis auf die Wirtschaftsdaten. An allen diesen und weiteren Baustellen müssen wir auf der Hut sein! Nun genießt aber erstmal ein kuscheliges Herbstwochenende und denkt dran in der Nacht zu Sonntag die Uhr um eine Stunde zurückzustellen. Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Mehr Geld für Lärmschutz an Bahnstrecken!

In seiner jüngsten Sitzung hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages wichtige Entscheidungen in Sachen Bahnlärm getroffen. Künftig wird mehr Geld für den Lärmschutz zur Verfügung gestellt – so lassen sich die Entscheidungen des Ausschusses zusammenfassen. Der Antrag der Regierungsfraktion beinhaltete, dass die Mittel im Bereich Schiene, unter anderem auch für bestehende Schienenstrecken, auf insgesamt 130 Millionen Euro erhöht werden. Damit wird das Verkehrsministerium gleichzeitig aufgefordert, höhere Betriebskosten der leiseren Bremssysteme bei Güterwagen zu subventionieren. Das muss jedoch so organisiert werden, dass es mit EU-Recht vereinbar ist.
Im Bereich „Straße“ steigen die Mittel auf eine Gesamtsumme von 210,5 Millionen Euro für den Lärmschutz. Die Berliner Koalition nimmt die Sorgen und Nöte der Bahnanlieger ernst. Das wird durch die erhöhten Mittel deutlich.
Aber nicht nur in Sachen Lärmschutz macht die Regierungskoalition mehr Geld frei. Für den Radwegebau sollen insgesamt 90 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Verkehrsausschuss muss noch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Maßnahmen zustimmen.

Gesundheit

Regionale Krankenhauslandschaft vor Umbruch

Die Krankenhauslandschaft im Kreis Altenkirchen steht vor einem Umbruch. Die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete hat in den vergangenen Tagen bereits einige Zuschriften zu diesem Thema erhalten, weil die Menschen in der Region zutiefst verunsichert sind. Klar ist, dass eine hochwertige medizinische Versorgung in der Region gewährleistet sein muss. Dabei stehen die jeweiligen Häuser in Altenkirchen und Hachenburg eher im Fokus als das Kirchener Krankenhaus. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger haben Sabine Bätzing-Lichtenthäler veranlasst, die DRK Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz anzuschreiben, um eindeutige Aussagen zu erhalten.
Die Abgeordnete sieht Vorteile am Standort Altenkirchen, vor allem durch das relativ junge Bettenhaus. Insgesamt habe sich die Szene in Altenkirchen vorbildlich entwickelt, auch was die niedergelassenen Ärzte betrifft. Wichtig sei, vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei dem bevorstehenden Veränderungsprozess mitzunehmen. Zwischenzeitlich liegt ein Strukturgutachten vor, welches sich mit den DRK-Häusern in Altenkirchen, Hachenburg sowie Kirchen beschäftigt. Die Öffentlichkeit kennt jedoch noch keine Details.

Internationales

Ebola-Virus eindämmen!

Erst kürzlich debattierte der Deutsche Bundestag einen Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU/CSU, in dem der bisherige Beitrag Deutschlands zur Ebola-Bekämpfung gelobt wurde, gleichzeitig aber ein stärkeres Engagement der Bundesregierung eingefordert wurde.
Im Dezember rechnet die Weltgesundheits-organisation (WHO) mit wöchentlich 10.000 neuen Infizierten. „Die Ebola-Epidemie ist die schwerste ihrer Art seit Entdeckung des Virus. Bislang starben nach Angaben der WHO fast 4500 Menschen, nahezu 9000 diagnostizierte Fälle liegen vor. Im Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung zu einem verstärkten Engagement in Westafrika aufgefordert.
Die internationale Gemeinschaft steht in der Pflicht, jetzt schnell humanitäre Hilfe zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung auf, den deutschen Beitrag an die WHO, Ärzte ohne Grenzen und andere beteiligte Organisationen nochmals zu erhöhen. Sollte die humanitäre Katastrophe abgewehrt sein, ist danach die Entwicklungspolitik gefragt, denn sie ist Strukturpolitik. Viele Betriebe und fast alle Schulen sind seit Monaten geschlossen. Das wirtschaftliche und soziale Leben liegt brach. Mittelfristig müssen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit die Gesellschaft und Wirtschaft in den betroffenen Ländern wieder stabilisieren.

Bildung und Forschung

Studiengebühren sind unsozial!

Die von der Hochschulrektorenkonferenz geforderte flächendeckende Einführung von Studiengebühren würde die soziale Spaltung im Bildungssystem verstärken.

Aus gutem Grund haben inzwischen alle Bundesländer diese unsoziale Belastung für Studierende wieder abgeschafft. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich stattdessen dafür ein, dass sich der Bund nach Abschaffung des Kooperationsverbots im Wissenschaftsbereich verstärkt um die Grundfinanzierung der Hochschulen bemüht.

In zahlreichen Bundesländern haben die Menschen entschieden und der Belastung des Hochschulstudiums über Studiengebühren eine eindeutige Absage erteilt. Es ist in höchstem Maße fragwürdig, dass die Hochschulrektoren trotzdem weiterhin in erster Linie die Studierenden in der Verantwortung sehen, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen vielmehr in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot für den Hochschulbereich abschaffen. Es braucht gemeinsame Kraftanstrengungen von Bund und Ländern, um dauerhaft die Grundfinanzierung der Hochschulen in der Breite zu verbessern. Die Grundgesetzänderung schafft einen neuen verfassungsrechtlichen Rahmen, damit der Bund zukünftig dauerhaft Hochschulen fördern kann.

Mit dem Hochschulpakt, mit der Fortführung der Programmpauschale oder auch mit dem Qualitätspakt Lehre leistet der Bund bereits heute wichtige Beiträge, um Lehre und Forschung an Hochschulen zu stärken. Erst vor wenigen Tagen hat das Wissenschaftszentrum Berlin in einer Studie erneut festgestellt, dass Studiengebühren vor allem Studienberechtigte aus Nicht-Akademiker-Familien von einem Studium abschrecken. Vielleicht sollte die Hochschulrektorenkonferenz die Ergebnisse der aktuellen Forschung reflektieren, bevor man vermeintlich einfache Antworten wie die Forderung nach Studiengebühren präsentiert.

Europa

Europäische Kommission kann Arbeit aufnehmen

Mit großer Mehrheit haben heute die Mitglieder des Europäischen Parlaments die Kommission von Präsident Jean-Claude Juncker bestätigt. Damit kann sie wie geplant ihre Arbeit zum 1. November aufnehmen. Das ist ein gutes Signal für Europa. Jetzt gilt es für das neue Kollegium direkt durchzustarten, schließlich dulden die anstehenden Fragen keinen Aufschub. Die Hearings der Kommissarinnen und Kommissare im Europäischen Parlament in den zurückliegenden Wochen haben eines gezeigt: Die Juncker-Kommission wird eine politische Kommission werden - weniger Behörde, mehr echte Regierung. Mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini und dem ersten Vize-Präsidenten Frans Timmermans sitzen zudem zwei Sozialdemokraten an wichtigen Schaltstellen. Eine lange Einarbeitungszeit werden Juncker und sein Team nicht bekommen. Die weiterhin schlechte Wirtschaftslage in der EU erfordert eine schnelle Reaktion. Das vom Kommissionspräsidenten angekündigte 300 Milliarden Euro Programm muss zügig mit Leben gefüllt, Investitionsanreize gestärkt und die Arbeitslosenquote insbesondere unter jungen Menschen entschlossen bekämpft werden.

Darüber hinaus muss die EU in den vielen internationalen Krisen außenpolitisch geschlossen und verlässlich auftreten.

Nach der Aufstellung gemeinsamer europäischer Spitzenkandidaten, über einen europäisch geführten Wahlkampf bis zur Ernennung des Mitglieds der siegreichen Parteifamilie zum Kommissionspräsidenten, bildet die heutige Abstimmung im Europäischen Parlament den Endpunkt eines historischen demokratischen Prozesses auf europäischer Ebene.

Damit wurde ein Standard gesetzt, hinter den es bei zukünftigen Europawahlen kein Zurück mehr geben wird.

Bankenabgabe

Ausnahmen für Sparkassen und Genossenschaften

Die EU-Kommission hat die Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe veröffentlicht. Bei ihrer Ausgestaltung hatte die Kommission zuletzt insbesondere zugunsten von Sparkassen und Genossenschaften nachgebessert. Nunmehr ist der Weg frei zur Verabschiedung des Gesetzespakets zur Umsetzung eines weiteren Meilensteins der Bankenunion im Bundestag.

Die von der Kommission am 21. Oktober 2014 veröffentlichte Beitragsberechnung für den Bankenabwicklungsfonds entlastet vor allem kleinere Banken.

Als „klein“ definiert die EU-Kommission Banken, deren Bilanzsumme unter einer Milliarde Euro liegt und deren Bemessungsgrundlage geringer als 300 Millionen Euro ist. Für solche kleinen Institute ist eine pauschale Bankenabgabe zwischen 1.000 Euro und 50.000 Euro im Jahr vorgesehen.

In Deutschland werden rund 1.000 Institute von dieser entlastenden Pauschalabgabe erfasst, darunter mehr als 800 Genossenschaftsbanken und 70 bis 80 Sparkassen. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten das Recht, für Banken bis zu einer Bilanzsumme von drei Milliarden Euro weitere Erleichterungen zu schaffen.

Als besonders positiv für Sparkassen und Genossenschaften sehen wir, dass die Verbindlichkeiten innerhalb ihrer Finanzverbünde von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. So dürfen Sparkassen zum Beispiel Verbindlichkeiten gegenüber Landesbanken oder anderen Sparkassen herausrechnen.

Aus sozialdemokratischer Sicht hätten wir sicherlich die Sparkassen und Genossenschaften gern noch weiter entlastet gesehen, da diese Institute mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell den Abwicklungsfonds wahrscheinlich niemals in Anspruch nehmen müssen. Dagegen wäre es aus unserer Sicht gerechtfertigt gewesen, systemisch relevante Großbanken mit einem hohen Derivateanteil noch stärker zu belasten.

Allerdings stellt die von der EU-Kommission verabschiedete Regelung einen guten Kompromiss dar. Auf dieser Grundlage können wir nunmehr dem Gesetzespaket zur Umsetzung der Bankenunion im Bundestag zustimmen.

Bonbon

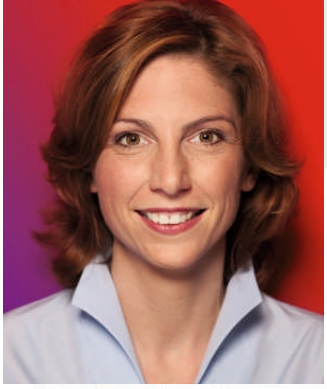
„Die Sonntagsfrage sagt nicht viel aus, weil alle Befragten, die da beim Kartoffelschälen angerufen werden, ganz genau wissen: Nächsten Sonntag ist gar keine Wahl.“

Frank-Walter Steinmeier
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Termine

29.10.14	*17.00 Uhr*	*IHK Altenkirchen*
	19.00 Uhr	*SPD-Ortsverein Altenkirchen Mitgliederversammlung*
30.10.14	*ganztägig*	*Tagespraktikum Remondis Altenkirchen*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**



Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
nun hat uns der Herbst erwischt: Herbststürme, Regenschauer, Temperatursturz... Die kalte Jahreszeit beginnt! Heiße Themen gibt‘s dagegen zurzeit im politischen Alltag. So beschäftigen uns täglich die Krisenherde auf der Welt, im Wahlkreis brennen uns Themen wie die medizinische Versorgung im ländlichen Raum unter den Nägeln und unser Koalitionspartner versucht unsere Projekte aus dem Koalitionsvertrag auf Eis zu legen mit dem Verweis auf die Wirtschaftsdaten. An allen diesen und weiteren Baustellen müssen wir auf der Hut sein! Nun genießt aber erstmal ein kuscheliges Herbstwochenende und denkt dran in der Nacht zu Sonntag die Uhr um eine Stunde zurückzustellen. Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Mehr Geld für Lärmschutz an Bahnstrecken!

In seiner jüngsten Sitzung hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages wichtige Entscheidungen in Sachen Bahnlärm getroffen. Künftig wird mehr Geld für den Lärmschutz zur Verfügung gestellt – so lassen sich die Entscheidungen des Ausschusses zusammenfassen. Der Antrag der Regierungsfraktion beinhaltete, dass die Mittel im Bereich Schiene, unter anderem auch für bestehende Schienenstrecken, auf insgesamt 130 Millionen Euro erhöht werden. Damit wird das Verkehrsministerium gleichzeitig aufgefordert, höhere Betriebskosten der leiseren Bremssysteme bei Güterwagen zu subventionieren. Das muss jedoch so organisiert werden, dass es mit EU-Recht vereinbar ist.
Im Bereich „Straße“ steigen die Mittel auf eine Gesamtsumme von 210,5 Millionen Euro für den Lärmschutz. Die Berliner Koalition nimmt die Sorgen und Nöte der Bahnanlieger ernst. Das wird durch die erhöhten Mittel deutlich.
Aber nicht nur in Sachen Lärmschutz macht die Regierungskoalition mehr Geld frei. Für den Radwegebau sollen insgesamt 90 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Verkehrsausschuss muss noch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Maßnahmen zustimmen.

Gesundheit

Regionale Krankenhauslandschaft vor Umbruch

Die Krankenhauslandschaft im Kreis Altenkirchen steht vor einem Umbruch. Die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete hat in den vergangenen Tagen bereits einige Zuschriften zu diesem Thema erhalten, weil die Menschen in der Region zutiefst verunsichert sind. Klar ist, dass eine hochwertige medizinische Versorgung in der Region gewährleistet sein muss. Dabei stehen die jeweiligen Häuser in Altenkirchen und Hachenburg eher im Fokus als das Kirchener Krankenhaus. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger haben Sabine Bätzing-Lichtenthäler veranlasst, die DRK Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz anzuschreiben, um eindeutige Aussagen zu erhalten.
Die Abgeordnete sieht Vorteile am Standort Altenkirchen, vor allem durch das relativ junge Bettenhaus. Insgesamt habe sich die Szene in Altenkirchen vorbildlich entwickelt, auch was die niedergelassenen Ärzte betrifft. Wichtig sei, vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei dem bevorstehenden Veränderungsprozess mitzunehmen. Zwischenzeitlich liegt ein Strukturgutachten vor, welches sich mit den DRK-Häusern in Altenkirchen, Hachenburg sowie Kirchen beschäftigt. Die Öffentlichkeit kennt jedoch noch keine Details.

Internationales

Ebola-Virus eindämmen!

Erst kürzlich debattierte der Deutsche Bundestag einen Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU/CSU, in dem der bisherige Beitrag Deutschlands zur Ebola-Bekämpfung gelobt wurde, gleichzeitig aber ein stärkeres Engagement der Bundesregierung eingefordert wurde.
Im Dezember rechnet die Weltgesundheits-organisation (WHO) mit wöchentlich 10.000 neuen Infizierten. „Die Ebola-Epidemie ist die schwerste ihrer Art seit Entdeckung des Virus. Bislang starben nach Angaben der WHO fast 4500 Menschen, nahezu 9000 diagnostizierte Fälle liegen vor. Im Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung zu einem verstärkten Engagement in Westafrika aufgefordert.
Die internationale Gemeinschaft steht in der Pflicht, jetzt schnell humanitäre Hilfe zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung auf, den deutschen Beitrag an die WHO, Ärzte ohne Grenzen und andere beteiligte Organisationen nochmals zu erhöhen. Sollte die humanitäre Katastrophe abgewehrt sein, ist danach die Entwicklungspolitik gefragt, denn sie ist Strukturpolitik. Viele Betriebe und fast alle Schulen sind seit Monaten geschlossen. Das wirtschaftliche und soziale Leben liegt brach. Mittelfristig müssen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit die Gesellschaft und Wirtschaft in den betroffenen Ländern wieder stabilisieren.

Bildung und Forschung

Studiengebühren sind unsozial!

Die von der Hochschulrektorenkonferenz geforderte flächendeckende Einführung von Studiengebühren würde die soziale Spaltung im Bildungssystem verstärken.

Aus gutem Grund haben inzwischen alle Bundesländer diese unsoziale Belastung für Studierende wieder abgeschafft. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich stattdessen dafür ein, dass sich der Bund nach Abschaffung des Kooperationsverbots im Wissenschaftsbereich verstärkt um die Grundfinanzierung der Hochschulen bemüht.

In zahlreichen Bundesländern haben die Menschen entschieden und der Belastung des Hochschulstudiums über Studiengebühren eine eindeutige Absage erteilt. Es ist in höchstem Maße fragwürdig, dass die Hochschulrektoren trotzdem weiterhin in erster Linie die Studierenden in der Verantwortung sehen, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen vielmehr in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot für den Hochschulbereich abschaffen. Es braucht gemeinsame Kraftanstrengungen von Bund und Ländern, um dauerhaft die Grundfinanzierung der Hochschulen in der Breite zu verbessern. Die Grundgesetzänderung schafft einen neuen verfassungsrechtlichen Rahmen, damit der Bund zukünftig dauerhaft Hochschulen fördern kann.

Mit dem Hochschulpakt, mit der Fortführung der Programmpauschale oder auch mit dem Qualitätspakt Lehre leistet der Bund bereits heute wichtige Beiträge, um Lehre und Forschung an Hochschulen zu stärken. Erst vor wenigen Tagen hat das Wissenschaftszentrum Berlin in einer Studie erneut festgestellt, dass Studiengebühren vor allem Studienberechtigte aus Nicht-Akademiker-Familien von einem Studium abschrecken. Vielleicht sollte die Hochschulrektorenkonferenz die Ergebnisse der aktuellen Forschung reflektieren, bevor man vermeintlich einfache Antworten wie die Forderung nach Studiengebühren präsentiert.

Europa

Europäische Kommission kann Arbeit aufnehmen

Mit großer Mehrheit haben heute die Mitglieder des Europäischen Parlaments die Kommission von Präsident Jean-Claude Juncker bestätigt. Damit kann sie wie geplant ihre Arbeit zum 1. November aufnehmen. Das ist ein gutes Signal für Europa. Jetzt gilt es für das neue Kollegium direkt durchzustarten, schließlich dulden die anstehenden Fragen keinen Aufschub. Die Hearings der Kommissarinnen und Kommissare im Europäischen Parlament in den zurückliegenden Wochen haben eines gezeigt: Die Juncker-Kommission wird eine politische Kommission werden - weniger Behörde, mehr echte Regierung. Mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini und dem ersten Vize-Präsidenten Frans Timmermans sitzen zudem zwei Sozialdemokraten an wichtigen Schaltstellen. Eine lange Einarbeitungszeit werden Juncker und sein Team nicht bekommen. Die weiterhin schlechte Wirtschaftslage in der EU erfordert eine schnelle Reaktion. Das vom Kommissionspräsidenten angekündigte 300 Milliarden Euro Programm muss zügig mit Leben gefüllt, Investitionsanreize gestärkt und die Arbeitslosenquote insbesondere unter jungen Menschen entschlossen bekämpft werden.

Darüber hinaus muss die EU in den vielen internationalen Krisen außenpolitisch geschlossen und verlässlich auftreten.

Nach der Aufstellung gemeinsamer europäischer Spitzenkandidaten, über einen europäisch geführten Wahlkampf bis zur Ernennung des Mitglieds der siegreichen Parteifamilie zum Kommissionspräsidenten, bildet die heutige Abstimmung im Europäischen Parlament den Endpunkt eines historischen demokratischen Prozesses auf europäischer Ebene.

Damit wurde ein Standard gesetzt, hinter den es bei zukünftigen Europawahlen kein Zurück mehr geben wird.

Bankenabgabe

Ausnahmen für Sparkassen und Genossenschaften

Die EU-Kommission hat die Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe veröffentlicht. Bei ihrer Ausgestaltung hatte die Kommission zuletzt insbesondere zugunsten von Sparkassen und Genossenschaften nachgebessert. Nunmehr ist der Weg frei zur Verabschiedung des Gesetzespakets zur Umsetzung eines weiteren Meilensteins der Bankenunion im Bundestag.

Die von der Kommission am 21. Oktober 2014 veröffentlichte Beitragsberechnung für den Bankenabwicklungsfonds entlastet vor allem kleinere Banken.

Als „klein“ definiert die EU-Kommission Banken, deren Bilanzsumme unter einer Milliarde Euro liegt und deren Bemessungsgrundlage geringer als 300 Millionen Euro ist. Für solche kleinen Institute ist eine pauschale Bankenabgabe zwischen 1.000 Euro und 50.000 Euro im Jahr vorgesehen.

In Deutschland werden rund 1.000 Institute von dieser entlastenden Pauschalabgabe erfasst, darunter mehr als 800 Genossenschaftsbanken und 70 bis 80 Sparkassen. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten das Recht, für Banken bis zu einer Bilanzsumme von drei Milliarden Euro weitere Erleichterungen zu schaffen.

Als besonders positiv für Sparkassen und Genossenschaften sehen wir, dass die Verbindlichkeiten innerhalb ihrer Finanzverbünde von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. So dürfen Sparkassen zum Beispiel Verbindlichkeiten gegenüber Landesbanken oder anderen Sparkassen herausrechnen.

Aus sozialdemokratischer Sicht hätten wir sicherlich die Sparkassen und Genossenschaften gern noch weiter entlastet gesehen, da diese Institute mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell den Abwicklungsfonds wahrscheinlich niemals in Anspruch nehmen müssen. Dagegen wäre es aus unserer Sicht gerechtfertigt gewesen, systemisch relevante Großbanken mit einem hohen Derivateanteil noch stärker zu belasten.

Allerdings stellt die von der EU-Kommission verabschiedete Regelung einen guten Kompromiss dar. Auf dieser Grundlage können wir nunmehr dem Gesetzespaket zur Umsetzung der Bankenunion im Bundestag zustimmen.

Bonbon

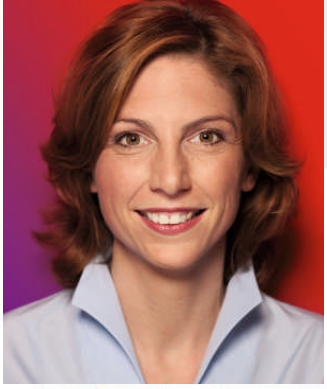
„Die Sonntagsfrage sagt nicht viel aus, weil alle Befragten, die da beim Kartoffelschälen angerufen werden, ganz genau wissen: Nächsten Sonntag ist gar keine Wahl.“

Frank-Walter Steinmeier
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Termine

29.10.14	*17.00 Uhr*	*IHK Altenkirchen*
	19.00 Uhr	*SPD-Ortsverein Altenkirchen Mitgliederversammlung*
30.10.14	*ganztägig*	*Tagespraktikum Remondis Altenkirchen*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**



Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
nun hat uns der Herbst erwischt: Herbststürme, Regenschauer, Temperatursturz... Die kalte Jahreszeit beginnt! Heiße Themen gibt‘s dagegen zurzeit im politischen Alltag. So beschäftigen uns täglich die Krisenherde auf der Welt, im Wahlkreis brennen uns Themen wie die medizinische Versorgung im ländlichen Raum unter den Nägeln und unser Koalitionspartner versucht unsere Projekte aus dem Koalitionsvertrag auf Eis zu legen mit dem Verweis auf die Wirtschaftsdaten. An allen diesen und weiteren Baustellen müssen wir auf der Hut sein! Nun genießt aber erstmal ein kuscheliges Herbstwochenende und denkt dran in der Nacht zu Sonntag die Uhr um eine Stunde zurückzustellen. Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Mehr Geld für Lärmschutz an Bahnstrecken!

In seiner jüngsten Sitzung hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages wichtige Entscheidungen in Sachen Bahnlärm getroffen. Künftig wird mehr Geld für den Lärmschutz zur Verfügung gestellt – so lassen sich die Entscheidungen des Ausschusses zusammenfassen. Der Antrag der Regierungsfraktion beinhaltete, dass die Mittel im Bereich Schiene, unter anderem auch für bestehende Schienenstrecken, auf insgesamt 130 Millionen Euro erhöht werden. Damit wird das Verkehrsministerium gleichzeitig aufgefordert, höhere Betriebskosten der leiseren Bremssysteme bei Güterwagen zu subventionieren. Das muss jedoch so organisiert werden, dass es mit EU-Recht vereinbar ist.
Im Bereich „Straße“ steigen die Mittel auf eine Gesamtsumme von 210,5 Millionen Euro für den Lärmschutz. Die Berliner Koalition nimmt die Sorgen und Nöte der Bahnanlieger ernst. Das wird durch die erhöhten Mittel deutlich.
Aber nicht nur in Sachen Lärmschutz macht die Regierungskoalition mehr Geld frei. Für den Radwegebau sollen insgesamt 90 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Verkehrsausschuss muss noch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Maßnahmen zustimmen.

Gesundheit

Regionale Krankenhauslandschaft vor Umbruch

Die Krankenhauslandschaft im Kreis Altenkirchen steht vor einem Umbruch. Die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete hat in den vergangenen Tagen bereits einige Zuschriften zu diesem Thema erhalten, weil die Menschen in der Region zutiefst verunsichert sind. Klar ist, dass eine hochwertige medizinische Versorgung in der Region gewährleistet sein muss. Dabei stehen die jeweiligen Häuser in Altenkirchen und Hachenburg eher im Fokus als das Kirchener Krankenhaus. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger haben Sabine Bätzing-Lichtenthäler veranlasst, die DRK Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz anzuschreiben, um eindeutige Aussagen zu erhalten.
Die Abgeordnete sieht Vorteile am Standort Altenkirchen, vor allem durch das relativ junge Bettenhaus. Insgesamt habe sich die Szene in Altenkirchen vorbildlich entwickelt, auch was die niedergelassenen Ärzte betrifft. Wichtig sei, vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei dem bevorstehenden Veränderungsprozess mitzunehmen. Zwischenzeitlich liegt ein Strukturgutachten vor, welches sich mit den DRK-Häusern in Altenkirchen, Hachenburg sowie Kirchen beschäftigt. Die Öffentlichkeit kennt jedoch noch keine Details.

Internationales

Ebola-Virus eindämmen!

Erst kürzlich debattierte der Deutsche Bundestag einen Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU/CSU, in dem der bisherige Beitrag Deutschlands zur Ebola-Bekämpfung gelobt wurde, gleichzeitig aber ein stärkeres Engagement der Bundesregierung eingefordert wurde.
Im Dezember rechnet die Weltgesundheits-organisation (WHO) mit wöchentlich 10.000 neuen Infizierten. „Die Ebola-Epidemie ist die schwerste ihrer Art seit Entdeckung des Virus. Bislang starben nach Angaben der WHO fast 4500 Menschen, nahezu 9000 diagnostizierte Fälle liegen vor. Im Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung zu einem verstärkten Engagement in Westafrika aufgefordert.
Die internationale Gemeinschaft steht in der Pflicht, jetzt schnell humanitäre Hilfe zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung auf, den deutschen Beitrag an die WHO, Ärzte ohne Grenzen und andere beteiligte Organisationen nochmals zu erhöhen. Sollte die humanitäre Katastrophe abgewehrt sein, ist danach die Entwicklungspolitik gefragt, denn sie ist Strukturpolitik. Viele Betriebe und fast alle Schulen sind seit Monaten geschlossen. Das wirtschaftliche und soziale Leben liegt brach. Mittelfristig müssen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit die Gesellschaft und Wirtschaft in den betroffenen Ländern wieder stabilisieren.

Bildung und Forschung

Studiengebühren sind unsozial!

Die von der Hochschulrektorenkonferenz geforderte flächendeckende Einführung von Studiengebühren würde die soziale Spaltung im Bildungssystem verstärken.

Aus gutem Grund haben inzwischen alle Bundesländer diese unsoziale Belastung für Studierende wieder abgeschafft. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich stattdessen dafür ein, dass sich der Bund nach Abschaffung des Kooperationsverbots im Wissenschaftsbereich verstärkt um die Grundfinanzierung der Hochschulen bemüht.

In zahlreichen Bundesländern haben die Menschen entschieden und der Belastung des Hochschulstudiums über Studiengebühren eine eindeutige Absage erteilt. Es ist in höchstem Maße fragwürdig, dass die Hochschulrektoren trotzdem weiterhin in erster Linie die Studierenden in der Verantwortung sehen, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen vielmehr in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot für den Hochschulbereich abschaffen. Es braucht gemeinsame Kraftanstrengungen von Bund und Ländern, um dauerhaft die Grundfinanzierung der Hochschulen in der Breite zu verbessern. Die Grundgesetzänderung schafft einen neuen verfassungsrechtlichen Rahmen, damit der Bund zukünftig dauerhaft Hochschulen fördern kann.

Mit dem Hochschulpakt, mit der Fortführung der Programmpauschale oder auch mit dem Qualitätspakt Lehre leistet der Bund bereits heute wichtige Beiträge, um Lehre und Forschung an Hochschulen zu stärken. Erst vor wenigen Tagen hat das Wissenschaftszentrum Berlin in einer Studie erneut festgestellt, dass Studiengebühren vor allem Studienberechtigte aus Nicht-Akademiker-Familien von einem Studium abschrecken. Vielleicht sollte die Hochschulrektorenkonferenz die Ergebnisse der aktuellen Forschung reflektieren, bevor man vermeintlich einfache Antworten wie die Forderung nach Studiengebühren präsentiert.

Europa

Europäische Kommission kann Arbeit aufnehmen

Mit großer Mehrheit haben heute die Mitglieder des Europäischen Parlaments die Kommission von Präsident Jean-Claude Juncker bestätigt. Damit kann sie wie geplant ihre Arbeit zum 1. November aufnehmen. Das ist ein gutes Signal für Europa. Jetzt gilt es für das neue Kollegium direkt durchzustarten, schließlich dulden die anstehenden Fragen keinen Aufschub. Die Hearings der Kommissarinnen und Kommissare im Europäischen Parlament in den zurückliegenden Wochen haben eines gezeigt: Die Juncker-Kommission wird eine politische Kommission werden - weniger Behörde, mehr echte Regierung. Mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini und dem ersten Vize-Präsidenten Frans Timmermans sitzen zudem zwei Sozialdemokraten an wichtigen Schaltstellen. Eine lange Einarbeitungszeit werden Juncker und sein Team nicht bekommen. Die weiterhin schlechte Wirtschaftslage in der EU erfordert eine schnelle Reaktion. Das vom Kommissionspräsidenten angekündigte 300 Milliarden Euro Programm muss zügig mit Leben gefüllt, Investitionsanreize gestärkt und die Arbeitslosenquote insbesondere unter jungen Menschen entschlossen bekämpft werden.

Darüber hinaus muss die EU in den vielen internationalen Krisen außenpolitisch geschlossen und verlässlich auftreten.

Nach der Aufstellung gemeinsamer europäischer Spitzenkandidaten, über einen europäisch geführten Wahlkampf bis zur Ernennung des Mitglieds der siegreichen Parteifamilie zum Kommissionspräsidenten, bildet die heutige Abstimmung im Europäischen Parlament den Endpunkt eines historischen demokratischen Prozesses auf europäischer Ebene.

Damit wurde ein Standard gesetzt, hinter den es bei zukünftigen Europawahlen kein Zurück mehr geben wird.

Bankenabgabe

Ausnahmen für Sparkassen und Genossenschaften

Die EU-Kommission hat die Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe veröffentlicht. Bei ihrer Ausgestaltung hatte die Kommission zuletzt insbesondere zugunsten von Sparkassen und Genossenschaften nachgebessert. Nunmehr ist der Weg frei zur Verabschiedung des Gesetzespakets zur Umsetzung eines weiteren Meilensteins der Bankenunion im Bundestag.

Die von der Kommission am 21. Oktober 2014 veröffentlichte Beitragsberechnung für den Bankenabwicklungsfonds entlastet vor allem kleinere Banken.

Als „klein“ definiert die EU-Kommission Banken, deren Bilanzsumme unter einer Milliarde Euro liegt und deren Bemessungsgrundlage geringer als 300 Millionen Euro ist. Für solche kleinen Institute ist eine pauschale Bankenabgabe zwischen 1.000 Euro und 50.000 Euro im Jahr vorgesehen.

In Deutschland werden rund 1.000 Institute von dieser entlastenden Pauschalabgabe erfasst, darunter mehr als 800 Genossenschaftsbanken und 70 bis 80 Sparkassen. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten das Recht, für Banken bis zu einer Bilanzsumme von drei Milliarden Euro weitere Erleichterungen zu schaffen.

Als besonders positiv für Sparkassen und Genossenschaften sehen wir, dass die Verbindlichkeiten innerhalb ihrer Finanzverbünde von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. So dürfen Sparkassen zum Beispiel Verbindlichkeiten gegenüber Landesbanken oder anderen Sparkassen herausrechnen.

Aus sozialdemokratischer Sicht hätten wir sicherlich die Sparkassen und Genossenschaften gern noch weiter entlastet gesehen, da diese Institute mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell den Abwicklungsfonds wahrscheinlich niemals in Anspruch nehmen müssen. Dagegen wäre es aus unserer Sicht gerechtfertigt gewesen, systemisch relevante Großbanken mit einem hohen Derivateanteil noch stärker zu belasten.

Allerdings stellt die von der EU-Kommission verabschiedete Regelung einen guten Kompromiss dar. Auf dieser Grundlage können wir nunmehr dem Gesetzespaket zur Umsetzung der Bankenunion im Bundestag zustimmen.

Bonbon

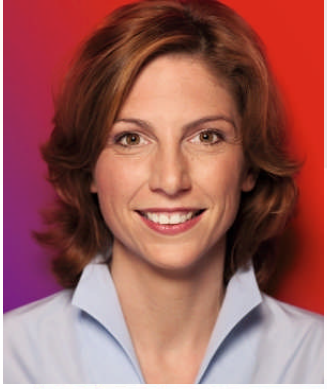
„Die Sonntagsfrage sagt nicht viel aus, weil alle Befragten, die da beim Kartoffelschälen angerufen werden, ganz genau wissen: Nächsten Sonntag ist gar keine Wahl.“

Frank-Walter Steinmeier
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Termine

29.10.14	*17.00 Uhr*	*IHK Altenkirchen*
	19.00 Uhr	*SPD-Ortsverein Altenkirchen Mitgliederversammlung*
30.10.14	*ganztägig*	*Tagespraktikum Remondis Altenkirchen*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**



Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
nun hat uns der Herbst erwischt: Herbststürme, Regenschauer, Temperatursturz... Die kalte Jahreszeit beginnt! Heiße Themen gibt‘s dagegen zurzeit im politischen Alltag. So beschäftigen uns täglich die Krisenherde auf der Welt, im Wahlkreis brennen uns Themen wie die medizinische Versorgung im ländlichen Raum unter den Nägeln und unser Koalitionspartner versucht unsere Projekte aus dem Koalitionsvertrag auf Eis zu legen mit dem Verweis auf die Wirtschaftsdaten. An allen diesen und weiteren Baustellen müssen wir auf der Hut sein! Nun genießt aber erstmal ein kuscheliges Herbstwochenende und denkt dran in der Nacht zu Sonntag die Uhr um eine Stunde zurückzustellen. Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Mehr Geld für Lärmschutz an Bahnstrecken!

In seiner jüngsten Sitzung hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages wichtige Entscheidungen in Sachen Bahnlärm getroffen. Künftig wird mehr Geld für den Lärmschutz zur Verfügung gestellt – so lassen sich die Entscheidungen des Ausschusses zusammenfassen. Der Antrag der Regierungsfraktion beinhaltete, dass die Mittel im Bereich Schiene, unter anderem auch für bestehende Schienenstrecken, auf insgesamt 130 Millionen Euro erhöht werden. Damit wird das Verkehrsministerium gleichzeitig aufgefordert, höhere Betriebskosten der leiseren Bremssysteme bei Güterwagen zu subventionieren. Das muss jedoch so organisiert werden, dass es mit EU-Recht vereinbar ist.
Im Bereich „Straße“ steigen die Mittel auf eine Gesamtsumme von 210,5 Millionen Euro für den Lärmschutz. Die Berliner Koalition nimmt die Sorgen und Nöte der Bahnanlieger ernst. Das wird durch die erhöhten Mittel deutlich.
Aber nicht nur in Sachen Lärmschutz macht die Regierungskoalition mehr Geld frei. Für den Radwegebau sollen insgesamt 90 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Verkehrsausschuss muss noch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Maßnahmen zustimmen.

Gesundheit

Regionale Krankenhauslandschaft vor Umbruch

Die Krankenhauslandschaft im Kreis Altenkirchen steht vor einem Umbruch. Die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete hat in den vergangenen Tagen bereits einige Zuschriften zu diesem Thema erhalten, weil die Menschen in der Region zutiefst verunsichert sind. Klar ist, dass eine hochwertige medizinische Versorgung in der Region gewährleistet sein muss. Dabei stehen die jeweiligen Häuser in Altenkirchen und Hachenburg eher im Fokus als das Kirchener Krankenhaus. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger haben Sabine Bätzing-Lichtenthäler veranlasst, die DRK Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz anzuschreiben, um eindeutige Aussagen zu erhalten.
Die Abgeordnete sieht Vorteile am Standort Altenkirchen, vor allem durch das relativ junge Bettenhaus. Insgesamt habe sich die Szene in Altenkirchen vorbildlich entwickelt, auch was die niedergelassenen Ärzte betrifft. Wichtig sei, vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei dem bevorstehenden Veränderungsprozess mitzunehmen. Zwischenzeitlich liegt ein Strukturgutachten vor, welches sich mit den DRK-Häusern in Altenkirchen, Hachenburg sowie Kirchen beschäftigt. Die Öffentlichkeit kennt jedoch noch keine Details.

Internationales

Ebola-Virus eindämmen!

Erst kürzlich debattierte der Deutsche Bundestag einen Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU/CSU, in dem der bisherige Beitrag Deutschlands zur Ebola-Bekämpfung gelobt wurde, gleichzeitig aber ein stärkeres Engagement der Bundesregierung eingefordert wurde.
Im Dezember rechnet die Weltgesundheits-organisation (WHO) mit wöchentlich 10.000 neuen Infizierten. „Die Ebola-Epidemie ist die schwerste ihrer Art seit Entdeckung des Virus. Bislang starben nach Angaben der WHO fast 4500 Menschen, nahezu 9000 diagnostizierte Fälle liegen vor. Im Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung zu einem verstärkten Engagement in Westafrika aufgefordert.
Die internationale Gemeinschaft steht in der Pflicht, jetzt schnell humanitäre Hilfe zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung auf, den deutschen Beitrag an die WHO, Ärzte ohne Grenzen und andere beteiligte Organisationen nochmals zu erhöhen. Sollte die humanitäre Katastrophe abgewehrt sein, ist danach die Entwicklungspolitik gefragt, denn sie ist Strukturpolitik. Viele Betriebe und fast alle Schulen sind seit Monaten geschlossen. Das wirtschaftliche und soziale Leben liegt brach. Mittelfristig müssen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit die Gesellschaft und Wirtschaft in den betroffenen Ländern wieder stabilisieren.

Bildung und Forschung

Studiengebühren sind unsozial!

Die von der Hochschulrektorenkonferenz geforderte flächendeckende Einführung von Studiengebühren würde die soziale Spaltung im Bildungssystem verstärken.

Aus gutem Grund haben inzwischen alle Bundesländer diese unsoziale Belastung für Studierende wieder abgeschafft. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich stattdessen dafür ein, dass sich der Bund nach Abschaffung des Kooperationsverbots im Wissenschaftsbereich verstärkt um die Grundfinanzierung der Hochschulen bemüht.

In zahlreichen Bundesländern haben die Menschen entschieden und der Belastung des Hochschulstudiums über Studiengebühren eine eindeutige Absage erteilt. Es ist in höchstem Maße fragwürdig, dass die Hochschulrektoren trotzdem weiterhin in erster Linie die Studierenden in der Verantwortung sehen, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen vielmehr in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot für den Hochschulbereich abschaffen. Es braucht gemeinsame Kraftanstrengungen von Bund und Ländern, um dauerhaft die Grundfinanzierung der Hochschulen in der Breite zu verbessern. Die Grundgesetzänderung schafft einen neuen verfassungsrechtlichen Rahmen, damit der Bund zukünftig dauerhaft Hochschulen fördern kann.

Mit dem Hochschulpakt, mit der Fortführung der Programmpauschale oder auch mit dem Qualitätspakt Lehre leistet der Bund bereits heute wichtige Beiträge, um Lehre und Forschung an Hochschulen zu stärken. Erst vor wenigen Tagen hat das Wissenschaftszentrum Berlin in einer Studie erneut festgestellt, dass Studiengebühren vor allem Studienberechtigte aus Nicht-Akademiker-Familien von einem Studium abschrecken. Vielleicht sollte die Hochschulrektorenkonferenz die Ergebnisse der aktuellen Forschung reflektieren, bevor man vermeintlich einfache Antworten wie die Forderung nach Studiengebühren präsentiert.

Europa

Europäische Kommission kann Arbeit aufnehmen

Mit großer Mehrheit haben heute die Mitglieder des Europäischen Parlaments die Kommission von Präsident Jean-Claude Juncker bestätigt. Damit kann sie wie geplant ihre Arbeit zum 1. November aufnehmen. Das ist ein gutes Signal für Europa. Jetzt gilt es für das neue Kollegium direkt durchzustarten, schließlich dulden die anstehenden Fragen keinen Aufschub. Die Hearings der Kommissarinnen und Kommissare im Europäischen Parlament in den zurückliegenden Wochen haben eines gezeigt: Die Juncker-Kommission wird eine politische Kommission werden - weniger Behörde, mehr echte Regierung. Mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini und dem ersten Vize-Präsidenten Frans Timmermans sitzen zudem zwei Sozialdemokraten an wichtigen Schaltstellen. Eine lange Einarbeitungszeit werden Juncker und sein Team nicht bekommen. Die weiterhin schlechte Wirtschaftslage in der EU erfordert eine schnelle Reaktion. Das vom Kommissionspräsidenten angekündigte 300 Milliarden Euro Programm muss zügig mit Leben gefüllt, Investitionsanreize gestärkt und die Arbeitslosenquote insbesondere unter jungen Menschen entschlossen bekämpft werden.

Darüber hinaus muss die EU in den vielen internationalen Krisen außenpolitisch geschlossen und verlässlich auftreten.

Nach der Aufstellung gemeinsamer europäischer Spitzenkandidaten, über einen europäisch geführten Wahlkampf bis zur Ernennung des Mitglieds der siegreichen Parteifamilie zum Kommissionspräsidenten, bildet die heutige Abstimmung im Europäischen Parlament den Endpunkt eines historischen demokratischen Prozesses auf europäischer Ebene.

Damit wurde ein Standard gesetzt, hinter den es bei zukünftigen Europawahlen kein Zurück mehr geben wird.

Bankenabgabe

Ausnahmen für Sparkassen und Genossenschaften

Die EU-Kommission hat die Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe veröffentlicht. Bei ihrer Ausgestaltung hatte die Kommission zuletzt insbesondere zugunsten von Sparkassen und Genossenschaften nachgebessert. Nunmehr ist der Weg frei zur Verabschiedung des Gesetzespakets zur Umsetzung eines weiteren Meilensteins der Bankenunion im Bundestag.

Die von der Kommission am 21. Oktober 2014 veröffentlichte Beitragsberechnung für den Bankenabwicklungsfonds entlastet vor allem kleinere Banken.

Als „klein“ definiert die EU-Kommission Banken, deren Bilanzsumme unter einer Milliarde Euro liegt und deren Bemessungsgrundlage geringer als 300 Millionen Euro ist. Für solche kleinen Institute ist eine pauschale Bankenabgabe zwischen 1.000 Euro und 50.000 Euro im Jahr vorgesehen.

In Deutschland werden rund 1.000 Institute von dieser entlastenden Pauschalabgabe erfasst, darunter mehr als 800 Genossenschaftsbanken und 70 bis 80 Sparkassen. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten das Recht, für Banken bis zu einer Bilanzsumme von drei Milliarden Euro weitere Erleichterungen zu schaffen.

Als besonders positiv für Sparkassen und Genossenschaften sehen wir, dass die Verbindlichkeiten innerhalb ihrer Finanzverbünde von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. So dürfen Sparkassen zum Beispiel Verbindlichkeiten gegenüber Landesbanken oder anderen Sparkassen herausrechnen.

Aus sozialdemokratischer Sicht hätten wir sicherlich die Sparkassen und Genossenschaften gern noch weiter entlastet gesehen, da diese Institute mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell den Abwicklungsfonds wahrscheinlich niemals in Anspruch nehmen müssen. Dagegen wäre es aus unserer Sicht gerechtfertigt gewesen, systemisch relevante Großbanken mit einem hohen Derivateanteil noch stärker zu belasten.

Allerdings stellt die von der EU-Kommission verabschiedete Regelung einen guten Kompromiss dar. Auf dieser Grundlage können wir nunmehr dem Gesetzespaket zur Umsetzung der Bankenunion im Bundestag zustimmen.

Bonbon

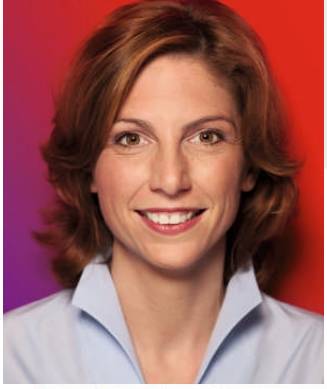
„Die Sonntagsfrage sagt nicht viel aus, weil alle Befragten, die da beim Kartoffelschälen angerufen werden, ganz genau wissen: Nächsten Sonntag ist gar keine Wahl.“

Frank-Walter Steinmeier
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Termine

29.10.14	*17.00 Uhr*	*IHK Altenkirchen*
	19.00 Uhr	*SPD-Ortsverein Altenkirchen Mitgliederversammlung*
30.10.14	*ganztägig*	*Tagespraktikum Remondis Altenkirchen*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**



Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
nun hat uns der Herbst erwischt: Herbststürme, Regenschauer, Temperatursturz... Die kalte Jahreszeit beginnt! Heiße Themen gibt‘s dagegen zurzeit im politischen Alltag. So beschäftigen uns täglich die Krisenherde auf der Welt, im Wahlkreis brennen uns Themen wie die medizinische Versorgung im ländlichen Raum unter den Nägeln und unser Koalitionspartner versucht unsere Projekte aus dem Koalitionsvertrag auf Eis zu legen mit dem Verweis auf die Wirtschaftsdaten. An allen diesen und weiteren Baustellen müssen wir auf der Hut sein! Nun genießt aber erstmal ein kuscheliges Herbstwochenende und denkt dran in der Nacht zu Sonntag die Uhr um eine Stunde zurückzustellen. Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Mehr Geld für Lärmschutz an Bahnstrecken!

In seiner jüngsten Sitzung hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages wichtige Entscheidungen in Sachen Bahnlärm getroffen. Künftig wird mehr Geld für den Lärmschutz zur Verfügung gestellt – so lassen sich die Entscheidungen des Ausschusses zusammenfassen. Der Antrag der Regierungsfraktion beinhaltete, dass die Mittel im Bereich Schiene, unter anderem auch für bestehende Schienenstrecken, auf insgesamt 130 Millionen Euro erhöht werden. Damit wird das Verkehrsministerium gleichzeitig aufgefordert, höhere Betriebskosten der leiseren Bremssysteme bei Güterwagen zu subventionieren. Das muss jedoch so organisiert werden, dass es mit EU-Recht vereinbar ist.
Im Bereich „Straße“ steigen die Mittel auf eine Gesamtsumme von 210,5 Millionen Euro für den Lärmschutz. Die Berliner Koalition nimmt die Sorgen und Nöte der Bahnanlieger ernst. Das wird durch die erhöhten Mittel deutlich.
Aber nicht nur in Sachen Lärmschutz macht die Regierungskoalition mehr Geld frei. Für den Radwegebau sollen insgesamt 90 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Verkehrsausschuss muss noch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Maßnahmen zustimmen.

Gesundheit

Regionale Krankenhauslandschaft vor Umbruch

Die Krankenhauslandschaft im Kreis Altenkirchen steht vor einem Umbruch. Die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete hat in den vergangenen Tagen bereits einige Zuschriften zu diesem Thema erhalten, weil die Menschen in der Region zutiefst verunsichert sind. Klar ist, dass eine hochwertige medizinische Versorgung in der Region gewährleistet sein muss. Dabei stehen die jeweiligen Häuser in Altenkirchen und Hachenburg eher im Fokus als das Kirchener Krankenhaus. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger haben Sabine Bätzing-Lichtenthäler veranlasst, die DRK Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz anzuschreiben, um eindeutige Aussagen zu erhalten.
Die Abgeordnete sieht Vorteile am Standort Altenkirchen, vor allem durch das relativ junge Bettenhaus. Insgesamt habe sich die Szene in Altenkirchen vorbildlich entwickelt, auch was die niedergelassenen Ärzte betrifft. Wichtig sei, vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei dem bevorstehenden Veränderungsprozess mitzunehmen. Zwischenzeitlich liegt ein Strukturgutachten vor, welches sich mit den DRK-Häusern in Altenkirchen, Hachenburg sowie Kirchen beschäftigt. Die Öffentlichkeit kennt jedoch noch keine Details.

Internationales

Ebola-Virus eindämmen!

Erst kürzlich debattierte der Deutsche Bundestag einen Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU/CSU, in dem der bisherige Beitrag Deutschlands zur Ebola-Bekämpfung gelobt wurde, gleichzeitig aber ein stärkeres Engagement der Bundesregierung eingefordert wurde.
Im Dezember rechnet die Weltgesundheits-organisation (WHO) mit wöchentlich 10.000 neuen Infizierten. „Die Ebola-Epidemie ist die schwerste ihrer Art seit Entdeckung des Virus. Bislang starben nach Angaben der WHO fast 4500 Menschen, nahezu 9000 diagnostizierte Fälle liegen vor. Im Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung zu einem verstärkten Engagement in Westafrika aufgefordert.
Die internationale Gemeinschaft steht in der Pflicht, jetzt schnell humanitäre Hilfe zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung auf, den deutschen Beitrag an die WHO, Ärzte ohne Grenzen und andere beteiligte Organisationen nochmals zu erhöhen. Sollte die humanitäre Katastrophe abgewehrt sein, ist danach die Entwicklungspolitik gefragt, denn sie ist Strukturpolitik. Viele Betriebe und fast alle Schulen sind seit Monaten geschlossen. Das wirtschaftliche und soziale Leben liegt brach. Mittelfristig müssen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit die Gesellschaft und Wirtschaft in den betroffenen Ländern wieder stabilisieren.

Bildung und Forschung

Studiengebühren sind unsozial!

Die von der Hochschulrektorenkonferenz geforderte flächendeckende Einführung von Studiengebühren würde die soziale Spaltung im Bildungssystem verstärken.

Aus gutem Grund haben inzwischen alle Bundesländer diese unsoziale Belastung für Studierende wieder abgeschafft. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich stattdessen dafür ein, dass sich der Bund nach Abschaffung des Kooperationsverbots im Wissenschaftsbereich verstärkt um die Grundfinanzierung der Hochschulen bemüht.

In zahlreichen Bundesländern haben die Menschen entschieden und der Belastung des Hochschulstudiums über Studiengebühren eine eindeutige Absage erteilt. Es ist in höchstem Maße fragwürdig, dass die Hochschulrektoren trotzdem weiterhin in erster Linie die Studierenden in der Verantwortung sehen, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen vielmehr in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot für den Hochschulbereich abschaffen. Es braucht gemeinsame Kraftanstrengungen von Bund und Ländern, um dauerhaft die Grundfinanzierung der Hochschulen in der Breite zu verbessern. Die Grundgesetzänderung schafft einen neuen verfassungsrechtlichen Rahmen, damit der Bund zukünftig dauerhaft Hochschulen fördern kann.

Mit dem Hochschulpakt, mit der Fortführung der Programmpauschale oder auch mit dem Qualitätspakt Lehre leistet der Bund bereits heute wichtige Beiträge, um Lehre und Forschung an Hochschulen zu stärken. Erst vor wenigen Tagen hat das Wissenschaftszentrum Berlin in einer Studie erneut festgestellt, dass Studiengebühren vor allem Studienberechtigte aus Nicht-Akademiker-Familien von einem Studium abschrecken. Vielleicht sollte die Hochschulrektorenkonferenz die Ergebnisse der aktuellen Forschung reflektieren, bevor man vermeintlich einfache Antworten wie die Forderung nach Studiengebühren präsentiert.

Europa

Europäische Kommission kann Arbeit aufnehmen

Mit großer Mehrheit haben heute die Mitglieder des Europäischen Parlaments die Kommission von Präsident Jean-Claude Juncker bestätigt. Damit kann sie wie geplant ihre Arbeit zum 1. November aufnehmen. Das ist ein gutes Signal für Europa. Jetzt gilt es für das neue Kollegium direkt durchzustarten, schließlich dulden die anstehenden Fragen keinen Aufschub. Die Hearings der Kommissarinnen und Kommissare im Europäischen Parlament in den zurückliegenden Wochen haben eines gezeigt: Die Juncker-Kommission wird eine politische Kommission werden - weniger Behörde, mehr echte Regierung. Mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini und dem ersten Vize-Präsidenten Frans Timmermans sitzen zudem zwei Sozialdemokraten an wichtigen Schaltstellen. Eine lange Einarbeitungszeit werden Juncker und sein Team nicht bekommen. Die weiterhin schlechte Wirtschaftslage in der EU erfordert eine schnelle Reaktion. Das vom Kommissionspräsidenten angekündigte 300 Milliarden Euro Programm muss zügig mit Leben gefüllt, Investitionsanreize gestärkt und die Arbeitslosenquote insbesondere unter jungen Menschen entschlossen bekämpft werden.

Darüber hinaus muss die EU in den vielen internationalen Krisen außenpolitisch geschlossen und verlässlich auftreten.

Nach der Aufstellung gemeinsamer europäischer Spitzenkandidaten, über einen europäisch geführten Wahlkampf bis zur Ernennung des Mitglieds der siegreichen Parteifamilie zum Kommissionspräsidenten, bildet die heutige Abstimmung im Europäischen Parlament den Endpunkt eines historischen demokratischen Prozesses auf europäischer Ebene.

Damit wurde ein Standard gesetzt, hinter den es bei zukünftigen Europawahlen kein Zurück mehr geben wird.

Bankenabgabe

Ausnahmen für Sparkassen und Genossenschaften

Die EU-Kommission hat die Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe veröffentlicht. Bei ihrer Ausgestaltung hatte die Kommission zuletzt insbesondere zugunsten von Sparkassen und Genossenschaften nachgebessert. Nunmehr ist der Weg frei zur Verabschiedung des Gesetzespakets zur Umsetzung eines weiteren Meilensteins der Bankenunion im Bundestag.

Die von der Kommission am 21. Oktober 2014 veröffentlichte Beitragsberechnung für den Bankenabwicklungsfonds entlastet vor allem kleinere Banken.

Als „klein“ definiert die EU-Kommission Banken, deren Bilanzsumme unter einer Milliarde Euro liegt und deren Bemessungsgrundlage geringer als 300 Millionen Euro ist. Für solche kleinen Institute ist eine pauschale Bankenabgabe zwischen 1.000 Euro und 50.000 Euro im Jahr vorgesehen.

In Deutschland werden rund 1.000 Institute von dieser entlastenden Pauschalabgabe erfasst, darunter mehr als 800 Genossenschaftsbanken und 70 bis 80 Sparkassen. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten das Recht, für Banken bis zu einer Bilanzsumme von drei Milliarden Euro weitere Erleichterungen zu schaffen.

Als besonders positiv für Sparkassen und Genossenschaften sehen wir, dass die Verbindlichkeiten innerhalb ihrer Finanzverbünde von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. So dürfen Sparkassen zum Beispiel Verbindlichkeiten gegenüber Landesbanken oder anderen Sparkassen herausrechnen.

Aus sozialdemokratischer Sicht hätten wir sicherlich die Sparkassen und Genossenschaften gern noch weiter entlastet gesehen, da diese Institute mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell den Abwicklungsfonds wahrscheinlich niemals in Anspruch nehmen müssen. Dagegen wäre es aus unserer Sicht gerechtfertigt gewesen, systemisch relevante Großbanken mit einem hohen Derivateanteil noch stärker zu belasten.

Allerdings stellt die von der EU-Kommission verabschiedete Regelung einen guten Kompromiss dar. Auf dieser Grundlage können wir nunmehr dem Gesetzespaket zur Umsetzung der Bankenunion im Bundestag zustimmen.

Bonbon

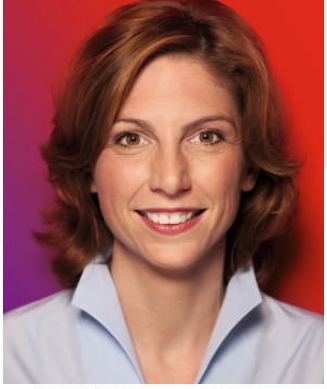
„Die Sonntagsfrage sagt nicht viel aus, weil alle Befragten, die da beim Kartoffelschälen angerufen werden, ganz genau wissen: Nächsten Sonntag ist gar keine Wahl.“

Frank-Walter Steinmeier
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Termine

29.10.14	*17.00 Uhr*	*IHK Altenkirchen*
	19.00 Uhr	*SPD-Ortsverein Altenkirchen Mitgliederversammlung*
30.10.14	*ganztägig*	*Tagespraktikum Remondis Altenkirchen*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**



Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
nun hat uns der Herbst erwischt: Herbststürme, Regenschauer, Temperatursturz... Die kalte Jahreszeit beginnt! Heiße Themen gibt‘s dagegen zurzeit im politischen Alltag. So beschäftigen uns täglich die Krisenherde auf der Welt, im Wahlkreis brennen uns Themen wie die medizinische Versorgung im ländlichen Raum unter den Nägeln und unser Koalitionspartner versucht unsere Projekte aus dem Koalitionsvertrag auf Eis zu legen mit dem Verweis auf die Wirtschaftsdaten. An allen diesen und weiteren Baustellen müssen wir auf der Hut sein! Nun genießt aber erstmal ein kuscheliges Herbstwochenende und denkt dran in der Nacht zu Sonntag die Uhr um eine Stunde zurückzustellen. Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Mehr Geld für Lärmschutz an Bahnstrecken!

In seiner jüngsten Sitzung hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages wichtige Entscheidungen in Sachen Bahnlärm getroffen. Künftig wird mehr Geld für den Lärmschutz zur Verfügung gestellt – so lassen sich die Entscheidungen des Ausschusses zusammenfassen. Der Antrag der Regierungsfraktion beinhaltete, dass die Mittel im Bereich Schiene, unter anderem auch für bestehende Schienenstrecken, auf insgesamt 130 Millionen Euro erhöht werden. Damit wird das Verkehrsministerium gleichzeitig aufgefordert, höhere Betriebskosten der leiseren Bremssysteme bei Güterwagen zu subventionieren. Das muss jedoch so organisiert werden, dass es mit EU-Recht vereinbar ist.
Im Bereich „Straße“ steigen die Mittel auf eine Gesamtsumme von 210,5 Millionen Euro für den Lärmschutz. Die Berliner Koalition nimmt die Sorgen und Nöte der Bahnanlieger ernst. Das wird durch die erhöhten Mittel deutlich.
Aber nicht nur in Sachen Lärmschutz macht die Regierungskoalition mehr Geld frei. Für den Radwegebau sollen insgesamt 90 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Verkehrsausschuss muss noch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Maßnahmen zustimmen.

Gesundheit

Regionale Krankenhauslandschaft vor Umbruch

Die Krankenhauslandschaft im Kreis Altenkirchen steht vor einem Umbruch. Die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete hat in den vergangenen Tagen bereits einige Zuschriften zu diesem Thema erhalten, weil die Menschen in der Region zutiefst verunsichert sind. Klar ist, dass eine hochwertige medizinische Versorgung in der Region gewährleistet sein muss. Dabei stehen die jeweiligen Häuser in Altenkirchen und Hachenburg eher im Fokus als das Kirchener Krankenhaus. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger haben Sabine Bätzing-Lichtenthäler veranlasst, die DRK Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz anzuschreiben, um eindeutige Aussagen zu erhalten.
Die Abgeordnete sieht Vorteile am Standort Altenkirchen, vor allem durch das relativ junge Bettenhaus. Insgesamt habe sich die Szene in Altenkirchen vorbildlich entwickelt, auch was die niedergelassenen Ärzte betrifft. Wichtig sei, vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei dem bevorstehenden Veränderungsprozess mitzunehmen. Zwischenzeitlich liegt ein Strukturgutachten vor, welches sich mit den DRK-Häusern in Altenkirchen, Hachenburg sowie Kirchen beschäftigt. Die Öffentlichkeit kennt jedoch noch keine Details.

Internationales

Ebola-Virus eindämmen!

Erst kürzlich debattierte der Deutsche Bundestag einen Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU/CSU, in dem der bisherige Beitrag Deutschlands zur Ebola-Bekämpfung gelobt wurde, gleichzeitig aber ein stärkeres Engagement der Bundesregierung eingefordert wurde.
Im Dezember rechnet die Weltgesundheits-organisation (WHO) mit wöchentlich 10.000 neuen Infizierten. „Die Ebola-Epidemie ist die schwerste ihrer Art seit Entdeckung des Virus. Bislang starben nach Angaben der WHO fast 4500 Menschen, nahezu 9000 diagnostizierte Fälle liegen vor. Im Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung zu einem verstärkten Engagement in Westafrika aufgefordert.
Die internationale Gemeinschaft steht in der Pflicht, jetzt schnell humanitäre Hilfe zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung auf, den deutschen Beitrag an die WHO, Ärzte ohne Grenzen und andere beteiligte Organisationen nochmals zu erhöhen. Sollte die humanitäre Katastrophe abgewehrt sein, ist danach die Entwicklungspolitik gefragt, denn sie ist Strukturpolitik. Viele Betriebe und fast alle Schulen sind seit Monaten geschlossen. Das wirtschaftliche und soziale Leben liegt brach. Mittelfristig müssen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit die Gesellschaft und Wirtschaft in den betroffenen Ländern wieder stabilisieren.

Bildung und Forschung

Studiengebühren sind unsozial!

Die von der Hochschulrektorenkonferenz geforderte flächendeckende Einführung von Studiengebühren würde die soziale Spaltung im Bildungssystem verstärken.

Aus gutem Grund haben inzwischen alle Bundesländer diese unsoziale Belastung für Studierende wieder abgeschafft. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich stattdessen dafür ein, dass sich der Bund nach Abschaffung des Kooperationsverbots im Wissenschaftsbereich verstärkt um die Grundfinanzierung der Hochschulen bemüht.

In zahlreichen Bundesländern haben die Menschen entschieden und der Belastung des Hochschulstudiums über Studiengebühren eine eindeutige Absage erteilt. Es ist in höchstem Maße fragwürdig, dass die Hochschulrektoren trotzdem weiterhin in erster Linie die Studierenden in der Verantwortung sehen, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen vielmehr in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot für den Hochschulbereich abschaffen. Es braucht gemeinsame Kraftanstrengungen von Bund und Ländern, um dauerhaft die Grundfinanzierung der Hochschulen in der Breite zu verbessern. Die Grundgesetzänderung schafft einen neuen verfassungsrechtlichen Rahmen, damit der Bund zukünftig dauerhaft Hochschulen fördern kann.

Mit dem Hochschulpakt, mit der Fortführung der Programmpauschale oder auch mit dem Qualitätspakt Lehre leistet der Bund bereits heute wichtige Beiträge, um Lehre und Forschung an Hochschulen zu stärken. Erst vor wenigen Tagen hat das Wissenschaftszentrum Berlin in einer Studie erneut festgestellt, dass Studiengebühren vor allem Studienberechtigte aus Nicht-Akademiker-Familien von einem Studium abschrecken. Vielleicht sollte die Hochschulrektorenkonferenz die Ergebnisse der aktuellen Forschung reflektieren, bevor man vermeintlich einfache Antworten wie die Forderung nach Studiengebühren präsentiert.

Europa

Europäische Kommission kann Arbeit aufnehmen

Mit großer Mehrheit haben heute die Mitglieder des Europäischen Parlaments die Kommission von Präsident Jean-Claude Juncker bestätigt. Damit kann sie wie geplant ihre Arbeit zum 1. November aufnehmen. Das ist ein gutes Signal für Europa. Jetzt gilt es für das neue Kollegium direkt durchzustarten, schließlich dulden die anstehenden Fragen keinen Aufschub. Die Hearings der Kommissarinnen und Kommissare im Europäischen Parlament in den zurückliegenden Wochen haben eines gezeigt: Die Juncker-Kommission wird eine politische Kommission werden - weniger Behörde, mehr echte Regierung. Mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini und dem ersten Vize-Präsidenten Frans Timmermans sitzen zudem zwei Sozialdemokraten an wichtigen Schaltstellen. Eine lange Einarbeitungszeit werden Juncker und sein Team nicht bekommen. Die weiterhin schlechte Wirtschaftslage in der EU erfordert eine schnelle Reaktion. Das vom Kommissionspräsidenten angekündigte 300 Milliarden Euro Programm muss zügig mit Leben gefüllt, Investitionsanreize gestärkt und die Arbeitslosenquote insbesondere unter jungen Menschen entschlossen bekämpft werden.

Darüber hinaus muss die EU in den vielen internationalen Krisen außenpolitisch geschlossen und verlässlich auftreten.

Nach der Aufstellung gemeinsamer europäischer Spitzenkandidaten, über einen europäisch geführten Wahlkampf bis zur Ernennung des Mitglieds der siegreichen Parteifamilie zum Kommissionspräsidenten, bildet die heutige Abstimmung im Europäischen Parlament den Endpunkt eines historischen demokratischen Prozesses auf europäischer Ebene.

Damit wurde ein Standard gesetzt, hinter den es bei zukünftigen Europawahlen kein Zurück mehr geben wird.

Bankenabgabe

Ausnahmen für Sparkassen und Genossenschaften

Die EU-Kommission hat die Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe veröffentlicht. Bei ihrer Ausgestaltung hatte die Kommission zuletzt insbesondere zugunsten von Sparkassen und Genossenschaften nachgebessert. Nunmehr ist der Weg frei zur Verabschiedung des Gesetzespakets zur Umsetzung eines weiteren Meilensteins der Bankenunion im Bundestag.

Die von der Kommission am 21. Oktober 2014 veröffentlichte Beitragsberechnung für den Bankenabwicklungsfonds entlastet vor allem kleinere Banken.

Als „klein“ definiert die EU-Kommission Banken, deren Bilanzsumme unter einer Milliarde Euro liegt und deren Bemessungsgrundlage geringer als 300 Millionen Euro ist. Für solche kleinen Institute ist eine pauschale Bankenabgabe zwischen 1.000 Euro und 50.000 Euro im Jahr vorgesehen.

In Deutschland werden rund 1.000 Institute von dieser entlastenden Pauschalabgabe erfasst, darunter mehr als 800 Genossenschaftsbanken und 70 bis 80 Sparkassen. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten das Recht, für Banken bis zu einer Bilanzsumme von drei Milliarden Euro weitere Erleichterungen zu schaffen.

Als besonders positiv für Sparkassen und Genossenschaften sehen wir, dass die Verbindlichkeiten innerhalb ihrer Finanzverbünde von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. So dürfen Sparkassen zum Beispiel Verbindlichkeiten gegenüber Landesbanken oder anderen Sparkassen herausrechnen.

Aus sozialdemokratischer Sicht hätten wir sicherlich die Sparkassen und Genossenschaften gern noch weiter entlastet gesehen, da diese Institute mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell den Abwicklungsfonds wahrscheinlich niemals in Anspruch nehmen müssen. Dagegen wäre es aus unserer Sicht gerechtfertigt gewesen, systemisch relevante Großbanken mit einem hohen Derivateanteil noch stärker zu belasten.

Allerdings stellt die von der EU-Kommission verabschiedete Regelung einen guten Kompromiss dar. Auf dieser Grundlage können wir nunmehr dem Gesetzespaket zur Umsetzung der Bankenunion im Bundestag zustimmen.

Bonbon

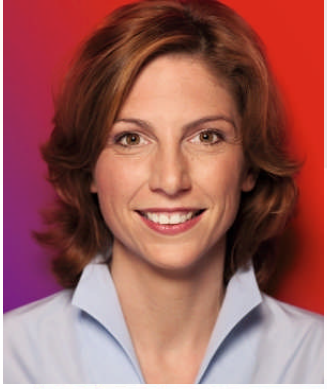
„Die Sonntagsfrage sagt nicht viel aus, weil alle Befragten, die da beim Kartoffelschälen angerufen werden, ganz genau wissen: Nächsten Sonntag ist gar keine Wahl.“

Frank-Walter Steinmeier
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Termine

29.10.14	*17.00 Uhr*	*IHK Altenkirchen*
	19.00 Uhr	*SPD-Ortsverein Altenkirchen Mitgliederversammlung*
30.10.14	*ganztägig*	*Tagespraktikum Remondis Altenkirchen*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**



Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
nun hat uns der Herbst erwischt: Herbststürme, Regenschauer, Temperatursturz... Die kalte Jahreszeit beginnt! Heiße Themen gibt‘s dagegen zurzeit im politischen Alltag. So beschäftigen uns täglich die Krisenherde auf der Welt, im Wahlkreis brennen uns Themen wie die medizinische Versorgung im ländlichen Raum unter den Nägeln und unser Koalitionspartner versucht unsere Projekte aus dem Koalitionsvertrag auf Eis zu legen mit dem Verweis auf die Wirtschaftsdaten. An allen diesen und weiteren Baustellen müssen wir auf der Hut sein! Nun genießt aber erstmal ein kuscheliges Herbstwochenende und denkt dran in der Nacht zu Sonntag die Uhr um eine Stunde zurückzustellen. Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Mehr Geld für Lärmschutz an Bahnstrecken!

In seiner jüngsten Sitzung hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages wichtige Entscheidungen in Sachen Bahnlärm getroffen. Künftig wird mehr Geld für den Lärmschutz zur Verfügung gestellt – so lassen sich die Entscheidungen des Ausschusses zusammenfassen. Der Antrag der Regierungsfraktion beinhaltete, dass die Mittel im Bereich Schiene, unter anderem auch für bestehende Schienenstrecken, auf insgesamt 130 Millionen Euro erhöht werden. Damit wird das Verkehrsministerium gleichzeitig aufgefordert, höhere Betriebskosten der leiseren Bremssysteme bei Güterwagen zu subventionieren. Das muss jedoch so organisiert werden, dass es mit EU-Recht vereinbar ist.
Im Bereich „Straße“ steigen die Mittel auf eine Gesamtsumme von 210,5 Millionen Euro für den Lärmschutz. Die Berliner Koalition nimmt die Sorgen und Nöte der Bahnanlieger ernst. Das wird durch die erhöhten Mittel deutlich.
Aber nicht nur in Sachen Lärmschutz macht die Regierungskoalition mehr Geld frei. Für den Radwegebau sollen insgesamt 90 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Verkehrsausschuss muss noch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Maßnahmen zustimmen.

Gesundheit

Regionale Krankenhauslandschaft vor Umbruch

Die Krankenhauslandschaft im Kreis Altenkirchen steht vor einem Umbruch. Die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete hat in den vergangenen Tagen bereits einige Zuschriften zu diesem Thema erhalten, weil die Menschen in der Region zutiefst verunsichert sind. Klar ist, dass eine hochwertige medizinische Versorgung in der Region gewährleistet sein muss. Dabei stehen die jeweiligen Häuser in Altenkirchen und Hachenburg eher im Fokus als das Kirchener Krankenhaus. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger haben Sabine Bätzing-Lichtenthäler veranlasst, die DRK Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz anzuschreiben, um eindeutige Aussagen zu erhalten.
Die Abgeordnete sieht Vorteile am Standort Altenkirchen, vor allem durch das relativ junge Bettenhaus. Insgesamt habe sich die Szene in Altenkirchen vorbildlich entwickelt, auch was die niedergelassenen Ärzte betrifft. Wichtig sei, vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei dem bevorstehenden Veränderungsprozess mitzunehmen. Zwischenzeitlich liegt ein Strukturgutachten vor, welches sich mit den DRK-Häusern in Altenkirchen, Hachenburg sowie Kirchen beschäftigt. Die Öffentlichkeit kennt jedoch noch keine Details.

Internationales

Ebola-Virus eindämmen!

Erst kürzlich debattierte der Deutsche Bundestag einen Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU/CSU, in dem der bisherige Beitrag Deutschlands zur Ebola-Bekämpfung gelobt wurde, gleichzeitig aber ein stärkeres Engagement der Bundesregierung eingefordert wurde.
Im Dezember rechnet die Weltgesundheits-organisation (WHO) mit wöchentlich 10.000 neuen Infizierten. „Die Ebola-Epidemie ist die schwerste ihrer Art seit Entdeckung des Virus. Bislang starben nach Angaben der WHO fast 4500 Menschen, nahezu 9000 diagnostizierte Fälle liegen vor. Im Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung zu einem verstärkten Engagement in Westafrika aufgefordert.
Die internationale Gemeinschaft steht in der Pflicht, jetzt schnell humanitäre Hilfe zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung auf, den deutschen Beitrag an die WHO, Ärzte ohne Grenzen und andere beteiligte Organisationen nochmals zu erhöhen. Sollte die humanitäre Katastrophe abgewehrt sein, ist danach die Entwicklungspolitik gefragt, denn sie ist Strukturpolitik. Viele Betriebe und fast alle Schulen sind seit Monaten geschlossen. Das wirtschaftliche und soziale Leben liegt brach. Mittelfristig müssen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit die Gesellschaft und Wirtschaft in den betroffenen Ländern wieder stabilisieren.

Bildung und Forschung

Studiengebühren sind unsozial!

Die von der Hochschulrektorenkonferenz geforderte flächendeckende Einführung von Studiengebühren würde die soziale Spaltung im Bildungssystem verstärken.

Aus gutem Grund haben inzwischen alle Bundesländer diese unsoziale Belastung für Studierende wieder abgeschafft. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich stattdessen dafür ein, dass sich der Bund nach Abschaffung des Kooperationsverbots im Wissenschaftsbereich verstärkt um die Grundfinanzierung der Hochschulen bemüht.

In zahlreichen Bundesländern haben die Menschen entschieden und der Belastung des Hochschulstudiums über Studiengebühren eine eindeutige Absage erteilt. Es ist in höchstem Maße fragwürdig, dass die Hochschulrektoren trotzdem weiterhin in erster Linie die Studierenden in der Verantwortung sehen, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen vielmehr in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot für den Hochschulbereich abschaffen. Es braucht gemeinsame Kraftanstrengungen von Bund und Ländern, um dauerhaft die Grundfinanzierung der Hochschulen in der Breite zu verbessern. Die Grundgesetzänderung schafft einen neuen verfassungsrechtlichen Rahmen, damit der Bund zukünftig dauerhaft Hochschulen fördern kann.

Mit dem Hochschulpakt, mit der Fortführung der Programmpauschale oder auch mit dem Qualitätspakt Lehre leistet der Bund bereits heute wichtige Beiträge, um Lehre und Forschung an Hochschulen zu stärken. Erst vor wenigen Tagen hat das Wissenschaftszentrum Berlin in einer Studie erneut festgestellt, dass Studiengebühren vor allem Studienberechtigte aus Nicht-Akademiker-Familien von einem Studium abschrecken. Vielleicht sollte die Hochschulrektorenkonferenz die Ergebnisse der aktuellen Forschung reflektieren, bevor man vermeintlich einfache Antworten wie die Forderung nach Studiengebühren präsentiert.

Europa

Europäische Kommission kann Arbeit aufnehmen

Mit großer Mehrheit haben heute die Mitglieder des Europäischen Parlaments die Kommission von Präsident Jean-Claude Juncker bestätigt. Damit kann sie wie geplant ihre Arbeit zum 1. November aufnehmen. Das ist ein gutes Signal für Europa. Jetzt gilt es für das neue Kollegium direkt durchzustarten, schließlich dulden die anstehenden Fragen keinen Aufschub. Die Hearings der Kommissarinnen und Kommissare im Europäischen Parlament in den zurückliegenden Wochen haben eines gezeigt: Die Juncker-Kommission wird eine politische Kommission werden - weniger Behörde, mehr echte Regierung. Mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini und dem ersten Vize-Präsidenten Frans Timmermans sitzen zudem zwei Sozialdemokraten an wichtigen Schaltstellen. Eine lange Einarbeitungszeit werden Juncker und sein Team nicht bekommen. Die weiterhin schlechte Wirtschaftslage in der EU erfordert eine schnelle Reaktion. Das vom Kommissionspräsidenten angekündigte 300 Milliarden Euro Programm muss zügig mit Leben gefüllt, Investitionsanreize gestärkt und die Arbeitslosenquote insbesondere unter jungen Menschen entschlossen bekämpft werden.

Darüber hinaus muss die EU in den vielen internationalen Krisen außenpolitisch geschlossen und verlässlich auftreten.

Nach der Aufstellung gemeinsamer europäischer Spitzenkandidaten, über einen europäisch geführten Wahlkampf bis zur Ernennung des Mitglieds der siegreichen Parteifamilie zum Kommissionspräsidenten, bildet die heutige Abstimmung im Europäischen Parlament den Endpunkt eines historischen demokratischen Prozesses auf europäischer Ebene.

Damit wurde ein Standard gesetzt, hinter den es bei zukünftigen Europawahlen kein Zurück mehr geben wird.

Bankenabgabe

Ausnahmen für Sparkassen und Genossenschaften

Die EU-Kommission hat die Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe veröffentlicht. Bei ihrer Ausgestaltung hatte die Kommission zuletzt insbesondere zugunsten von Sparkassen und Genossenschaften nachgebessert. Nunmehr ist der Weg frei zur Verabschiedung des Gesetzespakets zur Umsetzung eines weiteren Meilensteins der Bankenunion im Bundestag.

Die von der Kommission am 21. Oktober 2014 veröffentlichte Beitragsberechnung für den Bankenabwicklungsfonds entlastet vor allem kleinere Banken.

Als „klein“ definiert die EU-Kommission Banken, deren Bilanzsumme unter einer Milliarde Euro liegt und deren Bemessungsgrundlage geringer als 300 Millionen Euro ist. Für solche kleinen Institute ist eine pauschale Bankenabgabe zwischen 1.000 Euro und 50.000 Euro im Jahr vorgesehen.

In Deutschland werden rund 1.000 Institute von dieser entlastenden Pauschalabgabe erfasst, darunter mehr als 800 Genossenschaftsbanken und 70 bis 80 Sparkassen. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten das Recht, für Banken bis zu einer Bilanzsumme von drei Milliarden Euro weitere Erleichterungen zu schaffen.

Als besonders positiv für Sparkassen und Genossenschaften sehen wir, dass die Verbindlichkeiten innerhalb ihrer Finanzverbünde von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. So dürfen Sparkassen zum Beispiel Verbindlichkeiten gegenüber Landesbanken oder anderen Sparkassen herausrechnen.

Aus sozialdemokratischer Sicht hätten wir sicherlich die Sparkassen und Genossenschaften gern noch weiter entlastet gesehen, da diese Institute mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell den Abwicklungsfonds wahrscheinlich niemals in Anspruch nehmen müssen. Dagegen wäre es aus unserer Sicht gerechtfertigt gewesen, systemisch relevante Großbanken mit einem hohen Derivateanteil noch stärker zu belasten.

Allerdings stellt die von der EU-Kommission verabschiedete Regelung einen guten Kompromiss dar. Auf dieser Grundlage können wir nunmehr dem Gesetzespaket zur Umsetzung der Bankenunion im Bundestag zustimmen.

Bonbon

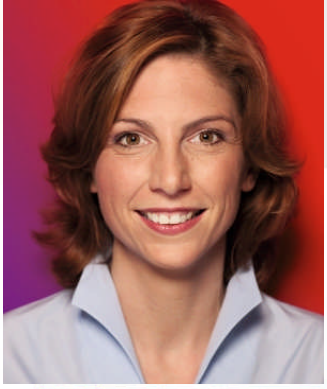
„Die Sonntagsfrage sagt nicht viel aus, weil alle Befragten, die da beim Kartoffelschälen angerufen werden, ganz genau wissen: Nächsten Sonntag ist gar keine Wahl.“

Frank-Walter Steinmeier
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Termine

29.10.14	*17.00 Uhr*	*IHK Altenkirchen*
	19.00 Uhr	*SPD-Ortsverein Altenkirchen Mitgliederversammlung*
30.10.14	*ganztägig*	*Tagespraktikum Remondis Altenkirchen*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**



Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
nun hat uns der Herbst erwischt: Herbststürme, Regenschauer, Temperatursturz... Die kalte Jahreszeit beginnt! Heiße Themen gibt‘s dagegen zurzeit im politischen Alltag. So beschäftigen uns täglich die Krisenherde auf der Welt, im Wahlkreis brennen uns Themen wie die medizinische Versorgung im ländlichen Raum unter den Nägeln und unser Koalitionspartner versucht unsere Projekte aus dem Koalitionsvertrag auf Eis zu legen mit dem Verweis auf die Wirtschaftsdaten. An allen diesen und weiteren Baustellen müssen wir auf der Hut sein! Nun genießt aber erstmal ein kuscheliges Herbstwochenende und denkt dran in der Nacht zu Sonntag die Uhr um eine Stunde zurückzustellen. Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Mehr Geld für Lärmschutz an Bahnstrecken!

In seiner jüngsten Sitzung hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages wichtige Entscheidungen in Sachen Bahnlärm getroffen. Künftig wird mehr Geld für den Lärmschutz zur Verfügung gestellt – so lassen sich die Entscheidungen des Ausschusses zusammenfassen. Der Antrag der Regierungsfraktion beinhaltete, dass die Mittel im Bereich Schiene, unter anderem auch für bestehende Schienenstrecken, auf insgesamt 130 Millionen Euro erhöht werden. Damit wird das Verkehrsministerium gleichzeitig aufgefordert, höhere Betriebskosten der leiseren Bremssysteme bei Güterwagen zu subventionieren. Das muss jedoch so organisiert werden, dass es mit EU-Recht vereinbar ist.
Im Bereich „Straße“ steigen die Mittel auf eine Gesamtsumme von 210,5 Millionen Euro für den Lärmschutz. Die Berliner Koalition nimmt die Sorgen und Nöte der Bahnanlieger ernst. Das wird durch die erhöhten Mittel deutlich.
Aber nicht nur in Sachen Lärmschutz macht die Regierungskoalition mehr Geld frei. Für den Radwegebau sollen insgesamt 90 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Verkehrsausschuss muss noch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Maßnahmen zustimmen.

Gesundheit

Regionale Krankenhauslandschaft vor Umbruch

Die Krankenhauslandschaft im Kreis Altenkirchen steht vor einem Umbruch. Die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete hat in den vergangenen Tagen bereits einige Zuschriften zu diesem Thema erhalten, weil die Menschen in der Region zutiefst verunsichert sind. Klar ist, dass eine hochwertige medizinische Versorgung in der Region gewährleistet sein muss. Dabei stehen die jeweiligen Häuser in Altenkirchen und Hachenburg eher im Fokus als das Kirchener Krankenhaus. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger haben Sabine Bätzing-Lichtenthäler veranlasst, die DRK Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz anzuschreiben, um eindeutige Aussagen zu erhalten.
Die Abgeordnete sieht Vorteile am Standort Altenkirchen, vor allem durch das relativ junge Bettenhaus. Insgesamt habe sich die Szene in Altenkirchen vorbildlich entwickelt, auch was die niedergelassenen Ärzte betrifft. Wichtig sei, vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei dem bevorstehenden Veränderungsprozess mitzunehmen. Zwischenzeitlich liegt ein Strukturgutachten vor, welches sich mit den DRK-Häusern in Altenkirchen, Hachenburg sowie Kirchen beschäftigt. Die Öffentlichkeit kennt jedoch noch keine Details.

Internationales

Ebola-Virus eindämmen!

Erst kürzlich debattierte der Deutsche Bundestag einen Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU/CSU, in dem der bisherige Beitrag Deutschlands zur Ebola-Bekämpfung gelobt wurde, gleichzeitig aber ein stärkeres Engagement der Bundesregierung eingefordert wurde.
Im Dezember rechnet die Weltgesundheits-organisation (WHO) mit wöchentlich 10.000 neuen Infizierten. „Die Ebola-Epidemie ist die schwerste ihrer Art seit Entdeckung des Virus. Bislang starben nach Angaben der WHO fast 4500 Menschen, nahezu 9000 diagnostizierte Fälle liegen vor. Im Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung zu einem verstärkten Engagement in Westafrika aufgefordert.
Die internationale Gemeinschaft steht in der Pflicht, jetzt schnell humanitäre Hilfe zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung auf, den deutschen Beitrag an die WHO, Ärzte ohne Grenzen und andere beteiligte Organisationen nochmals zu erhöhen. Sollte die humanitäre Katastrophe abgewehrt sein, ist danach die Entwicklungspolitik gefragt, denn sie ist Strukturpolitik. Viele Betriebe und fast alle Schulen sind seit Monaten geschlossen. Das wirtschaftliche und soziale Leben liegt brach. Mittelfristig müssen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit die Gesellschaft und Wirtschaft in den betroffenen Ländern wieder stabilisieren.

Bildung und Forschung

Studiengebühren sind unsozial!

Die von der Hochschulrektorenkonferenz geforderte flächendeckende Einführung von Studiengebühren würde die soziale Spaltung im Bildungssystem verstärken.

Aus gutem Grund haben inzwischen alle Bundesländer diese unsoziale Belastung für Studierende wieder abgeschafft. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich stattdessen dafür ein, dass sich der Bund nach Abschaffung des Kooperationsverbots im Wissenschaftsbereich verstärkt um die Grundfinanzierung der Hochschulen bemüht.

In zahlreichen Bundesländern haben die Menschen entschieden und der Belastung des Hochschulstudiums über Studiengebühren eine eindeutige Absage erteilt. Es ist in höchstem Maße fragwürdig, dass die Hochschulrektoren trotzdem weiterhin in erster Linie die Studierenden in der Verantwortung sehen, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen vielmehr in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot für den Hochschulbereich abschaffen. Es braucht gemeinsame Kraftanstrengungen von Bund und Ländern, um dauerhaft die Grundfinanzierung der Hochschulen in der Breite zu verbessern. Die Grundgesetzänderung schafft einen neuen verfassungsrechtlichen Rahmen, damit der Bund zukünftig dauerhaft Hochschulen fördern kann.

Mit dem Hochschulpakt, mit der Fortführung der Programmpauschale oder auch mit dem Qualitätspakt Lehre leistet der Bund bereits heute wichtige Beiträge, um Lehre und Forschung an Hochschulen zu stärken. Erst vor wenigen Tagen hat das Wissenschaftszentrum Berlin in einer Studie erneut festgestellt, dass Studiengebühren vor allem Studienberechtigte aus Nicht-Akademiker-Familien von einem Studium abschrecken. Vielleicht sollte die Hochschulrektorenkonferenz die Ergebnisse der aktuellen Forschung reflektieren, bevor man vermeintlich einfache Antworten wie die Forderung nach Studiengebühren präsentiert.

Europa

Europäische Kommission kann Arbeit aufnehmen

Mit großer Mehrheit haben heute die Mitglieder des Europäischen Parlaments die Kommission von Präsident Jean-Claude Juncker bestätigt. Damit kann sie wie geplant ihre Arbeit zum 1. November aufnehmen. Das ist ein gutes Signal für Europa. Jetzt gilt es für das neue Kollegium direkt durchzustarten, schließlich dulden die anstehenden Fragen keinen Aufschub. Die Hearings der Kommissarinnen und Kommissare im Europäischen Parlament in den zurückliegenden Wochen haben eines gezeigt: Die Juncker-Kommission wird eine politische Kommission werden - weniger Behörde, mehr echte Regierung. Mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini und dem ersten Vize-Präsidenten Frans Timmermans sitzen zudem zwei Sozialdemokraten an wichtigen Schaltstellen. Eine lange Einarbeitungszeit werden Juncker und sein Team nicht bekommen. Die weiterhin schlechte Wirtschaftslage in der EU erfordert eine schnelle Reaktion. Das vom Kommissionspräsidenten angekündigte 300 Milliarden Euro Programm muss zügig mit Leben gefüllt, Investitionsanreize gestärkt und die Arbeitslosenquote insbesondere unter jungen Menschen entschlossen bekämpft werden.

Darüber hinaus muss die EU in den vielen internationalen Krisen außenpolitisch geschlossen und verlässlich auftreten.

Nach der Aufstellung gemeinsamer europäischer Spitzenkandidaten, über einen europäisch geführten Wahlkampf bis zur Ernennung des Mitglieds der siegreichen Parteifamilie zum Kommissionspräsidenten, bildet die heutige Abstimmung im Europäischen Parlament den Endpunkt eines historischen demokratischen Prozesses auf europäischer Ebene.

Damit wurde ein Standard gesetzt, hinter den es bei zukünftigen Europawahlen kein Zurück mehr geben wird.

Bankenabgabe

Ausnahmen für Sparkassen und Genossenschaften

Die EU-Kommission hat die Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe veröffentlicht. Bei ihrer Ausgestaltung hatte die Kommission zuletzt insbesondere zugunsten von Sparkassen und Genossenschaften nachgebessert. Nunmehr ist der Weg frei zur Verabschiedung des Gesetzespakets zur Umsetzung eines weiteren Meilensteins der Bankenunion im Bundestag.

Die von der Kommission am 21. Oktober 2014 veröffentlichte Beitragsberechnung für den Bankenabwicklungsfonds entlastet vor allem kleinere Banken.

Als „klein“ definiert die EU-Kommission Banken, deren Bilanzsumme unter einer Milliarde Euro liegt und deren Bemessungsgrundlage geringer als 300 Millionen Euro ist. Für solche kleinen Institute ist eine pauschale Bankenabgabe zwischen 1.000 Euro und 50.000 Euro im Jahr vorgesehen.

In Deutschland werden rund 1.000 Institute von dieser entlastenden Pauschalabgabe erfasst, darunter mehr als 800 Genossenschaftsbanken und 70 bis 80 Sparkassen. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten das Recht, für Banken bis zu einer Bilanzsumme von drei Milliarden Euro weitere Erleichterungen zu schaffen.

Als besonders positiv für Sparkassen und Genossenschaften sehen wir, dass die Verbindlichkeiten innerhalb ihrer Finanzverbünde von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. So dürfen Sparkassen zum Beispiel Verbindlichkeiten gegenüber Landesbanken oder anderen Sparkassen herausrechnen.

Aus sozialdemokratischer Sicht hätten wir sicherlich die Sparkassen und Genossenschaften gern noch weiter entlastet gesehen, da diese Institute mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell den Abwicklungsfonds wahrscheinlich niemals in Anspruch nehmen müssen. Dagegen wäre es aus unserer Sicht gerechtfertigt gewesen, systemisch relevante Großbanken mit einem hohen Derivateanteil noch stärker zu belasten.

Allerdings stellt die von der EU-Kommission verabschiedete Regelung einen guten Kompromiss dar. Auf dieser Grundlage können wir nunmehr dem Gesetzespaket zur Umsetzung der Bankenunion im Bundestag zustimmen.

Bonbon

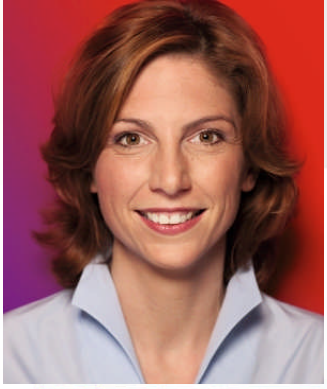
„Die Sonntagsfrage sagt nicht viel aus, weil alle Befragten, die da beim Kartoffelschälen angerufen werden, ganz genau wissen: Nächsten Sonntag ist gar keine Wahl.“

Frank-Walter Steinmeier
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Termine

29.10.14	*17.00 Uhr*	*IHK Altenkirchen*
	19.00 Uhr	*SPD-Ortsverein Altenkirchen Mitgliederversammlung*
30.10.14	*ganztägig*	*Tagespraktikum Remondis Altenkirchen*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**



Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
nun hat uns der Herbst erwischt: Herbststürme, Regenschauer, Temperatursturz... Die kalte Jahreszeit beginnt! Heiße Themen gibt‘s dagegen zurzeit im politischen Alltag. So beschäftigen uns täglich die Krisenherde auf der Welt, im Wahlkreis brennen uns Themen wie die medizinische Versorgung im ländlichen Raum unter den Nägeln und unser Koalitionspartner versucht unsere Projekte aus dem Koalitionsvertrag auf Eis zu legen mit dem Verweis auf die Wirtschaftsdaten. An allen diesen und weiteren Baustellen müssen wir auf der Hut sein! Nun genießt aber erstmal ein kuscheliges Herbstwochenende und denkt dran in der Nacht zu Sonntag die Uhr um eine Stunde zurückzustellen. Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Mehr Geld für Lärmschutz an Bahnstrecken!

In seiner jüngsten Sitzung hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages wichtige Entscheidungen in Sachen Bahnlärm getroffen. Künftig wird mehr Geld für den Lärmschutz zur Verfügung gestellt – so lassen sich die Entscheidungen des Ausschusses zusammenfassen. Der Antrag der Regierungsfraktion beinhaltete, dass die Mittel im Bereich Schiene, unter anderem auch für bestehende Schienenstrecken, auf insgesamt 130 Millionen Euro erhöht werden. Damit wird das Verkehrsministerium gleichzeitig aufgefordert, höhere Betriebskosten der leiseren Bremssysteme bei Güterwagen zu subventionieren. Das muss jedoch so organisiert werden, dass es mit EU-Recht vereinbar ist.
Im Bereich „Straße“ steigen die Mittel auf eine Gesamtsumme von 210,5 Millionen Euro für den Lärmschutz. Die Berliner Koalition nimmt die Sorgen und Nöte der Bahnanlieger ernst. Das wird durch die erhöhten Mittel deutlich.
Aber nicht nur in Sachen Lärmschutz macht die Regierungskoalition mehr Geld frei. Für den Radwegebau sollen insgesamt 90 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Verkehrsausschuss muss noch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Maßnahmen zustimmen.

Gesundheit

Regionale Krankenhauslandschaft vor Umbruch

Die Krankenhauslandschaft im Kreis Altenkirchen steht vor einem Umbruch. Die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete hat in den vergangenen Tagen bereits einige Zuschriften zu diesem Thema erhalten, weil die Menschen in der Region zutiefst verunsichert sind. Klar ist, dass eine hochwertige medizinische Versorgung in der Region gewährleistet sein muss. Dabei stehen die jeweiligen Häuser in Altenkirchen und Hachenburg eher im Fokus als das Kirchener Krankenhaus. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger haben Sabine Bätzing-Lichtenthäler veranlasst, die DRK Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz anzuschreiben, um eindeutige Aussagen zu erhalten.
Die Abgeordnete sieht Vorteile am Standort Altenkirchen, vor allem durch das relativ junge Bettenhaus. Insgesamt habe sich die Szene in Altenkirchen vorbildlich entwickelt, auch was die niedergelassenen Ärzte betrifft. Wichtig sei, vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei dem bevorstehenden Veränderungsprozess mitzunehmen. Zwischenzeitlich liegt ein Strukturgutachten vor, welches sich mit den DRK-Häusern in Altenkirchen, Hachenburg sowie Kirchen beschäftigt. Die Öffentlichkeit kennt jedoch noch keine Details.

Internationales

Ebola-Virus eindämmen!

Erst kürzlich debattierte der Deutsche Bundestag einen Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU/CSU, in dem der bisherige Beitrag Deutschlands zur Ebola-Bekämpfung gelobt wurde, gleichzeitig aber ein stärkeres Engagement der Bundesregierung eingefordert wurde.
Im Dezember rechnet die Weltgesundheits-organisation (WHO) mit wöchentlich 10.000 neuen Infizierten. „Die Ebola-Epidemie ist die schwerste ihrer Art seit Entdeckung des Virus. Bislang starben nach Angaben der WHO fast 4500 Menschen, nahezu 9000 diagnostizierte Fälle liegen vor. Im Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung zu einem verstärkten Engagement in Westafrika aufgefordert.
Die internationale Gemeinschaft steht in der Pflicht, jetzt schnell humanitäre Hilfe zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung auf, den deutschen Beitrag an die WHO, Ärzte ohne Grenzen und andere beteiligte Organisationen nochmals zu erhöhen. Sollte die humanitäre Katastrophe abgewehrt sein, ist danach die Entwicklungspolitik gefragt, denn sie ist Strukturpolitik. Viele Betriebe und fast alle Schulen sind seit Monaten geschlossen. Das wirtschaftliche und soziale Leben liegt brach. Mittelfristig müssen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit die Gesellschaft und Wirtschaft in den betroffenen Ländern wieder stabilisieren.

Bildung und Forschung

Studiengebühren sind unsozial!

Die von der Hochschulrektorenkonferenz geforderte flächendeckende Einführung von Studiengebühren würde die soziale Spaltung im Bildungssystem verstärken.

Aus gutem Grund haben inzwischen alle Bundesländer diese unsoziale Belastung für Studierende wieder abgeschafft. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich stattdessen dafür ein, dass sich der Bund nach Abschaffung des Kooperationsverbots im Wissenschaftsbereich verstärkt um die Grundfinanzierung der Hochschulen bemüht.

In zahlreichen Bundesländern haben die Menschen entschieden und der Belastung des Hochschulstudiums über Studiengebühren eine eindeutige Absage erteilt. Es ist in höchstem Maße fragwürdig, dass die Hochschulrektoren trotzdem weiterhin in erster Linie die Studierenden in der Verantwortung sehen, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen vielmehr in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot für den Hochschulbereich abschaffen. Es braucht gemeinsame Kraftanstrengungen von Bund und Ländern, um dauerhaft die Grundfinanzierung der Hochschulen in der Breite zu verbessern. Die Grundgesetzänderung schafft einen neuen verfassungsrechtlichen Rahmen, damit der Bund zukünftig dauerhaft Hochschulen fördern kann.

Mit dem Hochschulpakt, mit der Fortführung der Programmpauschale oder auch mit dem Qualitätspakt Lehre leistet der Bund bereits heute wichtige Beiträge, um Lehre und Forschung an Hochschulen zu stärken. Erst vor wenigen Tagen hat das Wissenschaftszentrum Berlin in einer Studie erneut festgestellt, dass Studiengebühren vor allem Studienberechtigte aus Nicht-Akademiker-Familien von einem Studium abschrecken. Vielleicht sollte die Hochschulrektorenkonferenz die Ergebnisse der aktuellen Forschung reflektieren, bevor man vermeintlich einfache Antworten wie die Forderung nach Studiengebühren präsentiert.

Europa

Europäische Kommission kann Arbeit aufnehmen

Mit großer Mehrheit haben heute die Mitglieder des Europäischen Parlaments die Kommission von Präsident Jean-Claude Juncker bestätigt. Damit kann sie wie geplant ihre Arbeit zum 1. November aufnehmen. Das ist ein gutes Signal für Europa. Jetzt gilt es für das neue Kollegium direkt durchzustarten, schließlich dulden die anstehenden Fragen keinen Aufschub. Die Hearings der Kommissarinnen und Kommissare im Europäischen Parlament in den zurückliegenden Wochen haben eines gezeigt: Die Juncker-Kommission wird eine politische Kommission werden - weniger Behörde, mehr echte Regierung. Mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini und dem ersten Vize-Präsidenten Frans Timmermans sitzen zudem zwei Sozialdemokraten an wichtigen Schaltstellen. Eine lange Einarbeitungszeit werden Juncker und sein Team nicht bekommen. Die weiterhin schlechte Wirtschaftslage in der EU erfordert eine schnelle Reaktion. Das vom Kommissionspräsidenten angekündigte 300 Milliarden Euro Programm muss zügig mit Leben gefüllt, Investitionsanreize gestärkt und die Arbeitslosenquote insbesondere unter jungen Menschen entschlossen bekämpft werden.

Darüber hinaus muss die EU in den vielen internationalen Krisen außenpolitisch geschlossen und verlässlich auftreten.

Nach der Aufstellung gemeinsamer europäischer Spitzenkandidaten, über einen europäisch geführten Wahlkampf bis zur Ernennung des Mitglieds der siegreichen Parteifamilie zum Kommissionspräsidenten, bildet die heutige Abstimmung im Europäischen Parlament den Endpunkt eines historischen demokratischen Prozesses auf europäischer Ebene.

Damit wurde ein Standard gesetzt, hinter den es bei zukünftigen Europawahlen kein Zurück mehr geben wird.

Bankenabgabe

Ausnahmen für Sparkassen und Genossenschaften

Die EU-Kommission hat die Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe veröffentlicht. Bei ihrer Ausgestaltung hatte die Kommission zuletzt insbesondere zugunsten von Sparkassen und Genossenschaften nachgebessert. Nunmehr ist der Weg frei zur Verabschiedung des Gesetzespakets zur Umsetzung eines weiteren Meilensteins der Bankenunion im Bundestag.

Die von der Kommission am 21. Oktober 2014 veröffentlichte Beitragsberechnung für den Bankenabwicklungsfonds entlastet vor allem kleinere Banken.

Als „klein“ definiert die EU-Kommission Banken, deren Bilanzsumme unter einer Milliarde Euro liegt und deren Bemessungsgrundlage geringer als 300 Millionen Euro ist. Für solche kleinen Institute ist eine pauschale Bankenabgabe zwischen 1.000 Euro und 50.000 Euro im Jahr vorgesehen.

In Deutschland werden rund 1.000 Institute von dieser entlastenden Pauschalabgabe erfasst, darunter mehr als 800 Genossenschaftsbanken und 70 bis 80 Sparkassen. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten das Recht, für Banken bis zu einer Bilanzsumme von drei Milliarden Euro weitere Erleichterungen zu schaffen.

Als besonders positiv für Sparkassen und Genossenschaften sehen wir, dass die Verbindlichkeiten innerhalb ihrer Finanzverbünde von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. So dürfen Sparkassen zum Beispiel Verbindlichkeiten gegenüber Landesbanken oder anderen Sparkassen herausrechnen.

Aus sozialdemokratischer Sicht hätten wir sicherlich die Sparkassen und Genossenschaften gern noch weiter entlastet gesehen, da diese Institute mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell den Abwicklungsfonds wahrscheinlich niemals in Anspruch nehmen müssen. Dagegen wäre es aus unserer Sicht gerechtfertigt gewesen, systemisch relevante Großbanken mit einem hohen Derivateanteil noch stärker zu belasten.

Allerdings stellt die von der EU-Kommission verabschiedete Regelung einen guten Kompromiss dar. Auf dieser Grundlage können wir nunmehr dem Gesetzespaket zur Umsetzung der Bankenunion im Bundestag zustimmen.

Bonbon

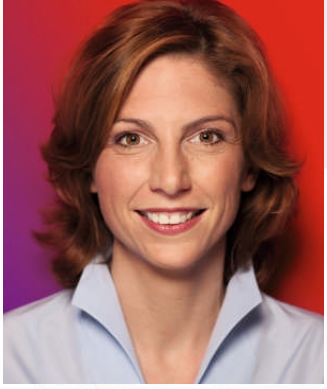
„Die Sonntagsfrage sagt nicht viel aus, weil alle Befragten, die da beim Kartoffelschälen angerufen werden, ganz genau wissen: Nächsten Sonntag ist gar keine Wahl.“

Frank-Walter Steinmeier
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Termine

29.10.14	*17.00 Uhr*	*IHK Altenkirchen*
	19.00 Uhr	*SPD-Ortsverein Altenkirchen Mitgliederversammlung*
30.10.14	*ganztägig*	*Tagespraktikum Remondis Altenkirchen*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**



Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
nun hat uns der Herbst erwischt: Herbststürme, Regenschauer, Temperatursturz... Die kalte Jahreszeit beginnt! Heiße Themen gibt‘s dagegen zurzeit im politischen Alltag. So beschäftigen uns täglich die Krisenherde auf der Welt, im Wahlkreis brennen uns Themen wie die medizinische Versorgung im ländlichen Raum unter den Nägeln und unser Koalitionspartner versucht unsere Projekte aus dem Koalitionsvertrag auf Eis zu legen mit dem Verweis auf die Wirtschaftsdaten. An allen diesen und weiteren Baustellen müssen wir auf der Hut sein! Nun genießt aber erstmal ein kuscheliges Herbstwochenende und denkt dran in der Nacht zu Sonntag die Uhr um eine Stunde zurückzustellen. Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Mehr Geld für Lärmschutz an Bahnstrecken!

In seiner jüngsten Sitzung hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages wichtige Entscheidungen in Sachen Bahnlärm getroffen. Künftig wird mehr Geld für den Lärmschutz zur Verfügung gestellt – so lassen sich die Entscheidungen des Ausschusses zusammenfassen. Der Antrag der Regierungsfraktion beinhaltete, dass die Mittel im Bereich Schiene, unter anderem auch für bestehende Schienenstrecken, auf insgesamt 130 Millionen Euro erhöht werden. Damit wird das Verkehrsministerium gleichzeitig aufgefordert, höhere Betriebskosten der leiseren Bremssysteme bei Güterwagen zu subventionieren. Das muss jedoch so organisiert werden, dass es mit EU-Recht vereinbar ist.
Im Bereich „Straße“ steigen die Mittel auf eine Gesamtsumme von 210,5 Millionen Euro für den Lärmschutz. Die Berliner Koalition nimmt die Sorgen und Nöte der Bahnanlieger ernst. Das wird durch die erhöhten Mittel deutlich.
Aber nicht nur in Sachen Lärmschutz macht die Regierungskoalition mehr Geld frei. Für den Radwegebau sollen insgesamt 90 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Verkehrsausschuss muss noch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Maßnahmen zustimmen.

Gesundheit

Regionale Krankenhauslandschaft vor Umbruch

Die Krankenhauslandschaft im Kreis Altenkirchen steht vor einem Umbruch. Die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete hat in den vergangenen Tagen bereits einige Zuschriften zu diesem Thema erhalten, weil die Menschen in der Region zutiefst verunsichert sind. Klar ist, dass eine hochwertige medizinische Versorgung in der Region gewährleistet sein muss. Dabei stehen die jeweiligen Häuser in Altenkirchen und Hachenburg eher im Fokus als das Kirchener Krankenhaus. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger haben Sabine Bätzing-Lichtenthäler veranlasst, die DRK Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz anzuschreiben, um eindeutige Aussagen zu erhalten.
Die Abgeordnete sieht Vorteile am Standort Altenkirchen, vor allem durch das relativ junge Bettenhaus. Insgesamt habe sich die Szene in Altenkirchen vorbildlich entwickelt, auch was die niedergelassenen Ärzte betrifft. Wichtig sei, vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei dem bevorstehenden Veränderungsprozess mitzunehmen. Zwischenzeitlich liegt ein Strukturgutachten vor, welches sich mit den DRK-Häusern in Altenkirchen, Hachenburg sowie Kirchen beschäftigt. Die Öffentlichkeit kennt jedoch noch keine Details.

Internationales

Ebola-Virus eindämmen!

Erst kürzlich debattierte der Deutsche Bundestag einen Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU/CSU, in dem der bisherige Beitrag Deutschlands zur Ebola-Bekämpfung gelobt wurde, gleichzeitig aber ein stärkeres Engagement der Bundesregierung eingefordert wurde.
Im Dezember rechnet die Weltgesundheits-organisation (WHO) mit wöchentlich 10.000 neuen Infizierten. „Die Ebola-Epidemie ist die schwerste ihrer Art seit Entdeckung des Virus. Bislang starben nach Angaben der WHO fast 4500 Menschen, nahezu 9000 diagnostizierte Fälle liegen vor. Im Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung zu einem verstärkten Engagement in Westafrika aufgefordert.
Die internationale Gemeinschaft steht in der Pflicht, jetzt schnell humanitäre Hilfe zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung auf, den deutschen Beitrag an die WHO, Ärzte ohne Grenzen und andere beteiligte Organisationen nochmals zu erhöhen. Sollte die humanitäre Katastrophe abgewehrt sein, ist danach die Entwicklungspolitik gefragt, denn sie ist Strukturpolitik. Viele Betriebe und fast alle Schulen sind seit Monaten geschlossen. Das wirtschaftliche und soziale Leben liegt brach. Mittelfristig müssen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit die Gesellschaft und Wirtschaft in den betroffenen Ländern wieder stabilisieren.

Bildung und Forschung

Studiengebühren sind unsozial!

Die von der Hochschulrektorenkonferenz geforderte flächendeckende Einführung von Studiengebühren würde die soziale Spaltung im Bildungssystem verstärken.

Aus gutem Grund haben inzwischen alle Bundesländer diese unsoziale Belastung für Studierende wieder abgeschafft. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich stattdessen dafür ein, dass sich der Bund nach Abschaffung des Kooperationsverbots im Wissenschaftsbereich verstärkt um die Grundfinanzierung der Hochschulen bemüht.

In zahlreichen Bundesländern haben die Menschen entschieden und der Belastung des Hochschulstudiums über Studiengebühren eine eindeutige Absage erteilt. Es ist in höchstem Maße fragwürdig, dass die Hochschulrektoren trotzdem weiterhin in erster Linie die Studierenden in der Verantwortung sehen, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen vielmehr in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot für den Hochschulbereich abschaffen. Es braucht gemeinsame Kraftanstrengungen von Bund und Ländern, um dauerhaft die Grundfinanzierung der Hochschulen in der Breite zu verbessern. Die Grundgesetzänderung schafft einen neuen verfassungsrechtlichen Rahmen, damit der Bund zukünftig dauerhaft Hochschulen fördern kann.

Mit dem Hochschulpakt, mit der Fortführung der Programmpauschale oder auch mit dem Qualitätspakt Lehre leistet der Bund bereits heute wichtige Beiträge, um Lehre und Forschung an Hochschulen zu stärken. Erst vor wenigen Tagen hat das Wissenschaftszentrum Berlin in einer Studie erneut festgestellt, dass Studiengebühren vor allem Studienberechtigte aus Nicht-Akademiker-Familien von einem Studium abschrecken. Vielleicht sollte die Hochschulrektorenkonferenz die Ergebnisse der aktuellen Forschung reflektieren, bevor man vermeintlich einfache Antworten wie die Forderung nach Studiengebühren präsentiert.

Europa

Europäische Kommission kann Arbeit aufnehmen

Mit großer Mehrheit haben heute die Mitglieder des Europäischen Parlaments die Kommission von Präsident Jean-Claude Juncker bestätigt. Damit kann sie wie geplant ihre Arbeit zum 1. November aufnehmen. Das ist ein gutes Signal für Europa. Jetzt gilt es für das neue Kollegium direkt durchzustarten, schließlich dulden die anstehenden Fragen keinen Aufschub. Die Hearings der Kommissarinnen und Kommissare im Europäischen Parlament in den zurückliegenden Wochen haben eines gezeigt: Die Juncker-Kommission wird eine politische Kommission werden - weniger Behörde, mehr echte Regierung. Mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini und dem ersten Vize-Präsidenten Frans Timmermans sitzen zudem zwei Sozialdemokraten an wichtigen Schaltstellen. Eine lange Einarbeitungszeit werden Juncker und sein Team nicht bekommen. Die weiterhin schlechte Wirtschaftslage in der EU erfordert eine schnelle Reaktion. Das vom Kommissionspräsidenten angekündigte 300 Milliarden Euro Programm muss zügig mit Leben gefüllt, Investitionsanreize gestärkt und die Arbeitslosenquote insbesondere unter jungen Menschen entschlossen bekämpft werden.

Darüber hinaus muss die EU in den vielen internationalen Krisen außenpolitisch geschlossen und verlässlich auftreten.

Nach der Aufstellung gemeinsamer europäischer Spitzenkandidaten, über einen europäisch geführten Wahlkampf bis zur Ernennung des Mitglieds der siegreichen Parteifamilie zum Kommissionspräsidenten, bildet die heutige Abstimmung im Europäischen Parlament den Endpunkt eines historischen demokratischen Prozesses auf europäischer Ebene.

Damit wurde ein Standard gesetzt, hinter den es bei zukünftigen Europawahlen kein Zurück mehr geben wird.

Bankenabgabe

Ausnahmen für Sparkassen und Genossenschaften

Die EU-Kommission hat die Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe veröffentlicht. Bei ihrer Ausgestaltung hatte die Kommission zuletzt insbesondere zugunsten von Sparkassen und Genossenschaften nachgebessert. Nunmehr ist der Weg frei zur Verabschiedung des Gesetzespakets zur Umsetzung eines weiteren Meilensteins der Bankenunion im Bundestag.

Die von der Kommission am 21. Oktober 2014 veröffentlichte Beitragsberechnung für den Bankenabwicklungsfonds entlastet vor allem kleinere Banken.

Als „klein“ definiert die EU-Kommission Banken, deren Bilanzsumme unter einer Milliarde Euro liegt und deren Bemessungsgrundlage geringer als 300 Millionen Euro ist. Für solche kleinen Institute ist eine pauschale Bankenabgabe zwischen 1.000 Euro und 50.000 Euro im Jahr vorgesehen.

In Deutschland werden rund 1.000 Institute von dieser entlastenden Pauschalabgabe erfasst, darunter mehr als 800 Genossenschaftsbanken und 70 bis 80 Sparkassen. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten das Recht, für Banken bis zu einer Bilanzsumme von drei Milliarden Euro weitere Erleichterungen zu schaffen.

Als besonders positiv für Sparkassen und Genossenschaften sehen wir, dass die Verbindlichkeiten innerhalb ihrer Finanzverbünde von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. So dürfen Sparkassen zum Beispiel Verbindlichkeiten gegenüber Landesbanken oder anderen Sparkassen herausrechnen.

Aus sozialdemokratischer Sicht hätten wir sicherlich die Sparkassen und Genossenschaften gern noch weiter entlastet gesehen, da diese Institute mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell den Abwicklungsfonds wahrscheinlich niemals in Anspruch nehmen müssen. Dagegen wäre es aus unserer Sicht gerechtfertigt gewesen, systemisch relevante Großbanken mit einem hohen Derivateanteil noch stärker zu belasten.

Allerdings stellt die von der EU-Kommission verabschiedete Regelung einen guten Kompromiss dar. Auf dieser Grundlage können wir nunmehr dem Gesetzespaket zur Umsetzung der Bankenunion im Bundestag zustimmen.

Bonbon

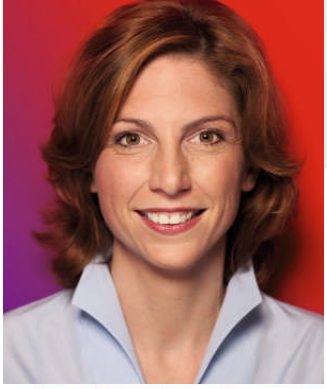
„Die Sonntagsfrage sagt nicht viel aus, weil alle Befragten, die da beim Kartoffelschälen angerufen werden, ganz genau wissen: Nächsten Sonntag ist gar keine Wahl.“

Frank-Walter Steinmeier
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Termine

29.10.14	*17.00 Uhr*	*IHK Altenkirchen*
	19.00 Uhr	*SPD-Ortsverein Altenkirchen Mitgliederversammlung*
30.10.14	*ganztägig*	*Tagespraktikum Remondis Altenkirchen*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**



Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
nun hat uns der Herbst erwischt: Herbststürme, Regenschauer, Temperatursturz... Die kalte Jahreszeit beginnt! Heiße Themen gibt‘s dagegen zurzeit im politischen Alltag. So beschäftigen uns täglich die Krisenherde auf der Welt, im Wahlkreis brennen uns Themen wie die medizinische Versorgung im ländlichen Raum unter den Nägeln und unser Koalitionspartner versucht unsere Projekte aus dem Koalitionsvertrag auf Eis zu legen mit dem Verweis auf die Wirtschaftsdaten. An allen diesen und weiteren Baustellen müssen wir auf der Hut sein! Nun genießt aber erstmal ein kuscheliges Herbstwochenende und denkt dran in der Nacht zu Sonntag die Uhr um eine Stunde zurückzustellen. Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Mehr Geld für Lärmschutz an Bahnstrecken!

In seiner jüngsten Sitzung hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages wichtige Entscheidungen in Sachen Bahnlärm getroffen. Künftig wird mehr Geld für den Lärmschutz zur Verfügung gestellt – so lassen sich die Entscheidungen des Ausschusses zusammenfassen. Der Antrag der Regierungsfraktion beinhaltete, dass die Mittel im Bereich Schiene, unter anderem auch für bestehende Schienenstrecken, auf insgesamt 130 Millionen Euro erhöht werden. Damit wird das Verkehrsministerium gleichzeitig aufgefordert, höhere Betriebskosten der leiseren Bremssysteme bei Güterwagen zu subventionieren. Das muss jedoch so organisiert werden, dass es mit EU-Recht vereinbar ist.
Im Bereich „Straße“ steigen die Mittel auf eine Gesamtsumme von 210,5 Millionen Euro für den Lärmschutz. Die Berliner Koalition nimmt die Sorgen und Nöte der Bahnanlieger ernst. Das wird durch die erhöhten Mittel deutlich.
Aber nicht nur in Sachen Lärmschutz macht die Regierungskoalition mehr Geld frei. Für den Radwegebau sollen insgesamt 90 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Verkehrsausschuss muss noch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Maßnahmen zustimmen.

Gesundheit

Regionale Krankenhauslandschaft vor Umbruch

Die Krankenhauslandschaft im Kreis Altenkirchen steht vor einem Umbruch. Die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete hat in den vergangenen Tagen bereits einige Zuschriften zu diesem Thema erhalten, weil die Menschen in der Region zutiefst verunsichert sind. Klar ist, dass eine hochwertige medizinische Versorgung in der Region gewährleistet sein muss. Dabei stehen die jeweiligen Häuser in Altenkirchen und Hachenburg eher im Fokus als das Kirchener Krankenhaus. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger haben Sabine Bätzing-Lichtenthäler veranlasst, die DRK Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz anzuschreiben, um eindeutige Aussagen zu erhalten.
Die Abgeordnete sieht Vorteile am Standort Altenkirchen, vor allem durch das relativ junge Bettenhaus. Insgesamt habe sich die Szene in Altenkirchen vorbildlich entwickelt, auch was die niedergelassenen Ärzte betrifft. Wichtig sei, vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei dem bevorstehenden Veränderungsprozess mitzunehmen. Zwischenzeitlich liegt ein Strukturgutachten vor, welches sich mit den DRK-Häusern in Altenkirchen, Hachenburg sowie Kirchen beschäftigt. Die Öffentlichkeit kennt jedoch noch keine Details.

Internationales

Ebola-Virus eindämmen!

Erst kürzlich debattierte der Deutsche Bundestag einen Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU/CSU, in dem der bisherige Beitrag Deutschlands zur Ebola-Bekämpfung gelobt wurde, gleichzeitig aber ein stärkeres Engagement der Bundesregierung eingefordert wurde.
Im Dezember rechnet die Weltgesundheits-organisation (WHO) mit wöchentlich 10.000 neuen Infizierten. „Die Ebola-Epidemie ist die schwerste ihrer Art seit Entdeckung des Virus. Bislang starben nach Angaben der WHO fast 4500 Menschen, nahezu 9000 diagnostizierte Fälle liegen vor. Im Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung zu einem verstärkten Engagement in Westafrika aufgefordert.
Die internationale Gemeinschaft steht in der Pflicht, jetzt schnell humanitäre Hilfe zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung auf, den deutschen Beitrag an die WHO, Ärzte ohne Grenzen und andere beteiligte Organisationen nochmals zu erhöhen. Sollte die humanitäre Katastrophe abgewehrt sein, ist danach die Entwicklungspolitik gefragt, denn sie ist Strukturpolitik. Viele Betriebe und fast alle Schulen sind seit Monaten geschlossen. Das wirtschaftliche und soziale Leben liegt brach. Mittelfristig müssen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit die Gesellschaft und Wirtschaft in den betroffenen Ländern wieder stabilisieren.

Bildung und Forschung

Studiengebühren sind unsozial!

Die von der Hochschulrektorenkonferenz geforderte flächendeckende Einführung von Studiengebühren würde die soziale Spaltung im Bildungssystem verstärken.

Aus gutem Grund haben inzwischen alle Bundesländer diese unsoziale Belastung für Studierende wieder abgeschafft. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich stattdessen dafür ein, dass sich der Bund nach Abschaffung des Kooperationsverbots im Wissenschaftsbereich verstärkt um die Grundfinanzierung der Hochschulen bemüht.

In zahlreichen Bundesländern haben die Menschen entschieden und der Belastung des Hochschulstudiums über Studiengebühren eine eindeutige Absage erteilt. Es ist in höchstem Maße fragwürdig, dass die Hochschulrektoren trotzdem weiterhin in erster Linie die Studierenden in der Verantwortung sehen, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen vielmehr in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot für den Hochschulbereich abschaffen. Es braucht gemeinsame Kraftanstrengungen von Bund und Ländern, um dauerhaft die Grundfinanzierung der Hochschulen in der Breite zu verbessern. Die Grundgesetzänderung schafft einen neuen verfassungsrechtlichen Rahmen, damit der Bund zukünftig dauerhaft Hochschulen fördern kann.

Mit dem Hochschulpakt, mit der Fortführung der Programmpauschale oder auch mit dem Qualitätspakt Lehre leistet der Bund bereits heute wichtige Beiträge, um Lehre und Forschung an Hochschulen zu stärken. Erst vor wenigen Tagen hat das Wissenschaftszentrum Berlin in einer Studie erneut festgestellt, dass Studiengebühren vor allem Studienberechtigte aus Nicht-Akademiker-Familien von einem Studium abschrecken. Vielleicht sollte die Hochschulrektorenkonferenz die Ergebnisse der aktuellen Forschung reflektieren, bevor man vermeintlich einfache Antworten wie die Forderung nach Studiengebühren präsentiert.

Europa

Europäische Kommission kann Arbeit aufnehmen

Mit großer Mehrheit haben heute die Mitglieder des Europäischen Parlaments die Kommission von Präsident Jean-Claude Juncker bestätigt. Damit kann sie wie geplant ihre Arbeit zum 1. November aufnehmen. Das ist ein gutes Signal für Europa. Jetzt gilt es für das neue Kollegium direkt durchzustarten, schließlich dulden die anstehenden Fragen keinen Aufschub. Die Hearings der Kommissarinnen und Kommissare im Europäischen Parlament in den zurückliegenden Wochen haben eines gezeigt: Die Juncker-Kommission wird eine politische Kommission werden - weniger Behörde, mehr echte Regierung. Mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini und dem ersten Vize-Präsidenten Frans Timmermans sitzen zudem zwei Sozialdemokraten an wichtigen Schaltstellen. Eine lange Einarbeitungszeit werden Juncker und sein Team nicht bekommen. Die weiterhin schlechte Wirtschaftslage in der EU erfordert eine schnelle Reaktion. Das vom Kommissionspräsidenten angekündigte 300 Milliarden Euro Programm muss zügig mit Leben gefüllt, Investitionsanreize gestärkt und die Arbeitslosenquote insbesondere unter jungen Menschen entschlossen bekämpft werden.

Darüber hinaus muss die EU in den vielen internationalen Krisen außenpolitisch geschlossen und verlässlich auftreten.

Nach der Aufstellung gemeinsamer europäischer Spitzenkandidaten, über einen europäisch geführten Wahlkampf bis zur Ernennung des Mitglieds der siegreichen Parteifamilie zum Kommissionspräsidenten, bildet die heutige Abstimmung im Europäischen Parlament den Endpunkt eines historischen demokratischen Prozesses auf europäischer Ebene.

Damit wurde ein Standard gesetzt, hinter den es bei zukünftigen Europawahlen kein Zurück mehr geben wird.

Bankenabgabe

Ausnahmen für Sparkassen und Genossenschaften

Die EU-Kommission hat die Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe veröffentlicht. Bei ihrer Ausgestaltung hatte die Kommission zuletzt insbesondere zugunsten von Sparkassen und Genossenschaften nachgebessert. Nunmehr ist der Weg frei zur Verabschiedung des Gesetzespakets zur Umsetzung eines weiteren Meilensteins der Bankenunion im Bundestag.

Die von der Kommission am 21. Oktober 2014 veröffentlichte Beitragsberechnung für den Bankenabwicklungsfonds entlastet vor allem kleinere Banken.

Als „klein“ definiert die EU-Kommission Banken, deren Bilanzsumme unter einer Milliarde Euro liegt und deren Bemessungsgrundlage geringer als 300 Millionen Euro ist. Für solche kleinen Institute ist eine pauschale Bankenabgabe zwischen 1.000 Euro und 50.000 Euro im Jahr vorgesehen.

In Deutschland werden rund 1.000 Institute von dieser entlastenden Pauschalabgabe erfasst, darunter mehr als 800 Genossenschaftsbanken und 70 bis 80 Sparkassen. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten das Recht, für Banken bis zu einer Bilanzsumme von drei Milliarden Euro weitere Erleichterungen zu schaffen.

Als besonders positiv für Sparkassen und Genossenschaften sehen wir, dass die Verbindlichkeiten innerhalb ihrer Finanzverbünde von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. So dürfen Sparkassen zum Beispiel Verbindlichkeiten gegenüber Landesbanken oder anderen Sparkassen herausrechnen.

Aus sozialdemokratischer Sicht hätten wir sicherlich die Sparkassen und Genossenschaften gern noch weiter entlastet gesehen, da diese Institute mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell den Abwicklungsfonds wahrscheinlich niemals in Anspruch nehmen müssen. Dagegen wäre es aus unserer Sicht gerechtfertigt gewesen, systemisch relevante Großbanken mit einem hohen Derivateanteil noch stärker zu belasten.

Allerdings stellt die von der EU-Kommission verabschiedete Regelung einen guten Kompromiss dar. Auf dieser Grundlage können wir nunmehr dem Gesetzespaket zur Umsetzung der Bankenunion im Bundestag zustimmen.

Bonbon

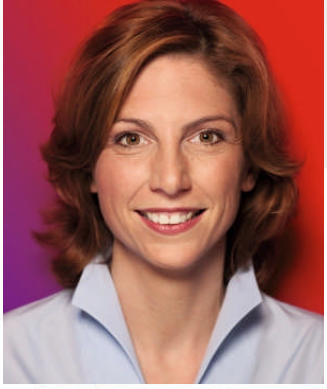
„Die Sonntagsfrage sagt nicht viel aus, weil alle Befragten, die da beim Kartoffelschälen angerufen werden, ganz genau wissen: Nächsten Sonntag ist gar keine Wahl.“

Frank-Walter Steinmeier
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Termine

29.10.14	*17.00 Uhr*	*IHK Altenkirchen*
	19.00 Uhr	*SPD-Ortsverein Altenkirchen Mitgliederversammlung*
30.10.14	*ganztägig*	*Tagespraktikum Remondis Altenkirchen*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**



Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
nun hat uns der Herbst erwischt: Herbststürme, Regenschauer, Temperatursturz... Die kalte Jahreszeit beginnt! Heiße Themen gibt‘s dagegen zurzeit im politischen Alltag. So beschäftigen uns täglich die Krisenherde auf der Welt, im Wahlkreis brennen uns Themen wie die medizinische Versorgung im ländlichen Raum unter den Nägeln und unser Koalitionspartner versucht unsere Projekte aus dem Koalitionsvertrag auf Eis zu legen mit dem Verweis auf die Wirtschaftsdaten. An allen diesen und weiteren Baustellen müssen wir auf der Hut sein! Nun genießt aber erstmal ein kuscheliges Herbstwochenende und denkt dran in der Nacht zu Sonntag die Uhr um eine Stunde zurückzustellen. Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Mehr Geld für Lärmschutz an Bahnstrecken!

In seiner jüngsten Sitzung hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages wichtige Entscheidungen in Sachen Bahnlärm getroffen. Künftig wird mehr Geld für den Lärmschutz zur Verfügung gestellt – so lassen sich die Entscheidungen des Ausschusses zusammenfassen. Der Antrag der Regierungsfraktion beinhaltete, dass die Mittel im Bereich Schiene, unter anderem auch für bestehende Schienenstrecken, auf insgesamt 130 Millionen Euro erhöht werden. Damit wird das Verkehrsministerium gleichzeitig aufgefordert, höhere Betriebskosten der leiseren Bremssysteme bei Güterwagen zu subventionieren. Das muss jedoch so organisiert werden, dass es mit EU-Recht vereinbar ist.
Im Bereich „Straße“ steigen die Mittel auf eine Gesamtsumme von 210,5 Millionen Euro für den Lärmschutz. Die Berliner Koalition nimmt die Sorgen und Nöte der Bahnanlieger ernst. Das wird durch die erhöhten Mittel deutlich.
Aber nicht nur in Sachen Lärmschutz macht die Regierungskoalition mehr Geld frei. Für den Radwegebau sollen insgesamt 90 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Verkehrsausschuss muss noch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Maßnahmen zustimmen.

Gesundheit

Regionale Krankenhauslandschaft vor Umbruch

Die Krankenhauslandschaft im Kreis Altenkirchen steht vor einem Umbruch. Die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete hat in den vergangenen Tagen bereits einige Zuschriften zu diesem Thema erhalten, weil die Menschen in der Region zutiefst verunsichert sind. Klar ist, dass eine hochwertige medizinische Versorgung in der Region gewährleistet sein muss. Dabei stehen die jeweiligen Häuser in Altenkirchen und Hachenburg eher im Fokus als das Kirchener Krankenhaus. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger haben Sabine Bätzing-Lichtenthäler veranlasst, die DRK Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz anzuschreiben, um eindeutige Aussagen zu erhalten.
Die Abgeordnete sieht Vorteile am Standort Altenkirchen, vor allem durch das relativ junge Bettenhaus. Insgesamt habe sich die Szene in Altenkirchen vorbildlich entwickelt, auch was die niedergelassenen Ärzte betrifft. Wichtig sei, vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei dem bevorstehenden Veränderungsprozess mitzunehmen. Zwischenzeitlich liegt ein Strukturgutachten vor, welches sich mit den DRK-Häusern in Altenkirchen, Hachenburg sowie Kirchen beschäftigt. Die Öffentlichkeit kennt jedoch noch keine Details.

Internationales

Ebola-Virus eindämmen!

Erst kürzlich debattierte der Deutsche Bundestag einen Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU/CSU, in dem der bisherige Beitrag Deutschlands zur Ebola-Bekämpfung gelobt wurde, gleichzeitig aber ein stärkeres Engagement der Bundesregierung eingefordert wurde.
Im Dezember rechnet die Weltgesundheits-organisation (WHO) mit wöchentlich 10.000 neuen Infizierten. „Die Ebola-Epidemie ist die schwerste ihrer Art seit Entdeckung des Virus. Bislang starben nach Angaben der WHO fast 4500 Menschen, nahezu 9000 diagnostizierte Fälle liegen vor. Im Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung zu einem verstärkten Engagement in Westafrika aufgefordert.
Die internationale Gemeinschaft steht in der Pflicht, jetzt schnell humanitäre Hilfe zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung auf, den deutschen Beitrag an die WHO, Ärzte ohne Grenzen und andere beteiligte Organisationen nochmals zu erhöhen. Sollte die humanitäre Katastrophe abgewehrt sein, ist danach die Entwicklungspolitik gefragt, denn sie ist Strukturpolitik. Viele Betriebe und fast alle Schulen sind seit Monaten geschlossen. Das wirtschaftliche und soziale Leben liegt brach. Mittelfristig müssen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit die Gesellschaft und Wirtschaft in den betroffenen Ländern wieder stabilisieren.

Bildung und Forschung

Studiengebühren sind unsozial!

Die von der Hochschulrektorenkonferenz geforderte flächendeckende Einführung von Studiengebühren würde die soziale Spaltung im Bildungssystem verstärken.

Aus gutem Grund haben inzwischen alle Bundesländer diese unsoziale Belastung für Studierende wieder abgeschafft. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich stattdessen dafür ein, dass sich der Bund nach Abschaffung des Kooperationsverbots im Wissenschaftsbereich verstärkt um die Grundfinanzierung der Hochschulen bemüht.

In zahlreichen Bundesländern haben die Menschen entschieden und der Belastung des Hochschulstudiums über Studiengebühren eine eindeutige Absage erteilt. Es ist in höchstem Maße fragwürdig, dass die Hochschulrektoren trotzdem weiterhin in erster Linie die Studierenden in der Verantwortung sehen, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen vielmehr in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot für den Hochschulbereich abschaffen. Es braucht gemeinsame Kraftanstrengungen von Bund und Ländern, um dauerhaft die Grundfinanzierung der Hochschulen in der Breite zu verbessern. Die Grundgesetzänderung schafft einen neuen verfassungsrechtlichen Rahmen, damit der Bund zukünftig dauerhaft Hochschulen fördern kann.

Mit dem Hochschulpakt, mit der Fortführung der Programmpauschale oder auch mit dem Qualitätspakt Lehre leistet der Bund bereits heute wichtige Beiträge, um Lehre und Forschung an Hochschulen zu stärken. Erst vor wenigen Tagen hat das Wissenschaftszentrum Berlin in einer Studie erneut festgestellt, dass Studiengebühren vor allem Studienberechtigte aus Nicht-Akademiker-Familien von einem Studium abschrecken. Vielleicht sollte die Hochschulrektorenkonferenz die Ergebnisse der aktuellen Forschung reflektieren, bevor man vermeintlich einfache Antworten wie die Forderung nach Studiengebühren präsentiert.

Europa

Europäische Kommission kann Arbeit aufnehmen

Mit großer Mehrheit haben heute die Mitglieder des Europäischen Parlaments die Kommission von Präsident Jean-Claude Juncker bestätigt. Damit kann sie wie geplant ihre Arbeit zum 1. November aufnehmen. Das ist ein gutes Signal für Europa. Jetzt gilt es für das neue Kollegium direkt durchzustarten, schließlich dulden die anstehenden Fragen keinen Aufschub. Die Hearings der Kommissarinnen und Kommissare im Europäischen Parlament in den zurückliegenden Wochen haben eines gezeigt: Die Juncker-Kommission wird eine politische Kommission werden - weniger Behörde, mehr echte Regierung. Mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini und dem ersten Vize-Präsidenten Frans Timmermans sitzen zudem zwei Sozialdemokraten an wichtigen Schaltstellen. Eine lange Einarbeitungszeit werden Juncker und sein Team nicht bekommen. Die weiterhin schlechte Wirtschaftslage in der EU erfordert eine schnelle Reaktion. Das vom Kommissionspräsidenten angekündigte 300 Milliarden Euro Programm muss zügig mit Leben gefüllt, Investitionsanreize gestärkt und die Arbeitslosenquote insbesondere unter jungen Menschen entschlossen bekämpft werden.

Darüber hinaus muss die EU in den vielen internationalen Krisen außenpolitisch geschlossen und verlässlich auftreten.

Nach der Aufstellung gemeinsamer europäischer Spitzenkandidaten, über einen europäisch geführten Wahlkampf bis zur Ernennung des Mitglieds der siegreichen Parteifamilie zum Kommissionspräsidenten, bildet die heutige Abstimmung im Europäischen Parlament den Endpunkt eines historischen demokratischen Prozesses auf europäischer Ebene.

Damit wurde ein Standard gesetzt, hinter den es bei zukünftigen Europawahlen kein Zurück mehr geben wird.

Bankenabgabe

Ausnahmen für Sparkassen und Genossenschaften

Die EU-Kommission hat die Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe veröffentlicht. Bei ihrer Ausgestaltung hatte die Kommission zuletzt insbesondere zugunsten von Sparkassen und Genossenschaften nachgebessert. Nunmehr ist der Weg frei zur Verabschiedung des Gesetzespakets zur Umsetzung eines weiteren Meilensteins der Bankenunion im Bundestag.

Die von der Kommission am 21. Oktober 2014 veröffentlichte Beitragsberechnung für den Bankenabwicklungsfonds entlastet vor allem kleinere Banken.

Als „klein“ definiert die EU-Kommission Banken, deren Bilanzsumme unter einer Milliarde Euro liegt und deren Bemessungsgrundlage geringer als 300 Millionen Euro ist. Für solche kleinen Institute ist eine pauschale Bankenabgabe zwischen 1.000 Euro und 50.000 Euro im Jahr vorgesehen.

In Deutschland werden rund 1.000 Institute von dieser entlastenden Pauschalabgabe erfasst, darunter mehr als 800 Genossenschaftsbanken und 70 bis 80 Sparkassen. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten das Recht, für Banken bis zu einer Bilanzsumme von drei Milliarden Euro weitere Erleichterungen zu schaffen.

Als besonders positiv für Sparkassen und Genossenschaften sehen wir, dass die Verbindlichkeiten innerhalb ihrer Finanzverbünde von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. So dürfen Sparkassen zum Beispiel Verbindlichkeiten gegenüber Landesbanken oder anderen Sparkassen herausrechnen.

Aus sozialdemokratischer Sicht hätten wir sicherlich die Sparkassen und Genossenschaften gern noch weiter entlastet gesehen, da diese Institute mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell den Abwicklungsfonds wahrscheinlich niemals in Anspruch nehmen müssen. Dagegen wäre es aus unserer Sicht gerechtfertigt gewesen, systemisch relevante Großbanken mit einem hohen Derivateanteil noch stärker zu belasten.

Allerdings stellt die von der EU-Kommission verabschiedete Regelung einen guten Kompromiss dar. Auf dieser Grundlage können wir nunmehr dem Gesetzespaket zur Umsetzung der Bankenunion im Bundestag zustimmen.

Bonbon

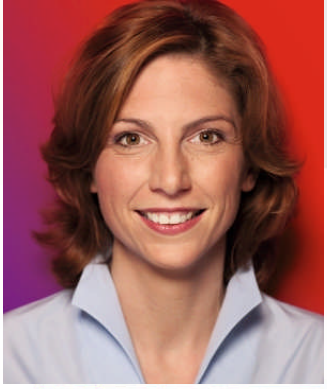
„Die Sonntagsfrage sagt nicht viel aus, weil alle Befragten, die da beim Kartoffelschälen angerufen werden, ganz genau wissen: Nächsten Sonntag ist gar keine Wahl.“

Frank-Walter Steinmeier
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Termine

29.10.14	*17.00 Uhr*	*IHK Altenkirchen*
	19.00 Uhr	*SPD-Ortsverein Altenkirchen Mitgliederversammlung*
30.10.14	*ganztägig*	*Tagespraktikum Remondis Altenkirchen*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**



Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
nun hat uns der Herbst erwischt: Herbststürme, Regenschauer, Temperatursturz... Die kalte Jahreszeit beginnt! Heiße Themen gibt‘s dagegen zurzeit im politischen Alltag. So beschäftigen uns täglich die Krisenherde auf der Welt, im Wahlkreis brennen uns Themen wie die medizinische Versorgung im ländlichen Raum unter den Nägeln und unser Koalitionspartner versucht unsere Projekte aus dem Koalitionsvertrag auf Eis zu legen mit dem Verweis auf die Wirtschaftsdaten. An allen diesen und weiteren Baustellen müssen wir auf der Hut sein! Nun genießt aber erstmal ein kuscheliges Herbstwochenende und denkt dran in der Nacht zu Sonntag die Uhr um eine Stunde zurückzustellen. Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Mehr Geld für Lärmschutz an Bahnstrecken!

In seiner jüngsten Sitzung hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages wichtige Entscheidungen in Sachen Bahnlärm getroffen. Künftig wird mehr Geld für den Lärmschutz zur Verfügung gestellt – so lassen sich die Entscheidungen des Ausschusses zusammenfassen. Der Antrag der Regierungsfraktion beinhaltete, dass die Mittel im Bereich Schiene, unter anderem auch für bestehende Schienenstrecken, auf insgesamt 130 Millionen Euro erhöht werden. Damit wird das Verkehrsministerium gleichzeitig aufgefordert, höhere Betriebskosten der leiseren Bremssysteme bei Güterwagen zu subventionieren. Das muss jedoch so organisiert werden, dass es mit EU-Recht vereinbar ist.
Im Bereich „Straße“ steigen die Mittel auf eine Gesamtsumme von 210,5 Millionen Euro für den Lärmschutz. Die Berliner Koalition nimmt die Sorgen und Nöte der Bahnanlieger ernst. Das wird durch die erhöhten Mittel deutlich.
Aber nicht nur in Sachen Lärmschutz macht die Regierungskoalition mehr Geld frei. Für den Radwegebau sollen insgesamt 90 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Verkehrsausschuss muss noch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Maßnahmen zustimmen.

Gesundheit

Regionale Krankenhauslandschaft vor Umbruch

Die Krankenhauslandschaft im Kreis Altenkirchen steht vor einem Umbruch. Die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete hat in den vergangenen Tagen bereits einige Zuschriften zu diesem Thema erhalten, weil die Menschen in der Region zutiefst verunsichert sind. Klar ist, dass eine hochwertige medizinische Versorgung in der Region gewährleistet sein muss. Dabei stehen die jeweiligen Häuser in Altenkirchen und Hachenburg eher im Fokus als das Kirchener Krankenhaus. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger haben Sabine Bätzing-Lichtenthäler veranlasst, die DRK Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz anzuschreiben, um eindeutige Aussagen zu erhalten.
Die Abgeordnete sieht Vorteile am Standort Altenkirchen, vor allem durch das relativ junge Bettenhaus. Insgesamt habe sich die Szene in Altenkirchen vorbildlich entwickelt, auch was die niedergelassenen Ärzte betrifft. Wichtig sei, vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei dem bevorstehenden Veränderungsprozess mitzunehmen. Zwischenzeitlich liegt ein Strukturgutachten vor, welches sich mit den DRK-Häusern in Altenkirchen, Hachenburg sowie Kirchen beschäftigt. Die Öffentlichkeit kennt jedoch noch keine Details.

Internationales

Ebola-Virus eindämmen!

Erst kürzlich debattierte der Deutsche Bundestag einen Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU/CSU, in dem der bisherige Beitrag Deutschlands zur Ebola-Bekämpfung gelobt wurde, gleichzeitig aber ein stärkeres Engagement der Bundesregierung eingefordert wurde.
Im Dezember rechnet die Weltgesundheits-organisation (WHO) mit wöchentlich 10.000 neuen Infizierten. „Die Ebola-Epidemie ist die schwerste ihrer Art seit Entdeckung des Virus. Bislang starben nach Angaben der WHO fast 4500 Menschen, nahezu 9000 diagnostizierte Fälle liegen vor. Im Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung zu einem verstärkten Engagement in Westafrika aufgefordert.
Die internationale Gemeinschaft steht in der Pflicht, jetzt schnell humanitäre Hilfe zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung auf, den deutschen Beitrag an die WHO, Ärzte ohne Grenzen und andere beteiligte Organisationen nochmals zu erhöhen. Sollte die humanitäre Katastrophe abgewehrt sein, ist danach die Entwicklungspolitik gefragt, denn sie ist Strukturpolitik. Viele Betriebe und fast alle Schulen sind seit Monaten geschlossen. Das wirtschaftliche und soziale Leben liegt brach. Mittelfristig müssen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit die Gesellschaft und Wirtschaft in den betroffenen Ländern wieder stabilisieren.

Bildung und Forschung

Studiengebühren sind unsozial!

Die von der Hochschulrektorenkonferenz geforderte flächendeckende Einführung von Studiengebühren würde die soziale Spaltung im Bildungssystem verstärken.

Aus gutem Grund haben inzwischen alle Bundesländer diese unsoziale Belastung für Studierende wieder abgeschafft. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich stattdessen dafür ein, dass sich der Bund nach Abschaffung des Kooperationsverbots im Wissenschaftsbereich verstärkt um die Grundfinanzierung der Hochschulen bemüht.

In zahlreichen Bundesländern haben die Menschen entschieden und der Belastung des Hochschulstudiums über Studiengebühren eine eindeutige Absage erteilt. Es ist in höchstem Maße fragwürdig, dass die Hochschulrektoren trotzdem weiterhin in erster Linie die Studierenden in der Verantwortung sehen, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen vielmehr in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot für den Hochschulbereich abschaffen. Es braucht gemeinsame Kraftanstrengungen von Bund und Ländern, um dauerhaft die Grundfinanzierung der Hochschulen in der Breite zu verbessern. Die Grundgesetzänderung schafft einen neuen verfassungsrechtlichen Rahmen, damit der Bund zukünftig dauerhaft Hochschulen fördern kann.

Mit dem Hochschulpakt, mit der Fortführung der Programmpauschale oder auch mit dem Qualitätspakt Lehre leistet der Bund bereits heute wichtige Beiträge, um Lehre und Forschung an Hochschulen zu stärken. Erst vor wenigen Tagen hat das Wissenschaftszentrum Berlin in einer Studie erneut festgestellt, dass Studiengebühren vor allem Studienberechtigte aus Nicht-Akademiker-Familien von einem Studium abschrecken. Vielleicht sollte die Hochschulrektorenkonferenz die Ergebnisse der aktuellen Forschung reflektieren, bevor man vermeintlich einfache Antworten wie die Forderung nach Studiengebühren präsentiert.

Europa

Europäische Kommission kann Arbeit aufnehmen

Mit großer Mehrheit haben heute die Mitglieder des Europäischen Parlaments die Kommission von Präsident Jean-Claude Juncker bestätigt. Damit kann sie wie geplant ihre Arbeit zum 1. November aufnehmen. Das ist ein gutes Signal für Europa. Jetzt gilt es für das neue Kollegium direkt durchzustarten, schließlich dulden die anstehenden Fragen keinen Aufschub. Die Hearings der Kommissarinnen und Kommissare im Europäischen Parlament in den zurückliegenden Wochen haben eines gezeigt: Die Juncker-Kommission wird eine politische Kommission werden - weniger Behörde, mehr echte Regierung. Mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini und dem ersten Vize-Präsidenten Frans Timmermans sitzen zudem zwei Sozialdemokraten an wichtigen Schaltstellen. Eine lange Einarbeitungszeit werden Juncker und sein Team nicht bekommen. Die weiterhin schlechte Wirtschaftslage in der EU erfordert eine schnelle Reaktion. Das vom Kommissionspräsidenten angekündigte 300 Milliarden Euro Programm muss zügig mit Leben gefüllt, Investitionsanreize gestärkt und die Arbeitslosenquote insbesondere unter jungen Menschen entschlossen bekämpft werden.

Darüber hinaus muss die EU in den vielen internationalen Krisen außenpolitisch geschlossen und verlässlich auftreten.

Nach der Aufstellung gemeinsamer europäischer Spitzenkandidaten, über einen europäisch geführten Wahlkampf bis zur Ernennung des Mitglieds der siegreichen Parteifamilie zum Kommissionspräsidenten, bildet die heutige Abstimmung im Europäischen Parlament den Endpunkt eines historischen demokratischen Prozesses auf europäischer Ebene.

Damit wurde ein Standard gesetzt, hinter den es bei zukünftigen Europawahlen kein Zurück mehr geben wird.

Bankenabgabe

Ausnahmen für Sparkassen und Genossenschaften

Die EU-Kommission hat die Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe veröffentlicht. Bei ihrer Ausgestaltung hatte die Kommission zuletzt insbesondere zugunsten von Sparkassen und Genossenschaften nachgebessert. Nunmehr ist der Weg frei zur Verabschiedung des Gesetzespakets zur Umsetzung eines weiteren Meilensteins der Bankenunion im Bundestag.

Die von der Kommission am 21. Oktober 2014 veröffentlichte Beitragsberechnung für den Bankenabwicklungsfonds entlastet vor allem kleinere Banken.

Als „klein“ definiert die EU-Kommission Banken, deren Bilanzsumme unter einer Milliarde Euro liegt und deren Bemessungsgrundlage geringer als 300 Millionen Euro ist. Für solche kleinen Institute ist eine pauschale Bankenabgabe zwischen 1.000 Euro und 50.000 Euro im Jahr vorgesehen.

In Deutschland werden rund 1.000 Institute von dieser entlastenden Pauschalabgabe erfasst, darunter mehr als 800 Genossenschaftsbanken und 70 bis 80 Sparkassen. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten das Recht, für Banken bis zu einer Bilanzsumme von drei Milliarden Euro weitere Erleichterungen zu schaffen.

Als besonders positiv für Sparkassen und Genossenschaften sehen wir, dass die Verbindlichkeiten innerhalb ihrer Finanzverbünde von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. So dürfen Sparkassen zum Beispiel Verbindlichkeiten gegenüber Landesbanken oder anderen Sparkassen herausrechnen.

Aus sozialdemokratischer Sicht hätten wir sicherlich die Sparkassen und Genossenschaften gern noch weiter entlastet gesehen, da diese Institute mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell den Abwicklungsfonds wahrscheinlich niemals in Anspruch nehmen müssen. Dagegen wäre es aus unserer Sicht gerechtfertigt gewesen, systemisch relevante Großbanken mit einem hohen Derivateanteil noch stärker zu belasten.

Allerdings stellt die von der EU-Kommission verabschiedete Regelung einen guten Kompromiss dar. Auf dieser Grundlage können wir nunmehr dem Gesetzespaket zur Umsetzung der Bankenunion im Bundestag zustimmen.

Bonbon

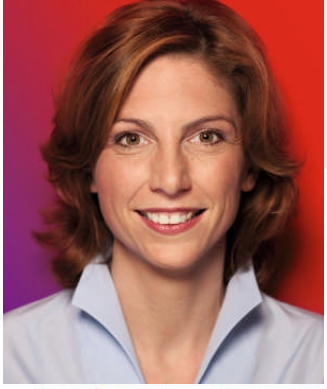
„Die Sonntagsfrage sagt nicht viel aus, weil alle Befragten, die da beim Kartoffelschälen angerufen werden, ganz genau wissen: Nächsten Sonntag ist gar keine Wahl.“

Frank-Walter Steinmeier
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Termine

29.10.14	*17.00 Uhr*	*IHK Altenkirchen*
	19.00 Uhr	*SPD-Ortsverein Altenkirchen Mitgliederversammlung*
30.10.14	*ganztägig*	*Tagespraktikum Remondis Altenkirchen*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**



Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
nun hat uns der Herbst erwischt: Herbststürme, Regenschauer, Temperatursturz... Die kalte Jahreszeit beginnt! Heiße Themen gibt‘s dagegen zurzeit im politischen Alltag. So beschäftigen uns täglich die Krisenherde auf der Welt, im Wahlkreis brennen uns Themen wie die medizinische Versorgung im ländlichen Raum unter den Nägeln und unser Koalitionspartner versucht unsere Projekte aus dem Koalitionsvertrag auf Eis zu legen mit dem Verweis auf die Wirtschaftsdaten. An allen diesen und weiteren Baustellen müssen wir auf der Hut sein! Nun genießt aber erstmal ein kuscheliges Herbstwochenende und denkt dran in der Nacht zu Sonntag die Uhr um eine Stunde zurückzustellen. Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Mehr Geld für Lärmschutz an Bahnstrecken!

In seiner jüngsten Sitzung hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages wichtige Entscheidungen in Sachen Bahnlärm getroffen. Künftig wird mehr Geld für den Lärmschutz zur Verfügung gestellt – so lassen sich die Entscheidungen des Ausschusses zusammenfassen. Der Antrag der Regierungsfraktion beinhaltete, dass die Mittel im Bereich Schiene, unter anderem auch für bestehende Schienenstrecken, auf insgesamt 130 Millionen Euro erhöht werden. Damit wird das Verkehrsministerium gleichzeitig aufgefordert, höhere Betriebskosten der leiseren Bremssysteme bei Güterwagen zu subventionieren. Das muss jedoch so organisiert werden, dass es mit EU-Recht vereinbar ist.
Im Bereich „Straße“ steigen die Mittel auf eine Gesamtsumme von 210,5 Millionen Euro für den Lärmschutz. Die Berliner Koalition nimmt die Sorgen und Nöte der Bahnanlieger ernst. Das wird durch die erhöhten Mittel deutlich.
Aber nicht nur in Sachen Lärmschutz macht die Regierungskoalition mehr Geld frei. Für den Radwegebau sollen insgesamt 90 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Verkehrsausschuss muss noch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Maßnahmen zustimmen.

Gesundheit

Regionale Krankenhauslandschaft vor Umbruch

Die Krankenhauslandschaft im Kreis Altenkirchen steht vor einem Umbruch. Die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete hat in den vergangenen Tagen bereits einige Zuschriften zu diesem Thema erhalten, weil die Menschen in der Region zutiefst verunsichert sind. Klar ist, dass eine hochwertige medizinische Versorgung in der Region gewährleistet sein muss. Dabei stehen die jeweiligen Häuser in Altenkirchen und Hachenburg eher im Fokus als das Kirchener Krankenhaus. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger haben Sabine Bätzing-Lichtenthäler veranlasst, die DRK Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz anzuschreiben, um eindeutige Aussagen zu erhalten.
Die Abgeordnete sieht Vorteile am Standort Altenkirchen, vor allem durch das relativ junge Bettenhaus. Insgesamt habe sich die Szene in Altenkirchen vorbildlich entwickelt, auch was die niedergelassenen Ärzte betrifft. Wichtig sei, vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei dem bevorstehenden Veränderungsprozess mitzunehmen. Zwischenzeitlich liegt ein Strukturgutachten vor, welches sich mit den DRK-Häusern in Altenkirchen, Hachenburg sowie Kirchen beschäftigt. Die Öffentlichkeit kennt jedoch noch keine Details.

Internationales

Ebola-Virus eindämmen!

Erst kürzlich debattierte der Deutsche Bundestag einen Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU/CSU, in dem der bisherige Beitrag Deutschlands zur Ebola-Bekämpfung gelobt wurde, gleichzeitig aber ein stärkeres Engagement der Bundesregierung eingefordert wurde.
Im Dezember rechnet die Weltgesundheits-organisation (WHO) mit wöchentlich 10.000 neuen Infizierten. „Die Ebola-Epidemie ist die schwerste ihrer Art seit Entdeckung des Virus. Bislang starben nach Angaben der WHO fast 4500 Menschen, nahezu 9000 diagnostizierte Fälle liegen vor. Im Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung zu einem verstärkten Engagement in Westafrika aufgefordert.
Die internationale Gemeinschaft steht in der Pflicht, jetzt schnell humanitäre Hilfe zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung auf, den deutschen Beitrag an die WHO, Ärzte ohne Grenzen und andere beteiligte Organisationen nochmals zu erhöhen. Sollte die humanitäre Katastrophe abgewehrt sein, ist danach die Entwicklungspolitik gefragt, denn sie ist Strukturpolitik. Viele Betriebe und fast alle Schulen sind seit Monaten geschlossen. Das wirtschaftliche und soziale Leben liegt brach. Mittelfristig müssen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit die Gesellschaft und Wirtschaft in den betroffenen Ländern wieder stabilisieren.

Bildung und Forschung

Studiengebühren sind unsozial!

Die von der Hochschulrektorenkonferenz geforderte flächendeckende Einführung von Studiengebühren würde die soziale Spaltung im Bildungssystem verstärken.

Aus gutem Grund haben inzwischen alle Bundesländer diese unsoziale Belastung für Studierende wieder abgeschafft. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich stattdessen dafür ein, dass sich der Bund nach Abschaffung des Kooperationsverbots im Wissenschaftsbereich verstärkt um die Grundfinanzierung der Hochschulen bemüht.

In zahlreichen Bundesländern haben die Menschen entschieden und der Belastung des Hochschulstudiums über Studiengebühren eine eindeutige Absage erteilt. Es ist in höchstem Maße fragwürdig, dass die Hochschulrektoren trotzdem weiterhin in erster Linie die Studierenden in der Verantwortung sehen, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen vielmehr in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot für den Hochschulbereich abschaffen. Es braucht gemeinsame Kraftanstrengungen von Bund und Ländern, um dauerhaft die Grundfinanzierung der Hochschulen in der Breite zu verbessern. Die Grundgesetzänderung schafft einen neuen verfassungsrechtlichen Rahmen, damit der Bund zukünftig dauerhaft Hochschulen fördern kann.

Mit dem Hochschulpakt, mit der Fortführung der Programmpauschale oder auch mit dem Qualitätspakt Lehre leistet der Bund bereits heute wichtige Beiträge, um Lehre und Forschung an Hochschulen zu stärken. Erst vor wenigen Tagen hat das Wissenschaftszentrum Berlin in einer Studie erneut festgestellt, dass Studiengebühren vor allem Studienberechtigte aus Nicht-Akademiker-Familien von einem Studium abschrecken. Vielleicht sollte die Hochschulrektorenkonferenz die Ergebnisse der aktuellen Forschung reflektieren, bevor man vermeintlich einfache Antworten wie die Forderung nach Studiengebühren präsentiert.

Europa

Europäische Kommission kann Arbeit aufnehmen

Mit großer Mehrheit haben heute die Mitglieder des Europäischen Parlaments die Kommission von Präsident Jean-Claude Juncker bestätigt. Damit kann sie wie geplant ihre Arbeit zum 1. November aufnehmen. Das ist ein gutes Signal für Europa. Jetzt gilt es für das neue Kollegium direkt durchzustarten, schließlich dulden die anstehenden Fragen keinen Aufschub. Die Hearings der Kommissarinnen und Kommissare im Europäischen Parlament in den zurückliegenden Wochen haben eines gezeigt: Die Juncker-Kommission wird eine politische Kommission werden - weniger Behörde, mehr echte Regierung. Mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini und dem ersten Vize-Präsidenten Frans Timmermans sitzen zudem zwei Sozialdemokraten an wichtigen Schaltstellen. Eine lange Einarbeitungszeit werden Juncker und sein Team nicht bekommen. Die weiterhin schlechte Wirtschaftslage in der EU erfordert eine schnelle Reaktion. Das vom Kommissionspräsidenten angekündigte 300 Milliarden Euro Programm muss zügig mit Leben gefüllt, Investitionsanreize gestärkt und die Arbeitslosenquote insbesondere unter jungen Menschen entschlossen bekämpft werden.

Darüber hinaus muss die EU in den vielen internationalen Krisen außenpolitisch geschlossen und verlässlich auftreten.

Nach der Aufstellung gemeinsamer europäischer Spitzenkandidaten, über einen europäisch geführten Wahlkampf bis zur Ernennung des Mitglieds der siegreichen Parteifamilie zum Kommissionspräsidenten, bildet die heutige Abstimmung im Europäischen Parlament den Endpunkt eines historischen demokratischen Prozesses auf europäischer Ebene.

Damit wurde ein Standard gesetzt, hinter den es bei zukünftigen Europawahlen kein Zurück mehr geben wird.

Bankenabgabe

Ausnahmen für Sparkassen und Genossenschaften

Die EU-Kommission hat die Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe veröffentlicht. Bei ihrer Ausgestaltung hatte die Kommission zuletzt insbesondere zugunsten von Sparkassen und Genossenschaften nachgebessert. Nunmehr ist der Weg frei zur Verabschiedung des Gesetzespakets zur Umsetzung eines weiteren Meilensteins der Bankenunion im Bundestag.

Die von der Kommission am 21. Oktober 2014 veröffentlichte Beitragsberechnung für den Bankenabwicklungsfonds entlastet vor allem kleinere Banken.

Als „klein“ definiert die EU-Kommission Banken, deren Bilanzsumme unter einer Milliarde Euro liegt und deren Bemessungsgrundlage geringer als 300 Millionen Euro ist. Für solche kleinen Institute ist eine pauschale Bankenabgabe zwischen 1.000 Euro und 50.000 Euro im Jahr vorgesehen.

In Deutschland werden rund 1.000 Institute von dieser entlastenden Pauschalabgabe erfasst, darunter mehr als 800 Genossenschaftsbanken und 70 bis 80 Sparkassen. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten das Recht, für Banken bis zu einer Bilanzsumme von drei Milliarden Euro weitere Erleichterungen zu schaffen.

Als besonders positiv für Sparkassen und Genossenschaften sehen wir, dass die Verbindlichkeiten innerhalb ihrer Finanzverbünde von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. So dürfen Sparkassen zum Beispiel Verbindlichkeiten gegenüber Landesbanken oder anderen Sparkassen herausrechnen.

Aus sozialdemokratischer Sicht hätten wir sicherlich die Sparkassen und Genossenschaften gern noch weiter entlastet gesehen, da diese Institute mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell den Abwicklungsfonds wahrscheinlich niemals in Anspruch nehmen müssen. Dagegen wäre es aus unserer Sicht gerechtfertigt gewesen, systemisch relevante Großbanken mit einem hohen Derivateanteil noch stärker zu belasten.

Allerdings stellt die von der EU-Kommission verabschiedete Regelung einen guten Kompromiss dar. Auf dieser Grundlage können wir nunmehr dem Gesetzespaket zur Umsetzung der Bankenunion im Bundestag zustimmen.

Bonbon

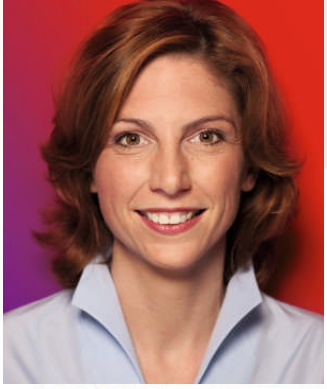
„Die Sonntagsfrage sagt nicht viel aus, weil alle Befragten, die da beim Kartoffelschälen angerufen werden, ganz genau wissen: Nächsten Sonntag ist gar keine Wahl.“

Frank-Walter Steinmeier
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Termine

29.10.14	*17.00 Uhr*	*IHK Altenkirchen*
	19.00 Uhr	*SPD-Ortsverein Altenkirchen Mitgliederversammlung*
30.10.14	*ganztägig*	*Tagespraktikum Remondis Altenkirchen*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**



Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
nun hat uns der Herbst erwischt: Herbststürme, Regenschauer, Temperatursturz... Die kalte Jahreszeit beginnt! Heiße Themen gibt‘s dagegen zurzeit im politischen Alltag. So beschäftigen uns täglich die Krisenherde auf der Welt, im Wahlkreis brennen uns Themen wie die medizinische Versorgung im ländlichen Raum unter den Nägeln und unser Koalitionspartner versucht unsere Projekte aus dem Koalitionsvertrag auf Eis zu legen mit dem Verweis auf die Wirtschaftsdaten. An allen diesen und weiteren Baustellen müssen wir auf der Hut sein! Nun genießt aber erstmal ein kuscheliges Herbstwochenende und denkt dran in der Nacht zu Sonntag die Uhr um eine Stunde zurückzustellen. Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Mehr Geld für Lärmschutz an Bahnstrecken!

In seiner jüngsten Sitzung hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages wichtige Entscheidungen in Sachen Bahnlärm getroffen. Künftig wird mehr Geld für den Lärmschutz zur Verfügung gestellt – so lassen sich die Entscheidungen des Ausschusses zusammenfassen. Der Antrag der Regierungsfraktion beinhaltete, dass die Mittel im Bereich Schiene, unter anderem auch für bestehende Schienenstrecken, auf insgesamt 130 Millionen Euro erhöht werden. Damit wird das Verkehrsministerium gleichzeitig aufgefordert, höhere Betriebskosten der leiseren Bremssysteme bei Güterwagen zu subventionieren. Das muss jedoch so organisiert werden, dass es mit EU-Recht vereinbar ist.
Im Bereich „Straße“ steigen die Mittel auf eine Gesamtsumme von 210,5 Millionen Euro für den Lärmschutz. Die Berliner Koalition nimmt die Sorgen und Nöte der Bahnanlieger ernst. Das wird durch die erhöhten Mittel deutlich.
Aber nicht nur in Sachen Lärmschutz macht die Regierungskoalition mehr Geld frei. Für den Radwegebau sollen insgesamt 90 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Verkehrsausschuss muss noch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Maßnahmen zustimmen.

Gesundheit

Regionale Krankenhauslandschaft vor Umbruch

Die Krankenhauslandschaft im Kreis Altenkirchen steht vor einem Umbruch. Die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete hat in den vergangenen Tagen bereits einige Zuschriften zu diesem Thema erhalten, weil die Menschen in der Region zutiefst verunsichert sind. Klar ist, dass eine hochwertige medizinische Versorgung in der Region gewährleistet sein muss. Dabei stehen die jeweiligen Häuser in Altenkirchen und Hachenburg eher im Fokus als das Kirchener Krankenhaus. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger haben Sabine Bätzing-Lichtenthäler veranlasst, die DRK Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz anzuschreiben, um eindeutige Aussagen zu erhalten.
Die Abgeordnete sieht Vorteile am Standort Altenkirchen, vor allem durch das relativ junge Bettenhaus. Insgesamt habe sich die Szene in Altenkirchen vorbildlich entwickelt, auch was die niedergelassenen Ärzte betrifft. Wichtig sei, vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei dem bevorstehenden Veränderungsprozess mitzunehmen. Zwischenzeitlich liegt ein Strukturgutachten vor, welches sich mit den DRK-Häusern in Altenkirchen, Hachenburg sowie Kirchen beschäftigt. Die Öffentlichkeit kennt jedoch noch keine Details.

Internationales

Ebola-Virus eindämmen!

Erst kürzlich debattierte der Deutsche Bundestag einen Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU/CSU, in dem der bisherige Beitrag Deutschlands zur Ebola-Bekämpfung gelobt wurde, gleichzeitig aber ein stärkeres Engagement der Bundesregierung eingefordert wurde.
Im Dezember rechnet die Weltgesundheits-organisation (WHO) mit wöchentlich 10.000 neuen Infizierten. „Die Ebola-Epidemie ist die schwerste ihrer Art seit Entdeckung des Virus. Bislang starben nach Angaben der WHO fast 4500 Menschen, nahezu 9000 diagnostizierte Fälle liegen vor. Im Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung zu einem verstärkten Engagement in Westafrika aufgefordert.
Die internationale Gemeinschaft steht in der Pflicht, jetzt schnell humanitäre Hilfe zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung auf, den deutschen Beitrag an die WHO, Ärzte ohne Grenzen und andere beteiligte Organisationen nochmals zu erhöhen. Sollte die humanitäre Katastrophe abgewehrt sein, ist danach die Entwicklungspolitik gefragt, denn sie ist Strukturpolitik. Viele Betriebe und fast alle Schulen sind seit Monaten geschlossen. Das wirtschaftliche und soziale Leben liegt brach. Mittelfristig müssen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit die Gesellschaft und Wirtschaft in den betroffenen Ländern wieder stabilisieren.

Bildung und Forschung

Studiengebühren sind unsozial!

Die von der Hochschulrektorenkonferenz geforderte flächendeckende Einführung von Studiengebühren würde die soziale Spaltung im Bildungssystem verstärken.

Aus gutem Grund haben inzwischen alle Bundesländer diese unsoziale Belastung für Studierende wieder abgeschafft. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich stattdessen dafür ein, dass sich der Bund nach Abschaffung des Kooperationsverbots im Wissenschaftsbereich verstärkt um die Grundfinanzierung der Hochschulen bemüht.

In zahlreichen Bundesländern haben die Menschen entschieden und der Belastung des Hochschulstudiums über Studiengebühren eine eindeutige Absage erteilt. Es ist in höchstem Maße fragwürdig, dass die Hochschulrektoren trotzdem weiterhin in erster Linie die Studierenden in der Verantwortung sehen, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen vielmehr in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot für den Hochschulbereich abschaffen. Es braucht gemeinsame Kraftanstrengungen von Bund und Ländern, um dauerhaft die Grundfinanzierung der Hochschulen in der Breite zu verbessern. Die Grundgesetzänderung schafft einen neuen verfassungsrechtlichen Rahmen, damit der Bund zukünftig dauerhaft Hochschulen fördern kann.

Mit dem Hochschulpakt, mit der Fortführung der Programmpauschale oder auch mit dem Qualitätspakt Lehre leistet der Bund bereits heute wichtige Beiträge, um Lehre und Forschung an Hochschulen zu stärken. Erst vor wenigen Tagen hat das Wissenschaftszentrum Berlin in einer Studie erneut festgestellt, dass Studiengebühren vor allem Studienberechtigte aus Nicht-Akademiker-Familien von einem Studium abschrecken. Vielleicht sollte die Hochschulrektorenkonferenz die Ergebnisse der aktuellen Forschung reflektieren, bevor man vermeintlich einfache Antworten wie die Forderung nach Studiengebühren präsentiert.

Europa

Europäische Kommission kann Arbeit aufnehmen

Mit großer Mehrheit haben heute die Mitglieder des Europäischen Parlaments die Kommission von Präsident Jean-Claude Juncker bestätigt. Damit kann sie wie geplant ihre Arbeit zum 1. November aufnehmen. Das ist ein gutes Signal für Europa. Jetzt gilt es für das neue Kollegium direkt durchzustarten, schließlich dulden die anstehenden Fragen keinen Aufschub. Die Hearings der Kommissarinnen und Kommissare im Europäischen Parlament in den zurückliegenden Wochen haben eines gezeigt: Die Juncker-Kommission wird eine politische Kommission werden - weniger Behörde, mehr echte Regierung. Mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini und dem ersten Vize-Präsidenten Frans Timmermans sitzen zudem zwei Sozialdemokraten an wichtigen Schaltstellen. Eine lange Einarbeitungszeit werden Juncker und sein Team nicht bekommen. Die weiterhin schlechte Wirtschaftslage in der EU erfordert eine schnelle Reaktion. Das vom Kommissionspräsidenten angekündigte 300 Milliarden Euro Programm muss zügig mit Leben gefüllt, Investitionsanreize gestärkt und die Arbeitslosenquote insbesondere unter jungen Menschen entschlossen bekämpft werden.

Darüber hinaus muss die EU in den vielen internationalen Krisen außenpolitisch geschlossen und verlässlich auftreten.

Nach der Aufstellung gemeinsamer europäischer Spitzenkandidaten, über einen europäisch geführten Wahlkampf bis zur Ernennung des Mitglieds der siegreichen Parteifamilie zum Kommissionspräsidenten, bildet die heutige Abstimmung im Europäischen Parlament den Endpunkt eines historischen demokratischen Prozesses auf europäischer Ebene.

Damit wurde ein Standard gesetzt, hinter den es bei zukünftigen Europawahlen kein Zurück mehr geben wird.

Bankenabgabe

Ausnahmen für Sparkassen und Genossenschaften

Die EU-Kommission hat die Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe veröffentlicht. Bei ihrer Ausgestaltung hatte die Kommission zuletzt insbesondere zugunsten von Sparkassen und Genossenschaften nachgebessert. Nunmehr ist der Weg frei zur Verabschiedung des Gesetzespakets zur Umsetzung eines weiteren Meilensteins der Bankenunion im Bundestag.

Die von der Kommission am 21. Oktober 2014 veröffentlichte Beitragsberechnung für den Bankenabwicklungsfonds entlastet vor allem kleinere Banken.

Als „klein“ definiert die EU-Kommission Banken, deren Bilanzsumme unter einer Milliarde Euro liegt und deren Bemessungsgrundlage geringer als 300 Millionen Euro ist. Für solche kleinen Institute ist eine pauschale Bankenabgabe zwischen 1.000 Euro und 50.000 Euro im Jahr vorgesehen.

In Deutschland werden rund 1.000 Institute von dieser entlastenden Pauschalabgabe erfasst, darunter mehr als 800 Genossenschaftsbanken und 70 bis 80 Sparkassen. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten das Recht, für Banken bis zu einer Bilanzsumme von drei Milliarden Euro weitere Erleichterungen zu schaffen.

Als besonders positiv für Sparkassen und Genossenschaften sehen wir, dass die Verbindlichkeiten innerhalb ihrer Finanzverbünde von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. So dürfen Sparkassen zum Beispiel Verbindlichkeiten gegenüber Landesbanken oder anderen Sparkassen herausrechnen.

Aus sozialdemokratischer Sicht hätten wir sicherlich die Sparkassen und Genossenschaften gern noch weiter entlastet gesehen, da diese Institute mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell den Abwicklungsfonds wahrscheinlich niemals in Anspruch nehmen müssen. Dagegen wäre es aus unserer Sicht gerechtfertigt gewesen, systemisch relevante Großbanken mit einem hohen Derivateanteil noch stärker zu belasten.

Allerdings stellt die von der EU-Kommission verabschiedete Regelung einen guten Kompromiss dar. Auf dieser Grundlage können wir nunmehr dem Gesetzespaket zur Umsetzung der Bankenunion im Bundestag zustimmen.

Bonbon

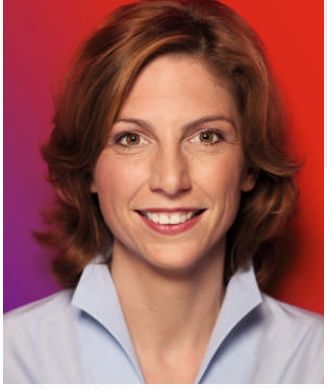
„Die Sonntagsfrage sagt nicht viel aus, weil alle Befragten, die da beim Kartoffelschälen angerufen werden, ganz genau wissen: Nächsten Sonntag ist gar keine Wahl.“

Frank-Walter Steinmeier
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Termine

29.10.14	*17.00 Uhr*	*IHK Altenkirchen*
	19.00 Uhr	*SPD-Ortsverein Altenkirchen Mitgliederversammlung*
30.10.14	*ganztägig*	*Tagespraktikum Remondis Altenkirchen*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**



Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
nun hat uns der Herbst erwischt: Herbststürme, Regenschauer, Temperatursturz... Die kalte Jahreszeit beginnt! Heiße Themen gibt‘s dagegen zurzeit im politischen Alltag. So beschäftigen uns täglich die Krisenherde auf der Welt, im Wahlkreis brennen uns Themen wie die medizinische Versorgung im ländlichen Raum unter den Nägeln und unser Koalitionspartner versucht unsere Projekte aus dem Koalitionsvertrag auf Eis zu legen mit dem Verweis auf die Wirtschaftsdaten. An allen diesen und weiteren Baustellen müssen wir auf der Hut sein! Nun genießt aber erstmal ein kuscheliges Herbstwochenende und denkt dran in der Nacht zu Sonntag die Uhr um eine Stunde zurückzustellen. Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Mehr Geld für Lärmschutz an Bahnstrecken!

In seiner jüngsten Sitzung hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages wichtige Entscheidungen in Sachen Bahnlärm getroffen. Künftig wird mehr Geld für den Lärmschutz zur Verfügung gestellt – so lassen sich die Entscheidungen des Ausschusses zusammenfassen. Der Antrag der Regierungsfraktion beinhaltete, dass die Mittel im Bereich Schiene, unter anderem auch für bestehende Schienenstrecken, auf insgesamt 130 Millionen Euro erhöht werden. Damit wird das Verkehrsministerium gleichzeitig aufgefordert, höhere Betriebskosten der leiseren Bremssysteme bei Güterwagen zu subventionieren. Das muss jedoch so organisiert werden, dass es mit EU-Recht vereinbar ist.
Im Bereich „Straße“ steigen die Mittel auf eine Gesamtsumme von 210,5 Millionen Euro für den Lärmschutz. Die Berliner Koalition nimmt die Sorgen und Nöte der Bahnanlieger ernst. Das wird durch die erhöhten Mittel deutlich.
Aber nicht nur in Sachen Lärmschutz macht die Regierungskoalition mehr Geld frei. Für den Radwegebau sollen insgesamt 90 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Verkehrsausschuss muss noch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Maßnahmen zustimmen.

Gesundheit

Regionale Krankenhauslandschaft vor Umbruch

Die Krankenhauslandschaft im Kreis Altenkirchen steht vor einem Umbruch. Die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete hat in den vergangenen Tagen bereits einige Zuschriften zu diesem Thema erhalten, weil die Menschen in der Region zutiefst verunsichert sind. Klar ist, dass eine hochwertige medizinische Versorgung in der Region gewährleistet sein muss. Dabei stehen die jeweiligen Häuser in Altenkirchen und Hachenburg eher im Fokus als das Kirchener Krankenhaus. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger haben Sabine Bätzing-Lichtenthäler veranlasst, die DRK Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz anzuschreiben, um eindeutige Aussagen zu erhalten.
Die Abgeordnete sieht Vorteile am Standort Altenkirchen, vor allem durch das relativ junge Bettenhaus. Insgesamt habe sich die Szene in Altenkirchen vorbildlich entwickelt, auch was die niedergelassenen Ärzte betrifft. Wichtig sei, vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei dem bevorstehenden Veränderungsprozess mitzunehmen. Zwischenzeitlich liegt ein Strukturgutachten vor, welches sich mit den DRK-Häusern in Altenkirchen, Hachenburg sowie Kirchen beschäftigt. Die Öffentlichkeit kennt jedoch noch keine Details.

Internationales

Ebola-Virus eindämmen!

Erst kürzlich debattierte der Deutsche Bundestag einen Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU/CSU, in dem der bisherige Beitrag Deutschlands zur Ebola-Bekämpfung gelobt wurde, gleichzeitig aber ein stärkeres Engagement der Bundesregierung eingefordert wurde.
Im Dezember rechnet die Weltgesundheits-organisation (WHO) mit wöchentlich 10.000 neuen Infizierten. „Die Ebola-Epidemie ist die schwerste ihrer Art seit Entdeckung des Virus. Bislang starben nach Angaben der WHO fast 4500 Menschen, nahezu 9000 diagnostizierte Fälle liegen vor. Im Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung zu einem verstärkten Engagement in Westafrika aufgefordert.
Die internationale Gemeinschaft steht in der Pflicht, jetzt schnell humanitäre Hilfe zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung auf, den deutschen Beitrag an die WHO, Ärzte ohne Grenzen und andere beteiligte Organisationen nochmals zu erhöhen. Sollte die humanitäre Katastrophe abgewehrt sein, ist danach die Entwicklungspolitik gefragt, denn sie ist Strukturpolitik. Viele Betriebe und fast alle Schulen sind seit Monaten geschlossen. Das wirtschaftliche und soziale Leben liegt brach. Mittelfristig müssen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit die Gesellschaft und Wirtschaft in den betroffenen Ländern wieder stabilisieren.

Bildung und Forschung

Studiengebühren sind unsozial!

Die von der Hochschulrektorenkonferenz geforderte flächendeckende Einführung von Studiengebühren würde die soziale Spaltung im Bildungssystem verstärken.

Aus gutem Grund haben inzwischen alle Bundesländer diese unsoziale Belastung für Studierende wieder abgeschafft. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich stattdessen dafür ein, dass sich der Bund nach Abschaffung des Kooperationsverbots im Wissenschaftsbereich verstärkt um die Grundfinanzierung der Hochschulen bemüht.

In zahlreichen Bundesländern haben die Menschen entschieden und der Belastung des Hochschulstudiums über Studiengebühren eine eindeutige Absage erteilt. Es ist in höchstem Maße fragwürdig, dass die Hochschulrektoren trotzdem weiterhin in erster Linie die Studierenden in der Verantwortung sehen, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen vielmehr in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot für den Hochschulbereich abschaffen. Es braucht gemeinsame Kraftanstrengungen von Bund und Ländern, um dauerhaft die Grundfinanzierung der Hochschulen in der Breite zu verbessern. Die Grundgesetzänderung schafft einen neuen verfassungsrechtlichen Rahmen, damit der Bund zukünftig dauerhaft Hochschulen fördern kann.

Mit dem Hochschulpakt, mit der Fortführung der Programmpauschale oder auch mit dem Qualitätspakt Lehre leistet der Bund bereits heute wichtige Beiträge, um Lehre und Forschung an Hochschulen zu stärken. Erst vor wenigen Tagen hat das Wissenschaftszentrum Berlin in einer Studie erneut festgestellt, dass Studiengebühren vor allem Studienberechtigte aus Nicht-Akademiker-Familien von einem Studium abschrecken. Vielleicht sollte die Hochschulrektorenkonferenz die Ergebnisse der aktuellen Forschung reflektieren, bevor man vermeintlich einfache Antworten wie die Forderung nach Studiengebühren präsentiert.

Europa

Europäische Kommission kann Arbeit aufnehmen

Mit großer Mehrheit haben heute die Mitglieder des Europäischen Parlaments die Kommission von Präsident Jean-Claude Juncker bestätigt. Damit kann sie wie geplant ihre Arbeit zum 1. November aufnehmen. Das ist ein gutes Signal für Europa. Jetzt gilt es für das neue Kollegium direkt durchzustarten, schließlich dulden die anstehenden Fragen keinen Aufschub. Die Hearings der Kommissarinnen und Kommissare im Europäischen Parlament in den zurückliegenden Wochen haben eines gezeigt: Die Juncker-Kommission wird eine politische Kommission werden - weniger Behörde, mehr echte Regierung. Mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini und dem ersten Vize-Präsidenten Frans Timmermans sitzen zudem zwei Sozialdemokraten an wichtigen Schaltstellen. Eine lange Einarbeitungszeit werden Juncker und sein Team nicht bekommen. Die weiterhin schlechte Wirtschaftslage in der EU erfordert eine schnelle Reaktion. Das vom Kommissionspräsidenten angekündigte 300 Milliarden Euro Programm muss zügig mit Leben gefüllt, Investitionsanreize gestärkt und die Arbeitslosenquote insbesondere unter jungen Menschen entschlossen bekämpft werden.

Darüber hinaus muss die EU in den vielen internationalen Krisen außenpolitisch geschlossen und verlässlich auftreten.

Nach der Aufstellung gemeinsamer europäischer Spitzenkandidaten, über einen europäisch geführten Wahlkampf bis zur Ernennung des Mitglieds der siegreichen Parteifamilie zum Kommissionspräsidenten, bildet die heutige Abstimmung im Europäischen Parlament den Endpunkt eines historischen demokratischen Prozesses auf europäischer Ebene.

Damit wurde ein Standard gesetzt, hinter den es bei zukünftigen Europawahlen kein Zurück mehr geben wird.

Bankenabgabe

Ausnahmen für Sparkassen und Genossenschaften

Die EU-Kommission hat die Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe veröffentlicht. Bei ihrer Ausgestaltung hatte die Kommission zuletzt insbesondere zugunsten von Sparkassen und Genossenschaften nachgebessert. Nunmehr ist der Weg frei zur Verabschiedung des Gesetzespakets zur Umsetzung eines weiteren Meilensteins der Bankenunion im Bundestag.

Die von der Kommission am 21. Oktober 2014 veröffentlichte Beitragsberechnung für den Bankenabwicklungsfonds entlastet vor allem kleinere Banken.

Als „klein“ definiert die EU-Kommission Banken, deren Bilanzsumme unter einer Milliarde Euro liegt und deren Bemessungsgrundlage geringer als 300 Millionen Euro ist. Für solche kleinen Institute ist eine pauschale Bankenabgabe zwischen 1.000 Euro und 50.000 Euro im Jahr vorgesehen.

In Deutschland werden rund 1.000 Institute von dieser entlastenden Pauschalabgabe erfasst, darunter mehr als 800 Genossenschaftsbanken und 70 bis 80 Sparkassen. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten das Recht, für Banken bis zu einer Bilanzsumme von drei Milliarden Euro weitere Erleichterungen zu schaffen.

Als besonders positiv für Sparkassen und Genossenschaften sehen wir, dass die Verbindlichkeiten innerhalb ihrer Finanzverbünde von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. So dürfen Sparkassen zum Beispiel Verbindlichkeiten gegenüber Landesbanken oder anderen Sparkassen herausrechnen.

Aus sozialdemokratischer Sicht hätten wir sicherlich die Sparkassen und Genossenschaften gern noch weiter entlastet gesehen, da diese Institute mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell den Abwicklungsfonds wahrscheinlich niemals in Anspruch nehmen müssen. Dagegen wäre es aus unserer Sicht gerechtfertigt gewesen, systemisch relevante Großbanken mit einem hohen Derivateanteil noch stärker zu belasten.

Allerdings stellt die von der EU-Kommission verabschiedete Regelung einen guten Kompromiss dar. Auf dieser Grundlage können wir nunmehr dem Gesetzespaket zur Umsetzung der Bankenunion im Bundestag zustimmen.

Bonbon

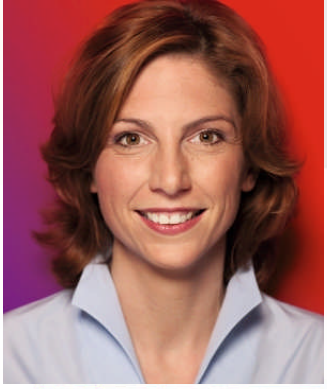
„Die Sonntagsfrage sagt nicht viel aus, weil alle Befragten, die da beim Kartoffelschälen angerufen werden, ganz genau wissen: Nächsten Sonntag ist gar keine Wahl.“

Frank-Walter Steinmeier
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Termine

29.10.14	*17.00 Uhr*	*IHK Altenkirchen*
	19.00 Uhr	*SPD-Ortsverein Altenkirchen Mitgliederversammlung*
30.10.14	*ganztägig*	*Tagespraktikum Remondis Altenkirchen*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**



Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
nun hat uns der Herbst erwischt: Herbststürme, Regenschauer, Temperatursturz... Die kalte Jahreszeit beginnt! Heiße Themen gibt‘s dagegen zurzeit im politischen Alltag. So beschäftigen uns täglich die Krisenherde auf der Welt, im Wahlkreis brennen uns Themen wie die medizinische Versorgung im ländlichen Raum unter den Nägeln und unser Koalitionspartner versucht unsere Projekte aus dem Koalitionsvertrag auf Eis zu legen mit dem Verweis auf die Wirtschaftsdaten. An allen diesen und weiteren Baustellen müssen wir auf der Hut sein! Nun genießt aber erstmal ein kuscheliges Herbstwochenende und denkt dran in der Nacht zu Sonntag die Uhr um eine Stunde zurückzustellen. Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Mehr Geld für Lärmschutz an Bahnstrecken!

In seiner jüngsten Sitzung hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages wichtige Entscheidungen in Sachen Bahnlärm getroffen. Künftig wird mehr Geld für den Lärmschutz zur Verfügung gestellt – so lassen sich die Entscheidungen des Ausschusses zusammenfassen. Der Antrag der Regierungsfraktion beinhaltete, dass die Mittel im Bereich Schiene, unter anderem auch für bestehende Schienenstrecken, auf insgesamt 130 Millionen Euro erhöht werden. Damit wird das Verkehrsministerium gleichzeitig aufgefordert, höhere Betriebskosten der leiseren Bremssysteme bei Güterwagen zu subventionieren. Das muss jedoch so organisiert werden, dass es mit EU-Recht vereinbar ist.
Im Bereich „Straße“ steigen die Mittel auf eine Gesamtsumme von 210,5 Millionen Euro für den Lärmschutz. Die Berliner Koalition nimmt die Sorgen und Nöte der Bahnanlieger ernst. Das wird durch die erhöhten Mittel deutlich.
Aber nicht nur in Sachen Lärmschutz macht die Regierungskoalition mehr Geld frei. Für den Radwegebau sollen insgesamt 90 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Verkehrsausschuss muss noch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Maßnahmen zustimmen.

Gesundheit

Regionale Krankenhauslandschaft vor Umbruch

Die Krankenhauslandschaft im Kreis Altenkirchen steht vor einem Umbruch. Die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete hat in den vergangenen Tagen bereits einige Zuschriften zu diesem Thema erhalten, weil die Menschen in der Region zutiefst verunsichert sind. Klar ist, dass eine hochwertige medizinische Versorgung in der Region gewährleistet sein muss. Dabei stehen die jeweiligen Häuser in Altenkirchen und Hachenburg eher im Fokus als das Kirchener Krankenhaus. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger haben Sabine Bätzing-Lichtenthäler veranlasst, die DRK Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz anzuschreiben, um eindeutige Aussagen zu erhalten.
Die Abgeordnete sieht Vorteile am Standort Altenkirchen, vor allem durch das relativ junge Bettenhaus. Insgesamt habe sich die Szene in Altenkirchen vorbildlich entwickelt, auch was die niedergelassenen Ärzte betrifft. Wichtig sei, vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei dem bevorstehenden Veränderungsprozess mitzunehmen. Zwischenzeitlich liegt ein Strukturgutachten vor, welches sich mit den DRK-Häusern in Altenkirchen, Hachenburg sowie Kirchen beschäftigt. Die Öffentlichkeit kennt jedoch noch keine Details.

Internationales

Ebola-Virus eindämmen!

Erst kürzlich debattierte der Deutsche Bundestag einen Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU/CSU, in dem der bisherige Beitrag Deutschlands zur Ebola-Bekämpfung gelobt wurde, gleichzeitig aber ein stärkeres Engagement der Bundesregierung eingefordert wurde.
Im Dezember rechnet die Weltgesundheits-organisation (WHO) mit wöchentlich 10.000 neuen Infizierten. „Die Ebola-Epidemie ist die schwerste ihrer Art seit Entdeckung des Virus. Bislang starben nach Angaben der WHO fast 4500 Menschen, nahezu 9000 diagnostizierte Fälle liegen vor. Im Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung zu einem verstärkten Engagement in Westafrika aufgefordert.
Die internationale Gemeinschaft steht in der Pflicht, jetzt schnell humanitäre Hilfe zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung auf, den deutschen Beitrag an die WHO, Ärzte ohne Grenzen und andere beteiligte Organisationen nochmals zu erhöhen. Sollte die humanitäre Katastrophe abgewehrt sein, ist danach die Entwicklungspolitik gefragt, denn sie ist Strukturpolitik. Viele Betriebe und fast alle Schulen sind seit Monaten geschlossen. Das wirtschaftliche und soziale Leben liegt brach. Mittelfristig müssen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit die Gesellschaft und Wirtschaft in den betroffenen Ländern wieder stabilisieren.

Bildung und Forschung

Studiengebühren sind unsozial!

Die von der Hochschulrektorenkonferenz geforderte flächendeckende Einführung von Studiengebühren würde die soziale Spaltung im Bildungssystem verstärken.

Aus gutem Grund haben inzwischen alle Bundesländer diese unsoziale Belastung für Studierende wieder abgeschafft. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich stattdessen dafür ein, dass sich der Bund nach Abschaffung des Kooperationsverbots im Wissenschaftsbereich verstärkt um die Grundfinanzierung der Hochschulen bemüht.

In zahlreichen Bundesländern haben die Menschen entschieden und der Belastung des Hochschulstudiums über Studiengebühren eine eindeutige Absage erteilt. Es ist in höchstem Maße fragwürdig, dass die Hochschulrektoren trotzdem weiterhin in erster Linie die Studierenden in der Verantwortung sehen, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen vielmehr in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot für den Hochschulbereich abschaffen. Es braucht gemeinsame Kraftanstrengungen von Bund und Ländern, um dauerhaft die Grundfinanzierung der Hochschulen in der Breite zu verbessern. Die Grundgesetzänderung schafft einen neuen verfassungsrechtlichen Rahmen, damit der Bund zukünftig dauerhaft Hochschulen fördern kann.

Mit dem Hochschulpakt, mit der Fortführung der Programmpauschale oder auch mit dem Qualitätspakt Lehre leistet der Bund bereits heute wichtige Beiträge, um Lehre und Forschung an Hochschulen zu stärken. Erst vor wenigen Tagen hat das Wissenschaftszentrum Berlin in einer Studie erneut festgestellt, dass Studiengebühren vor allem Studienberechtigte aus Nicht-Akademiker-Familien von einem Studium abschrecken. Vielleicht sollte die Hochschulrektorenkonferenz die Ergebnisse der aktuellen Forschung reflektieren, bevor man vermeintlich einfache Antworten wie die Forderung nach Studiengebühren präsentiert.

Europa

Europäische Kommission kann Arbeit aufnehmen

Mit großer Mehrheit haben heute die Mitglieder des Europäischen Parlaments die Kommission von Präsident Jean-Claude Juncker bestätigt. Damit kann sie wie geplant ihre Arbeit zum 1. November aufnehmen. Das ist ein gutes Signal für Europa. Jetzt gilt es für das neue Kollegium direkt durchzustarten, schließlich dulden die anstehenden Fragen keinen Aufschub. Die Hearings der Kommissarinnen und Kommissare im Europäischen Parlament in den zurückliegenden Wochen haben eines gezeigt: Die Juncker-Kommission wird eine politische Kommission werden - weniger Behörde, mehr echte Regierung. Mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini und dem ersten Vize-Präsidenten Frans Timmermans sitzen zudem zwei Sozialdemokraten an wichtigen Schaltstellen. Eine lange Einarbeitungszeit werden Juncker und sein Team nicht bekommen. Die weiterhin schlechte Wirtschaftslage in der EU erfordert eine schnelle Reaktion. Das vom Kommissionspräsidenten angekündigte 300 Milliarden Euro Programm muss zügig mit Leben gefüllt, Investitionsanreize gestärkt und die Arbeitslosenquote insbesondere unter jungen Menschen entschlossen bekämpft werden.

Darüber hinaus muss die EU in den vielen internationalen Krisen außenpolitisch geschlossen und verlässlich auftreten.

Nach der Aufstellung gemeinsamer europäischer Spitzenkandidaten, über einen europäisch geführten Wahlkampf bis zur Ernennung des Mitglieds der siegreichen Parteifamilie zum Kommissionspräsidenten, bildet die heutige Abstimmung im Europäischen Parlament den Endpunkt eines historischen demokratischen Prozesses auf europäischer Ebene.

Damit wurde ein Standard gesetzt, hinter den es bei zukünftigen Europawahlen kein Zurück mehr geben wird.

Bankenabgabe

Ausnahmen für Sparkassen und Genossenschaften

Die EU-Kommission hat die Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe veröffentlicht. Bei ihrer Ausgestaltung hatte die Kommission zuletzt insbesondere zugunsten von Sparkassen und Genossenschaften nachgebessert. Nunmehr ist der Weg frei zur Verabschiedung des Gesetzespakets zur Umsetzung eines weiteren Meilensteins der Bankenunion im Bundestag.

Die von der Kommission am 21. Oktober 2014 veröffentlichte Beitragsberechnung für den Bankenabwicklungsfonds entlastet vor allem kleinere Banken.

Als „klein“ definiert die EU-Kommission Banken, deren Bilanzsumme unter einer Milliarde Euro liegt und deren Bemessungsgrundlage geringer als 300 Millionen Euro ist. Für solche kleinen Institute ist eine pauschale Bankenabgabe zwischen 1.000 Euro und 50.000 Euro im Jahr vorgesehen.

In Deutschland werden rund 1.000 Institute von dieser entlastenden Pauschalabgabe erfasst, darunter mehr als 800 Genossenschaftsbanken und 70 bis 80 Sparkassen. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten das Recht, für Banken bis zu einer Bilanzsumme von drei Milliarden Euro weitere Erleichterungen zu schaffen.

Als besonders positiv für Sparkassen und Genossenschaften sehen wir, dass die Verbindlichkeiten innerhalb ihrer Finanzverbünde von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. So dürfen Sparkassen zum Beispiel Verbindlichkeiten gegenüber Landesbanken oder anderen Sparkassen herausrechnen.

Aus sozialdemokratischer Sicht hätten wir sicherlich die Sparkassen und Genossenschaften gern noch weiter entlastet gesehen, da diese Institute mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell den Abwicklungsfonds wahrscheinlich niemals in Anspruch nehmen müssen. Dagegen wäre es aus unserer Sicht gerechtfertigt gewesen, systemisch relevante Großbanken mit einem hohen Derivateanteil noch stärker zu belasten.

Allerdings stellt die von der EU-Kommission verabschiedete Regelung einen guten Kompromiss dar. Auf dieser Grundlage können wir nunmehr dem Gesetzespaket zur Umsetzung der Bankenunion im Bundestag zustimmen.

Bonbon

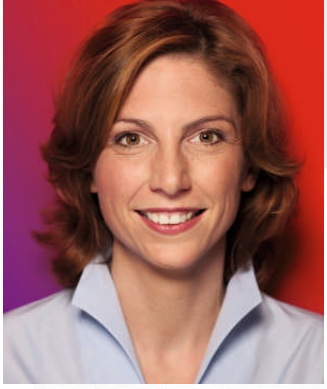
„Die Sonntagsfrage sagt nicht viel aus, weil alle Befragten, die da beim Kartoffelschälen angerufen werden, ganz genau wissen: Nächsten Sonntag ist gar keine Wahl.“

Frank-Walter Steinmeier
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Termine

29.10.14	*17.00 Uhr*	*IHK Altenkirchen*
	19.00 Uhr	*SPD-Ortsverein Altenkirchen Mitgliederversammlung*
30.10.14	*ganztägig*	*Tagespraktikum Remondis Altenkirchen*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**



Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
nun hat uns der Herbst erwischt: Herbststürme, Regenschauer, Temperatursturz... Die kalte Jahreszeit beginnt! Heiße Themen gibt‘s dagegen zurzeit im politischen Alltag. So beschäftigen uns täglich die Krisenherde auf der Welt, im Wahlkreis brennen uns Themen wie die medizinische Versorgung im ländlichen Raum unter den Nägeln und unser Koalitionspartner versucht unsere Projekte aus dem Koalitionsvertrag auf Eis zu legen mit dem Verweis auf die Wirtschaftsdaten. An allen diesen und weiteren Baustellen müssen wir auf der Hut sein! Nun genießt aber erstmal ein kuscheliges Herbstwochenende und denkt dran in der Nacht zu Sonntag die Uhr um eine Stunde zurückzustellen. Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Mehr Geld für Lärmschutz an Bahnstrecken!

In seiner jüngsten Sitzung hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages wichtige Entscheidungen in Sachen Bahnlärm getroffen. Künftig wird mehr Geld für den Lärmschutz zur Verfügung gestellt – so lassen sich die Entscheidungen des Ausschusses zusammenfassen. Der Antrag der Regierungsfraktion beinhaltete, dass die Mittel im Bereich Schiene, unter anderem auch für bestehende Schienenstrecken, auf insgesamt 130 Millionen Euro erhöht werden. Damit wird das Verkehrsministerium gleichzeitig aufgefordert, höhere Betriebskosten der leiseren Bremssysteme bei Güterwagen zu subventionieren. Das muss jedoch so organisiert werden, dass es mit EU-Recht vereinbar ist.
Im Bereich „Straße“ steigen die Mittel auf eine Gesamtsumme von 210,5 Millionen Euro für den Lärmschutz. Die Berliner Koalition nimmt die Sorgen und Nöte der Bahnanlieger ernst. Das wird durch die erhöhten Mittel deutlich.
Aber nicht nur in Sachen Lärmschutz macht die Regierungskoalition mehr Geld frei. Für den Radwegebau sollen insgesamt 90 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Verkehrsausschuss muss noch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Maßnahmen zustimmen.

Gesundheit

Regionale Krankenhauslandschaft vor Umbruch

Die Krankenhauslandschaft im Kreis Altenkirchen steht vor einem Umbruch. Die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete hat in den vergangenen Tagen bereits einige Zuschriften zu diesem Thema erhalten, weil die Menschen in der Region zutiefst verunsichert sind. Klar ist, dass eine hochwertige medizinische Versorgung in der Region gewährleistet sein muss. Dabei stehen die jeweiligen Häuser in Altenkirchen und Hachenburg eher im Fokus als das Kirchener Krankenhaus. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger haben Sabine Bätzing-Lichtenthäler veranlasst, die DRK Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz anzuschreiben, um eindeutige Aussagen zu erhalten.
Die Abgeordnete sieht Vorteile am Standort Altenkirchen, vor allem durch das relativ junge Bettenhaus. Insgesamt habe sich die Szene in Altenkirchen vorbildlich entwickelt, auch was die niedergelassenen Ärzte betrifft. Wichtig sei, vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei dem bevorstehenden Veränderungsprozess mitzunehmen. Zwischenzeitlich liegt ein Strukturgutachten vor, welches sich mit den DRK-Häusern in Altenkirchen, Hachenburg sowie Kirchen beschäftigt. Die Öffentlichkeit kennt jedoch noch keine Details.

Internationales

Ebola-Virus eindämmen!

Erst kürzlich debattierte der Deutsche Bundestag einen Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU/CSU, in dem der bisherige Beitrag Deutschlands zur Ebola-Bekämpfung gelobt wurde, gleichzeitig aber ein stärkeres Engagement der Bundesregierung eingefordert wurde.
Im Dezember rechnet die Weltgesundheits-organisation (WHO) mit wöchentlich 10.000 neuen Infizierten. „Die Ebola-Epidemie ist die schwerste ihrer Art seit Entdeckung des Virus. Bislang starben nach Angaben der WHO fast 4500 Menschen, nahezu 9000 diagnostizierte Fälle liegen vor. Im Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung zu einem verstärkten Engagement in Westafrika aufgefordert.
Die internationale Gemeinschaft steht in der Pflicht, jetzt schnell humanitäre Hilfe zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung auf, den deutschen Beitrag an die WHO, Ärzte ohne Grenzen und andere beteiligte Organisationen nochmals zu erhöhen. Sollte die humanitäre Katastrophe abgewehrt sein, ist danach die Entwicklungspolitik gefragt, denn sie ist Strukturpolitik. Viele Betriebe und fast alle Schulen sind seit Monaten geschlossen. Das wirtschaftliche und soziale Leben liegt brach. Mittelfristig müssen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit die Gesellschaft und Wirtschaft in den betroffenen Ländern wieder stabilisieren.

Bildung und Forschung

Studiengebühren sind unsozial!

Die von der Hochschulrektorenkonferenz geforderte flächendeckende Einführung von Studiengebühren würde die soziale Spaltung im Bildungssystem verstärken.

Aus gutem Grund haben inzwischen alle Bundesländer diese unsoziale Belastung für Studierende wieder abgeschafft. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich stattdessen dafür ein, dass sich der Bund nach Abschaffung des Kooperationsverbots im Wissenschaftsbereich verstärkt um die Grundfinanzierung der Hochschulen bemüht.

In zahlreichen Bundesländern haben die Menschen entschieden und der Belastung des Hochschulstudiums über Studiengebühren eine eindeutige Absage erteilt. Es ist in höchstem Maße fragwürdig, dass die Hochschulrektoren trotzdem weiterhin in erster Linie die Studierenden in der Verantwortung sehen, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen vielmehr in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot für den Hochschulbereich abschaffen. Es braucht gemeinsame Kraftanstrengungen von Bund und Ländern, um dauerhaft die Grundfinanzierung der Hochschulen in der Breite zu verbessern. Die Grundgesetzänderung schafft einen neuen verfassungsrechtlichen Rahmen, damit der Bund zukünftig dauerhaft Hochschulen fördern kann.

Mit dem Hochschulpakt, mit der Fortführung der Programmpauschale oder auch mit dem Qualitätspakt Lehre leistet der Bund bereits heute wichtige Beiträge, um Lehre und Forschung an Hochschulen zu stärken. Erst vor wenigen Tagen hat das Wissenschaftszentrum Berlin in einer Studie erneut festgestellt, dass Studiengebühren vor allem Studienberechtigte aus Nicht-Akademiker-Familien von einem Studium abschrecken. Vielleicht sollte die Hochschulrektorenkonferenz die Ergebnisse der aktuellen Forschung reflektieren, bevor man vermeintlich einfache Antworten wie die Forderung nach Studiengebühren präsentiert.

Europa

Europäische Kommission kann Arbeit aufnehmen

Mit großer Mehrheit haben heute die Mitglieder des Europäischen Parlaments die Kommission von Präsident Jean-Claude Juncker bestätigt. Damit kann sie wie geplant ihre Arbeit zum 1. November aufnehmen. Das ist ein gutes Signal für Europa. Jetzt gilt es für das neue Kollegium direkt durchzustarten, schließlich dulden die anstehenden Fragen keinen Aufschub. Die Hearings der Kommissarinnen und Kommissare im Europäischen Parlament in den zurückliegenden Wochen haben eines gezeigt: Die Juncker-Kommission wird eine politische Kommission werden - weniger Behörde, mehr echte Regierung. Mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini und dem ersten Vize-Präsidenten Frans Timmermans sitzen zudem zwei Sozialdemokraten an wichtigen Schaltstellen. Eine lange Einarbeitungszeit werden Juncker und sein Team nicht bekommen. Die weiterhin schlechte Wirtschaftslage in der EU erfordert eine schnelle Reaktion. Das vom Kommissionspräsidenten angekündigte 300 Milliarden Euro Programm muss zügig mit Leben gefüllt, Investitionsanreize gestärkt und die Arbeitslosenquote insbesondere unter jungen Menschen entschlossen bekämpft werden.

Darüber hinaus muss die EU in den vielen internationalen Krisen außenpolitisch geschlossen und verlässlich auftreten.

Nach der Aufstellung gemeinsamer europäischer Spitzenkandidaten, über einen europäisch geführten Wahlkampf bis zur Ernennung des Mitglieds der siegreichen Parteifamilie zum Kommissionspräsidenten, bildet die heutige Abstimmung im Europäischen Parlament den Endpunkt eines historischen demokratischen Prozesses auf europäischer Ebene.

Damit wurde ein Standard gesetzt, hinter den es bei zukünftigen Europawahlen kein Zurück mehr geben wird.

Bankenabgabe

Ausnahmen für Sparkassen und Genossenschaften

Die EU-Kommission hat die Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe veröffentlicht. Bei ihrer Ausgestaltung hatte die Kommission zuletzt insbesondere zugunsten von Sparkassen und Genossenschaften nachgebessert. Nunmehr ist der Weg frei zur Verabschiedung des Gesetzespakets zur Umsetzung eines weiteren Meilensteins der Bankenunion im Bundestag.

Die von der Kommission am 21. Oktober 2014 veröffentlichte Beitragsberechnung für den Bankenabwicklungsfonds entlastet vor allem kleinere Banken.

Als „klein“ definiert die EU-Kommission Banken, deren Bilanzsumme unter einer Milliarde Euro liegt und deren Bemessungsgrundlage geringer als 300 Millionen Euro ist. Für solche kleinen Institute ist eine pauschale Bankenabgabe zwischen 1.000 Euro und 50.000 Euro im Jahr vorgesehen.

In Deutschland werden rund 1.000 Institute von dieser entlastenden Pauschalabgabe erfasst, darunter mehr als 800 Genossenschaftsbanken und 70 bis 80 Sparkassen. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten das Recht, für Banken bis zu einer Bilanzsumme von drei Milliarden Euro weitere Erleichterungen zu schaffen.

Als besonders positiv für Sparkassen und Genossenschaften sehen wir, dass die Verbindlichkeiten innerhalb ihrer Finanzverbünde von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. So dürfen Sparkassen zum Beispiel Verbindlichkeiten gegenüber Landesbanken oder anderen Sparkassen herausrechnen.

Aus sozialdemokratischer Sicht hätten wir sicherlich die Sparkassen und Genossenschaften gern noch weiter entlastet gesehen, da diese Institute mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell den Abwicklungsfonds wahrscheinlich niemals in Anspruch nehmen müssen. Dagegen wäre es aus unserer Sicht gerechtfertigt gewesen, systemisch relevante Großbanken mit einem hohen Derivateanteil noch stärker zu belasten.

Allerdings stellt die von der EU-Kommission verabschiedete Regelung einen guten Kompromiss dar. Auf dieser Grundlage können wir nunmehr dem Gesetzespaket zur Umsetzung der Bankenunion im Bundestag zustimmen.

Bonbon

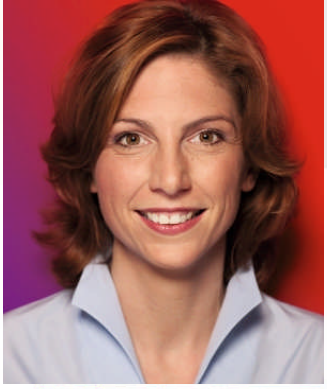
„Die Sonntagsfrage sagt nicht viel aus, weil alle Befragten, die da beim Kartoffelschälen angerufen werden, ganz genau wissen: Nächsten Sonntag ist gar keine Wahl.“

Frank-Walter Steinmeier
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Termine

29.10.14	*17.00 Uhr*	*IHK Altenkirchen*
	19.00 Uhr	*SPD-Ortsverein Altenkirchen Mitgliederversammlung*
30.10.14	*ganztägig*	*Tagespraktikum Remondis Altenkirchen*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**



Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
nun hat uns der Herbst erwischt: Herbststürme, Regenschauer, Temperatursturz... Die kalte Jahreszeit beginnt! Heiße Themen gibt‘s dagegen zurzeit im politischen Alltag. So beschäftigen uns täglich die Krisenherde auf der Welt, im Wahlkreis brennen uns Themen wie die medizinische Versorgung im ländlichen Raum unter den Nägeln und unser Koalitionspartner versucht unsere Projekte aus dem Koalitionsvertrag auf Eis zu legen mit dem Verweis auf die Wirtschaftsdaten. An allen diesen und weiteren Baustellen müssen wir auf der Hut sein! Nun genießt aber erstmal ein kuscheliges Herbstwochenende und denkt dran in der Nacht zu Sonntag die Uhr um eine Stunde zurückzustellen. Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Mehr Geld für Lärmschutz an Bahnstrecken!

In seiner jüngsten Sitzung hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages wichtige Entscheidungen in Sachen Bahnlärm getroffen. Künftig wird mehr Geld für den Lärmschutz zur Verfügung gestellt – so lassen sich die Entscheidungen des Ausschusses zusammenfassen. Der Antrag der Regierungsfraktion beinhaltete, dass die Mittel im Bereich Schiene, unter anderem auch für bestehende Schienenstrecken, auf insgesamt 130 Millionen Euro erhöht werden. Damit wird das Verkehrsministerium gleichzeitig aufgefordert, höhere Betriebskosten der leiseren Bremssysteme bei Güterwagen zu subventionieren. Das muss jedoch so organisiert werden, dass es mit EU-Recht vereinbar ist.
Im Bereich „Straße“ steigen die Mittel auf eine Gesamtsumme von 210,5 Millionen Euro für den Lärmschutz. Die Berliner Koalition nimmt die Sorgen und Nöte der Bahnanlieger ernst. Das wird durch die erhöhten Mittel deutlich.
Aber nicht nur in Sachen Lärmschutz macht die Regierungskoalition mehr Geld frei. Für den Radwegebau sollen insgesamt 90 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Verkehrsausschuss muss noch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Maßnahmen zustimmen.

Gesundheit

Regionale Krankenhauslandschaft vor Umbruch

Die Krankenhauslandschaft im Kreis Altenkirchen steht vor einem Umbruch. Die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete hat in den vergangenen Tagen bereits einige Zuschriften zu diesem Thema erhalten, weil die Menschen in der Region zutiefst verunsichert sind. Klar ist, dass eine hochwertige medizinische Versorgung in der Region gewährleistet sein muss. Dabei stehen die jeweiligen Häuser in Altenkirchen und Hachenburg eher im Fokus als das Kirchener Krankenhaus. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger haben Sabine Bätzing-Lichtenthäler veranlasst, die DRK Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz anzuschreiben, um eindeutige Aussagen zu erhalten.
Die Abgeordnete sieht Vorteile am Standort Altenkirchen, vor allem durch das relativ junge Bettenhaus. Insgesamt habe sich die Szene in Altenkirchen vorbildlich entwickelt, auch was die niedergelassenen Ärzte betrifft. Wichtig sei, vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei dem bevorstehenden Veränderungsprozess mitzunehmen. Zwischenzeitlich liegt ein Strukturgutachten vor, welches sich mit den DRK-Häusern in Altenkirchen, Hachenburg sowie Kirchen beschäftigt. Die Öffentlichkeit kennt jedoch noch keine Details.

Internationales

Ebola-Virus eindämmen!

Erst kürzlich debattierte der Deutsche Bundestag einen Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU/CSU, in dem der bisherige Beitrag Deutschlands zur Ebola-Bekämpfung gelobt wurde, gleichzeitig aber ein stärkeres Engagement der Bundesregierung eingefordert wurde.
Im Dezember rechnet die Weltgesundheits-organisation (WHO) mit wöchentlich 10.000 neuen Infizierten. „Die Ebola-Epidemie ist die schwerste ihrer Art seit Entdeckung des Virus. Bislang starben nach Angaben der WHO fast 4500 Menschen, nahezu 9000 diagnostizierte Fälle liegen vor. Im Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung zu einem verstärkten Engagement in Westafrika aufgefordert.
Die internationale Gemeinschaft steht in der Pflicht, jetzt schnell humanitäre Hilfe zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung auf, den deutschen Beitrag an die WHO, Ärzte ohne Grenzen und andere beteiligte Organisationen nochmals zu erhöhen. Sollte die humanitäre Katastrophe abgewehrt sein, ist danach die Entwicklungspolitik gefragt, denn sie ist Strukturpolitik. Viele Betriebe und fast alle Schulen sind seit Monaten geschlossen. Das wirtschaftliche und soziale Leben liegt brach. Mittelfristig müssen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit die Gesellschaft und Wirtschaft in den betroffenen Ländern wieder stabilisieren.

Bildung und Forschung

Studiengebühren sind unsozial!

Die von der Hochschulrektorenkonferenz geforderte flächendeckende Einführung von Studiengebühren würde die soziale Spaltung im Bildungssystem verstärken.

Aus gutem Grund haben inzwischen alle Bundesländer diese unsoziale Belastung für Studierende wieder abgeschafft. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich stattdessen dafür ein, dass sich der Bund nach Abschaffung des Kooperationsverbots im Wissenschaftsbereich verstärkt um die Grundfinanzierung der Hochschulen bemüht.

In zahlreichen Bundesländern haben die Menschen entschieden und der Belastung des Hochschulstudiums über Studiengebühren eine eindeutige Absage erteilt. Es ist in höchstem Maße fragwürdig, dass die Hochschulrektoren trotzdem weiterhin in erster Linie die Studierenden in der Verantwortung sehen, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen vielmehr in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot für den Hochschulbereich abschaffen. Es braucht gemeinsame Kraftanstrengungen von Bund und Ländern, um dauerhaft die Grundfinanzierung der Hochschulen in der Breite zu verbessern. Die Grundgesetzänderung schafft einen neuen verfassungsrechtlichen Rahmen, damit der Bund zukünftig dauerhaft Hochschulen fördern kann.

Mit dem Hochschulpakt, mit der Fortführung der Programmpauschale oder auch mit dem Qualitätspakt Lehre leistet der Bund bereits heute wichtige Beiträge, um Lehre und Forschung an Hochschulen zu stärken. Erst vor wenigen Tagen hat das Wissenschaftszentrum Berlin in einer Studie erneut festgestellt, dass Studiengebühren vor allem Studienberechtigte aus Nicht-Akademiker-Familien von einem Studium abschrecken. Vielleicht sollte die Hochschulrektorenkonferenz die Ergebnisse der aktuellen Forschung reflektieren, bevor man vermeintlich einfache Antworten wie die Forderung nach Studiengebühren präsentiert.

Europa

Europäische Kommission kann Arbeit aufnehmen

Mit großer Mehrheit haben heute die Mitglieder des Europäischen Parlaments die Kommission von Präsident Jean-Claude Juncker bestätigt. Damit kann sie wie geplant ihre Arbeit zum 1. November aufnehmen. Das ist ein gutes Signal für Europa. Jetzt gilt es für das neue Kollegium direkt durchzustarten, schließlich dulden die anstehenden Fragen keinen Aufschub. Die Hearings der Kommissarinnen und Kommissare im Europäischen Parlament in den zurückliegenden Wochen haben eines gezeigt: Die Juncker-Kommission wird eine politische Kommission werden - weniger Behörde, mehr echte Regierung. Mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini und dem ersten Vize-Präsidenten Frans Timmermans sitzen zudem zwei Sozialdemokraten an wichtigen Schaltstellen. Eine lange Einarbeitungszeit werden Juncker und sein Team nicht bekommen. Die weiterhin schlechte Wirtschaftslage in der EU erfordert eine schnelle Reaktion. Das vom Kommissionspräsidenten angekündigte 300 Milliarden Euro Programm muss zügig mit Leben gefüllt, Investitionsanreize gestärkt und die Arbeitslosenquote insbesondere unter jungen Menschen entschlossen bekämpft werden.

Darüber hinaus muss die EU in den vielen internationalen Krisen außenpolitisch geschlossen und verlässlich auftreten.

Nach der Aufstellung gemeinsamer europäischer Spitzenkandidaten, über einen europäisch geführten Wahlkampf bis zur Ernennung des Mitglieds der siegreichen Parteifamilie zum Kommissionspräsidenten, bildet die heutige Abstimmung im Europäischen Parlament den Endpunkt eines historischen demokratischen Prozesses auf europäischer Ebene.

Damit wurde ein Standard gesetzt, hinter den es bei zukünftigen Europawahlen kein Zurück mehr geben wird.

Bankenabgabe

Ausnahmen für Sparkassen und Genossenschaften

Die EU-Kommission hat die Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe veröffentlicht. Bei ihrer Ausgestaltung hatte die Kommission zuletzt insbesondere zugunsten von Sparkassen und Genossenschaften nachgebessert. Nunmehr ist der Weg frei zur Verabschiedung des Gesetzespakets zur Umsetzung eines weiteren Meilensteins der Bankenunion im Bundestag.

Die von der Kommission am 21. Oktober 2014 veröffentlichte Beitragsberechnung für den Bankenabwicklungsfonds entlastet vor allem kleinere Banken.

Als „klein“ definiert die EU-Kommission Banken, deren Bilanzsumme unter einer Milliarde Euro liegt und deren Bemessungsgrundlage geringer als 300 Millionen Euro ist. Für solche kleinen Institute ist eine pauschale Bankenabgabe zwischen 1.000 Euro und 50.000 Euro im Jahr vorgesehen.

In Deutschland werden rund 1.000 Institute von dieser entlastenden Pauschalabgabe erfasst, darunter mehr als 800 Genossenschaftsbanken und 70 bis 80 Sparkassen. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten das Recht, für Banken bis zu einer Bilanzsumme von drei Milliarden Euro weitere Erleichterungen zu schaffen.

Als besonders positiv für Sparkassen und Genossenschaften sehen wir, dass die Verbindlichkeiten innerhalb ihrer Finanzverbünde von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. So dürfen Sparkassen zum Beispiel Verbindlichkeiten gegenüber Landesbanken oder anderen Sparkassen herausrechnen.

Aus sozialdemokratischer Sicht hätten wir sicherlich die Sparkassen und Genossenschaften gern noch weiter entlastet gesehen, da diese Institute mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell den Abwicklungsfonds wahrscheinlich niemals in Anspruch nehmen müssen. Dagegen wäre es aus unserer Sicht gerechtfertigt gewesen, systemisch relevante Großbanken mit einem hohen Derivateanteil noch stärker zu belasten.

Allerdings stellt die von der EU-Kommission verabschiedete Regelung einen guten Kompromiss dar. Auf dieser Grundlage können wir nunmehr dem Gesetzespaket zur Umsetzung der Bankenunion im Bundestag zustimmen.

Bonbon

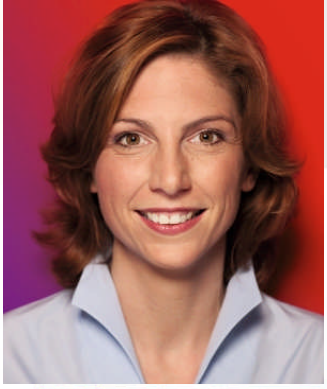
„Die Sonntagsfrage sagt nicht viel aus, weil alle Befragten, die da beim Kartoffelschälen angerufen werden, ganz genau wissen: Nächsten Sonntag ist gar keine Wahl.“

Frank-Walter Steinmeier
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Termine

29.10.14	*17.00 Uhr*	*IHK Altenkirchen*
	19.00 Uhr	*SPD-Ortsverein Altenkirchen Mitgliederversammlung*
30.10.14	*ganztägig*	*Tagespraktikum Remondis Altenkirchen*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**



Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
nun hat uns der Herbst erwischt: Herbststürme, Regenschauer, Temperatursturz... Die kalte Jahreszeit beginnt! Heiße Themen gibt‘s dagegen zurzeit im politischen Alltag. So beschäftigen uns täglich die Krisenherde auf der Welt, im Wahlkreis brennen uns Themen wie die medizinische Versorgung im ländlichen Raum unter den Nägeln und unser Koalitionspartner versucht unsere Projekte aus dem Koalitionsvertrag auf Eis zu legen mit dem Verweis auf die Wirtschaftsdaten. An allen diesen und weiteren Baustellen müssen wir auf der Hut sein! Nun genießt aber erstmal ein kuscheliges Herbstwochenende und denkt dran in der Nacht zu Sonntag die Uhr um eine Stunde zurückzustellen. Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Mehr Geld für Lärmschutz an Bahnstrecken!

In seiner jüngsten Sitzung hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages wichtige Entscheidungen in Sachen Bahnlärm getroffen. Künftig wird mehr Geld für den Lärmschutz zur Verfügung gestellt – so lassen sich die Entscheidungen des Ausschusses zusammenfassen. Der Antrag der Regierungsfraktion beinhaltete, dass die Mittel im Bereich Schiene, unter anderem auch für bestehende Schienenstrecken, auf insgesamt 130 Millionen Euro erhöht werden. Damit wird das Verkehrsministerium gleichzeitig aufgefordert, höhere Betriebskosten der leiseren Bremssysteme bei Güterwagen zu subventionieren. Das muss jedoch so organisiert werden, dass es mit EU-Recht vereinbar ist.
Im Bereich „Straße“ steigen die Mittel auf eine Gesamtsumme von 210,5 Millionen Euro für den Lärmschutz. Die Berliner Koalition nimmt die Sorgen und Nöte der Bahnanlieger ernst. Das wird durch die erhöhten Mittel deutlich.
Aber nicht nur in Sachen Lärmschutz macht die Regierungskoalition mehr Geld frei. Für den Radwegebau sollen insgesamt 90 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Verkehrsausschuss muss noch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Maßnahmen zustimmen.

Gesundheit

Regionale Krankenhauslandschaft vor Umbruch

Die Krankenhauslandschaft im Kreis Altenkirchen steht vor einem Umbruch. Die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete hat in den vergangenen Tagen bereits einige Zuschriften zu diesem Thema erhalten, weil die Menschen in der Region zutiefst verunsichert sind. Klar ist, dass eine hochwertige medizinische Versorgung in der Region gewährleistet sein muss. Dabei stehen die jeweiligen Häuser in Altenkirchen und Hachenburg eher im Fokus als das Kirchener Krankenhaus. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger haben Sabine Bätzing-Lichtenthäler veranlasst, die DRK Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz anzuschreiben, um eindeutige Aussagen zu erhalten.
Die Abgeordnete sieht Vorteile am Standort Altenkirchen, vor allem durch das relativ junge Bettenhaus. Insgesamt habe sich die Szene in Altenkirchen vorbildlich entwickelt, auch was die niedergelassenen Ärzte betrifft. Wichtig sei, vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei dem bevorstehenden Veränderungsprozess mitzunehmen. Zwischenzeitlich liegt ein Strukturgutachten vor, welches sich mit den DRK-Häusern in Altenkirchen, Hachenburg sowie Kirchen beschäftigt. Die Öffentlichkeit kennt jedoch noch keine Details.

Internationales

Ebola-Virus eindämmen!

Erst kürzlich debattierte der Deutsche Bundestag einen Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU/CSU, in dem der bisherige Beitrag Deutschlands zur Ebola-Bekämpfung gelobt wurde, gleichzeitig aber ein stärkeres Engagement der Bundesregierung eingefordert wurde.
Im Dezember rechnet die Weltgesundheits-organisation (WHO) mit wöchentlich 10.000 neuen Infizierten. „Die Ebola-Epidemie ist die schwerste ihrer Art seit Entdeckung des Virus. Bislang starben nach Angaben der WHO fast 4500 Menschen, nahezu 9000 diagnostizierte Fälle liegen vor. Im Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung zu einem verstärkten Engagement in Westafrika aufgefordert.
Die internationale Gemeinschaft steht in der Pflicht, jetzt schnell humanitäre Hilfe zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung auf, den deutschen Beitrag an die WHO, Ärzte ohne Grenzen und andere beteiligte Organisationen nochmals zu erhöhen. Sollte die humanitäre Katastrophe abgewehrt sein, ist danach die Entwicklungspolitik gefragt, denn sie ist Strukturpolitik. Viele Betriebe und fast alle Schulen sind seit Monaten geschlossen. Das wirtschaftliche und soziale Leben liegt brach. Mittelfristig müssen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit die Gesellschaft und Wirtschaft in den betroffenen Ländern wieder stabilisieren.

Bildung und Forschung

Studiengebühren sind unsozial!

Die von der Hochschulrektorenkonferenz geforderte flächendeckende Einführung von Studiengebühren würde die soziale Spaltung im Bildungssystem verstärken.

Aus gutem Grund haben inzwischen alle Bundesländer diese unsoziale Belastung für Studierende wieder abgeschafft. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich stattdessen dafür ein, dass sich der Bund nach Abschaffung des Kooperationsverbots im Wissenschaftsbereich verstärkt um die Grundfinanzierung der Hochschulen bemüht.

In zahlreichen Bundesländern haben die Menschen entschieden und der Belastung des Hochschulstudiums über Studiengebühren eine eindeutige Absage erteilt. Es ist in höchstem Maße fragwürdig, dass die Hochschulrektoren trotzdem weiterhin in erster Linie die Studierenden in der Verantwortung sehen, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen vielmehr in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot für den Hochschulbereich abschaffen. Es braucht gemeinsame Kraftanstrengungen von Bund und Ländern, um dauerhaft die Grundfinanzierung der Hochschulen in der Breite zu verbessern. Die Grundgesetzänderung schafft einen neuen verfassungsrechtlichen Rahmen, damit der Bund zukünftig dauerhaft Hochschulen fördern kann.

Mit dem Hochschulpakt, mit der Fortführung der Programmpauschale oder auch mit dem Qualitätspakt Lehre leistet der Bund bereits heute wichtige Beiträge, um Lehre und Forschung an Hochschulen zu stärken. Erst vor wenigen Tagen hat das Wissenschaftszentrum Berlin in einer Studie erneut festgestellt, dass Studiengebühren vor allem Studienberechtigte aus Nicht-Akademiker-Familien von einem Studium abschrecken. Vielleicht sollte die Hochschulrektorenkonferenz die Ergebnisse der aktuellen Forschung reflektieren, bevor man vermeintlich einfache Antworten wie die Forderung nach Studiengebühren präsentiert.

Europa

Europäische Kommission kann Arbeit aufnehmen

Mit großer Mehrheit haben heute die Mitglieder des Europäischen Parlaments die Kommission von Präsident Jean-Claude Juncker bestätigt. Damit kann sie wie geplant ihre Arbeit zum 1. November aufnehmen. Das ist ein gutes Signal für Europa. Jetzt gilt es für das neue Kollegium direkt durchzustarten, schließlich dulden die anstehenden Fragen keinen Aufschub. Die Hearings der Kommissarinnen und Kommissare im Europäischen Parlament in den zurückliegenden Wochen haben eines gezeigt: Die Juncker-Kommission wird eine politische Kommission werden - weniger Behörde, mehr echte Regierung. Mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini und dem ersten Vize-Präsidenten Frans Timmermans sitzen zudem zwei Sozialdemokraten an wichtigen Schaltstellen. Eine lange Einarbeitungszeit werden Juncker und sein Team nicht bekommen. Die weiterhin schlechte Wirtschaftslage in der EU erfordert eine schnelle Reaktion. Das vom Kommissionspräsidenten angekündigte 300 Milliarden Euro Programm muss zügig mit Leben gefüllt, Investitionsanreize gestärkt und die Arbeitslosenquote insbesondere unter jungen Menschen entschlossen bekämpft werden.

Darüber hinaus muss die EU in den vielen internationalen Krisen außenpolitisch geschlossen und verlässlich auftreten.

Nach der Aufstellung gemeinsamer europäischer Spitzenkandidaten, über einen europäisch geführten Wahlkampf bis zur Ernennung des Mitglieds der siegreichen Parteifamilie zum Kommissionspräsidenten, bildet die heutige Abstimmung im Europäischen Parlament den Endpunkt eines historischen demokratischen Prozesses auf europäischer Ebene.

Damit wurde ein Standard gesetzt, hinter den es bei zukünftigen Europawahlen kein Zurück mehr geben wird.

Bankenabgabe

Ausnahmen für Sparkassen und Genossenschaften

Die EU-Kommission hat die Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe veröffentlicht. Bei ihrer Ausgestaltung hatte die Kommission zuletzt insbesondere zugunsten von Sparkassen und Genossenschaften nachgebessert. Nunmehr ist der Weg frei zur Verabschiedung des Gesetzespakets zur Umsetzung eines weiteren Meilensteins der Bankenunion im Bundestag.

Die von der Kommission am 21. Oktober 2014 veröffentlichte Beitragsberechnung für den Bankenabwicklungsfonds entlastet vor allem kleinere Banken.

Als „klein“ definiert die EU-Kommission Banken, deren Bilanzsumme unter einer Milliarde Euro liegt und deren Bemessungsgrundlage geringer als 300 Millionen Euro ist. Für solche kleinen Institute ist eine pauschale Bankenabgabe zwischen 1.000 Euro und 50.000 Euro im Jahr vorgesehen.

In Deutschland werden rund 1.000 Institute von dieser entlastenden Pauschalabgabe erfasst, darunter mehr als 800 Genossenschaftsbanken und 70 bis 80 Sparkassen. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten das Recht, für Banken bis zu einer Bilanzsumme von drei Milliarden Euro weitere Erleichterungen zu schaffen.

Als besonders positiv für Sparkassen und Genossenschaften sehen wir, dass die Verbindlichkeiten innerhalb ihrer Finanzverbünde von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. So dürfen Sparkassen zum Beispiel Verbindlichkeiten gegenüber Landesbanken oder anderen Sparkassen herausrechnen.

Aus sozialdemokratischer Sicht hätten wir sicherlich die Sparkassen und Genossenschaften gern noch weiter entlastet gesehen, da diese Institute mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell den Abwicklungsfonds wahrscheinlich niemals in Anspruch nehmen müssen. Dagegen wäre es aus unserer Sicht gerechtfertigt gewesen, systemisch relevante Großbanken mit einem hohen Derivateanteil noch stärker zu belasten.

Allerdings stellt die von der EU-Kommission verabschiedete Regelung einen guten Kompromiss dar. Auf dieser Grundlage können wir nunmehr dem Gesetzespaket zur Umsetzung der Bankenunion im Bundestag zustimmen.

Bonbon

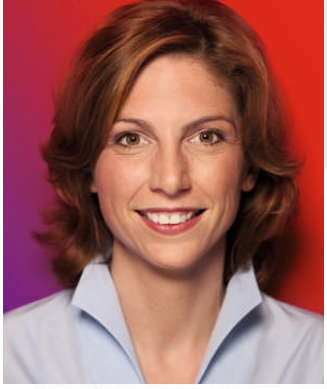
„Die Sonntagsfrage sagt nicht viel aus, weil alle Befragten, die da beim Kartoffelschälen angerufen werden, ganz genau wissen: Nächsten Sonntag ist gar keine Wahl.“

Frank-Walter Steinmeier
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Termine

29.10.14	*17.00 Uhr*	*IHK Altenkirchen*
	19.00 Uhr	*SPD-Ortsverein Altenkirchen Mitgliederversammlung*
30.10.14	*ganztägig*	*Tagespraktikum Remondis Altenkirchen*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**



Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
nun hat uns der Herbst erwischt: Herbststürme, Regenschauer, Temperatursturz... Die kalte Jahreszeit beginnt! Heiße Themen gibt‘s dagegen zurzeit im politischen Alltag. So beschäftigen uns täglich die Krisenherde auf der Welt, im Wahlkreis brennen uns Themen wie die medizinische Versorgung im ländlichen Raum unter den Nägeln und unser Koalitionspartner versucht unsere Projekte aus dem Koalitionsvertrag auf Eis zu legen mit dem Verweis auf die Wirtschaftsdaten. An allen diesen und weiteren Baustellen müssen wir auf der Hut sein! Nun genießt aber erstmal ein kuscheliges Herbstwochenende und denkt dran in der Nacht zu Sonntag die Uhr um eine Stunde zurückzustellen. Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Mehr Geld für Lärmschutz an Bahnstrecken!

In seiner jüngsten Sitzung hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages wichtige Entscheidungen in Sachen Bahnlärm getroffen. Künftig wird mehr Geld für den Lärmschutz zur Verfügung gestellt – so lassen sich die Entscheidungen des Ausschusses zusammenfassen. Der Antrag der Regierungsfraktion beinhaltete, dass die Mittel im Bereich Schiene, unter anderem auch für bestehende Schienenstrecken, auf insgesamt 130 Millionen Euro erhöht werden. Damit wird das Verkehrsministerium gleichzeitig aufgefordert, höhere Betriebskosten der leiseren Bremssysteme bei Güterwagen zu subventionieren. Das muss jedoch so organisiert werden, dass es mit EU-Recht vereinbar ist.
Im Bereich „Straße“ steigen die Mittel auf eine Gesamtsumme von 210,5 Millionen Euro für den Lärmschutz. Die Berliner Koalition nimmt die Sorgen und Nöte der Bahnanlieger ernst. Das wird durch die erhöhten Mittel deutlich.
Aber nicht nur in Sachen Lärmschutz macht die Regierungskoalition mehr Geld frei. Für den Radwegebau sollen insgesamt 90 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Verkehrsausschuss muss noch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Maßnahmen zustimmen.

Gesundheit

Regionale Krankenhauslandschaft vor Umbruch

Die Krankenhauslandschaft im Kreis Altenkirchen steht vor einem Umbruch. Die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete hat in den vergangenen Tagen bereits einige Zuschriften zu diesem Thema erhalten, weil die Menschen in der Region zutiefst verunsichert sind. Klar ist, dass eine hochwertige medizinische Versorgung in der Region gewährleistet sein muss. Dabei stehen die jeweiligen Häuser in Altenkirchen und Hachenburg eher im Fokus als das Kirchener Krankenhaus. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger haben Sabine Bätzing-Lichtenthäler veranlasst, die DRK Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz anzuschreiben, um eindeutige Aussagen zu erhalten.
Die Abgeordnete sieht Vorteile am Standort Altenkirchen, vor allem durch das relativ junge Bettenhaus. Insgesamt habe sich die Szene in Altenkirchen vorbildlich entwickelt, auch was die niedergelassenen Ärzte betrifft. Wichtig sei, vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei dem bevorstehenden Veränderungsprozess mitzunehmen. Zwischenzeitlich liegt ein Strukturgutachten vor, welches sich mit den DRK-Häusern in Altenkirchen, Hachenburg sowie Kirchen beschäftigt. Die Öffentlichkeit kennt jedoch noch keine Details.

Internationales

Ebola-Virus eindämmen!

Erst kürzlich debattierte der Deutsche Bundestag einen Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU/CSU, in dem der bisherige Beitrag Deutschlands zur Ebola-Bekämpfung gelobt wurde, gleichzeitig aber ein stärkeres Engagement der Bundesregierung eingefordert wurde.
Im Dezember rechnet die Weltgesundheits-organisation (WHO) mit wöchentlich 10.000 neuen Infizierten. „Die Ebola-Epidemie ist die schwerste ihrer Art seit Entdeckung des Virus. Bislang starben nach Angaben der WHO fast 4500 Menschen, nahezu 9000 diagnostizierte Fälle liegen vor. Im Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung zu einem verstärkten Engagement in Westafrika aufgefordert.
Die internationale Gemeinschaft steht in der Pflicht, jetzt schnell humanitäre Hilfe zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung auf, den deutschen Beitrag an die WHO, Ärzte ohne Grenzen und andere beteiligte Organisationen nochmals zu erhöhen. Sollte die humanitäre Katastrophe abgewehrt sein, ist danach die Entwicklungspolitik gefragt, denn sie ist Strukturpolitik. Viele Betriebe und fast alle Schulen sind seit Monaten geschlossen. Das wirtschaftliche und soziale Leben liegt brach. Mittelfristig müssen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit die Gesellschaft und Wirtschaft in den betroffenen Ländern wieder stabilisieren.

Bildung und Forschung

Studiengebühren sind unsozial!

Die von der Hochschulrektorenkonferenz geforderte flächendeckende Einführung von Studiengebühren würde die soziale Spaltung im Bildungssystem verstärken.

Aus gutem Grund haben inzwischen alle Bundesländer diese unsoziale Belastung für Studierende wieder abgeschafft. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich stattdessen dafür ein, dass sich der Bund nach Abschaffung des Kooperationsverbots im Wissenschaftsbereich verstärkt um die Grundfinanzierung der Hochschulen bemüht.

In zahlreichen Bundesländern haben die Menschen entschieden und der Belastung des Hochschulstudiums über Studiengebühren eine eindeutige Absage erteilt. Es ist in höchstem Maße fragwürdig, dass die Hochschulrektoren trotzdem weiterhin in erster Linie die Studierenden in der Verantwortung sehen, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen vielmehr in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot für den Hochschulbereich abschaffen. Es braucht gemeinsame Kraftanstrengungen von Bund und Ländern, um dauerhaft die Grundfinanzierung der Hochschulen in der Breite zu verbessern. Die Grundgesetzänderung schafft einen neuen verfassungsrechtlichen Rahmen, damit der Bund zukünftig dauerhaft Hochschulen fördern kann.

Mit dem Hochschulpakt, mit der Fortführung der Programmpauschale oder auch mit dem Qualitätspakt Lehre leistet der Bund bereits heute wichtige Beiträge, um Lehre und Forschung an Hochschulen zu stärken. Erst vor wenigen Tagen hat das Wissenschaftszentrum Berlin in einer Studie erneut festgestellt, dass Studiengebühren vor allem Studienberechtigte aus Nicht-Akademiker-Familien von einem Studium abschrecken. Vielleicht sollte die Hochschulrektorenkonferenz die Ergebnisse der aktuellen Forschung reflektieren, bevor man vermeintlich einfache Antworten wie die Forderung nach Studiengebühren präsentiert.

Europa

Europäische Kommission kann Arbeit aufnehmen

Mit großer Mehrheit haben heute die Mitglieder des Europäischen Parlaments die Kommission von Präsident Jean-Claude Juncker bestätigt. Damit kann sie wie geplant ihre Arbeit zum 1. November aufnehmen. Das ist ein gutes Signal für Europa. Jetzt gilt es für das neue Kollegium direkt durchzustarten, schließlich dulden die anstehenden Fragen keinen Aufschub. Die Hearings der Kommissarinnen und Kommissare im Europäischen Parlament in den zurückliegenden Wochen haben eines gezeigt: Die Juncker-Kommission wird eine politische Kommission werden - weniger Behörde, mehr echte Regierung. Mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini und dem ersten Vize-Präsidenten Frans Timmermans sitzen zudem zwei Sozialdemokraten an wichtigen Schaltstellen. Eine lange Einarbeitungszeit werden Juncker und sein Team nicht bekommen. Die weiterhin schlechte Wirtschaftslage in der EU erfordert eine schnelle Reaktion. Das vom Kommissionspräsidenten angekündigte 300 Milliarden Euro Programm muss zügig mit Leben gefüllt, Investitionsanreize gestärkt und die Arbeitslosenquote insbesondere unter jungen Menschen entschlossen bekämpft werden.

Darüber hinaus muss die EU in den vielen internationalen Krisen außenpolitisch geschlossen und verlässlich auftreten.

Nach der Aufstellung gemeinsamer europäischer Spitzenkandidaten, über einen europäisch geführten Wahlkampf bis zur Ernennung des Mitglieds der siegreichen Parteifamilie zum Kommissionspräsidenten, bildet die heutige Abstimmung im Europäischen Parlament den Endpunkt eines historischen demokratischen Prozesses auf europäischer Ebene.

Damit wurde ein Standard gesetzt, hinter den es bei zukünftigen Europawahlen kein Zurück mehr geben wird.

Bankenabgabe

Ausnahmen für Sparkassen und Genossenschaften

Die EU-Kommission hat die Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe veröffentlicht. Bei ihrer Ausgestaltung hatte die Kommission zuletzt insbesondere zugunsten von Sparkassen und Genossenschaften nachgebessert. Nunmehr ist der Weg frei zur Verabschiedung des Gesetzespakets zur Umsetzung eines weiteren Meilensteins der Bankenunion im Bundestag.

Die von der Kommission am 21. Oktober 2014 veröffentlichte Beitragsberechnung für den Bankenabwicklungsfonds entlastet vor allem kleinere Banken.

Als „klein“ definiert die EU-Kommission Banken, deren Bilanzsumme unter einer Milliarde Euro liegt und deren Bemessungsgrundlage geringer als 300 Millionen Euro ist. Für solche kleinen Institute ist eine pauschale Bankenabgabe zwischen 1.000 Euro und 50.000 Euro im Jahr vorgesehen.

In Deutschland werden rund 1.000 Institute von dieser entlastenden Pauschalabgabe erfasst, darunter mehr als 800 Genossenschaftsbanken und 70 bis 80 Sparkassen. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten das Recht, für Banken bis zu einer Bilanzsumme von drei Milliarden Euro weitere Erleichterungen zu schaffen.

Als besonders positiv für Sparkassen und Genossenschaften sehen wir, dass die Verbindlichkeiten innerhalb ihrer Finanzverbünde von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. So dürfen Sparkassen zum Beispiel Verbindlichkeiten gegenüber Landesbanken oder anderen Sparkassen herausrechnen.

Aus sozialdemokratischer Sicht hätten wir sicherlich die Sparkassen und Genossenschaften gern noch weiter entlastet gesehen, da diese Institute mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell den Abwicklungsfonds wahrscheinlich niemals in Anspruch nehmen müssen. Dagegen wäre es aus unserer Sicht gerechtfertigt gewesen, systemisch relevante Großbanken mit einem hohen Derivateanteil noch stärker zu belasten.

Allerdings stellt die von der EU-Kommission verabschiedete Regelung einen guten Kompromiss dar. Auf dieser Grundlage können wir nunmehr dem Gesetzespaket zur Umsetzung der Bankenunion im Bundestag zustimmen.

Bonbon

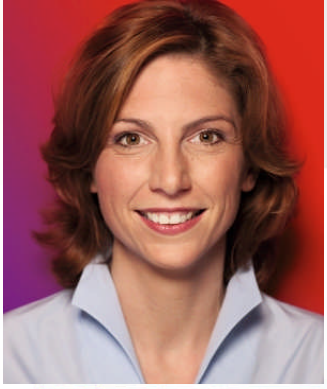
„Die Sonntagsfrage sagt nicht viel aus, weil alle Befragten, die da beim Kartoffelschälen angerufen werden, ganz genau wissen: Nächsten Sonntag ist gar keine Wahl.“

Frank-Walter Steinmeier
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Termine

29.10.14	*17.00 Uhr*	*IHK Altenkirchen*
	19.00 Uhr	*SPD-Ortsverein Altenkirchen Mitgliederversammlung*
30.10.14	*ganztägig*	*Tagespraktikum Remondis Altenkirchen*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**



Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
nun hat uns der Herbst erwischt: Herbststürme, Regenschauer, Temperatursturz... Die kalte Jahreszeit beginnt! Heiße Themen gibt‘s dagegen zurzeit im politischen Alltag. So beschäftigen uns täglich die Krisenherde auf der Welt, im Wahlkreis brennen uns Themen wie die medizinische Versorgung im ländlichen Raum unter den Nägeln und unser Koalitionspartner versucht unsere Projekte aus dem Koalitionsvertrag auf Eis zu legen mit dem Verweis auf die Wirtschaftsdaten. An allen diesen und weiteren Baustellen müssen wir auf der Hut sein! Nun genießt aber erstmal ein kuscheliges Herbstwochenende und denkt dran in der Nacht zu Sonntag die Uhr um eine Stunde zurückzustellen. Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Mehr Geld für Lärmschutz an Bahnstrecken!

In seiner jüngsten Sitzung hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages wichtige Entscheidungen in Sachen Bahnlärm getroffen. Künftig wird mehr Geld für den Lärmschutz zur Verfügung gestellt – so lassen sich die Entscheidungen des Ausschusses zusammenfassen. Der Antrag der Regierungsfraktion beinhaltete, dass die Mittel im Bereich Schiene, unter anderem auch für bestehende Schienenstrecken, auf insgesamt 130 Millionen Euro erhöht werden. Damit wird das Verkehrsministerium gleichzeitig aufgefordert, höhere Betriebskosten der leiseren Bremssysteme bei Güterwagen zu subventionieren. Das muss jedoch so organisiert werden, dass es mit EU-Recht vereinbar ist.
Im Bereich „Straße“ steigen die Mittel auf eine Gesamtsumme von 210,5 Millionen Euro für den Lärmschutz. Die Berliner Koalition nimmt die Sorgen und Nöte der Bahnanlieger ernst. Das wird durch die erhöhten Mittel deutlich.
Aber nicht nur in Sachen Lärmschutz macht die Regierungskoalition mehr Geld frei. Für den Radwegebau sollen insgesamt 90 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Verkehrsausschuss muss noch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Maßnahmen zustimmen.

Gesundheit

Regionale Krankenhauslandschaft vor Umbruch

Die Krankenhauslandschaft im Kreis Altenkirchen steht vor einem Umbruch. Die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete hat in den vergangenen Tagen bereits einige Zuschriften zu diesem Thema erhalten, weil die Menschen in der Region zutiefst verunsichert sind. Klar ist, dass eine hochwertige medizinische Versorgung in der Region gewährleistet sein muss. Dabei stehen die jeweiligen Häuser in Altenkirchen und Hachenburg eher im Fokus als das Kirchener Krankenhaus. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger haben Sabine Bätzing-Lichtenthäler veranlasst, die DRK Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz anzuschreiben, um eindeutige Aussagen zu erhalten.
Die Abgeordnete sieht Vorteile am Standort Altenkirchen, vor allem durch das relativ junge Bettenhaus. Insgesamt habe sich die Szene in Altenkirchen vorbildlich entwickelt, auch was die niedergelassenen Ärzte betrifft. Wichtig sei, vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei dem bevorstehenden Veränderungsprozess mitzunehmen. Zwischenzeitlich liegt ein Strukturgutachten vor, welches sich mit den DRK-Häusern in Altenkirchen, Hachenburg sowie Kirchen beschäftigt. Die Öffentlichkeit kennt jedoch noch keine Details.

Internationales

Ebola-Virus eindämmen!

Erst kürzlich debattierte der Deutsche Bundestag einen Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU/CSU, in dem der bisherige Beitrag Deutschlands zur Ebola-Bekämpfung gelobt wurde, gleichzeitig aber ein stärkeres Engagement der Bundesregierung eingefordert wurde.
Im Dezember rechnet die Weltgesundheits-organisation (WHO) mit wöchentlich 10.000 neuen Infizierten. „Die Ebola-Epidemie ist die schwerste ihrer Art seit Entdeckung des Virus. Bislang starben nach Angaben der WHO fast 4500 Menschen, nahezu 9000 diagnostizierte Fälle liegen vor. Im Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung zu einem verstärkten Engagement in Westafrika aufgefordert.
Die internationale Gemeinschaft steht in der Pflicht, jetzt schnell humanitäre Hilfe zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung auf, den deutschen Beitrag an die WHO, Ärzte ohne Grenzen und andere beteiligte Organisationen nochmals zu erhöhen. Sollte die humanitäre Katastrophe abgewehrt sein, ist danach die Entwicklungspolitik gefragt, denn sie ist Strukturpolitik. Viele Betriebe und fast alle Schulen sind seit Monaten geschlossen. Das wirtschaftliche und soziale Leben liegt brach. Mittelfristig müssen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit die Gesellschaft und Wirtschaft in den betroffenen Ländern wieder stabilisieren.

Bildung und Forschung

Studiengebühren sind unsozial!

Die von der Hochschulrektorenkonferenz geforderte flächendeckende Einführung von Studiengebühren würde die soziale Spaltung im Bildungssystem verstärken.

Aus gutem Grund haben inzwischen alle Bundesländer diese unsoziale Belastung für Studierende wieder abgeschafft. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich stattdessen dafür ein, dass sich der Bund nach Abschaffung des Kooperationsverbots im Wissenschaftsbereich verstärkt um die Grundfinanzierung der Hochschulen bemüht.

In zahlreichen Bundesländern haben die Menschen entschieden und der Belastung des Hochschulstudiums über Studiengebühren eine eindeutige Absage erteilt. Es ist in höchstem Maße fragwürdig, dass die Hochschulrektoren trotzdem weiterhin in erster Linie die Studierenden in der Verantwortung sehen, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen vielmehr in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot für den Hochschulbereich abschaffen. Es braucht gemeinsame Kraftanstrengungen von Bund und Ländern, um dauerhaft die Grundfinanzierung der Hochschulen in der Breite zu verbessern. Die Grundgesetzänderung schafft einen neuen verfassungsrechtlichen Rahmen, damit der Bund zukünftig dauerhaft Hochschulen fördern kann.

Mit dem Hochschulpakt, mit der Fortführung der Programmpauschale oder auch mit dem Qualitätspakt Lehre leistet der Bund bereits heute wichtige Beiträge, um Lehre und Forschung an Hochschulen zu stärken. Erst vor wenigen Tagen hat das Wissenschaftszentrum Berlin in einer Studie erneut festgestellt, dass Studiengebühren vor allem Studienberechtigte aus Nicht-Akademiker-Familien von einem Studium abschrecken. Vielleicht sollte die Hochschulrektorenkonferenz die Ergebnisse der aktuellen Forschung reflektieren, bevor man vermeintlich einfache Antworten wie die Forderung nach Studiengebühren präsentiert.

Europa

Europäische Kommission kann Arbeit aufnehmen

Mit großer Mehrheit haben heute die Mitglieder des Europäischen Parlaments die Kommission von Präsident Jean-Claude Juncker bestätigt. Damit kann sie wie geplant ihre Arbeit zum 1. November aufnehmen. Das ist ein gutes Signal für Europa. Jetzt gilt es für das neue Kollegium direkt durchzustarten, schließlich dulden die anstehenden Fragen keinen Aufschub. Die Hearings der Kommissarinnen und Kommissare im Europäischen Parlament in den zurückliegenden Wochen haben eines gezeigt: Die Juncker-Kommission wird eine politische Kommission werden - weniger Behörde, mehr echte Regierung. Mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini und dem ersten Vize-Präsidenten Frans Timmermans sitzen zudem zwei Sozialdemokraten an wichtigen Schaltstellen. Eine lange Einarbeitungszeit werden Juncker und sein Team nicht bekommen. Die weiterhin schlechte Wirtschaftslage in der EU erfordert eine schnelle Reaktion. Das vom Kommissionspräsidenten angekündigte 300 Milliarden Euro Programm muss zügig mit Leben gefüllt, Investitionsanreize gestärkt und die Arbeitslosenquote insbesondere unter jungen Menschen entschlossen bekämpft werden.

Darüber hinaus muss die EU in den vielen internationalen Krisen außenpolitisch geschlossen und verlässlich auftreten.

Nach der Aufstellung gemeinsamer europäischer Spitzenkandidaten, über einen europäisch geführten Wahlkampf bis zur Ernennung des Mitglieds der siegreichen Parteifamilie zum Kommissionspräsidenten, bildet die heutige Abstimmung im Europäischen Parlament den Endpunkt eines historischen demokratischen Prozesses auf europäischer Ebene.

Damit wurde ein Standard gesetzt, hinter den es bei zukünftigen Europawahlen kein Zurück mehr geben wird.

Bankenabgabe

Ausnahmen für Sparkassen und Genossenschaften

Die EU-Kommission hat die Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe veröffentlicht. Bei ihrer Ausgestaltung hatte die Kommission zuletzt insbesondere zugunsten von Sparkassen und Genossenschaften nachgebessert. Nunmehr ist der Weg frei zur Verabschiedung des Gesetzespakets zur Umsetzung eines weiteren Meilensteins der Bankenunion im Bundestag.

Die von der Kommission am 21. Oktober 2014 veröffentlichte Beitragsberechnung für den Bankenabwicklungsfonds entlastet vor allem kleinere Banken.

Als „klein“ definiert die EU-Kommission Banken, deren Bilanzsumme unter einer Milliarde Euro liegt und deren Bemessungsgrundlage geringer als 300 Millionen Euro ist. Für solche kleinen Institute ist eine pauschale Bankenabgabe zwischen 1.000 Euro und 50.000 Euro im Jahr vorgesehen.

In Deutschland werden rund 1.000 Institute von dieser entlastenden Pauschalabgabe erfasst, darunter mehr als 800 Genossenschaftsbanken und 70 bis 80 Sparkassen. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten das Recht, für Banken bis zu einer Bilanzsumme von drei Milliarden Euro weitere Erleichterungen zu schaffen.

Als besonders positiv für Sparkassen und Genossenschaften sehen wir, dass die Verbindlichkeiten innerhalb ihrer Finanzverbünde von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. So dürfen Sparkassen zum Beispiel Verbindlichkeiten gegenüber Landesbanken oder anderen Sparkassen herausrechnen.

Aus sozialdemokratischer Sicht hätten wir sicherlich die Sparkassen und Genossenschaften gern noch weiter entlastet gesehen, da diese Institute mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell den Abwicklungsfonds wahrscheinlich niemals in Anspruch nehmen müssen. Dagegen wäre es aus unserer Sicht gerechtfertigt gewesen, systemisch relevante Großbanken mit einem hohen Derivateanteil noch stärker zu belasten.

Allerdings stellt die von der EU-Kommission verabschiedete Regelung einen guten Kompromiss dar. Auf dieser Grundlage können wir nunmehr dem Gesetzespaket zur Umsetzung der Bankenunion im Bundestag zustimmen.

Bonbon

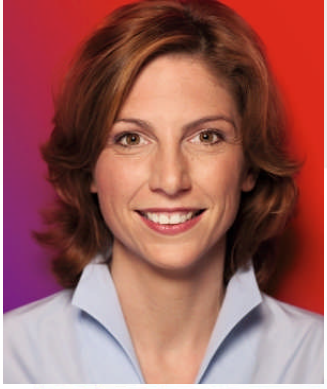
„Die Sonntagsfrage sagt nicht viel aus, weil alle Befragten, die da beim Kartoffelschälen angerufen werden, ganz genau wissen: Nächsten Sonntag ist gar keine Wahl.“

Frank-Walter Steinmeier
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Termine

29.10.14	*17.00 Uhr*	*IHK Altenkirchen*
	19.00 Uhr	*SPD-Ortsverein Altenkirchen Mitgliederversammlung*
30.10.14	*ganztägig*	*Tagespraktikum Remondis Altenkirchen*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**



Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
nun hat uns der Herbst erwischt: Herbststürme, Regenschauer, Temperatursturz... Die kalte Jahreszeit beginnt! Heiße Themen gibt‘s dagegen zurzeit im politischen Alltag. So beschäftigen uns täglich die Krisenherde auf der Welt, im Wahlkreis brennen uns Themen wie die medizinische Versorgung im ländlichen Raum unter den Nägeln und unser Koalitionspartner versucht unsere Projekte aus dem Koalitionsvertrag auf Eis zu legen mit dem Verweis auf die Wirtschaftsdaten. An allen diesen und weiteren Baustellen müssen wir auf der Hut sein! Nun genießt aber erstmal ein kuscheliges Herbstwochenende und denkt dran in der Nacht zu Sonntag die Uhr um eine Stunde zurückzustellen. Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Mehr Geld für Lärmschutz an Bahnstrecken!

In seiner jüngsten Sitzung hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages wichtige Entscheidungen in Sachen Bahnlärm getroffen. Künftig wird mehr Geld für den Lärmschutz zur Verfügung gestellt – so lassen sich die Entscheidungen des Ausschusses zusammenfassen. Der Antrag der Regierungsfraktion beinhaltete, dass die Mittel im Bereich Schiene, unter anderem auch für bestehende Schienenstrecken, auf insgesamt 130 Millionen Euro erhöht werden. Damit wird das Verkehrsministerium gleichzeitig aufgefordert, höhere Betriebskosten der leiseren Bremssysteme bei Güterwagen zu subventionieren. Das muss jedoch so organisiert werden, dass es mit EU-Recht vereinbar ist.
Im Bereich „Straße“ steigen die Mittel auf eine Gesamtsumme von 210,5 Millionen Euro für den Lärmschutz. Die Berliner Koalition nimmt die Sorgen und Nöte der Bahnanlieger ernst. Das wird durch die erhöhten Mittel deutlich.
Aber nicht nur in Sachen Lärmschutz macht die Regierungskoalition mehr Geld frei. Für den Radwegebau sollen insgesamt 90 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Verkehrsausschuss muss noch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Maßnahmen zustimmen.

Gesundheit

Regionale Krankenhauslandschaft vor Umbruch

Die Krankenhauslandschaft im Kreis Altenkirchen steht vor einem Umbruch. Die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete hat in den vergangenen Tagen bereits einige Zuschriften zu diesem Thema erhalten, weil die Menschen in der Region zutiefst verunsichert sind. Klar ist, dass eine hochwertige medizinische Versorgung in der Region gewährleistet sein muss. Dabei stehen die jeweiligen Häuser in Altenkirchen und Hachenburg eher im Fokus als das Kirchener Krankenhaus. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger haben Sabine Bätzing-Lichtenthäler veranlasst, die DRK Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz anzuschreiben, um eindeutige Aussagen zu erhalten.
Die Abgeordnete sieht Vorteile am Standort Altenkirchen, vor allem durch das relativ junge Bettenhaus. Insgesamt habe sich die Szene in Altenkirchen vorbildlich entwickelt, auch was die niedergelassenen Ärzte betrifft. Wichtig sei, vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei dem bevorstehenden Veränderungsprozess mitzunehmen. Zwischenzeitlich liegt ein Strukturgutachten vor, welches sich mit den DRK-Häusern in Altenkirchen, Hachenburg sowie Kirchen beschäftigt. Die Öffentlichkeit kennt jedoch noch keine Details.

Internationales

Ebola-Virus eindämmen!

Erst kürzlich debattierte der Deutsche Bundestag einen Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU/CSU, in dem der bisherige Beitrag Deutschlands zur Ebola-Bekämpfung gelobt wurde, gleichzeitig aber ein stärkeres Engagement der Bundesregierung eingefordert wurde.
Im Dezember rechnet die Weltgesundheits-organisation (WHO) mit wöchentlich 10.000 neuen Infizierten. „Die Ebola-Epidemie ist die schwerste ihrer Art seit Entdeckung des Virus. Bislang starben nach Angaben der WHO fast 4500 Menschen, nahezu 9000 diagnostizierte Fälle liegen vor. Im Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung zu einem verstärkten Engagement in Westafrika aufgefordert.
Die internationale Gemeinschaft steht in der Pflicht, jetzt schnell humanitäre Hilfe zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung auf, den deutschen Beitrag an die WHO, Ärzte ohne Grenzen und andere beteiligte Organisationen nochmals zu erhöhen. Sollte die humanitäre Katastrophe abgewehrt sein, ist danach die Entwicklungspolitik gefragt, denn sie ist Strukturpolitik. Viele Betriebe und fast alle Schulen sind seit Monaten geschlossen. Das wirtschaftliche und soziale Leben liegt brach. Mittelfristig müssen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit die Gesellschaft und Wirtschaft in den betroffenen Ländern wieder stabilisieren.

Bildung und Forschung

Studiengebühren sind unsozial!

Die von der Hochschulrektorenkonferenz geforderte flächendeckende Einführung von Studiengebühren würde die soziale Spaltung im Bildungssystem verstärken.

Aus gutem Grund haben inzwischen alle Bundesländer diese unsoziale Belastung für Studierende wieder abgeschafft. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich stattdessen dafür ein, dass sich der Bund nach Abschaffung des Kooperationsverbots im Wissenschaftsbereich verstärkt um die Grundfinanzierung der Hochschulen bemüht.

In zahlreichen Bundesländern haben die Menschen entschieden und der Belastung des Hochschulstudiums über Studiengebühren eine eindeutige Absage erteilt. Es ist in höchstem Maße fragwürdig, dass die Hochschulrektoren trotzdem weiterhin in erster Linie die Studierenden in der Verantwortung sehen, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen vielmehr in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot für den Hochschulbereich abschaffen. Es braucht gemeinsame Kraftanstrengungen von Bund und Ländern, um dauerhaft die Grundfinanzierung der Hochschulen in der Breite zu verbessern. Die Grundgesetzänderung schafft einen neuen verfassungsrechtlichen Rahmen, damit der Bund zukünftig dauerhaft Hochschulen fördern kann.

Mit dem Hochschulpakt, mit der Fortführung der Programmpauschale oder auch mit dem Qualitätspakt Lehre leistet der Bund bereits heute wichtige Beiträge, um Lehre und Forschung an Hochschulen zu stärken. Erst vor wenigen Tagen hat das Wissenschaftszentrum Berlin in einer Studie erneut festgestellt, dass Studiengebühren vor allem Studienberechtigte aus Nicht-Akademiker-Familien von einem Studium abschrecken. Vielleicht sollte die Hochschulrektorenkonferenz die Ergebnisse der aktuellen Forschung reflektieren, bevor man vermeintlich einfache Antworten wie die Forderung nach Studiengebühren präsentiert.

Europa

Europäische Kommission kann Arbeit aufnehmen

Mit großer Mehrheit haben heute die Mitglieder des Europäischen Parlaments die Kommission von Präsident Jean-Claude Juncker bestätigt. Damit kann sie wie geplant ihre Arbeit zum 1. November aufnehmen. Das ist ein gutes Signal für Europa. Jetzt gilt es für das neue Kollegium direkt durchzustarten, schließlich dulden die anstehenden Fragen keinen Aufschub. Die Hearings der Kommissarinnen und Kommissare im Europäischen Parlament in den zurückliegenden Wochen haben eines gezeigt: Die Juncker-Kommission wird eine politische Kommission werden - weniger Behörde, mehr echte Regierung. Mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini und dem ersten Vize-Präsidenten Frans Timmermans sitzen zudem zwei Sozialdemokraten an wichtigen Schaltstellen. Eine lange Einarbeitungszeit werden Juncker und sein Team nicht bekommen. Die weiterhin schlechte Wirtschaftslage in der EU erfordert eine schnelle Reaktion. Das vom Kommissionspräsidenten angekündigte 300 Milliarden Euro Programm muss zügig mit Leben gefüllt, Investitionsanreize gestärkt und die Arbeitslosenquote insbesondere unter jungen Menschen entschlossen bekämpft werden.

Darüber hinaus muss die EU in den vielen internationalen Krisen außenpolitisch geschlossen und verlässlich auftreten.

Nach der Aufstellung gemeinsamer europäischer Spitzenkandidaten, über einen europäisch geführten Wahlkampf bis zur Ernennung des Mitglieds der siegreichen Parteifamilie zum Kommissionspräsidenten, bildet die heutige Abstimmung im Europäischen Parlament den Endpunkt eines historischen demokratischen Prozesses auf europäischer Ebene.

Damit wurde ein Standard gesetzt, hinter den es bei zukünftigen Europawahlen kein Zurück mehr geben wird.

Bankenabgabe

Ausnahmen für Sparkassen und Genossenschaften

Die EU-Kommission hat die Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe veröffentlicht. Bei ihrer Ausgestaltung hatte die Kommission zuletzt insbesondere zugunsten von Sparkassen und Genossenschaften nachgebessert. Nunmehr ist der Weg frei zur Verabschiedung des Gesetzespakets zur Umsetzung eines weiteren Meilensteins der Bankenunion im Bundestag.

Die von der Kommission am 21. Oktober 2014 veröffentlichte Beitragsberechnung für den Bankenabwicklungsfonds entlastet vor allem kleinere Banken.

Als „klein“ definiert die EU-Kommission Banken, deren Bilanzsumme unter einer Milliarde Euro liegt und deren Bemessungsgrundlage geringer als 300 Millionen Euro ist. Für solche kleinen Institute ist eine pauschale Bankenabgabe zwischen 1.000 Euro und 50.000 Euro im Jahr vorgesehen.

In Deutschland werden rund 1.000 Institute von dieser entlastenden Pauschalabgabe erfasst, darunter mehr als 800 Genossenschaftsbanken und 70 bis 80 Sparkassen. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten das Recht, für Banken bis zu einer Bilanzsumme von drei Milliarden Euro weitere Erleichterungen zu schaffen.

Als besonders positiv für Sparkassen und Genossenschaften sehen wir, dass die Verbindlichkeiten innerhalb ihrer Finanzverbünde von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. So dürfen Sparkassen zum Beispiel Verbindlichkeiten gegenüber Landesbanken oder anderen Sparkassen herausrechnen.

Aus sozialdemokratischer Sicht hätten wir sicherlich die Sparkassen und Genossenschaften gern noch weiter entlastet gesehen, da diese Institute mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell den Abwicklungsfonds wahrscheinlich niemals in Anspruch nehmen müssen. Dagegen wäre es aus unserer Sicht gerechtfertigt gewesen, systemisch relevante Großbanken mit einem hohen Derivateanteil noch stärker zu belasten.

Allerdings stellt die von der EU-Kommission verabschiedete Regelung einen guten Kompromiss dar. Auf dieser Grundlage können wir nunmehr dem Gesetzespaket zur Umsetzung der Bankenunion im Bundestag zustimmen.

Bonbon

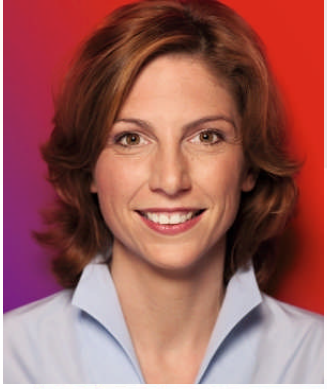
„Die Sonntagsfrage sagt nicht viel aus, weil alle Befragten, die da beim Kartoffelschälen angerufen werden, ganz genau wissen: Nächsten Sonntag ist gar keine Wahl.“

Frank-Walter Steinmeier
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Termine

29.10.14	*17.00 Uhr*	*IHK Altenkirchen*
	19.00 Uhr	*SPD-Ortsverein Altenkirchen Mitgliederversammlung*
30.10.14	*ganztägig*	*Tagespraktikum Remondis Altenkirchen*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**



Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
nun hat uns der Herbst erwischt: Herbststürme, Regenschauer, Temperatursturz... Die kalte Jahreszeit beginnt! Heiße Themen gibt‘s dagegen zurzeit im politischen Alltag. So beschäftigen uns täglich die Krisenherde auf der Welt, im Wahlkreis brennen uns Themen wie die medizinische Versorgung im ländlichen Raum unter den Nägeln und unser Koalitionspartner versucht unsere Projekte aus dem Koalitionsvertrag auf Eis zu legen mit dem Verweis auf die Wirtschaftsdaten. An allen diesen und weiteren Baustellen müssen wir auf der Hut sein! Nun genießt aber erstmal ein kuscheliges Herbstwochenende und denkt dran in der Nacht zu Sonntag die Uhr um eine Stunde zurückzustellen. Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Mehr Geld für Lärmschutz an Bahnstrecken!

In seiner jüngsten Sitzung hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages wichtige Entscheidungen in Sachen Bahnlärm getroffen. Künftig wird mehr Geld für den Lärmschutz zur Verfügung gestellt – so lassen sich die Entscheidungen des Ausschusses zusammenfassen. Der Antrag der Regierungsfraktion beinhaltete, dass die Mittel im Bereich Schiene, unter anderem auch für bestehende Schienenstrecken, auf insgesamt 130 Millionen Euro erhöht werden. Damit wird das Verkehrsministerium gleichzeitig aufgefordert, höhere Betriebskosten der leiseren Bremssysteme bei Güterwagen zu subventionieren. Das muss jedoch so organisiert werden, dass es mit EU-Recht vereinbar ist.
Im Bereich „Straße“ steigen die Mittel auf eine Gesamtsumme von 210,5 Millionen Euro für den Lärmschutz. Die Berliner Koalition nimmt die Sorgen und Nöte der Bahnanlieger ernst. Das wird durch die erhöhten Mittel deutlich.
Aber nicht nur in Sachen Lärmschutz macht die Regierungskoalition mehr Geld frei. Für den Radwegebau sollen insgesamt 90 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Verkehrsausschuss muss noch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Maßnahmen zustimmen.

Gesundheit

Regionale Krankenhauslandschaft vor Umbruch

Die Krankenhauslandschaft im Kreis Altenkirchen steht vor einem Umbruch. Die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete hat in den vergangenen Tagen bereits einige Zuschriften zu diesem Thema erhalten, weil die Menschen in der Region zutiefst verunsichert sind. Klar ist, dass eine hochwertige medizinische Versorgung in der Region gewährleistet sein muss. Dabei stehen die jeweiligen Häuser in Altenkirchen und Hachenburg eher im Fokus als das Kirchener Krankenhaus. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger haben Sabine Bätzing-Lichtenthäler veranlasst, die DRK Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz anzuschreiben, um eindeutige Aussagen zu erhalten.
Die Abgeordnete sieht Vorteile am Standort Altenkirchen, vor allem durch das relativ junge Bettenhaus. Insgesamt habe sich die Szene in Altenkirchen vorbildlich entwickelt, auch was die niedergelassenen Ärzte betrifft. Wichtig sei, vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei dem bevorstehenden Veränderungsprozess mitzunehmen. Zwischenzeitlich liegt ein Strukturgutachten vor, welches sich mit den DRK-Häusern in Altenkirchen, Hachenburg sowie Kirchen beschäftigt. Die Öffentlichkeit kennt jedoch noch keine Details.

Internationales

Ebola-Virus eindämmen!

Erst kürzlich debattierte der Deutsche Bundestag einen Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU/CSU, in dem der bisherige Beitrag Deutschlands zur Ebola-Bekämpfung gelobt wurde, gleichzeitig aber ein stärkeres Engagement der Bundesregierung eingefordert wurde.
Im Dezember rechnet die Weltgesundheits-organisation (WHO) mit wöchentlich 10.000 neuen Infizierten. „Die Ebola-Epidemie ist die schwerste ihrer Art seit Entdeckung des Virus. Bislang starben nach Angaben der WHO fast 4500 Menschen, nahezu 9000 diagnostizierte Fälle liegen vor. Im Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung zu einem verstärkten Engagement in Westafrika aufgefordert.
Die internationale Gemeinschaft steht in der Pflicht, jetzt schnell humanitäre Hilfe zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung auf, den deutschen Beitrag an die WHO, Ärzte ohne Grenzen und andere beteiligte Organisationen nochmals zu erhöhen. Sollte die humanitäre Katastrophe abgewehrt sein, ist danach die Entwicklungspolitik gefragt, denn sie ist Strukturpolitik. Viele Betriebe und fast alle Schulen sind seit Monaten geschlossen. Das wirtschaftliche und soziale Leben liegt brach. Mittelfristig müssen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit die Gesellschaft und Wirtschaft in den betroffenen Ländern wieder stabilisieren.

Bildung und Forschung

Studiengebühren sind unsozial!

Die von der Hochschulrektorenkonferenz geforderte flächendeckende Einführung von Studiengebühren würde die soziale Spaltung im Bildungssystem verstärken.

Aus gutem Grund haben inzwischen alle Bundesländer diese unsoziale Belastung für Studierende wieder abgeschafft. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich stattdessen dafür ein, dass sich der Bund nach Abschaffung des Kooperationsverbots im Wissenschaftsbereich verstärkt um die Grundfinanzierung der Hochschulen bemüht.

In zahlreichen Bundesländern haben die Menschen entschieden und der Belastung des Hochschulstudiums über Studiengebühren eine eindeutige Absage erteilt. Es ist in höchstem Maße fragwürdig, dass die Hochschulrektoren trotzdem weiterhin in erster Linie die Studierenden in der Verantwortung sehen, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen vielmehr in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot für den Hochschulbereich abschaffen. Es braucht gemeinsame Kraftanstrengungen von Bund und Ländern, um dauerhaft die Grundfinanzierung der Hochschulen in der Breite zu verbessern. Die Grundgesetzänderung schafft einen neuen verfassungsrechtlichen Rahmen, damit der Bund zukünftig dauerhaft Hochschulen fördern kann.

Mit dem Hochschulpakt, mit der Fortführung der Programmpauschale oder auch mit dem Qualitätspakt Lehre leistet der Bund bereits heute wichtige Beiträge, um Lehre und Forschung an Hochschulen zu stärken. Erst vor wenigen Tagen hat das Wissenschaftszentrum Berlin in einer Studie erneut festgestellt, dass Studiengebühren vor allem Studienberechtigte aus Nicht-Akademiker-Familien von einem Studium abschrecken. Vielleicht sollte die Hochschulrektorenkonferenz die Ergebnisse der aktuellen Forschung reflektieren, bevor man vermeintlich einfache Antworten wie die Forderung nach Studiengebühren präsentiert.

Europa

Europäische Kommission kann Arbeit aufnehmen

Mit großer Mehrheit haben heute die Mitglieder des Europäischen Parlaments die Kommission von Präsident Jean-Claude Juncker bestätigt. Damit kann sie wie geplant ihre Arbeit zum 1. November aufnehmen. Das ist ein gutes Signal für Europa. Jetzt gilt es für das neue Kollegium direkt durchzustarten, schließlich dulden die anstehenden Fragen keinen Aufschub. Die Hearings der Kommissarinnen und Kommissare im Europäischen Parlament in den zurückliegenden Wochen haben eines gezeigt: Die Juncker-Kommission wird eine politische Kommission werden - weniger Behörde, mehr echte Regierung. Mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini und dem ersten Vize-Präsidenten Frans Timmermans sitzen zudem zwei Sozialdemokraten an wichtigen Schaltstellen. Eine lange Einarbeitungszeit werden Juncker und sein Team nicht bekommen. Die weiterhin schlechte Wirtschaftslage in der EU erfordert eine schnelle Reaktion. Das vom Kommissionspräsidenten angekündigte 300 Milliarden Euro Programm muss zügig mit Leben gefüllt, Investitionsanreize gestärkt und die Arbeitslosenquote insbesondere unter jungen Menschen entschlossen bekämpft werden.

Darüber hinaus muss die EU in den vielen internationalen Krisen außenpolitisch geschlossen und verlässlich auftreten.

Nach der Aufstellung gemeinsamer europäischer Spitzenkandidaten, über einen europäisch geführten Wahlkampf bis zur Ernennung des Mitglieds der siegreichen Parteifamilie zum Kommissionspräsidenten, bildet die heutige Abstimmung im Europäischen Parlament den Endpunkt eines historischen demokratischen Prozesses auf europäischer Ebene.

Damit wurde ein Standard gesetzt, hinter den es bei zukünftigen Europawahlen kein Zurück mehr geben wird.

Bankenabgabe

Ausnahmen für Sparkassen und Genossenschaften

Die EU-Kommission hat die Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe veröffentlicht. Bei ihrer Ausgestaltung hatte die Kommission zuletzt insbesondere zugunsten von Sparkassen und Genossenschaften nachgebessert. Nunmehr ist der Weg frei zur Verabschiedung des Gesetzespakets zur Umsetzung eines weiteren Meilensteins der Bankenunion im Bundestag.

Die von der Kommission am 21. Oktober 2014 veröffentlichte Beitragsberechnung für den Bankenabwicklungsfonds entlastet vor allem kleinere Banken.

Als „klein“ definiert die EU-Kommission Banken, deren Bilanzsumme unter einer Milliarde Euro liegt und deren Bemessungsgrundlage geringer als 300 Millionen Euro ist. Für solche kleinen Institute ist eine pauschale Bankenabgabe zwischen 1.000 Euro und 50.000 Euro im Jahr vorgesehen.

In Deutschland werden rund 1.000 Institute von dieser entlastenden Pauschalabgabe erfasst, darunter mehr als 800 Genossenschaftsbanken und 70 bis 80 Sparkassen. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten das Recht, für Banken bis zu einer Bilanzsumme von drei Milliarden Euro weitere Erleichterungen zu schaffen.

Als besonders positiv für Sparkassen und Genossenschaften sehen wir, dass die Verbindlichkeiten innerhalb ihrer Finanzverbünde von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. So dürfen Sparkassen zum Beispiel Verbindlichkeiten gegenüber Landesbanken oder anderen Sparkassen herausrechnen.

Aus sozialdemokratischer Sicht hätten wir sicherlich die Sparkassen und Genossenschaften gern noch weiter entlastet gesehen, da diese Institute mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell den Abwicklungsfonds wahrscheinlich niemals in Anspruch nehmen müssen. Dagegen wäre es aus unserer Sicht gerechtfertigt gewesen, systemisch relevante Großbanken mit einem hohen Derivateanteil noch stärker zu belasten.

Allerdings stellt die von der EU-Kommission verabschiedete Regelung einen guten Kompromiss dar. Auf dieser Grundlage können wir nunmehr dem Gesetzespaket zur Umsetzung der Bankenunion im Bundestag zustimmen.

Bonbon

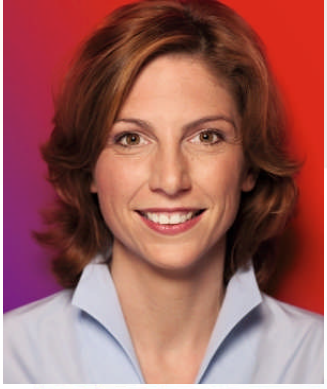
„Die Sonntagsfrage sagt nicht viel aus, weil alle Befragten, die da beim Kartoffelschälen angerufen werden, ganz genau wissen: Nächsten Sonntag ist gar keine Wahl.“

Frank-Walter Steinmeier
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Termine

29.10.14	*17.00 Uhr*	*IHK Altenkirchen*
	19.00 Uhr	*SPD-Ortsverein Altenkirchen Mitgliederversammlung*
30.10.14	*ganztägig*	*Tagespraktikum Remondis Altenkirchen*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**



Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
nun hat uns der Herbst erwischt: Herbststürme, Regenschauer, Temperatursturz... Die kalte Jahreszeit beginnt! Heiße Themen gibt‘s dagegen zurzeit im politischen Alltag. So beschäftigen uns täglich die Krisenherde auf der Welt, im Wahlkreis brennen uns Themen wie die medizinische Versorgung im ländlichen Raum unter den Nägeln und unser Koalitionspartner versucht unsere Projekte aus dem Koalitionsvertrag auf Eis zu legen mit dem Verweis auf die Wirtschaftsdaten. An allen diesen und weiteren Baustellen müssen wir auf der Hut sein! Nun genießt aber erstmal ein kuscheliges Herbstwochenende und denkt dran in der Nacht zu Sonntag die Uhr um eine Stunde zurückzustellen. Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Mehr Geld für Lärmschutz an Bahnstrecken!

In seiner jüngsten Sitzung hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages wichtige Entscheidungen in Sachen Bahnlärm getroffen. Künftig wird mehr Geld für den Lärmschutz zur Verfügung gestellt – so lassen sich die Entscheidungen des Ausschusses zusammenfassen. Der Antrag der Regierungsfraktion beinhaltete, dass die Mittel im Bereich Schiene, unter anderem auch für bestehende Schienenstrecken, auf insgesamt 130 Millionen Euro erhöht werden. Damit wird das Verkehrsministerium gleichzeitig aufgefordert, höhere Betriebskosten der leiseren Bremssysteme bei Güterwagen zu subventionieren. Das muss jedoch so organisiert werden, dass es mit EU-Recht vereinbar ist.
Im Bereich „Straße“ steigen die Mittel auf eine Gesamtsumme von 210,5 Millionen Euro für den Lärmschutz. Die Berliner Koalition nimmt die Sorgen und Nöte der Bahnanlieger ernst. Das wird durch die erhöhten Mittel deutlich.
Aber nicht nur in Sachen Lärmschutz macht die Regierungskoalition mehr Geld frei. Für den Radwegebau sollen insgesamt 90 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Verkehrsausschuss muss noch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Maßnahmen zustimmen.

Gesundheit

Regionale Krankenhauslandschaft vor Umbruch

Die Krankenhauslandschaft im Kreis Altenkirchen steht vor einem Umbruch. Die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete hat in den vergangenen Tagen bereits einige Zuschriften zu diesem Thema erhalten, weil die Menschen in der Region zutiefst verunsichert sind. Klar ist, dass eine hochwertige medizinische Versorgung in der Region gewährleistet sein muss. Dabei stehen die jeweiligen Häuser in Altenkirchen und Hachenburg eher im Fokus als das Kirchener Krankenhaus. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger haben Sabine Bätzing-Lichtenthäler veranlasst, die DRK Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz anzuschreiben, um eindeutige Aussagen zu erhalten.
Die Abgeordnete sieht Vorteile am Standort Altenkirchen, vor allem durch das relativ junge Bettenhaus. Insgesamt habe sich die Szene in Altenkirchen vorbildlich entwickelt, auch was die niedergelassenen Ärzte betrifft. Wichtig sei, vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei dem bevorstehenden Veränderungsprozess mitzunehmen. Zwischenzeitlich liegt ein Strukturgutachten vor, welches sich mit den DRK-Häusern in Altenkirchen, Hachenburg sowie Kirchen beschäftigt. Die Öffentlichkeit kennt jedoch noch keine Details.

Internationales

Ebola-Virus eindämmen!

Erst kürzlich debattierte der Deutsche Bundestag einen Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU/CSU, in dem der bisherige Beitrag Deutschlands zur Ebola-Bekämpfung gelobt wurde, gleichzeitig aber ein stärkeres Engagement der Bundesregierung eingefordert wurde.
Im Dezember rechnet die Weltgesundheits-organisation (WHO) mit wöchentlich 10.000 neuen Infizierten. „Die Ebola-Epidemie ist die schwerste ihrer Art seit Entdeckung des Virus. Bislang starben nach Angaben der WHO fast 4500 Menschen, nahezu 9000 diagnostizierte Fälle liegen vor. Im Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung zu einem verstärkten Engagement in Westafrika aufgefordert.
Die internationale Gemeinschaft steht in der Pflicht, jetzt schnell humanitäre Hilfe zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung auf, den deutschen Beitrag an die WHO, Ärzte ohne Grenzen und andere beteiligte Organisationen nochmals zu erhöhen. Sollte die humanitäre Katastrophe abgewehrt sein, ist danach die Entwicklungspolitik gefragt, denn sie ist Strukturpolitik. Viele Betriebe und fast alle Schulen sind seit Monaten geschlossen. Das wirtschaftliche und soziale Leben liegt brach. Mittelfristig müssen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit die Gesellschaft und Wirtschaft in den betroffenen Ländern wieder stabilisieren.

Bildung und Forschung

Studiengebühren sind unsozial!

Die von der Hochschulrektorenkonferenz geforderte flächendeckende Einführung von Studiengebühren würde die soziale Spaltung im Bildungssystem verstärken.

Aus gutem Grund haben inzwischen alle Bundesländer diese unsoziale Belastung für Studierende wieder abgeschafft. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich stattdessen dafür ein, dass sich der Bund nach Abschaffung des Kooperationsverbots im Wissenschaftsbereich verstärkt um die Grundfinanzierung der Hochschulen bemüht.

In zahlreichen Bundesländern haben die Menschen entschieden und der Belastung des Hochschulstudiums über Studiengebühren eine eindeutige Absage erteilt. Es ist in höchstem Maße fragwürdig, dass die Hochschulrektoren trotzdem weiterhin in erster Linie die Studierenden in der Verantwortung sehen, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen vielmehr in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot für den Hochschulbereich abschaffen. Es braucht gemeinsame Kraftanstrengungen von Bund und Ländern, um dauerhaft die Grundfinanzierung der Hochschulen in der Breite zu verbessern. Die Grundgesetzänderung schafft einen neuen verfassungsrechtlichen Rahmen, damit der Bund zukünftig dauerhaft Hochschulen fördern kann.

Mit dem Hochschulpakt, mit der Fortführung der Programmpauschale oder auch mit dem Qualitätspakt Lehre leistet der Bund bereits heute wichtige Beiträge, um Lehre und Forschung an Hochschulen zu stärken. Erst vor wenigen Tagen hat das Wissenschaftszentrum Berlin in einer Studie erneut festgestellt, dass Studiengebühren vor allem Studienberechtigte aus Nicht-Akademiker-Familien von einem Studium abschrecken. Vielleicht sollte die Hochschulrektorenkonferenz die Ergebnisse der aktuellen Forschung reflektieren, bevor man vermeintlich einfache Antworten wie die Forderung nach Studiengebühren präsentiert.

Europa

Europäische Kommission kann Arbeit aufnehmen

Mit großer Mehrheit haben heute die Mitglieder des Europäischen Parlaments die Kommission von Präsident Jean-Claude Juncker bestätigt. Damit kann sie wie geplant ihre Arbeit zum 1. November aufnehmen. Das ist ein gutes Signal für Europa. Jetzt gilt es für das neue Kollegium direkt durchzustarten, schließlich dulden die anstehenden Fragen keinen Aufschub. Die Hearings der Kommissarinnen und Kommissare im Europäischen Parlament in den zurückliegenden Wochen haben eines gezeigt: Die Juncker-Kommission wird eine politische Kommission werden - weniger Behörde, mehr echte Regierung. Mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini und dem ersten Vize-Präsidenten Frans Timmermans sitzen zudem zwei Sozialdemokraten an wichtigen Schaltstellen. Eine lange Einarbeitungszeit werden Juncker und sein Team nicht bekommen. Die weiterhin schlechte Wirtschaftslage in der EU erfordert eine schnelle Reaktion. Das vom Kommissionspräsidenten angekündigte 300 Milliarden Euro Programm muss zügig mit Leben gefüllt, Investitionsanreize gestärkt und die Arbeitslosenquote insbesondere unter jungen Menschen entschlossen bekämpft werden.

Darüber hinaus muss die EU in den vielen internationalen Krisen außenpolitisch geschlossen und verlässlich auftreten.

Nach der Aufstellung gemeinsamer europäischer Spitzenkandidaten, über einen europäisch geführten Wahlkampf bis zur Ernennung des Mitglieds der siegreichen Parteifamilie zum Kommissionspräsidenten, bildet die heutige Abstimmung im Europäischen Parlament den Endpunkt eines historischen demokratischen Prozesses auf europäischer Ebene.

Damit wurde ein Standard gesetzt, hinter den es bei zukünftigen Europawahlen kein Zurück mehr geben wird.

Bankenabgabe

Ausnahmen für Sparkassen und Genossenschaften

Die EU-Kommission hat die Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe veröffentlicht. Bei ihrer Ausgestaltung hatte die Kommission zuletzt insbesondere zugunsten von Sparkassen und Genossenschaften nachgebessert. Nunmehr ist der Weg frei zur Verabschiedung des Gesetzespakets zur Umsetzung eines weiteren Meilensteins der Bankenunion im Bundestag.

Die von der Kommission am 21. Oktober 2014 veröffentlichte Beitragsberechnung für den Bankenabwicklungsfonds entlastet vor allem kleinere Banken.

Als „klein“ definiert die EU-Kommission Banken, deren Bilanzsumme unter einer Milliarde Euro liegt und deren Bemessungsgrundlage geringer als 300 Millionen Euro ist. Für solche kleinen Institute ist eine pauschale Bankenabgabe zwischen 1.000 Euro und 50.000 Euro im Jahr vorgesehen.

In Deutschland werden rund 1.000 Institute von dieser entlastenden Pauschalabgabe erfasst, darunter mehr als 800 Genossenschaftsbanken und 70 bis 80 Sparkassen. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten das Recht, für Banken bis zu einer Bilanzsumme von drei Milliarden Euro weitere Erleichterungen zu schaffen.

Als besonders positiv für Sparkassen und Genossenschaften sehen wir, dass die Verbindlichkeiten innerhalb ihrer Finanzverbünde von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. So dürfen Sparkassen zum Beispiel Verbindlichkeiten gegenüber Landesbanken oder anderen Sparkassen herausrechnen.

Aus sozialdemokratischer Sicht hätten wir sicherlich die Sparkassen und Genossenschaften gern noch weiter entlastet gesehen, da diese Institute mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell den Abwicklungsfonds wahrscheinlich niemals in Anspruch nehmen müssen. Dagegen wäre es aus unserer Sicht gerechtfertigt gewesen, systemisch relevante Großbanken mit einem hohen Derivateanteil noch stärker zu belasten.

Allerdings stellt die von der EU-Kommission verabschiedete Regelung einen guten Kompromiss dar. Auf dieser Grundlage können wir nunmehr dem Gesetzespaket zur Umsetzung der Bankenunion im Bundestag zustimmen.

Bonbon

„Die Sonntagsfrage sagt nicht viel aus, weil alle Befragten, die da beim Kartoffelschälen angerufen werden, ganz genau wissen: Nächsten Sonntag ist gar keine Wahl.“

Frank-Walter Steinmeier
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Termine

29.10.14	*17.00 Uhr*	*IHK Altenkirchen*
	19.00 Uhr	*SPD-Ortsverein Altenkirchen Mitgliederversammlung*
30.10.14	*ganztägig*	*Tagespraktikum Remondis Altenkirchen*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**